

STATISTIK VON BADEN-WÜRTTEMBERG
BAND 44

Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57

I. Teil

**Allgemeines,
Wohnungen, Wohnparteien und Mieten
in Baden-Württemberg
am 25. September 1956,
Wohnungsbedarf im Frühjahr 1957**

**Ergebnisse der Total- und der 10 vH-Erhebung sowie der
1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57**

**HERAUSGEGEBEN VOM STATISTISCHEN LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG
STUTTGART 1960**

Vorwort

Der vorliegende Teil I des Bandes 44 gibt einen Gesamtüberblick über die methodischen Grundlagen, die begrifflichen Festlegungen, die Organisation und die Durchführung der Wohnungsstatistik 1956/57, die sich in eine Totalerhebung, eine 10 vH-Repräsentativerhebung und eine 1 vH-Zusatzerhebung im Interviewverfahren gliederte. Daran schließt sich eine ausführliche textliche Würdigung des umfangreichen Zahlenmaterials, das die Erhebung über den Bestand, die Art und Größe der Wohnungen, ferner über die Struktur der Haushalte und deren Unterbringung nach Wohnweise und Mietverhältnis sowie über andere soziologische Tatbestände erbracht hat.

Die Teile II und III des Bandes 44 der Schriftenreihe „Statistik von Baden-Württemberg“, die die wichtigsten Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57 in Tabellenform enthalten, sind bereits in den Jahren 1958 und 1959 erschienen.

Die Wohnungsstatistik 1956/57 ist in der von Oberregierungsrat Dr. Oelrich geleiteten Abteilung Sozialstatistik durch Dipl.-Ing. Kaeser unter Mitwirkung von Dipl.-Kfm. Gertrud Heß durchgeführt worden. Der vorliegende Teil I des Bandes 44 wurde in der Hauptsache von Dipl.-Kfm. Gertrud Heß bearbeitet.

Stuttgart, im November 1960.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Dr. Paul Jostock

Inhalt

I. Allgemeines zur Wohnungsstatistik 1956/57

	Seite
A. Begründung und Zweck der Wohnungsstatistik 1956/57	9
B. Rechtsgrundlage	9
C. Umfang und Erhebungsmethode	10
1. Die Totalerhebung	11
2. Die zehnprozentige Repräsentativerhebung der Wohnungsstatistik am 25. September 1956	11
3. Die einprozentige Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik im Frühjahr 1957	11
D. Organisation und Durchführung der Wohnungsstatistik 1956/57	12
1. Die Totalerhebung	12
2. Die zehnprozentige Repräsentativerhebung der Wohnungsstatistik am 25. September 1956	13
3. Die einprozentige Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik im Frühjahr 1957	14
E. Nebenaufgaben der Wohnungsstatistik 1956/57	16
1. Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes	16
2. Die Einrichtung einer Gebäudekartei	17
3. Die Durchführung des Mikrozensus	17
4. Das Verzeichnis der Heime und Anstalten der sozialen Hilfe	17
5. Die Feststellung der Pendler nach Zielorten	17
F. Zählungsunterlagen, Erhebungseinheit und Aufbau der Erhebungspapiere	17
G. Die erfaßten Tatbestände und ihre Begriffsbestimmungen	19
H. Tabellenprogramm und Veröffentlichung der Ergebnisse	25

II. Wichtigste Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57

	Seite
A. Totalerhebung und 10 vH-Erhebung	
Wohnungen	
1. Bestand und Struktur	27
a) Wohnwürdigkeit der Wohnungen	27
b) Räume und Größe der Normalwohnungen	30
c) Normalwohnungen nach Baualter, Gebäudeart, Besitzverhältnis, Größen- klasse, öffentlicher Förderung und Wiederaufbau	34
2. Belegung der Normalwohnungen	37
Wohnparteien	
1. Bestand und Struktur	45
a) Wohnparteien und ihre Personen	45
b) Unterbringung der Wohnparteien	45
c) Wohnparteien nach den Geschädigtengruppen	47
2. Wohnparteien in Normalwohnungen	50
3. Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen und in beschränkt bewohn- baren Normalwohnungen	52
4. Wohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung sind	54
a) Einpersonenzohnparteien	56
b) Mehrpersonenzohnparteien	58
c) Wohnparteien von Geschädigten	60
Mieten	
1. Mietaufkommen	62
2. Mieten für normale Mietwohnungen nach Baualter und Gemeindegrößenklasse	65
3. Mieten für normale reine Mietwohnungen nach Wohnungsgröße, Baualter und öffentlicher Förderung	67
4. Mietpreisstufen normaler Mietwohnungen	69
B. 1 vH-Zusatzerhebung	
Wohnungsbedarf der Haushalte	70

Anhang

Seite

I. Tabellen

75

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57 im Frühjahr 1957 Nachweisungen für Baden-Württemberg und das Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

E Z 1a Die Haushalte, von denen Teile Wohnungswechsel anstreben, *nach derzeitigem Wohnverhältnis* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

E 2b Die Haushalte mit Wohnungsbedarf nach gegenwärtigem Wohnverhältnis, *nach Einkommen und Personenzahl* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

E Z 1b Die Haushalte, von denen Teile Wohnungswechsel anstreben, *nach derzeitigem Wohnverhältnis* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

E 4a/a Die Haushalte mit Wohnungsbedarf *nach der angestrebten Unterbringung* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

E Z 2a Die Haushaltsteile mit Wohnungsbedarf *nach angestrebter Unterkunftsart* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

E 4a/b Die Haushalte mit Wohnungsbedarf *nach der angestrebten Unterbringung* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

E Z 2b Die Haushaltsteile mit Wohnungsbedarf *nach angestrebter Unterkunftsart* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

E 5a Die Haushalte mit Wohnungsbedarf nach derzeitigem Wohnverhältnis und nach *Gründen des beabsichtigten Wohnungswechsels* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

E 1a Die Haushalte insgesamt sowie die Haushalte mit Wohnungsbedarf *nach Personenzahl und gegenwärtigem Wohnverhältnis* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

E 5b Die Haushalte mit Wohnungsbedarf nach derzeitigem Wohnverhältnis und nach *Gründen des beabsichtigten Wohnungswechsels* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

E 1b Die Haushalte insgesamt sowie die Haushalte mit Wohnungsbedarf *nach Personenzahl und gegenwärtigem Wohnverhältnis* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

E 6a/a Die Haushalte mit Wohnungsbedarf *nach Haushaltstyp und derzeitiger Unterbringung* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

E 2a Die Haushalte mit Wohnungsbedarf nach gegenwärtigem Wohnverhältnis, *nach Einkommen und Personenzahl* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

E 6a/b Die Haushalte mit Wohnungsbedarf *nach Haushaltstyp und derzeitiger Unterbringung* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

- E 6b/a Die Haushalte mit Wohnungsbedarf nach *Haushaltstyp und angestrebter Unterbringung* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

- E 6b/b Die Haushalte mit Wohnungsbedarf nach *Haushaltstyp und angestrebter Unterbringung* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

- E 10a Die Haushalte mit Wohnungsbedarf nach angestrebten *Wohnbedingungen und zugestandener Miete* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

- E 10b Die Haushalte mit Wohnungsbedarf nach angestrebten *Wohnbedingungen und zugestandener Miete* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

- E 11a Die Haushalte mit Wohnungsbedarf nach angestrebten *Wohnbedingungen und nach der Höhe der veranschlagten Baukosten* (ohne Grundstückspreis) bzw. *des veranschlagten Kaufpreises* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

- E 11b Die Haushalte mit Wohnungsbedarf nach angestrebten *Wohnbedingungen und nach der Höhe der veranschlagten Baukosten* (ohne Grundstückspreis) bzw. *des veranschlagten Kaufpreises* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

- C 1 Die Wohnungen nach *Gebäudeart und Wohnungsart sowie nach Ausstattungstypen und Besitzverhältnis* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

- C 2 Die Normalwohnungen nach *Ausstattungstypen, Raumzahl und Besitzverhältnis* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

- C 3 Die normalen Mietwohnungen und ihre *Mieten nach Ausstattungstypen und Wohnfläche* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

- C 4 Die Normalwohnungen nach *Raumzahl, Wohnfläche und Besitzverhältnis* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

- D 1 Die Haushalte nach *Haushaltsgröße, sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und nach Wohnverhältnis* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

- D 2 Die Belegung der Normalwohnungen mit Haushalten nach *Wohnverhältnis, Ausstattungstypen und Raumzahl der Wohnungen* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

- D 4 Die Haushalte mit eigener Normalwohnung nach *Einkommen, Haushaltsgröße und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

- D 5 Die Haushalte ohne eigene Normalwohnung nach *Einkommen, Haushaltsgröße und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

- D 6 Die Haushalte nach *Haushaltsgröße, Haushaltstyp und Wohnverhältnis* in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

II. Gesetz über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs

Seite

(Wohnungstatistik 1956/57) vom 17. 5. 1956 . . 105

III. Muster ausgewählter Erhebungspapiere . . 106

1. Gebäudeliste

2. Haushaltungsliste

3. Anstaltsliste¹

4. Grundstücksverzeichnis

einschließlich Leitliste für die Ausgabe der verschiedenfarbigen Haushaltungslisten

5. Erhebungsblatt für die Durchführung des Interviews

¹ Original vierseitig; aus drucktechnischen Gründen entfallen die Seiten 2 und 3, die nur eine Fortsetzung von Abschnitt C „Verzeichnis des Personals und der ständigen Insassen der Anstalt“ auf Seite 1 darstellen.

Die Wohnungsstatistik 1956/57

I. Allgemeines zur Wohnungsstatistik 1956/57

A. Begründung und Zweck der Wohnungsstatistik 1956/57

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wurde in der Bundesrepublik erstmals im Herbst 1950 eine Wohnungszählung durchgeführt. Die rege Bautätigkeit, die insbesondere nach Wirksamwerden des *Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950* eingesetzt hatte, sowie die anhaltende Wanderungsbewegung, hervorgerufen durch die Bildung von Schwerpunkten im Verlauf der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, durch die Umsiedlungsmaßnahmen und durch den Zustrom von Sowjetzonenflüchtlingen, hatten jedoch die Wohnverhältnisse in wenigen Jahren so grundlegend verändert, daß das Material der Zählung von 1950 und die auf diesen Ergebnissen beruhenden Fortschreibungen nicht mehr den Erfordernissen der Bundes- und Landesinstanzen genügten. Um die für die Wohnungspolitik und die Verwaltung notwendigen Planungs- und Arbeitsunterlagen zu erhalten, wurde deshalb für Herbst 1956 eine neue Wohnungszählung anberaumt.

Mit dieser Erhebung wurde u. a. auch bezweckt, Kenntnisse darüber zu gewinnen, inwieweit sich die *Belegung der Wohnungen* seit 1950 aufgelockert hatte und ob die wohnungsmäßige Unterbringung der Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge und der Sachgeschädigten entsprechend dem Bundesvertriebenen- bzw. Lastenausgleichsgesetz erfolgt war. Ferner sollte die Wohnungsstatistik 1956/57 einen Überblick geben über die *Eigentumsbildung*, die Entwicklung des Baues von Eigen- und Familienheimen sowie über die Versorgung der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungskreise mit Wohnraum, deren Unterstützung und Förderung sich die Bundesregierung besonders angelegen sein ließ. Im Brennpunkt des Interesses standen im Hinblick auf die geplante *stufenweise Überführung der Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft* auch Feststellungen über die *Mietensituation*. In diesem Zusammenhang sollten auch die Auswirkungen der gesetzlich zulässigen Mietpreiserhöhungen erfaßt werden, die im Oktober 1952 für die vor dem 1. April 1924 bezugsfertig gewordenen Wohnungen und im September 1955 für die bis zum 20. Juni 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen festgelegt worden sind, um weitere Maßnahmen für die Auflockerung des Mietgefüges treffen zu können.

Die Wohnungszählung 1956/57 hatte nicht zuletzt auch zuverlässige Unterlagen zur Berechnung des noch vorhandenen *Wohnungsbedarfs* nach Größe und Struktur zu erbringen. Die bislang vorgenommenen Schätzungen des Bedarfs, nach welchen die öffentlichen Wohnbauförderungsmittel vom Bund auf die Länder und innerhalb dieser auf die Kreise verteilt wurden, schlossen die Gefahr nicht aus, am Bedarf vorbeizubauen und damit Fehlinvestitionen zu begehen. Außer dem rein rechnerischen Wohnungsdefizit, das sich aus der Gegenüberstellung des Bestandes an normalen Wohnungen und allen wohnungsbedürftigen Ein- und Mehrpersonenhaushalten ergibt, sollten außerdem durch eine einprozentige Zusatzerhebung im Interviewverfahren auch Anhaltspunkte über den echten Wohnungsbedarf gewonnen werden. Zweck dieser Repräsentativstatistik war es, in erster Linie die

individuellen Wohnungswünsche und Wohnbedürfnisse der Haushalte festzustellen, ebenso deren Einkommensverhältnisse und ihre Mietzahlungsbereitschaft zu ermitteln.

In Verbindung mit der Wohnungszählung sollten endlich für dringliche Verwaltungsaufgaben auch Feststellungen über *neue Einwohnerzahlen* getroffen werden.

B. Rechtsgrundlage

Die vielfältigen, an die amtliche Statistik gestellten Anforderungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens führten letztlich zu dem vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats beschlossenen *Gesetz über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse (Wohnungsstatistik 1956/57)* vom 17. Mai 1956 (veröffentlicht im BGBl. Teil I, Nr. 23 vom 23. Mai 1956, S. 427/428). Der Wortlaut des Gesetzes ist im Anhang Seite 105 abgedruckt. Von seiten der Landesregierung konnte auf den Erlaß eines besonderen Gesetzes, betreffend die Durchführung der Wohnungsstatistik 1956/57 in Baden-Württemberg, verzichtet werden, da allgemeine, in diese Richtung gehende Verordnungen bereits vorlagen. Nach § 2 der noch gültigen „Badischen Landesherrlichen Verordnung vom 8. Juli 1897, die Organisation der Landesstatistiken betreffend“ (veröffentlicht im Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden, Jahrgang 1897, Nr. XV, S. 159) und nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 der ebenfalls noch wirksamen „Verordnung des Finanzministeriums über die Dienstordnung des Statistischen Landesamtes von Württemberg vom 18. September 1928“ (Reg.-Blatt für Württemberg, Jahrgang 1928, Nr. 27, S. 382) war die Pflicht der im badischen und im württembergischen Rechtskreis gelegenen Gemeinden zur Mitwirkung bei der Wohnungsstatistik 1956/57 rechtlich begründet. Die Durchführungsrichtlinien zur Wohnungsstatistik 1956/57 sind deshalb vom Statistischen Landesamt den beteiligten Verwaltungsdienststellen unmittelbar bekanntgegeben worden. Mit § 15 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 war den Verwaltungsbehörden die zur Durchführung des § 8 des Gesetzes über die Wohnungsstatistik 1956/57 notwendige Handhabe gegeben. Obwohl den Gemeinden und Gemeindeverbänden gemäß Artikel 71 Abs. 3 der Baden-Württembergischen Verfassung die Erledigung bestimmter öffentlicher Aufgaben durch Gesetz ohne Kostenerstattung übertragen werden konnte, wurde den Gemeinden seitens des Finanzministeriums ein Zuschuß von 0,30 DM je Wohnpartei – jedoch ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs – zugestanden.

Gemäß § 5 des *Bundesgesetzes über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse (Wohnungsstatistik 1956/57)* vom 17. Mai 1956 regelte sich die Auskunftspflicht für die Wohnungsstatistik nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953. Auskunftspflichtig waren demnach die Haushaltsvorstände, die Wohnungsinhaber und Grundstückseigentümer oder -verwalter oder deren Vertreter. Freiwillig war nach § 4, Nr. 2a, nur die Beantwortung der Fragen nach dem Einkommen (§ 5 [1]). Den zur Ausfüllung der Fragebogen Verpflichteten war die Geheimhaltung der gegebenen Auskünfte durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke zugesichert. Sämtliche bekanntgewordenen Ein-

zeldaten durften nur zu statistischen Zwecken benutzt werden; außerdem waren die Erhebungsunterlagen nur den mit der Aufbereitung der Zählpapiere betrauten Bearbeitern zur Einsichtnahme zugänglich. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Geheimhaltung galten uneingeschränkt für alle Auskünfte und für alle drei Zählungsteile.

C. Umfang und Erhebungsmethode

In früheren Jahren wurden Großzählungen als Totalerhebungen mittels Fragebogen durchgeführt, wobei stets die gesamte Bevölkerung, sämtliche Wohnungen, alle Arbeitsstätten usw. erfaßt worden sind. Teil- oder Repräsentativerhebungen waren wenig in Gebrauch; sie wurden selbst von bedeutenden Vertretern der Statistik abgelehnt, weil ihre Ergebnisse als unzuverlässig galten. Der Wandel setzte erst mit dem Ausbau der mathematischen Richtung in der Statistik ein. Das Interesse an einer Teil- oder Repräsentativerhebung stieg insbesondere mit dem Anwachsen der zu zählenden Massen und der Differenzierung der zu berücksichtigenden Tatbestände, wobei auch das Ansteigen der Kosten der Statistik von nicht unerheblicher Bedeutung sein dürfte. Heute drängt die Repräsentativmethode immer mehr in den Aufgabenkreis der Großzählungen vor. Das Repräsentativverfahren muß jedoch jeweils der gestellten Aufgabe angepaßt werden; eine allgemeingültige Form für die Durchführung derartiger Erhebungen läßt sich nicht festlegen.

Für die methodische und technische Ausrichtung der Wohnungsstatistik 1956/57 waren in erster Linie drei Gesichtspunkte maßgebend:

1. die Verbindung von Wohnungszählung und eingeschränkter Volkszählung,
2. die Vergleichsmöglichkeit mit dem Zählungswerk vom 13. September 1950,
3. die Kostenfrage.

Der erste Gesichtspunkt machte eine Totalerhebung unter Verwendung bevölkerungsstatistischer Begriffe notwendig; vor allem spielte der Begriff *Wohnbevölkerung* eine Rolle. Eine weitgehende Angleichung an die 1950 gebrauchten Begriffe, vor allem an die für die Wohnung und die Wohnpartei verwendeten, forderte der zweite Gesichtspunkt. Zu sachlicher Beschränkung auf ein vertretbares Mindestmaß sowie zu einem statistischen Erhebungsverfahren, das die Ermittlung der notwendigen Zahlen ohne allzu große Kosten ermöglichte, nötigte der dritte Gesichtspunkt. Aus all diesen Gründen wurde eine Kombination von Total- und Repräsentativerhebung für zweckmäßig erachtet, wobei im Rahmen der letzteren ein Teil der die Totalerhebung ergänzenden und vertiefenden Fragen nur an 10 vH der Wohnungen der Totalerhebung und ein weiterer Teil der Fragen nur an 10 vH der in diese Repräsentativerhebung einbezogenen Wohnungen (also nur für 1 vH aller Wohnungen) zu richten waren.

Während die allgemeine und die 10 vH-Erhebung am 25. September 1956 als Stichtagserhebungen stattfanden, wurde die 1 vH-Zusatzerhebung in Form einer persönlichen Befragung durch besonders für diesen Zweck geschulte Interviewer in den Monaten März bis Mai 1957 vorgenommen. Für die methodische Vorbereitung und Gesamtleitung der Wohnungsstatistik war das Statistische Bundesamt verantwortlich. Dieses hatte auch das Zählprogramm nach Abstimmung mit den zuständigen

Bundesministerien sowie den an der Wohnungsstatistik interessierten Organisationen und Verbänden festgelegt, nachdem im *Fachausschuß Wohnungs- und Baustatistik* die Statistischen Landesämter beratend hinzugezogen worden waren. Die Durchführung der Zählung in Baden-Württemberg sowie die Aufbereitung des ersten und zweiten Zählungsteils oblag dem Statistischen Landesamt. Die 1 vH-Zusatzerhebung wurde gemeinsam für alle Länder im Statistischen Bundesamt, Zweigstelle Berlin, aufbereitet.

Der Erkenntniswert der Wohnungsstatistik 1956/57 ergibt sich nicht allein aus dem Umfang der Erhebung und den für die Ermittlung der geforderten Tatbestände angewendeten Methoden, sondern auch aus der Möglichkeit eines zeitlichen Vergleichs mit früheren Zählungsergebnissen. Durch eine weitgehende Übereinstimmung in den Erhebungseinheiten, den Erhebungsmerkmalen sowie deren Begriffsinhalten und nicht zuletzt auf Grund des gleichen Stichtags der Wohnungszählung vom 13. September 1950 und der Wohnungsstatistik vom 25. September 1956 ließ sich erstmals auf totaler Ebene ein Zählungsvergleich in gewissem Umfang anstellen. Die Vergleichbarkeit war für die Zahl der bewohnten und leerstehenden Wohnungen, für die Raumzahl der Normalwohnungen und für die Wohnparteien einschließlich der Zahl der Personen, jedoch ohne ständige Insassen und Personal von Anstalten, gegeben. Diese Tatsache gewinnt noch an Bedeutung dadurch, daß für die Wohnungszählung von 1950 nur sehr beschränkte Möglichkeiten zeitlicher Vergleiche mit den vorhergegangenen wohnungsstatistischen Erhebungen von 1918 und 1927 gegeben waren, da diese Erhebungen einmal nur auf Teilzählungen in den Gemeinden mit über 5 000 bzw. 2 000 Einwohnern abgehoben hatten und ihnen zum anderen Zählbegriffe zugrunde lagen, die 1950 infolge der veränderten Wohnungsmarktlage teilweise durch völlig neue Begriffe ersetzt oder ergänzt werden mußten.

1. Die Totalerhebung

Um den Anforderungen der Länder sowie der größeren und kleineren Verwaltungsbezirke nach weitgehend aufgegliederten regionalen Zahlen möglichst rasch zu genügen, blieb die Totalerhebung auf eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Tatbeständen beschränkt. In dieser allgemeinen Erhebung sollten sämtliche Wohnungen und Wohngelegenheiten, in denen mindestens eine Person ständig wohnte, erfaßt werden bei gleichzeitiger Feststellung ihrer Wohnwürdigkeit. Außerdem sollten die Normalwohnungen nach ihrer Größe, ihrem Baualter und nach dem Besitzverhältnis beurteilt werden. Die *Wohnparteien* (= Haushalte¹) in den Normalwohnungen interessierten ebenso sehr hinsichtlich ihrer Zahl und Größe wie nach dem Wohnverhältnis und der Zugehörigkeit zu einer Bevölkerungsgruppe. Gleichfalls sollten die Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen im Hinblick auf Größe und Zugehörigkeit zu einer Bevölkerungsgruppe nachgewiesen werden, wobei die Unterkunftsorte noch besonders zu berücksichtigen war. Für die normalen Mietwohnungen waren – getrennt nach den Baualtergruppen Altbau, Neubau und Neubau sowie nach Gemeindegrößenklassen – die Durchschnittsmieten je Wohnung und Raum zu berechnen.

¹ Nach dem Zählungstichtag vom 25. September 1956 hatte man sich auf Grund der Sachlage, daß die Begriffe *Haushalt* und *Haushaltung* bisher in wechselnder Bedeutung verwendet wurden, endgültig für die Definition *Haushalt* entschieden, soweit mit diesem Begriff wohnungsstatistische Aussagen verknüpft waren.

In dem bevölkerungsstatistischen Teil überschritt die Totalerhebung den für die Wohnungsstatistik erforderlichen Umfang insofern, als darüber hinaus nicht nur die Wohnbevölkerung, sondern noch einige weitere Tatbestände, die speziell für die Bevölkerungsstatistik von Interesse sind, ermittelt werden sollten. Dies brachte für die Wohnungszählung einige Erschwernisse, wie z. B. die zusätzliche Zählung der Anstaltsbevölkerung sowie der Personen mit zweitem Wohnsitz, deren Zahl für die Feststellung der Wohnbevölkerung wesentlich ist. Endlich war eine Gliederung der Wohnbevölkerung in bestimmte Bevölkerungsgruppen und Personenkreise (Vertriebene, Zugewanderte und übrige Personen) vorgesehen. Die Totalerhebung stellt den Typ einer Bestandsaufnahme an einem Stichtag dar. Maßgeblich für die ganze Befragung war der Zustand, wie er sich am 25. September 1956, 24 Uhr, darbot.

Erhebungstechnische Grundlage für die Totalerhebung bildeten die Haushaltungslisten in weißer und grüner Färbung, wobei die textliche Abfassung dieser Haushaltungslisten gleichlautend war, mit der Ausnahme, daß auf den weißen Haushaltungslisten (90 vH) einige wenige Fragen, die von den Ausfüllungspflichtigen nicht beantwortet werden mußten, besonders kenntlich gemacht waren.

Die Ergebnisse der Totalerhebung, die manuell mit Zählblättchen aufbereitet wurden, sind in den Liefertabellen für den Bund WS 2, 5, 6 und 11a enthalten. Sie wurden in möglichst großer Untergliederung in Teil II des Bandes 44 dieser Schriftenreihe veröffentlicht. Alle Totaltabellen sind auf Gemeindeebene nach dem Gebietsstand vom 25. September 1956 erstellt worden. Die bevölkerungsstatistischen Tabellen BS und BSa wurden bislang nicht veröffentlicht. In Band 51 dieser Schriftenreihe finden sich jedoch in der „Gemeindestatistik Baden-Württemberg 1958“ Angaben über die Wohnbevölkerung.

2. Die zehnprozentige Repräsentativerhebung der Wohnungsstatistik

In die Repräsentativerhebung — im folgenden kurz 10 vH-Erhebung genannt — waren nach einer gelenkten Auswahl 10 vH aller Wohnungen und Wohnparteien einbezogen. Durch die Beantwortung weniger zusätzlicher Fragen, die sich auf die Belegung der Wohnungen und Wohngelegenheiten mit Haushalten, auf die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes und die überwiegende Einkommensquelle der Wohnpartei bezogen, sollten — ergänzend zu der Totalerhebung — spezielle Feststellungen über die Wohn- und Mietverhältnisse getroffen werden.

Besondere Bedeutung gewann die 10 vH-Erhebung durch die Verbindung mit der Totalerhebung. Durch eine große Anzahl von Kombinationen ergaben sich wichtige Erkenntnisse. Einzig die Angaben über die *Einkommensquellen der Haushalte* konnten nicht ohne weiteres in Verbindung mit den Ergebnissen der Totalerhebung gebracht werden; für die entsprechenden Nachweisungen sind Haushaltstypen gebildet worden, deren Gruppierung sinnvoll erschien.

Da die 10 vH-Erhebung keine selbständige Erhebung war, vielmehr als Teil der Totalerhebung nur durch einige Zusatzfragen ergänzt wurde, trägt sie ebenfalls den Charakter einer Bestandsaufnahme vom 25. September 1956, 24 Uhr. Durch diese Koppelung sollten einerseits der Auf-

bau eines speziellen Erhebungsapparates vermieden, andererseits die Kosten der Wohnungsstatistik 1956/57 ermäßigt werden.

Sämtliche Ergebnisse der 10 vH-Erhebung, die mittels Signierblätter unter Zuhilfenahme des Lochkartenverfahrens erstellt wurden, sind in den Liefertabellen für den Bund WS 3, 4, 7, 8, 9 und 9a, 10 sowie 11 enthalten. Die Ergebnisse für das Land, die Kreise und Kreiszusammenfassungen sind in Teil III des Bandes 44 dieser Schriftenreihe ausführlich wiedergegeben.

3. Die einprozentige Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik

In den Rahmen der 10 vH-Erhebung ließen sich aus erhebungstechnischen Gründen einige weitere Fragen zur Erfassung wichtiger wohnungsstatistischer Daten nicht einbeziehen, weshalb eine selbständige repräsentative Zusatzerhebung bei 1 vH aller Wohnungen vorgesehen wurde. An Hand dieser im Frühjahr 1957 im *Interviewverfahren* durchzuführenden Erhebung sollten Angaben über die gegenwärtige Unterbringung der Wohnparteien, über etwaige Wohnwünsche, Finanzierungsmöglichkeiten, Einkommensverhältnisse und Mietzahlungsbereitschaft u. a. m. gewonnen werden. Maßgeblich für den Aufbau und die Durchführung dieser ersten sozialwissenschaftlichen Untersuchung auf der Ebene der amtlichen Statistik war die Klärung folgender Zusammenhänge:

1. Umfang und Richtung des Wohnungsbedarfs,
2. Verhältnis zwischen Miete und Einkommen sowie zwischen Einkommenslage und wohnungsmäßiger Unterbringung der Haushalte und
3. Relation zwischen technischer sowie sanitärer Ausstattung der Wohnungen und der Mietbelastung des Haushalts unter Berücksichtigung der Wohnfläche, der Raumzahl und des Baualters der Wohnungen.

Die in die 1 vH-Zusatzerhebung einzubeziehenden Haushalte wurden durch Zufallsprinzip aus den in der 10 vH-Erhebung erfaßten Wohnungen ausgewählt. Befragt wurden alle in diesen Wohnungen lebenden Haushalte, also Wohnungsinhaber wie auch Untermieter. Die im Hinblick auf die Befragungsaktion geschulten Interviewer hatten die erforderlichen Angaben von diesen Wohnparteien im Laufe einer persönlichen Unterredung in Erfahrung zu bringen, wobei die ergänzenden Feststellungen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (März bis Mai 1957) zu treffen waren. Sämtliche Interviews sind nach einem einheitlichen Frageprogramm durchgeführt worden. Zur Verteilung kamen Erhebungsblätter, in welche vorher durch das Statistische Landesamt gewisse Angaben aus den (grünen) Haushaltungslisten der ausgewählten Haushalte übertragen worden waren. Die Erhebungsbogen wurden — abgesehen von einer Prüfung auf Vollständigkeit und Richtigkeit des Eintrags — gemäß § 6 des wohnungsstatistischen Gesetzes für das Bundesgebiet zentral beim Statistischen Bundesamt ausgewertet.

Im Gegensatz zu den Erhebungen vom 25. September 1956 handelte es sich bei der 1 vH-Zusatzerhebung nicht um eine Stichtagerhebung; die Durchführung der einzelnen Befragungen konnte sich vielmehr über einige Wochen hinziehen. Das Tabellenprogramm für die 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57 wird in diesem Band wiedergegeben (Seite 75 ff.).

D. Organisation und Durchführung der Wohnungsstatistik 1956/57

1. Die Total-Erhebung

Auf Weisung des Statistischen Landesamts wurden zunächst bei den Landratsämtern und den kreisfreien Städten — unter Einschaltung der Städtischen Statistischen Ämter — Zählungsdienststellen mit einem ständigen Leiter nebst Vertreter eingerichtet. Der Leiter einer Zählungsdienststelle war persönlich für die Durchführung sämtlicher Maßnahmen verantwortlich. Zur besseren Erledigung des Zählgeschäfts hielten verschiedene Gemeinden — insbesondere die Großstädte — eine Gebäudevorerhebung für zweckdienlich. Diese Vorerhebungen, die schon in den Monaten Juni und Juli 1956 stattfanden, wurden teilweise auch nur partiell zur Feststellung und Beschreibung unbekannter Grundstücke durchgeführt.

Erste Aufgabe war die *Einteilung des Gemeindegebiets in Zählbezirke*. Nach den allgemeinen Richtlinien sollten die einzelnen Bezirke bis höchstens 40 Wohnungen umfassen. So sind in den 72 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs mehr als 53 000 Zählbezirke gebildet worden. Für die Bewältigung des Zählgeschäftes war eine nahezu gleiche Anzahl von ehrenamtlichen Zählern eingesetzt. Die Zähler wurden in der Regel durch die Bürgermeisterämter bestellt, durch Beauftragte der kreisfreien Städte und Landkreise bzw. der Gemeinden unterrichtet und eingewiesen sowie mit einem Ausweis ausgestattet. Die Kreiszahlungsleiter und ihre Stellvertreter waren zuvor durch sachverständige Vertreter des Statistischen Landesamtes in die vielfältigen Aufgaben eingeführt und auf ihre Pflichten hingewiesen worden. Außerdem erhielten sie gedruckte *Anweisungen für die Zählerschulung*. Den Kreiszahlungsleitern oblag außer der Schulung der Gemeindezahlungsleiter auch die Überwachung der Zählung in allen kreisangehörigen Gemeinden in bezug auf Vollständigkeit und Richtigkeit der Ausfüllung sämtlicher Erhebungspapiere. Mit der *Anweisung für die Gemeindebehörden* sind den Gemeindezahlungsleitern ausführliche Richtlinien für die Vorbereitung der Erhebungen und ihre Durchführung sowie für die Prüfung der Erhebungspapiere neben einem verbindlichen Zeitplan für alle anfallenden Arbeiten ausgehändigt worden. Zur Erleichterung des Zählgeschäftes erhielt jeder Zähler ein *Zählbezirksbuch*, das genaue „Anweisungen für den Zähler“ und ein „Schlagwortverzeichnis“ enthielt.

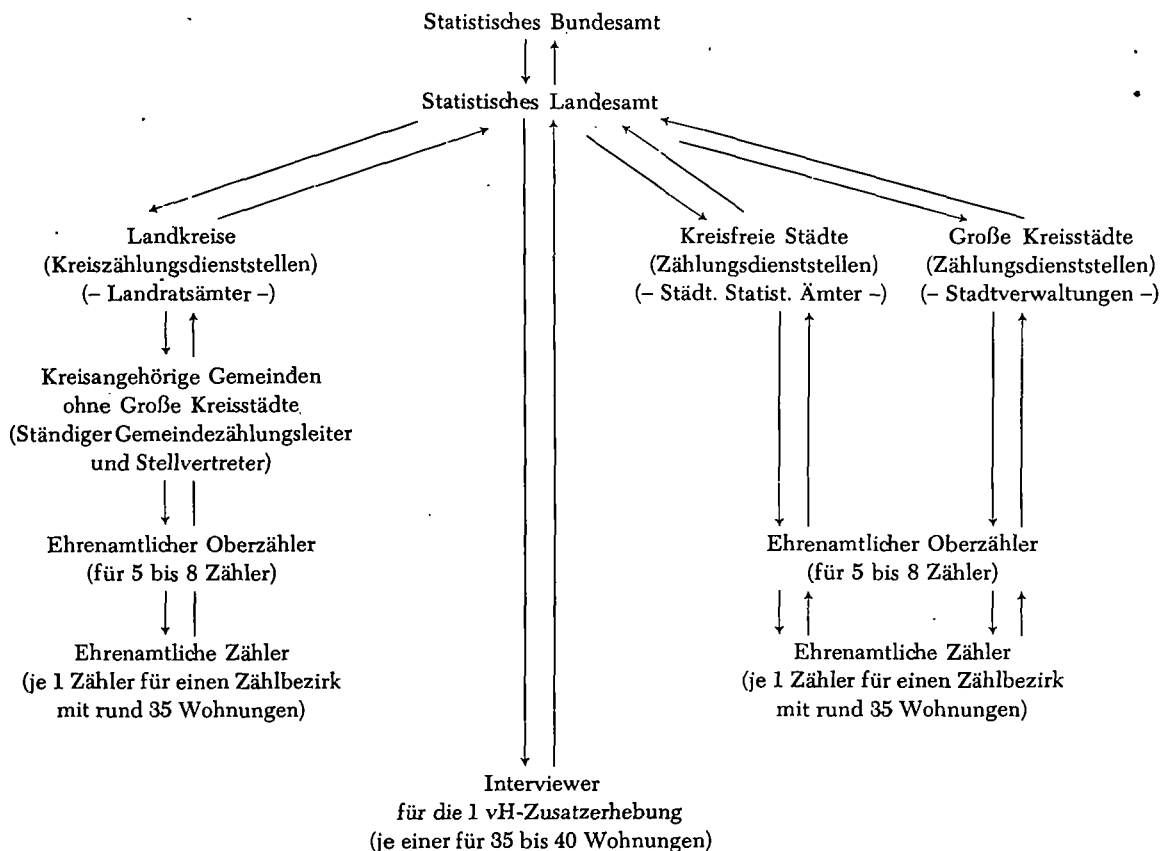
Als Handhabe bei seiner Arbeit wurde dem Zähler außerdem in Ergänzung des Zählbezirksbuches ein von der Gemeinde vorausgefülltes *Grundstücksverzeichnis* (Muster siehe Anhang) übergeben. Der Zähler hatte für jedes Grundstück, auf dem sich eine ständig benutzte Wohngelegenheit, ein leerstehendes Gebäude mit Wohnraum oder ein bezugsfertiges, aber noch nicht bezogenes Gebäude befand, eine *Gebäudeliste* (Muster siehe Anhang) auszugeben. Innerhalb dieser Gebäude war jedem Haushalt eine *Haushaltungsliste* (Muster siehe Anhang) auszuhändigen, wobei durch den Zähler die vom Grundstückseigentümer auf den Gebäudelisten gemachten Angaben über zweite und weitere Haushalte in den Wohnungen notfalls zu ergänzen waren. Für leerstehende Wohnungen hatte der Grundstückseigentümer eine Haushaltungsliste mit den Angaben über die Wohnung auszufüllen. Vor Abgabe der Haushaltungslisten trug der Zähler auf der Rückseite des Grundstücksverzeichnisses alle Wohnungen mit dem Namen des Wohnungsinhabers ein. Fiel der Name eines Wohnungsinhabers

auf eine grün schraffierte Zeile, so mußten an alle Haushalte, die in dieser Wohnung untergebracht waren, grüne Haushaltungslisten ausgegeben werden, die mit einer erweiterten Fragestellung die Grundlage der 10 vH-Erhebung bildeten. Befand sich auf dem Grundstück eine Anstalt, so war zur Erfassung der Insassen und des Personals dem Leiter der Anstalt eine *Anstaltsliste* (Muster siehe Anhang) zu übermitteln. Auch die wohnungslos in die Anstalt eingewiesenen Einzelpersonen und Mehrpersonenhaushalte wurden — jeder Haushalt für sich — auf Haushaltungslisten erfaßt. Grundstücke, die vollständig von ausländischen Streitkräften in Anspruch genommen waren, wurden nicht erhoben, ebenso wenig die Wohnungen eines Gebäudes, die von ausländischen Streitkräften beansprucht waren. Dagegen wurde in den Wohnungen, die von Ausländern oder Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet waren, Haushaltungslisten an die darin wohnenden Haushalte verteilt. Von diesen Haushalten wurden lediglich Angaben über die Wohnung gefordert, Auskünfte über den Haushalt selbst waren dagegen nicht zu erteilen. Nach den Durchführungsrichtlinien waren auch die Angehörigen der Bundeswehr in die Erhebung einzubeziehen. Als Zählpapiere für die Erfassung der Einrichtungen und Angehörigen der deutschen Streitkräfte dienten in erster Linie die Gebäude- und Anstaltslisten. Auf Grund besonderer Vereinbarungen mußten die örtlichen Zählungsdienststellen sämtliche Zählpapiere an die Dienststellen der Bundeswehr abliefern, die dieselben jedoch nach Ausfüllung unmittelbar an das Statistische Landesamt sandten.

Um alle zur Wohnbevölkerung zählenden Personen ermitteln zu können, war es notwendig, auch sämtliche Personen zu erfassen, die in den von ausländischen Streitkräften in Anspruch genommenen (ehemals beschlagnahmten) Gebäuden Wohnungen oder Wohnraum (militärische Anlagen und Privatbesitz) hatten, sofern sie nicht Mitglieder der Streitkräfte oder Angehörige derselben waren. Diese Personen, worunter z. B. deutsches Haus- und Büropersonal, Kindermädchen, technisches Hilfspersonal, deutsche und nicht alliierte Wachmannschaften zu verstehen waren, mußten, wenn sie regelmäßig innerhalb des von den Streitkräften beanspruchten Areals übernachteten, mittels der „*Erhebungsbogen A und B*“ gemeldet werden. Gleiches galt für die Zählung der in Wohnungen, die im Eigentum ausländischer Missionen standen, lebenden Angestellten und Bediensteten, soweit sie nicht Angehörige dieser Missionen waren (*Erhebungsbogen C*). Verteilung und Einsammlung der ausgefüllten Erhebungsbogen A, B und C gehörten zum Aufgabenbereich der örtlichen Zählungsdienststellen.

Das *Grundstücksverzeichnis* diente letztlich auch zur Kontrolle der von den Zählern vor dem Stichtag ausgeteilten und nach dem 25. September 1956 wieder einzusammelnden Zählpapiere. Ferner bildete es die Grundlage für die Erstellung des *Gemeindebogens*, womit die Prüfung, ob die Zählung im gesamten Gemeindegebiet durchgeführt worden war, verbunden war. Jeder Zählungsleiter bestätigte durch seine Unterschrift die Vollständigkeit der Zählung sowie die ordnungsgemäße Prüfung sämtlicher Zählpapiere. Auf Grund dieses Vorgangs hatten die kreisangehörigen Gemeinden das erste Zählergebnis über die Wohnungen in Normal- und Notwohngebäuden sowie in Anstalten, jeweils unter Angabe

Organisation der Wohnungsstatistik 1956/57 in Baden-Württemberg



der darin befindlichen Ein- und Mehrpersonenhaushalte, als *Vorausbericht* an das zuständige Landratsamt zu melden. Die Landratsämter wiederum berichteten dem Statistischen Landesamt über die Ergebnisse ihres Aufsichtsbereiches; die kreisfreien Städte sowie die Großen Kreisstädte hatten unmittelbare Verbindung mit dem Statistischen Landesamt. Das Zählmaterial war dem Statistischen Landesamt kreisweise gesammelt und nach Zählbezirken geordnet abzuliefern. Den einzelnen Zählbezirksumschlägen sollten ein Doppel des Grundstücksverzeichnisses und ebenso für die darin aufgeführten bewohnten Grundstücke Gebäudelisten mit den zugehörigen Haushalts- und Anstaltslisten beigelegt werden. Für die jeweilige Zuordnung der Zählpapiere war ein für alle Zahlungsdienststellen verbindliches numerisches System ausgearbeitet worden, dem auch für die Kontrolle und Bearbeitung der Zählpapiere im Statistischen Landesamt große Bedeutung zukam.

Zu den bereits erwähnten Erhebungsunterlagen, den eigentlichen Zählpapieren, die von der Bevölkerung auszufüllen waren, den durch die Gemeindeverwaltungen aufzustellenden Grundstücksverzeichnissen und Gemeindebogen kam ergänzend noch ein Verzeichnis über die bis zum Stichtag ergangenen Abbruchverfügungen. Die listenmäßige Erfassung der bei den Bauämtern registrierten abbruchreifen bzw. einsturzgefährdeten Gebäude im Gemeindegebiet oblag ebenfalls den Zahlungsdienststellen, wobei die Bestätigung der zuständigen Baubehörde einzuholen war.

Der dienstliche Verkehr der kreisangehörigen Gemeindezählungsleiter blieb auf die Verbindung mit der zuständigen Kreiszahlungsstelle beschränkt. Die Landratsämter sowie die Zahlungsdienststellen der kreisfreien Städte und Großen Kreisstädte standen dagegen unmittelbar

mit dem Statistischen Landesamt in Verbindung. Von einer aktiven Einschaltung der Regierungspräsidien war abgesehen worden.

2. Die zehnprozentige Repräsentativerhebung der Wohnungsstatistik

Im Gegensatz zu einer Totalerhebung, deren Erkenntniswert im wesentlichen nur durch den Grad der Vollständigkeit und Richtigkeit beeinflusst wird, mit welchem die Tatbestände erfaßt und aufbereitet werden, haftet jeder Stichprobenerhebung zwangsläufig auch ein methodisch bedingter Fehler an. Nach den bei der Planung des Zählwerks 1956/57 für die durchzuführenden Repräsentativerhebungen im Hinblick auf die zu erwartenden Abweichungen angestellten Vorausberechnungen ist jedoch die Repräsentationsmasse so gewählt worden, daß der Fehlerbereich, innerhalb dessen die richtigen Werte liegen, möglichst eingengt und so das Gesamtergebnis in keiner Weise beeinträchtigt wurde.

Die Auswahl (vgl. S. 12) einer jeden 10. Wohnung (grüne Haushaltslisten) erstreckte sich auf alle Gemeinden des Landes. Hierdurch wurde das jeweils mit einer „Klumpen“-Auswahl verbundene Fehlermoment ausgeschlossen. Als Fehlerquellen kamen somit nur sonstige systematische und zufallsbedingte Fehler in Betracht, die sich im einzelnen jedoch nicht beseitigen ließen. Allgemein wurde zwischen den Ergebnissen der Totalerhebung und denen der 10 vH-Erhebung eine gute Übereinstimmung erzielt. Eine in die maschinelle Aufbereitung eingeschaltete Auswahlkontrolle stellte außerdem auf Kreisebene sicher, daß genau 10 vH bestimmter Merkmalsgruppen in die Auswahlmasse kamen.

Diese arbeitstechnisch schwierige und zeitraubende

Abstimmung auf 10 vH der jeweiligen Totalmasse bezog sich auf folgende *Merkmalsgruppen*:

Lerstehende Normalwohnungen,
Normalwohnungen mit Einpersonen-Untermieterhaushalt,
Normalwohnungen mit Mehrpersonen-Untermieterhaushalt,
Normalwohnungen ohne Untermieter,
Einpersonenhaushalte außerhalb von Normalwohnungen²,
Mehrpersonenhaushalte außerhalb von Normalwohnungen².

Hierdurch konnte die spätere Hochrechnung der Ergebnisse der Repräsentativerhebung zur Wohnungstatistik 1956 auf ungefähre Totalzahlen wesentlich vereinfacht werden. Statt der Berechnung verschiedener Hochrechnungsfaktoren für die im einzelnen nachgewiesenen Tatbestände genügte die Multiplikation mit 10, d. h. das Anhängen einer Null.

Bei den nicht abgestimmten Merkmalsgruppen hielten sich die Differenzen zwischen den durch die Totalerhebung ermittelten Bestandszahlen und den entsprechend hochgerechneten — also verzehnfachten — Bestandszahlen der Repräsentativerhebung in engen Grenzen; sie beeinflussen insbesondere bei der Zugrundelegung von Verhältniszahlen das Gesamtergebnis nicht nennenswert. Gewisse Abweichungen zwischen den vergleichbaren Ergebnissen dürften wohl auf methodisch-systematische Fehler zurückzuführen sein, so z. B. der größere Anteil der Eigentümerwohnparteien (und der entsprechend geringere Anteil der Hauptmietparteien) in der 10 vH-Erhebung, woraus sich auch zum Teil die Unterschiede zwischen den Bestandszahlen an Normalwohnräumen erklären lassen, da die Eigentümerwohnungen durchschnittlich größer als die Mietwohnungen waren.

Bei der Hochrechnung der repräsentativ ermittelten absoluten Zahlen auf ungefähre Totalzahlen wird allgemein der Genauigkeitsgrad und die Aussagekraft für die Totalmasse um so größer, je dichter die Besetzung bei den jeweiligen Merkmalen (Tabellenfelder) ist (vgl. hierzu auch Seite 25). Aus diesem Grunde wurden auch die Ergebnisse der 10 vH-Erhebung in regionaler Hinsicht eingeschränkt, wofür eine vom Institut für Raumforschung, Bad Godesberg, im Benehmen mit der zuständigen Landesplanungsbehörde ausgearbeitete Aufstellung *regionaler Auswertungseinheiten*³ maßgeblich war. Hierbei sind sowohl die natur- und wirtschaftsräumlichen Zusammenhänge berücksichtigt als auch die Grenzen der Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirke gewahrt worden. Soweit kreisfreie Städte oder Landkreise für sich allein 100 000 oder mehr Einwohner aufwiesen, sind sie einzeln aufgeführt, andernfalls mit einem Landkreis zusammengefaßt worden, so daß sich eine Gesamteinwohnerzahl von mehr als 100 000 ergab. Nur in einem Fall — Stockach und Überlingen — liegt die Zusammenfassung von Landkreisen wenig unter der Grenze von 100 000 Einwohnern. In den Fällen, in welchen die Zusammenfassung von zwei oder drei Landkreisen bzw. von kreisfreier Stadt mit ihrem umliegenden Landkreis geboten schien, wobei eine Verwaltungseinheit für sich allein schon mehr als 100 000 Einwohner aufwies, wurden sinnvoll ergänzend auch noch Einzelnachweisungen erbracht (z. B. für die Landkreise Heilbronn, Rastatt, Lahr und Rottweil).

² Das sind Notwohnungen und Unterkünfte außerhalb von Wohnungen.

³ Vergleiche auch Schaubild Nr. 250 in Band 44, III. Teil, S. 11.

3. Die einprozentige Zusatzerhebung der Wohnungstatistik

Die Auswahl der in die 1 vH-Zusatzerhebung einzubeziehenden Wohnungen wurde grundsätzlich nur unter den durch die 10 vH-Erhebung näher untersuchten Wohnungen bzw. wohnungslos in Anstalten eingewiesenen Haushalten (grüne Haushaltungslisten) getroffen. Aus zweckdienlichen Gründen blieb jedoch die Auswahl — ohne ihr hierdurch den Zufallscharakter zu nehmen — auf 412 vorbestimmte (Mikrozensus-) Gemeinden (12 vH aller Gemeinden) beschränkt. Diese nach strukturellen Gesichtspunkten ausgewählten Gemeinden, die sich auf 9 Stadtkreise und 63 Landkreise verteilten, waren dem Statistischen Landesamt durch das Statistische Bundesamt verbindlich benannt worden. Für die eigentliche *Auswahl* der zur Befragung vorgesehenen Fälle wurden die zur Durchführung der 10 vH-Erhebung ausgeschriebenen „Signierblätter“ herangezogen und die Wohnungen bzw. Haushalte nach einem bundeseinheitlichen Schlußziffernverfahren bestimmt. Hierfür mußten zunächst alle auf Signierblätter übertragenen grünen Haushaltungslisten durchnummeriert werden, und zwar wurden die Eintragungen in den Signierblättern für Gemeinden mit unter 50 000 Einwohnern fortlaufend über alle Zählbezirke hinweg paginiert, für die Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern, bei welchen die Entfernung der zu befragenden Wohnungen zueinander eine entscheidende Rolle spielte, wurden die Repräsentationsfälle dagegen nur aus einigen Zählbezirken ausgewählt. Während so in den größeren Gemeinden die von den Interviewern aufzusuchenden Wohnungen möglichst konzentriert wurden, blieben die zur Auswahl herangezogenen wohnungslos in Anstalten eingewiesenen Haushalte über alle Zählbezirke verteilt. Nach dem vom Statistischen Bundesamt ausgearbeiteten Schlußziffernverfahren waren sodann diejenigen Paginiernummern auszuwählen bzw. kenntlich zu machen, die bestimmte vorgeschriebene Schlußziffern aufwiesen. Diese wiederum hingen von dem für jede Gemeinde errechneten sogenannten „Sekundären Auswahlatz“ ab. Der sekundäre Auswahlatz gab an, welcher Anteil der Untersuchungseinheiten (Wohnungen) jeweils in die Erhebung einzubeziehen war; bezogen auf die 10 vH-Erhebung war er in Prozent, bezogen auf die Gesamtzahl aller Wohnungen in Promille ausgerechnet. In den Fällen, in denen ein Auswahlatz über 100 errechnet wurde — was nur in ganz kleinen Gemeinden möglich war — reichten die grünen Haushaltungslisten für die Auswahl nicht aus, so daß aus den weißen Haushaltungslisten noch eine ergänzende Auswahl zu treffen war. Die dargestellte Zufallsauswahl führte dazu, daß die in ihren Wohnungen und Unterkünften erfaßten Haushalte einen repräsentativen Querschnitt der Gesamtheit darstellten.

Für die solchergestalt gemeindeweise ausgewählten Wohnungen und wohnungslos in Anstalten eingewiesenen Haushalte mußten aus den Zählbezirksumschlägen in numerischer Reihenfolge die zugehörigen Gebäude-, Anstalts- und Haushaltungslisten herausgesucht werden, damit die für die praktische Durchführung der Interviews notwendigen allgemeinen Angaben (über die genaue Lage der Wohnung sowie über den Namen des Haushalts u. a. m.) in *Anschriftenlisten* übertragen werden konnten. Hierbei waren jeweils alle in einer Wohnung lebenden Haushalte (Wohnungsinhaber und Untermieter) untereinander einzutragen. Bei dieser Vorarbeit für die Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern war

ferner darauf zu achten, daß die zu interviewenden wohnungslos eingewiesenen Wohnparteien nach Möglichkeit dem ihrer Unterkunft nächstgelegenen Interviewbezirk zugeordnet wurden. Jede Anschriftenliste sollte höchstens 35 Anschriften enthalten. Zugleich mit der Aufstellung der Anschriftenlisten mußte für das Interview mit der einzelnen Wohnpartei auch ein *Erhebungsblatt* (Muster siehe Anhang) vorausgefüllt werden. Außer den allgemeinen Zuordnungsmerkmalen der Haushalte (Gemeindekennziffer, Zählbezirk, Nr. der Haushaltsliste usw.) waren in hierfür besonders vorgesehene Signierkästchen verschlüsselte Angaben aus der zum Stichtag 25. September 1956 von dem Haushalt selbst ausgefüllten Haushaltsliste zu übertragen. Durch diese Signierziffern sollte einerseits dem Interviewer die Befragung insofern erleichtert werden, als er sich schon vor dem Interview ein allgemeines Bild über die Größe und wohnungsmäßige Unterbringung des Haushalts machen konnte. Andererseits konnten die Verschlüsselungen zu einem Vergleich auf Richtigkeit und Vollständigkeit gewisser Angaben in den Haushaltslisten mit den Ergebnissen der Interviewbefragung herangezogen werden, was zugleich auch ein Urteil über die Zuverlässigkeit der erteilten Antworten erlaubte. Dabei ergab sich, daß die bereits veröffentlichten Ergebnisse der Totalerhebung sowie der 10 vH-Erhebung als zutreffend angesehen werden dürfen, da wesentliche Fehler in dem Erhebungsmaterial beider Erhebungsteile nur in sehr geringem Umfang zutage getreten waren.

Die Auswahl der Interviewer traf das Statistische Landesamt an Hand der von den Bürgermeisterämtern der Mikrozensusgemeinden mittels Fragebogen gemeldeten Interessenten. Diese wurden einschließlich einer ausreichenden Zahl von Reserve-Interviewern zu Beginn des Frühjahrs 1957 — nach Schulungsbezirken gesondert — zu einer 1½-tägigen Unterweisung an einen möglichst zentral zu ihren Wohnorten gelegenen Ort einberufen, wo sie nicht nur mit dem Fragenkomplex für die 1 vH-Zusatzerhebung und dem Ziel dieser Befragungsaktion, sondern vielmehr noch mit der allgemeinen Interviewertechnik eingehend vertraut gemacht wurden. Dabei wurden die Interviewer auch über die wichtigsten statistischen Grundbegriffe, die im Rahmen der Erhebung eine Rolle spielten — wie z. B. Haushalt, Wohnung, Wohnraum, Mietverhältnis, Familieneinkommen usw. — aufgeklärt. Zugleich erhielten sie einen Überblick über die derzeit wichtigsten Probleme des Wohnungs- und Bauwesens.

Besonderes Gewicht wurde hierbei auch auf die Belehrung über die Geheimhaltungspflicht nach §§ 10—14 des „Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke“ vom 3. September 1953 gelegt, um sicherzustellen, daß die Kenntnisse, die die Interviewer bei der Befragung von Haushalten im Rahmen der Wohnungstatistik 1956/57 über die Verhältnisse der befragten Personen und ihrer Haushalte erlangten, nicht an andere als an die mit der Durchführung dieser Statistik bestimmten Personen bzw. Dienststellen weitergegeben wurden. Die Geheimhaltungspflicht besteht für alle Beteiligten auch noch nach Beendigung der Interviewertätigkeit.

Im Anschluß an die Schulung erhielt jeder Interviewer eine Interviewermappe mit der Anschriftenliste nebst dem dazugehörigen Erhebungsmaterial. Beigegeben war außerdem ein persönlich gehaltenes Anschreiben des Statistischen Landesamts für die Haushalte zur Ankündigung des Interviewerbesuches. Speziell ausgearbeitete

Richtlinien für die Interviewer, die auch Ratschläge für bestimmte Verhaltensweisen enthielten, vervollständigten die Unterlagen.

Nach einem Eingangsgespräch, bei welchem die Interviewer bereits alle Sachverhalte über Größe und Struktur der Haushalte erfassen sollten, waren jeweils alle Wohnparteien insbesondere danach zu fragen, ob sie einen *Wohnungswechsel* beabsichtigten. Wurde die Frage bejaht, so hatte der Interviewer im Verlaufe des Gesprächs zu ermitteln, welche Schritte zur Verwirklichung dieses Wohnungswunsches bereits unternommen worden waren. Nur wenn sich der Haushalt als Ganzes oder Teile desselben bereits ernstlich um eine neue oder andere Wohnung bemüht hatten, wurde bei der Auswertung der Angaben ein *Wohnungsbedarf* angenommen. Weitere Fragenkomplexe beschäftigten sich mit den für den beabsichtigten Wohnungswechsel vorliegenden Gründen und mit der Beschaffenheit der derzeit benützten Wohnung. Außerdem war die angestrebte Wohnung hinsichtlich ihrer Lage, Größe und Raumzahl sowie ihrer Ausstattung mit technischen und sanitären Einrichtungen, ferner die finanzielle Möglichkeit und Bereitschaft des Haushalts zur Mietzahlung für diese angestrebte Wohnung Gegenstand der Befragung.

Ein besonderer Teil des Interviews befaßte sich mit den *Einkommensverhältnissen der Haushalte*, wobei erstmals der Versuch unternommen wurde, einen Überblick über das Haushaltsnettoeinkommen als die Summe aller von den Haushaltsmitgliedern in Geld oder Naturalien erzielten Einkünfte zu gewinnen. Obwohl es hier den Befragten freistand, ob und inwieweit sie Einkünfte erteilen wollten, stießen die Interviewer nur in wenigen Fällen auf grundsätzliche Ablehnung und Verweigerung der Antwort. Bei den Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen bestand sogar vielfach eine große Bereitwilligkeit zur Auskunft. Problematisch hinsichtlich der Feststellung der Einzeleinkommen und ihrer Zusammenfassung zum Familien-(Haushalts-)einkommen wirkte sich jedoch die Tatsache aus, daß — insbesondere bei größeren Haushalten — der Haushaltsvorstand oder die Ehefrau, die das Interview gaben, nicht über die Einkommensverhältnisse aller Haushaltsmitglieder unterrichtet waren und deshalb nur ungenaue Angaben machen konnten. Bei den Selbständigen war naturgemäß die Ausfallsquote verhältnismäßig hoch. Vielfach vermochten die Auskunftspersonen auch keine Anhaltspunkte für eine Schätzung des Einkommens zu geben. Bei den Landwirten gelang eine Schätzung in jenen Fällen nicht, in denen über die Betriebsstruktur keine zuverlässigen Angaben vorlagen. Im Hinblick auf die Schwierigkeit der Erfassung sind jedoch die bei der Stichprobe aufgetretenen Ausfälle gering; die Angaben für die Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte reichen immerhin für eine Darstellung der Einkommensstruktur dieser Haushalte und für begründete Aussagen hinsichtlich der Mietbelastung von Mieterhaushalten aus. Die Kenntnis der Einkommensverhältnisse von Haushalten mit Wohnungsbedarf ließ bei der Aufbereitung außerdem ein Urteil darüber zu, ob der beim Interview angegebene Wohnungsbedarf im Einzelfalle angemessen und realisierbar war.

Die zahlreichen Fragen, mit denen sich die 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungstatistik 1956/57 befaßte, waren derart miteinander verknüpft, daß viele der Einzelfragen in einem von den Befragten auszufüllenden Erhebungsbogen kaum in zutreffender und befriedigender Weise

beantwortet worden wären. Die Richtigkeit des Eintrags wäre bei einem großen Teil der Fragen wahrscheinlich schon infolge mangelnden Verständnisses zweifelhaft gewesen. Die Art der Fragestellung setzte einen persönlichen Kontakt und das Eingehen auf die Einzelverhältnisse voraus, wie dies nur im Interviewverfahren möglich ist. Da der Erfolg des Interviews praktisch von der Reaktion des Befragten auf das Verhalten des Interviewers und auf die einzelnen Fragen abhängt, lag es im Geschick eines jeden Interviewers, die jeweils vorliegenden Tatbestände mit Hilfe der zahlreichen Einzelfragen im Gespräch herauszuarbeiten.

Auf Grund des vorgenannten Schlußziffernverfahrens betrug die Zahl der in Baden-Württemberg in die Repräsentation für die 1 vH-Zusatzerhebung einbezogenen Haushalte 23 769. Ihre Adressen waren in 834 Anschriftenlisten festgehalten. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurden jedoch nur 755 Bearbeitungsbezirke gebildet, wobei das gesamte Erhebungsmaterial in 676 Einzelmappen (mit je einer Anschriftenliste und höchstens 40 Interviewfällen) und 79 Doppelmappen zu verteilen war. Die Ausgabe von sogenannten Doppelmappen mit 2 Anschriftenlisten beschränkte sich in der Hauptsache auf kleinere Gemeinden, in welchen rund 40 Wohnungen aufzusuchen waren und nur ein Interviewer in Betracht kam. Grundsätzlich sollte jede Einzel- oder Doppelmappe von einem Interviewer bearbeitet werden. Von den zunächst 755 vorgesehenen Interviewern fielen zu Beginn der Befragungsaktion 122 (16 vH) aus mehrfachen Gründen aus. Nur in wenigen dieser Fälle war mit der Arbeit bereits begonnen worden. Nach Möglichkeit wurde ein benachbarter Interviewer als Ersatz für den Ausfall gewonnen, so daß in den Monaten März, April und Mai 1957 insgesamt 633 Interviewer, und zwar 552 Männer und 81 Frauen, um die Durchführung der Stichproben bemüht waren. Von diesen hatten sich 78 (12,3 vH) zur Bearbeitung von 2 Interviewbezirken bereit erklärt, 14 hatten 3 Bezirke und 1 Interviewer sogar 5 Bezirke übernommen. Trotz sorgfältiger Auswahl befanden sich unter den Interviewern auch einige, die die Befragungen nicht erfolgreich oder nicht termingemäß zu erledigen vermochten. Der Versuch, die notwendigen Berichtigungen, Ergänzungen und Nachinterviews auf schriftlichem Weg einzuholen, führte einerseits zu nicht befriedigenden Ergebnissen und war andererseits auch aus zeitlichen Gründen nicht immer durchführbar. Deshalb kamen in 95 Bezirken (12,6 vH) zwei und in 8 Bezirken sogar drei Interviewer zum Einsatz, ehe die Befragungsaktion abgeschlossen werden konnte. Da es sich als zweckmäßig erwies, die nach der ersten Prüfung in den von den örtlichen Interviewern ausgefüllten Erhebungsblättern festgestellten Beanstandungen hauptsächlich durch Amtsangehörige erledigen zu lassen, mußten letztlich noch 86 Interviewbezirke von Sachbearbeitern des Statistischen Landesamts bearbeitet werden. Durch den Einsatz dieser besonders geschulten Interviewer

ließ sich die Zahl der nicht auswertbaren Fälle und der Auskunftsverweigerungen noch erheblich verringern.

Nach Abschluß der Befragungsaktion lagen dem Statistischen Landesamt insgesamt 24 297 Erhebungsblätter (Muster siehe Anhang) vor. Danach waren 22 749 oder 93,6 vH der Interviews erfolgreich vorgenommen worden. Unter den 1513 (6,2 vH) erfolglos gebliebenen Interviews befanden sich in der Hauptsache Fälle, in welchen die zu befragenden Wohnparteien längere Zeit abwesend oder nicht erreichbar waren, und nur zu einem geringen Teil solche, die jegliche Auskunft verweigert hatten. Die Anzahl der Verweigerungsfälle, die trotz mehrmaligem Besuch des Haushalts — wofür aus psychologischen Gründen jeweils andere Interviewer eingesetzt wurden — nicht verringert werden konnte, betrug mit insgesamt 197 Fällen 12,7 vH der erfolglosen oder 0,81 vH aller Interviews. Über die zuständigen Regierungspräsidien wurde bei diesen Haushalten ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Mit 35 Haushalten, die insbesondere auf dem Lande aus meist persönlichen Gründen nicht aufgesucht wurden, hat der Ausfall an Befragungseinheiten eine relativ unbedeutende (0,14 vH) Steigerung erfahren. Dagegen sind 528 zusätzliche Interviews zustande gekommen, indem die Interviewer bei ihren Besuchen mehrfach Haushalte angetroffen hatten, die ihnen vom Statistischen Landesamt mittels Anschriftenlisten nicht genannt worden waren. In der Mehrzahl dieser Fälle handelte es sich um Untermietparteien, die erst nach dem 25. September 1956 in die ausgewählte Wohnung eingezogen waren, und um Haushaltsteile (Personen), die am Zählungstichtag entweder nicht als selbständige Wohnpartei nachgewiesen worden waren oder die zwischenzeitlich erst durch Heirat einen selbständigen Haushalt gegründet hatten. Bezogen auf die Gesamtzahl aller erfolgreich vorgenommenen Interviews betrug der Anteil dieser zusätzlich erfolgten Befragungen 2,32 vH.

Sowohl bei der textlichen Darstellung der Ergebnisse als auch im Tabellenanhang werden hauptsächlich die Fälle (Wohnungen und Haushalte) mit auswertbaren Angaben berücksichtigt. Ihre absolute Zahl bestimmt sich jeweils dadurch, inwieweit im Verlaufe des Interviews die im besonderen gestellten Fragen erschöpfend beantwortet wurden. Hierbei dürfte die Differenz in der Anzahl der auswertbaren Fälle weniger auf Nachlässigkeit oder Ungeschick der Interviewer oder auf die infolge Abwesenheit des Haushalts unmögliche Durchführung des Interviews zurückzuführen sein, als vielmehr auf Unkenntnis des tatsächlichen Sachverhalts seitens der Befragten. Alle Erhebungsblätter nach einheitlichem Maßstab zu prüfen und auszuwerten, war Aufgabe des Statistischen Bundesamts. Die tabellarischen Ergebnisse wurden im maschinellen Aufbereitungsverfahren nur für das Land insgesamt erstellt. Auf Bundesebene finden die Ländernachweisungen noch eine Ergänzung durch eine Darstellung der Verhältnisse in den einzelnen Gemeindegrößenklassen.

E. Nebenaufgaben der Wohnungsstatistik 1956/57

Wohl bei jeder Großzählung werden mit dem eigentlichen Erhebungszweck auch noch einige Nebenaufgaben verbunden. Von dieser Möglichkeit wird insbesondere dann Gebrauch gemacht, wenn sich die weitere Ausnutzung des Erhebungsmaterials ohne allzu große Kosten und Arbeitsbelastung sowie ohne Verletzung der Geheimhaltungspflicht ermöglichen läßt. So sollten auch

durch die Wohnungsstatistik 1956/57 einige zusätzliche Forderungen erfüllt werden, und zwar:

1. Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes

Gemäß § 12 des Bundesgesetzes vom 27. Juli 1950 [Volkszählungsgesetz 1950, veröffentlicht im BGBl. S. 335] wurde die Fortschreibung des Wohnungsbestan-

des jeweils auf der Basis der Wohnungszählung vom 13. September 1950 unter Zuhilfenahme der Statistik der Baufertigstellungen sowie der Statistik der von den ausländischen Streitkräften beanspruchten und wieder freigegebenen Gebäude und Wohnungen vorgenommen. Nachdem die Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57 vorlagen, bildeten diese einen neuen Ausgangspunkt für die Fortschreibung. Dabei mußte die Fortschreibung der Normalwohnungen und die darin vorhandenen Räume (Küchen jeder Größe und Zimmer mit 6 und mehr qm Wohnfläche) zum 31. Dezember 1956 unter Absetzung der bereits im Zählungsergebnis 1956 enthaltenen Baufertigstellungen aus der Zeit vom 1. Januar bis 25. September 1956 vorgenommen werden.

Da mit der Wohnungsstatistik 1956/57 keine Gebäudezählung verbunden war, blieb für die Fortschreibung der Gebäude das Zählungsergebnis von 1950 maßgebend.

2. Die Einrichtung einer Gebäudekartei

Die Einrichtung einer Gebäudekartei beim Statistischen Landesamt war als Unterlage für künftige, die Wohnungen und Haushalte betreffende Stichprobenerhebung besonders im Hinblick auf die durch das wohnungsstatistische Gesetz vom 17. Mai 1956 bereits vorgesehenen weiteren repräsentativen Zusatzerhebungen in den Jahren 1959, 1961 und 1963 geplant worden. Ihre Aufstellung scheiterte jedoch an den für die Anlage und Fortführung erforderlichen hohen Kosten. Statt dessen wurden die Gebäudelisten der Wohnungsstatistik 1956/57 und die Zählkarten über die Baufertigstellungen archiviert, so daß ihre jeweilige Benutzung im Sinne einer Gebäudekartei möglich ist.

3. Die Durchführung des Mikrozensus

Für das Bundesgebiet war durch das Gesetz vom 16. März 1957 (BGBl. I S. 213) eine Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) angeordnet worden. Die erste Durchführung des Mikrozensus basierte auf der Auswahl des bei der einprozentigen Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57 mitarbeitenden Interviewerstabes und auf dem Anschriftenmaterial, das eine einprozentige Auswahl aus allen vorhandenen Wohnungen enthielt. Bis zum Vorliegen neuer Unterlagen aus der kommenden Volkszählung 1961 dürfte das Urmaterial der Wohnungsstatistik 1956/57, insbesondere die Grundstücksverzeichnisse und Leitlisten, jeweils ergänzt durch die Zählkarten der Bautätigkeitsstatistik, auch weiterhin Verwendung für die stets neu vorzunehmende 1 vH-Auswahl beim Mikrozensus finden.

4. Das Verzeichnis der Heime und Anstalten der sozialen Hilfe

Auf Grund der vorliegenden Anstaltslisten konnte die seit langem angestrebte vollständige Erfassung der Heime und Anstalten der sozialen Hilfe vorgenommen werden. Nach einem vom Statistischen Bundesamt zusammengestellten „Katalog der Heime und Anstalten der sozialen Hilfe“ wurde zunächst eine „Adressenliste“ unter gleichzeitiger Angabe der Art der Anstalt und des Namens des Eigentümers, Pächters, Leiters oder Vorstandes der Anstalt sowie der Zahl des Personals und der Insassen am Stichtag 25. September 1956 zusammengestellt.

5. Die Feststellung der Pendler nach Zielorten

Bei der Ermittlung der Auspendler im Rahmen der bevölkerungsstatistischen Tabellen wurde beobachtet, daß von den Ausfüllungspflichtigen die entsprechenden Angaben in den Haushaltslisten nicht mit der nötigen Sorgfalt vorgenommen worden waren. Dies konnte noch durch einen Vergleich der Ergebnisse aus der Wohnungsstatistik 1956/57 mit den Ergebnissen der Erhebung, die die Landesplanung im Jahre 1955 auf Grund der Erfassung aller lohnsteuerpflichtigen Einwohner durchgeführt hatte, bestätigt werden. Es wurde deshalb auch davon abgesehen, die an Hand der Haushaltslisten ermittelten zu niedrigen Zahlen der Auspendler als Grundlage für die nur in Gemeinschaftsarbeit mit den Statistischen Landesämtern der unmittelbar benachbarten Länder Baden-Württembergs durchzuführende Auszählung der Einpendler nach Zielorten zu verwenden.

Ebenso könnten nur in Gemeinschaftsarbeit aller Länder nachträglich Ermittlungen über die rückkehrwilligen evakuierten Wohnparteien nach Zielgemeinden, in die sie zurückkehren wollen, vorgenommen werden.

F. Zählungsunterlagen, Erhebungseinheit und Aufbau der Erhebungspapiere

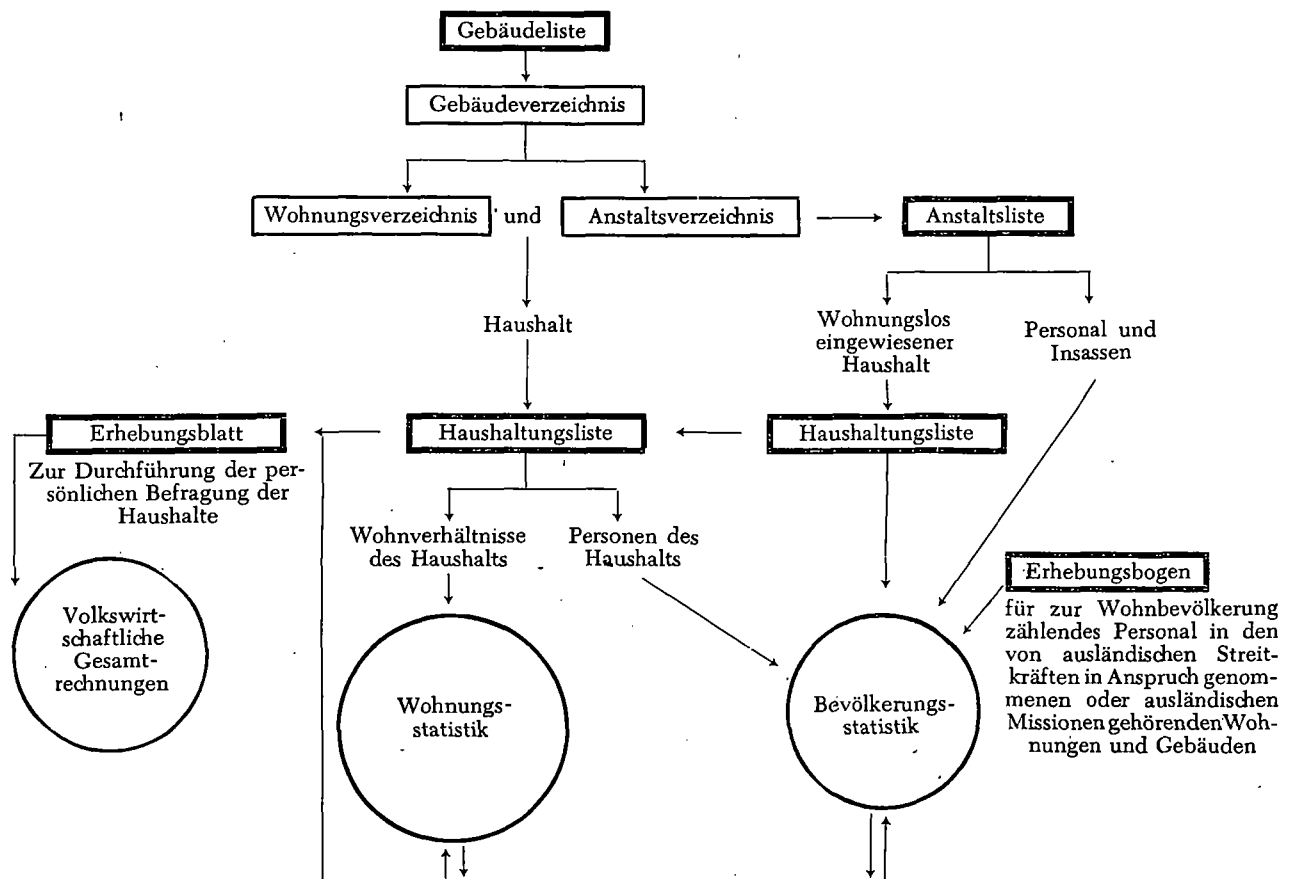
Vom Statistischen Landesamt erhielten die Gemeindeverwaltungen grundsätzlich eine Ausstattung mit folgenden Zählungsunterlagen:

Drucksache Nr.	1	Gebäudeliste
„	Nr. 2	Haushaltsliste (weiß und grün)
„	Nr. 3	Anstaltsliste
„	Nr. 4	Zählbezirksbuch
„	Nr. 5	Grundstücksverzeichnis einschließlich Leitliste für die Ausgabe der verschiedenfarbigen Haushaltslisten
„	Nr. 6	Anweisung für die Zählerschulung
„	Nr. 7	Anweisung für die Gemeindebehörden
„	Nr. 8	Gemeindebogen
„	Nr. 9	Liste der abbruchreifen Gebäude im Gemeindegebiet
„	Nr. 10	Vorausbericht

Hinzu kamen bei Bedarf noch die Drucksachen A, B und C: Erhebungsbogen für zur Wohnbevölkerung zählendes Personal in den von ausländischen Streitkräften in Anspruch genommenen oder ausländischen Missionen gehörenden Wohnungen und Gebäuden.

Da die Feststellungen über die Wohnungen und ihre Belegung mit Wohnparteien im Vordergrund des Interesses standen, war auch die Wohnung im bautechnischen Sinne Erhebungseinheit aller Zählungsteile der Wohnungsstatistik 1956/57. Befragt wurden sodann sämtliche in diesen Wohnungen lebenden Haushalte. Die zusätzliche Erhebung einiger bevölkerungsstatistischer Tatbestände sollte vor allem die Ermittlung der Wohnbevölkerung am 25. September 1956 ermöglichen. Um eine lückenlose Zählung aller vorbestimmten Erfassungsobjekte zu gewährleisten, mußten die Erhebungspapiere

Die Zählpapiere der Wohnungsstatistik 1956/57 nach ihrem Aufbau und dem Verwendungszweck der Ergebnisse



aufeinander abgestimmt sein. Danach ergab sich für die zur Durchführung der Erhebungen vom 25. September 1956 hauptsächlich verwendeten Erhebungspapiere folgender Aufbau:

- Die *Gebäudelisten* dienten zur Erfassung im einzelnen bezeichneter Grundstücksarten.
- Im *Gebäudeverzeichnis* der Gebäudeliste waren alle ständig bewohnten oder für Wohnzwecke bestimmten Gebäude, mit Ausnahme der von ausländischen Streitkräften voll in Anspruch genommenen Gebäude, aufzuführen. — Im Bau befindliche Gebäude mußten am Stichtag ebenfalls erfaßt werden. Gleiche Richtlinien galten auch für leerstehende Gebäude mit Wohnraum, wie auch für fertiggestellte, aber noch nicht bezogene Neubauten. Ausfüllungspflichtig war der Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer.
- Für jedes dieser Gebäude waren die darin befindlichen Wohnungen sowie Anstalten in das *Wohnungsverzeichnis* (zugleich „Anstaltsverzeichnis“) der Gebäudeliste einzutragen.
- Von dem jeweiligen Leiter, Vorstand, Eigentümer, Pächter oder Verwalter einer Anstalt mußte eine *Anstaltsliste*, die Angaben über Personal und ständige Insassen sowie über wohnungslos eingewiesene Haushalte enthielt, ausgefüllt werden. Mittels „Anstaltslisten“ wurden auch alle weiteren außerhalb von Wohnungen, z. B. in Hotels, Fremdenheimen

men und Massenunterkünften untergebrachten Personen gezählt.

- Für jede der im *Wohnungsverzeichnis* der Gebäudeliste vermerkte Wohnung waren die darin wohnhaften Haushalte namentlich einzutragen.
- An jeden der im *Wohnungsverzeichnis* (Gebäudeliste) und im „Verzeichnis der wohnungslos Eingewiesenen“ (*Anstaltsliste*) aufgeführten Haushalte war eine *Haushaltungsliste* auszugeben, in der sämtliche zum Haushalt zählende Personen zu vermerken sowie für die nach dem „Wohnungsverzeichnis“ in Wohnungen untergebrachten Haushalte Angaben über die von ihnen genutzte Wohnung bzw. den Wohnungsteil (gemietete Einzelräume) zu machen waren. Verantwortlich für den Eintrag war der Haushaltsvorstand.

Als Ergänzung findet sich im Anhang auch das Muster des für die Durchführung der persönlichen Befragungen von Haushalten (1 vH-Zusatzerhebung) im Frühjahr 1957 von den Interviewern verwendeten *Erhebungsbogen* (Drucksache Nr. 12).

Die Auswertung und Beurteilung der Zählungsergebnisse hat eine genaue Kenntnis der Erhebungsunterlagen zur Voraussetzung. Im Anhang werden deshalb Muster der wichtigsten Erhebungspapiere abgedruckt. Sie enthalten alle zu ihrer Ausfüllung und zu ihrem Verständnis notwendigen Angaben und Erläuterungen.

G. Die erfaßten Tatbestände und ihre Begriffsbestimmungen

Die in den Zählpapieren und Tabellen sowie in den folgenden Ausführungen angewandten Definitionen der Erhebungsmerkmale unterscheiden sich teilweise von den im allgemeinen Sprachgebrauch verwendeten Begriffen. Sie werden deshalb zum Zwecke des besseren Verständnisses näher erläutert.

Abgesehen von einigen wenigen unbedeutenden Änderungen wurden den Erhebungsmaßnahmen für die Wohnungsstatistik 1956/57 die gleichen Begriffsbestimmungen wie bei der Wohnungszählung 1950 zugrunde gelegt. Bei Begriffen, die gegenüber der letzten Wohnungszählung von 1950 eine Veränderung erfahren haben, wird besonders darauf hingewiesen.

Gebäude

Normalgebäude sind alle Gebäude, deren Bauausführung eine dauernde Benutzung zuläßt. Sie sind in massiver Bauweise ausgeführt. Zu den Normalgebäuden zählen auch Behelfsheime mit 30 und mehr qm Wohnfläche.

Wohngebäude sind Gebäude, die überwiegend Wohnzwecken dienen.

Massive Nichtwohngebäude sind in massiver Bauweise errichtete Gebäude, die überwiegend anderen als Wohnzwecken dienen, z. B. Schulen, Hotels, Anstalts-, Amts-, Verwaltungs-, Geschäfts- und Bürogebäude.

Notwohngebäude sind Behelfsheime mit weniger als 30 qm Wohnfläche, Stein- und Holzbaracken, Bretterbuden, Wohnlauben, Nissenhütten, Bunker, Wohnwagen, außer Dienst gestellte Schiffe, Waggonen und sonstige Fahrzeuge sowie Gebäudereste (Ruinenkeller).

Einsturzgefährdete Gebäude sind Gebäude, für welche durch die Bauaufsichtsbehörde eine Abbruchverfügung ergangen ist.

Mehrfamilienhäuser sind alle Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen (z. B. Etagenmiethäuser). Hierzu rechnen nicht: Bauernhäuser, Kleinsiedler- und Nebenerwerbsstellen, Behelfsheime, Notwohngebäude und dergleichen mehr.

Einfamilienhäuser sind alle Wohngebäude mit 1 oder 2 Wohnungen. Hierzu zählen nicht: Bauernhäuser, Kleinsiedler- und Nebenerwerbsstellen, Behelfsheime und Notwohngebäude.

Bauernhäuser sind Gebäude, die in landwirtschaftlichen Betrieben zum ständigen Wohnen des Bauern (Leiters des landwirtschaftlichen Betriebes) bestimmt sind, gleichgültig, ob in diesen Gebäuden noch weiterer Wohnraum (z. B. Altenteilerwohnung, Landarbeiterwohnung) vorhanden ist oder nicht.

Kleinsiedlerstellen sind Einfamilienhäuser mit angemessener Landzulage und angemessenem Wirtschaftsraum, die nach Größe, Bodenbeschaffenheit und Einrichtung dazu bestimmt und geeignet sind, dem Siedler durch Selbstversorgung und aus vorwiegend gartenbaumäßiger Nutzung des Landes und der Kleintierhaltung eine Ergänzung seines Einkommens zu bieten.

Nebenerwerbsstellen sind kleinbäuerliche Anwesen, die nach Größe, Lage und Beschaffenheit dazu geeignet sind, dem Nebenerwerbsstellensiedler durch weitgehende Selbstversorgung seiner Familie aus dem Ertrag seines Bodens und der Kleintierhaltung sowie gegebenenfalls durch Einkünfte aus einer bescheidenen Marktleistung

eine wesentliche Ergänzung seines Einkommens zu bieten.

Behelfsheime sind in der Regel aus fabrikmäßig hergestellten Einzelbauteilen — also nicht in massiver Bauweise — errichtete Gebäude mit beschränkter Nutzungsdauer, selbst wenn sie durch Ummauerung oder ähnliche Maßnahmen winterfest gemacht wurden. Behelfsheime mit unter 30 qm Wohnfläche gelten als Notwohngebäude, solche mit 30 und mehr qm Wohnfläche als normale Wohngebäude.

Anstalten

Anstalten sind Hotels, Gasthöfe, gewerbliche Fremdenheime sowie Massenunterkünfte (wie Flüchtlings- und Arbeiterlager) und alle öffentlichen oder privaten Einrichtungen, die der gemeinsamen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung bestimmter Personenkreise zur Erfüllung religiöser, sozialer, gesundheitlicher, erzieherischer oder ähnlicher Zwecke dienen (wie z. B. Klöster, Altersheime, Waisen- und Krankenhäuser, Erholungsheime, Internate, Erziehungs- und Strafanstalten, Kasernen der Polizei und Bundeswehr).

Unterkünfte außerhalb von Wohnungen

Unterkünfte außerhalb von Wohnungen sind alle Anstalten wie Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime, Massenunterkünfte (Flüchtlingslager) und alle sonstigen öffentlichen und privaten Unterkünfte, sofern in ihnen Wohnparteien aus Wohnungsmangel bis zum Erlangen einer eigenen Wohnung untergebracht sind.

(Personal und Insassen von Anstalten sowie Dauergäste von Hotels, die keine eigene Wohnung anstreben, sind nicht als Wohnparteien in Unterkünften außerhalb von Wohnungen ausgewiesen.)

Besitzverhältnis

Nach dem Besitzverhältnis sind unterschieden:

Eigentümerwohnungen (darunter auch solche in Wohnungseigentum) und

Mietwohnungen (darunter auch solche in Dauerwohnrecht).

Wohnung

Eine *Wohnung* ist in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt ist und folgende Merkmale aufweist:

- a) eine bauplanmäßig vorgesehene Küche oder Kochnische,
- b) einen eigenen Wohnungseingang, unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen erreichbar.

Bei Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethäusern ist jede abgeschlossene Etagenwohnung einschließlich der dazugehörigen, gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräume (z. B. Mansarde, separates Zimmer), als Ganzes eine Wohnung.

Liegen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerksweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so gelten die Räume als Wohnung, die unter normalen (Vorkriegs-) Verhältnissen, zusammen mit der dazugehörigen Küche, von einem Haushalt bewohnt bzw. gemietet werden.

Einfamilien- und Bauernhäuser gelten in der Regel als eine Wohnung, zu der in Bauernhäusern auch Einzelwohnräume in dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z. B. Knechtekammer im Stallgebäude, Altenteilerzimmer in einem Anbau) zählen. Eine zweite (oder weitere) Wohnung liegt nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Stockwerk oder — beim Bauernhaus — in einem abgetrennten Gebäude zusammenliegen, eine vollausgebaute Küche umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung eines eigenen Haushalts vorgesehen sind.

Normalwohnungen sind Wohnungen, die in Normalgebäuden liegen und nicht die Merkmale einer Notwohnung aufweisen.

Notwohnungen sind

alle in Notwohngebäuden liegenden Wohnungen,
alle Kellerwohnungen,

Dachgeschoßwohnungen, wenn sie nicht zum dauernden Wohngebrauch geeignet sind, sowie Mansardenwohnungen und

alle Wohnungen bzw. Wohngelegenheiten in Normalgebäuden, wenn sie weder eine Küche noch eine bauplanmäßig vorgesehene Kochnische aufweisen (mit Ausnahme der Wohnungen in Hotels, Gasthäusern und ähnlichen Anstalten, die vom Eigentümer oder Pächter bewohnt werden und die keine eigene Küche zu haben brauchen).

Zwischen den Notwohnungsbegriffen 1956 und 1950 besteht sowohl ein Unterschied in der Erfassung und Bewertung der Keller- als auch der Dachgeschoßwohnungen.

1956 gelten als „Kellerwohnungen“ alle Wohnungen, deren Fußboden mehr als 1 m unter der Erdoberfläche liegt; bei an Abhängen liegenden Gebäuden ist die Talseite des Gebäudes maßgebend. 1950 lag eine ebenso genaue Definition nicht vor; hierdurch dürfte jedoch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wegen der geringen Zahl von Kellerwohnungen nur wenig beeinflusst sein.

Da eine Dachgeschoßwohnung nicht grundsätzlich als Notwohnung gewertet werden kann, blieb sowohl 1950 als auch 1956 die Entscheidung, ob diese Wohnung zum dauernden Wohngebrauch im Sinne einer Normalwohnung geeignet ist, oder ob es sich um eine behelfsmäßige Wohngelegenheit handelt, dem Auskunftspflichtigen überlassen. Infolge der Hebung des Lebensstandards darf angenommen werden, daß sich die subjektiven Wertmaßstäbe in der Zeit zwischen den Zählungen weitgehend verändert haben, so daß 1956 manche Dachgeschoßwohnung als Notwohnung beurteilt wurde, die 1950 als normale Wohnung galt. Hierauf kann möglicherweise eine unterschiedliche Nachweisung begründet sein, was bei der relativ großen Zahl von Dachgeschoßwohnungen nicht unbeachtet bleiben darf. Für 1956 wurde ferner die Regelung neu getroffen, daß Mansardenräume, die nicht oder nicht mehr zu einer Wohnung gehören und vom Eigentümer direkt an Haushalte vermietet wurden, zu den Notwohnungen zählen (Mansardenwohnungen).

Beschränkt bewohnbare Normalwohnungen sind Wohnungen in einsturzgefährdeten Gebäuden und in Behelfsheimen mit 30 und mehr qm Wohnfläche.

Eigentümerwohnungen sind vom Eigentümer in seinem Gebäude bewohnte Wohnungen sowie Wohnungen, die im Eigentumsrecht erworben und als solche in das Grundbuch eingetragen sind.

Mietwohnungen sind Wohnungen, die sich nicht im Eigentum des Wohnungsinhabers befinden, also alle

Wohnungen mit Ausnahme der Eigentümerwohnungen. Hierbei ist es gleichgültig, ob für diese Wohnungen tatsächlich Miete bezahlt wird oder nicht.

Mietwohnungen mit Dauerwohnrecht sind Wohnungen, bei denen der Wohnrechtsanspruch des Inhabers im Grundbuch eingetragen ist.

Dienst- oder Werkswohnungen sind Mietwohnungen, die sich im Eigentum des Arbeitgebers des Wohnungsinhabers befinden und in der Regel den Arbeitnehmern zum Wohnen überlassen werden. Hierzu gehören jedoch nicht Wohnungen von Wohnungsbaugesellschaften, welche von Unternehmen gegründet wurden, um für Betriebsangehörige Wohnungen zu bauen.

Stiftswohnungen sind Mietwohnungen im Eigentum von Stiftungen, die an bevorrechtigte Bevölkerungsgruppen — in der Regel verbilligt — abgegeben werden.

Anstaltswohnungen sind Mietwohnungen, die zur Unterbringung eines zum Personal der Anstalt gehörenden Haushalts (z. B. des Anstaltseigentümers, Pächters, Arztes, Hausmeisters, Heizers usw.) bestimmt sind.

Als Anstaltswohnungen gelten auch Wohnungen in Wohnlagern, wenn sie die Merkmale einer Normalwohnung aufweisen und von für sich selbst wirtschaftenden Haushalten bewohnt sind. — Die Wohnung einer privaten Zimmervermieterin galt nicht als Anstalt, sondern als Wohnung, wobei sämtliche Räume, auch evtl. leerstehende, erfaßt wurden. —

In Hotels, Gasthöfen und dergleichen mehr ist die Wohnung des Inhabers oder Pächters usw., für die häufig die Merkmale einer Normalwohnung nicht zutreffen, weil beispielsweise nur die Hotelküche vorhanden ist, dennoch als Normalwohnung gezählt worden. Die zur Unterbringung der Gäste und des Personals vorhandenen Einzelräume wurden hierbei jedoch nicht erfaßt.

Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen sind Mietwohnungen, die außer Wohnräumen auch gewerblich genutzte Räume enthalten bzw. solche Mietwohnungen, die nur gemeinsam mit Geschäftsräumen vermietet werden.

Zweckentfremdete Wohnungen, die ausschließlich gewerblichen Zwecken — als Büro, Werkstatt, Verkaufsstelle, Praxis oder dergleichen mehr — dienen und in denen keine Person ständig wohnte, wurden nicht erfaßt.

Wohnunwürdige Wohnungen sind außer den Notwohnungen auch solche Wohnungen, die nach Ansicht der Inhaber — welche einen Wohnungswechsel anstreben — zum dauernden Wohngebrauch ungeeignet erscheinen, weil sie schlecht heizbar, stark beschädigt, feucht sind oder sich in abgewohntem Zustand u. ä. befinden.

Baualter der Wohnung

Die Wohnungen wurden nach drei Baualtersgruppen zusammengefaßt:

Altbau, dazu gehören alle vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen Wohnungen.

Neubau, dazu gehören alle in der Zeit vom 1. Juli 1918 bis zum 20. Juni 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen,

Neuestbau, dazu gehören alle nach dem 20. Juni 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen.

Bei Gebäuden, die durch Kriegsschäden teilweise unbenutzbar geworden waren und wiederhergestellt worden sind, gilt das Jahr der ursprünglichen Errichtung, bei total zerstörten und wiederaufgebauten Gebäuden das Jahr des Wiederaufbaus als Baujahr.

Bei Gebäuden, die nach 1939 errichtet sind, ist außerdem festgestellt worden, ob das Gebäude auf einem Grund errichtet worden ist, auf welchem früher bereits ein durch Kriegseinwirkung zerstörtes Gebäude gestanden hat (Wiederaufbau).

Bei Gebäuden, die nach dem 20. Juni 1948 errichtet sind, wurde gefragt, ob sie aus Mitteln des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues finanziert wurden (s. mit öffentlichen Mitteln gefördert).

Als mit *öffentlichen Mitteln gefördert* gelten alle Wohnungen, die ab 1950 bezugsfertig wurden, sofern für sie eine Richtsatzmiete bzw. bei eigengenutzten Wohnungen ein Mietwert entsprechend den Bestimmungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues festgesetzt worden war.

Räume

Räume sind alle Küchen (unabhängig von der Größe) und alle Zimmer (auch zweckentfremdete, z. B. Praxisräume und Werkstätten in der Wohnung) mit 6 und mehr qm Wohnfläche.

Kochnischen, Badezimmer, Aborte, sonstige Nebenräume, Flure u. ä. gelten nicht als Räume.

Küche ist der bereits im Bauplan als Küche vorgesehene oder durch Um- bzw. Ausbau als Küche entstandene Raum. Hierzu zählt auch die Wohnküche. Nur behelfsmäßig zum Kochen eingerichtete Nebenräume oder Zimmer mit Kochgelegenheiten sowie behelfsmäßige Kochecken gelten nicht als Küchen. (Gehört zur Wohnung von Hotel- und Gasthofsinhabern, Anstaltsleitern u. a. m. keine besondere Küche, so gilt die Hotel- bzw. Gasthofs- oder Anstaltsküche als Küche der Wohnung.)

Kochnische ist die zu einem Wohnraum gehörende Nische, die bauplanmäßig zum Kochen vorgesehen und eingerichtet bzw. nachträglich durch Umbau bzw. Ausbau entstanden ist.

Zimmer sind alle Wohnräume, außer der Küche, welche eine Lichtzufuhr (Fenster) aufweisen und durch Wände vom Fußboden bis zur Decke abgeschlossen sind. Mitgezählt wurden auch alle Wohnräume außerhalb des Glasabschlusses (wie z. B. Mansardenzimmer, Zimmer mit separatem Eingang) und die in einem Anbau oder Gartenhaus gelegenen Räume (z. B. Gesindekammern, Altenteilerzimmer).

Die Begriffsbestimmung des „Raumes“ blieb gegenüber 1950 inhaltlich unverändert, jedoch weicht die Form der Erfassung und die Klassifizierung der Räume 1956 von der Regelung 1950 ab. Grundsätzlich waren durch beide Erhebungen alle zu einer Wohnung gehörenden Küchen oder Kochnischen sowie sämtliche am Stichtag bewohnten und leerstehenden oder gewerblich genutzten Wohnräume zu erfassen. Darüber hinaus wurden 1950 auch die Nebenräume gezählt, die behelfsmäßig als (Not-)Küche benutzt oder als „notdürftig benutzbare Räume“ Wohnzwecken dienten. In der Klassifizierung nach Größen unterschied man 1950 Küchen bis 10 qm und über 10 qm, Räume unter 6 qm, von 6 qm bis 10 qm und über 10 qm Wohnfläche; 1956 wurden die Küchen überhaupt nicht nach ihrer Größe ermittelt und die Zimmer, Wohn- und Schlafkammern nur nach den Größenklassen „unter 6 qm“ sowie „6 und mehr qm“ Wohnfläche ausgezählt. Für die Vergleichbarkeit der Zählungsergebnisse von 1950 und 1956 kommt der unterschiedlichen Erfassung keine Bedeutung zu; im Hinblick auf die Normalwohnungen werden nur Küchen, ungeachtet ihrer

Größe, und alle Räume mit 6 und mehr qm Wohnfläche einander als „Räume“ gegenübergestellt.

Wohn- und Nutzfläche

Unter *Wohn- und Nutzfläche* ist die Gesamtfläche aller Räume (einschließlich Flur, Bad, WC, Speisekammer usw.) einer Wohnung zu verstehen, gleichgültig ob es sich um selbstgenutzte, untervermietete, gewerblich genutzte Räume und Nebenräume oder um außerhalb der Wohnung liegende *bewohnte* Boden- und Kellerräume handelt. Bei Räumen mit schrägen Wänden (Dachwohnungen) ist die unter der Schräge liegende Fläche nur halb gerechnet worden.

Miete

Die *Miete* ist der Betrag, der zwischen dem Hauptmieter und dem Gebäudeeigentümer für die Nutzung der Wohnung vereinbart wurde und der für den Monat August 1956 bzw. für den Stichmonat 1957 fällig war, gleichgültig ob er bezahlt wurde oder nicht.

Im Mietbetrag sind enthalten: die ortsüblichen Umlagen für Wasserverbrauch, Kanalisation, Müllabfuhr, Treppenbeleuchtung und Kaminreinigung, gleichgültig ob sie an den Gebäudeeigentümer oder an Dritte entrichtet werden.

Im Mietbetrag sind nicht enthalten: Beträge für die Benutzung von Möbeln, für den Betrieb der Zentralheizung, für die Warmwasserversorgung und für Schönheitsreparaturen.

(Wegen eines abwohnbaren Baukostenzuschusses vorübergehend verbilligte Miete war in voller Höhe einzutragen.)

Die Erfassung der Mieten 1950 und 1956 unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht:

1950 mußten für sämtliche Mietwohnungen Mietangaben vorliegen,

1956 wurde die Unterlassung des Eintrags in der Haushaltungsliste nicht zum Anlaß einer Rückfrage.

1950 war der Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer, 1956 dagegen war der Wohnungsinhaber für die Mietangabe verantwortlich.

1956 sind im Gegensatz zu 1950 die Mieten für Notwohnungen nicht aufbereitet worden.

Die Berechnung der *Durchschnittsmieten* je Wohnung und Raum erfolgte maschinell; an Hand der Eintragungen in den Haushaltungslisten wurden die Mietwohnungen mit Mietangaben unterschieden nach:

Normalen Mietwohnungen (Totalerhebung), dazu gehören alle Mietwohnungen einschließlich der Dienst-, Werks- oder Stiftswohnungen, der Berufs- und Geschäftsmietwohnungen sowie der Mietwohnungen mit im Grundbuch eingetragenem Dauerwohnrecht, und

Normalen reinen Mietwohnungen (10 vH-Erhebung), dazu gehören alle Mietwohnungen ausschließlich der vorgenannten Mietwohnungstypen.

Die Untergliederung der *Mieten* nach dem Baualter der Wohnung entspricht bei der Total- und 10 vH-Erhebung den durch den ersten Bezugstermin der Wohnung gebildeten Baualtersgruppen:

Altbaumieten für alle vor dem 1. Juli 1918,

Neubaumieten für alle vom 1. Juli 1918 bis 20. Juni 1948,

Neuestbau-(Nachkriegs-)Mieten für alle nach dem 20. Juni 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen.

Die Untergliederung der in die 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57 einbezogenen Wohnungen entspricht den durch das Mietpreisrecht gebildeten Mietgruppen:

Altbaumieten für alle vor dem 1. April 1914,

Neubaumieten für alle vom 1. April 1914 bis 20. Juni 1948,

Neuestbau-(Nachkriegs-)Mieten für alle nach dem 20. Juni 1948 erstmals bezugsfertig gewordenen Wohnungen.

Baukosten (Kaufpreis)

Als *Baukosten* bzw. *Kaufpreis* ist der Betrag nachgewiesen, der nach den Vorstellungen des Haushalts für den Neubau bzw. Kauf eines Hauses aufgewendet werden kann. In den Baukosten sind jedoch die Kosten für den Erwerb und die Aufschließung des Grundstücks nicht enthalten.

Wohnverhältnis

Nach dem Wohnverhältnis sind die Haushalte in nachgenannte Gruppen eingeteilt:

Hauptmieter,
Eigentümer der Wohnung,
Eigentümer des Gebäudes und
Untermieter.

Wohnpartei

Wohnpartei (= Haushalt) ist jede Personengemeinschaft, die eine gemeinsame Hauswirtschaft führt, das heißt, ihre Lebensbedürfnisse gemeinsam finanziert und insbesondere zusammenwohnt. Als Wohnpartei wird auch jede für sich allein wirtschaftende Einzelperson angesehen.

Hauptmietpartei ist jede Wohnpartei, die das Recht zur Nutzung einer Wohnung durch Mietvertrag mit dem Gebäudeeigentümer erworben hat. Hierbei ist es gleichgültig, ob für diese Wohnung tatsächlich Miete gezahlt wird oder nicht (z. B. bei Dienstwohnungen oder bei den an Verwandte des Gebäudeeigentümers kostenlos überlassenen Mietwohnungen); das sind also alle Inhaber von Mietwohnungen.

Wohnen in einer Wohnung mehrere Wohnparteien, die jede für sich einen Mietvertrag mit dem Gebäudeeigentümer abgeschlossen haben, dann wurde nur diejenige als Hauptmietpartei gezählt, die am längsten in der Wohnung wohnte. Alle übrigen Wohnparteien gelten als Untermietparteien

Eigentümerwohnparteien sind alle Wohnparteien, die als Eigentümer im eigenen Gebäude wohnen oder Wohnparteien, die das Eigentumsrecht an einer Wohnung erworben haben; das sind also alle Inhaber von Eigentümerwohnungen.

Untermietparteien sind alle zweiten und weiteren Wohnparteien in einer Wohnung (auch Einzelpersonen und Schlafgänger), die Teile dieser Wohnung vom Wohnungsinhaber überlassen erhielten. Hierbei ist es gleichgültig, ob eine Mietforderung gestellt wurde oder nicht.

Wohnparteien in Unterkünften außerhalb von Wohnungen sind Wohnparteien, die infolge Wohnungsnot als wohnungslos Eingewiesene in Anstalten (z. B. Hotels, Lager, Bunker usw.) untergebracht sind.

Das Personal und die ständigen Insassen der Anstalten (auch Dauergäste in Hotels, Pensionen u. ä.) sind

nicht als Wohnparteien in Unterkünften außerhalb von Wohnungen nachgewiesen.

Während 1950 der bevölkerungsstatistische Begriff der Haushaltung sich vom wohnungsstatistischen Begriff der Wohnpartei im wesentlichen durch die Erfassung der länger abwesenden Personen, die wohl zur „Wohnpartei“ der Wohnungszählung, nicht aber zur „Haushaltung“ der Volkszählung rechneten, unterschied, wurde bei der Erhebung 1956 unter wohnungsstatistischen Gesichtspunkten der Begriff der Haushaltung dem Begriff der Wohnpartei gleichgesetzt.

Personen in Wohnparteien

Personen in Wohnparteien sind alle zu einer Wohnpartei gehörenden Personen, gleichgültig ob sie anderswo noch einen weiteren Wohnsitz haben oder nicht, sofern sie nur in der Wohnung der Wohnpartei wohnberechtigt sind. Somit zählen hierzu nicht nur die vorübergehend, sondern auch die längere Zeit infolge Studium, Wehrdienst, Beruf, Krankheit, Untersuchungshaft — auch Kriegsgefangene — oder aus persönlichen Gründen abwesenden Personen eines Haushalts. Zu den Personen in Wohnparteien gehören nicht Personal und Insassen von Anstalten (z. B. Insassen von Altersheimen, Klöstern, Waisenhäusern und Strafanstalten, kasernierte Berufssoldaten, Hotelpersonal).

Die Zahl der *Personen in Wohnparteien* ist somit nicht identisch mit der Zahl der Wohnbevölkerung. Zur „Wohnbevölkerung“ einer Gemeinde zählen grundsätzlich alle Personen, die dort am Zählungstichtag ihren festen Wohnsitz hatten, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie in Wohnungen, Anstalten, Lagern oder sonstigen Massenunterkünften wohnten, sowie alle zur deutschen Bevölkerung zählenden Personen in von ausländischen Streitkräften beanspruchten Wohnungen bzw. Wohnungsteilen. Nicht zur Wohnbevölkerung der Zählgemeinde gerechnet wurden die ständig oder für längere Zeit abwesenden Personen mit einem 2. Wohnsitz an ihrem Aufenthaltsort, von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen, ausgenommen die Verheirateten, die am Familienwohnsitz erfaßt wurden, wenn der Familienwohnsitz und die Arbeitsgemeinde innerhalb Baden-Württembergs lag. Nicht zur Wohnbevölkerung rechneten außerdem die ausländischen und staatenlosen Angehörigen ausländischer Streitkräfte sowie diplomatischer und konsularischer Vertretungen.

Haushaltsvorstand ist jede für sich allein wirtschaftende Einzelperson, bei Mehrpersonenhaushalten jedoch diejenige Person, die den Haushalt nach außen vertritt (in der Regel der Vater bei Familien mit Kindern, der Mann bei kinderlos Verheirateten, die Mütter bei Familien, deren Vater nicht mehr lebt). Führen mehrere Familien oder Einzelpersonen einen gemeinsamen Haushalt, dann galt im Zweifelsfalle derjenige als Haushaltsvorstand, der die andere Familie bzw. Einzelperson in seinen Haushalt aufgenommen hatte.

Soziale Stellung: Maßgebend für die Einordnung einer Wohnpartei war die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes. Es wurden unterschieden:

Erwerbstätige

davon Selbständige,

Beamte und Angestellte,

Arbeiter

Arbeitslose und Nichtberufstätige

Zu den Angestellten oder Arbeitern zählen auch Lehrlinge, Volontäre und Praktikanten. Zu den Arbeitslosen

und Nichtberufstätigen zählen auch Studenten, Schüler, selbständige Berufslose, Rentner usw.

Als *mithelfende Familienmitglieder* sind diejenigen Haushaltsvorstände bezeichnet, die in einem landwirtschaftlichen oder nichtlandwirtschaftlichen Betrieb, der von einem anderen Haushaltsmitglied als Selbständiger geleitet wird, mithelfen. Voraussetzung ist hierbei, daß für diese Personen kein arbeitsrechtliches Verhältnis besteht.

Als *nicht erwerbstätig* gilt ein Haushaltsvorstand, wenn er ohne Ausüben einer hauptberuflichen Erwerbstätigkeit ein Einkommen bezieht, das auf Rechtsansprüchen aus früherer Erwerbstätigkeit gegründet ist, z. B. als pensionierter Beamter oder als Sozialversicherungsrentner. Auch Unterstützungsempfänger werden in dieser Gruppe nachgewiesen (jedoch nicht Empfänger von Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld). Personen ohne eigene Erwerbsquelle sind ebenfalls den „nicht Erwerbstätigen“ zugerechnet. Arbeitslose, d. h. Personen, die in der Regel einem Beruf nachgehen, jedoch zur Zeit der Befragung keinen Arbeitsplatz innehatten, zählen nicht zu dieser Gruppe.

Gesamteinkommen des Haushalts

Das *Gesamteinkommen* des Haushalts besteht aus dem Einkommen des Haushaltsvorstands und dem Einkommen der übrigen Haushaltsmitglieder.

Nach der *überwiegenden* Einkommensquelle ist unterschieden:

Gesamteinkommen aus Erwerbstätigkeit;
Gesamteinkommen aus Renten, Pensionen, Versorgungs- und Unterhaltsleistungen (auch von privater Seite, wie z. B. Alimente, Unterhaltszahlung von geschiedenem Ehepartner) und Unterstützungen;

Gesamteinkommen aus Vermietung, Verpachtung, Kapitalbesitz und dergleichen mehr (= „Sonstiges —“).

Haushaltsnettoeinkommen

Das *Haushaltsnettoeinkommen* umfaßt die Nettoeinkommen aller Einkommensbezieher eines Haushalts. Unter Nettoeinkommen ist die Gesamtheit aller Einkünfte aus selbständiger und (oder) nichtselbständiger Arbeit sowie aus sonstigen Einkommensquellen (Renten, Pensionen, Kapitaleinkünfte, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Deputate, Naturaleinkünfte aus der Bewirtschaftung eines eigenen Gartens u. ä.) abzüglich der Steuern und der Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitnehmeranteile) zu verstehen, über die der Haushalt verfügt.

Wohnparteientyp

Zur Abschätzung des Wohnungsbedarfs der außerhalb von Normalwohnungen untergebrachten Wohnparteien wurden diese nach *Wohnparteientypen* unterschieden. Diese Typen wurden gebildet nach der *Personenzahl* der Wohnpartei (Ein- und Mehrpersonenhaushalte), dem *Familienstand* des Haushaltsvorstandes (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden), dem *Alter* des Haushaltsvorstandes bzw. der Ehefrau (bis 45 Jahre, über 45 Jahre) sowie der *Einkommensquelle*, aus der der überwiegende Teil des Einkommens des gesamten Haushalts im Monat August 1956 stammte (Erwerbseinkommen — Renten, Pensionen, Versorgungsleistungen, öffentliche und private Unterstützungen — Sonstige Einkommen, wie Vermietung, Verpachtung, Kapitalbesitz und dergleichen mehr). Nach diesen Gesichtspunkten wurden folgende Wohnparteientypen gebildet:

Einpersonnenwohnparteien

- Ea Ledige, verwitwete und geschiedene Einzelpersonen bis 45 Jahre alt, überwiegend von Erwerbseinkommen lebend.
- Eb Männliche ledige, verwitwete und geschiedene Einzelpersonen über 45 Jahre alt, überwiegend von Erwerbseinkommen lebend.
- Ec Weibliche ledige, verwitwete und geschiedene Einzelpersonen über 45 Jahre alt, überwiegend von Erwerbseinkommen lebend.
- Ed Männliche ledige, verwitwete und geschiedene Einzelpersonen, überwiegend von Renten, Pensionen, Versorgungsleistungen, öffentlichen und privaten Unterstützungen lebend.
- Ee Weibliche ledige, verwitwete und geschiedene Einzelpersonen, überwiegend von Renten, Pensionen, Versorgungsleistungen, öffentlichen und privaten Unterstützungen lebend.
- Ef Verheiratete Einzelpersonen.
- Es Sonstige Einzelpersonen, deren Einkommen überwiegend aus Vermietung, Verpachtung, Kapitalbesitz u. ä. stammt.

Mehrpersonenwohnparteien

- Ma Ehepaare allein oder mit weiteren Personen, Frau bis 45 Jahre alt, überwiegend von Erwerbseinkommen lebend.
- Mb Ehepaare allein oder mit weiteren Personen, Frau bis 45 Jahre alt, überwiegend von Renten, Pensionen, Versorgungsleistungen, öffentlichen und privaten Unterstützungen lebend.
- Mc Ehepaare allein oder mit weiteren Personen, Frau über 45 Jahre alt, überwiegend von Erwerbseinkommen lebend.
- Md Ehepaare allein oder mit weiteren Personen, Frau über 45 Jahre alt, überwiegend von Renten, Pensionen, Versorgungsleistungen, öffentlichen und privaten Unterstützungen lebend.
- Me Väter mit Kindern (gleich welchen Alters), auch mit weiteren Personen, überwiegend von Erwerbseinkommen lebend.
- Mf Väter mit Kindern (gleich welchen Alters), auch mit weiteren Personen, überwiegend von Renten, Pensionen, Versorgungsleistungen, öffentlichen und privaten Unterstützungen lebend.
- Mg Mütter mit Kindern (gleich welchen Alters), auch mit weiteren Personen, überwiegend von Erwerbseinkommen lebend.
- Mh Mütter mit Kindern (gleich welchen Alters), auch mit weiteren Personen, überwiegend von Renten, Pensionen, Versorgungsleistungen, öffentlichen und privaten Unterstützungen lebend.
- Ms Sonstige Mehrpersonenhaushalte, deren Einkommen überwiegend aus Vermietung, Verpachtung, Kapitalbesitz u. ä. stammt.

Bevölkerungsgruppe

Die Zugehörigkeit der Wohnpartei sowie der Personen einer Wohnpartei zu einer der nachstehend aufgeführten Bevölkerungsgruppen richtet sich nach der Bevölkerungsgruppe des Haushaltsvorstandes. Für Kinder unter 17 Jahren gilt bei ehelichen die Bevölkerungsgruppe des Vaters, bei unehelichen die der Mutter.

Vertriebene sind Inhaber des Bundesvertriebenenausweises A oder B sowie Antragsteller auf einen solchen.

Sowjetzonenflüchtlinge sind Inhaber des Bundesvertriebenenausweises C.

Zugewanderte sind Personen, die nach dem 1. September 1939 aus Ost-Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone in das Bundesgebiet zugezogen sind, sofern sie nicht Inhaber des Bundesvertriebenenausweises A, B oder C oder Antragsteller auf den Ausweis A oder B sind.

Als „Bundesvertriebenenausweise (A, B oder C)“ gelten nur die auf Grund des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. Mai 1953 ausgestellten Vertriebenenausweise (BGBl. I S. 201). Zu den „Antragstellern“ zählen nicht Personen, über deren Antrag bereits entschieden ist.

Wohnungsgeschädigte sind Personen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz im Bundesgebiet, in West-Berlin oder im Saargebiet hatten und ihre Wohnung infolge Kriegseinwirkung verloren haben.

Pendler

Als *Pendler* gelten die Personen, die in einer anderen als ihrer Wohngemeinde berufstätig oder in der Ausbildung sind und am Arbeits- bzw. Ausbildungsort keinen zusätzlichen Wohnraum haben. Sie legen also täglich den Weg vom Wohnort zur Arbeitsstätte und von der Arbeitsstätte zum Wohnort zurück. Sie sind in der Gemeinde nachgewiesen, in der sie ihren ständigen Wohnsitz haben.

Wohnungswunsch und Wohnungsbedarf

Um ein Gesamtbild über den im Frühjahr 1957 bestehenden Wohnungsbedarf zu erhalten, sind sämtliche in die 1 vH-Stichprobe einbezogenen Wohnparteien nach eventuellen Wohnungswünschen bzw. nach Wohnungsbedarf befragt worden.

Ein *Wohnungswunsch* liegt vor, wenn ein Haushalt sein derzeitiges Wohnverhältnis zu verändern beabsichtigt. Dieser Wohnungswunsch konnte vom ganzen Haushalt in der am Befragungszeitpunkt festgestellten Zusammensetzung oder auch nur von einzelnen Haushaltsangehörigen (Teilhaushalt, auch mehrere) geäußert werden.

Wohnungsbedarf liegt vor, wenn bereits konkrete Schritte unternommen sind, eine andere Wohnung zu erhalten. Der Bedarf kann durch Vormerkung beim Wohnungsamt, Verhandlungen mit einem Wohnungs- oder Bauunternehmen, Kauf eines Bauplatzes, Abschluß eines Bausparvertrages, Aufgabe einer Anzeige, Nachfrage bei einer Wohnungsvermittlung und dergleichen mehr offenkundig gemacht sein.

Ausstattungsyp der Wohnung

Im Verlauf der Interviews sind von den Haushalten sowohl Angaben über die Beschaffenheit der derzeit innegehabten Wohnung als auch die hinsichtlich der Ausstattung, Größe und Lage der gewünschten Wohnung gestellten Ansprüche aufgenommen worden.

Durch die Kombination bestimmter Ausstattungsmerkmale der Wohnungen (Heizungsart, Versorgungsanschlüsse, Art und Lage der Toilette, Bad, Warmwasserbereitung) ließ sich eine qualitative Gliederung des Wohnungsbestandes nach neun Ausstattungstypen (A bis J) ermöglichen. Die Wohnungen mit dem geringsten Wohnwert sind als Typ A, diejenigen mit dem höchsten Wohnwert als Typ J nachgewiesen. Der Ausstattungstyp S umfaßt jene Wohnungen, bei denen nicht sämtliche für eine derartige qualitative Typisierung erforderlichen Merkmale bekannt waren oder die sich auf Grund ihrer Ausstattung nicht in die neun Typen einordnen ließen.

Folgende Ausstattungstypen wurden gebildet:

- A + B Wohnungen mit Ofenheizung, Toilette außerhalb der Wohnung, jedoch kein WC, ohne Bad, ohne Anschluß an das öffentliche Wasserversorgungsnetz, mit oder ohne Anschluß an das öffentliche Stromversorgungsnetz.
- C Wohnungen mit Ofenheizung, Toilette außerhalb der Wohnung, jedoch kein WC, ohne Bad, mit Anschluß an die öffentlichen Versorgungsnetze für Wasser und Strom.
- D Wohnungen mit Ofenheizung, mit WC außerhalb der Wohnung, ohne Bad, mit Anschluß an die öffentlichen Versorgungsnetze für Wasser und Strom.
- E Wohnungen mit Ofenheizung, mit WC, ohne Bad, mit Anschluß an die öffentlichen Versorgungsnetze für Wasser und Strom.
- F + G Wohnungen mit Ofenheizung, mit WC, mit Bad, mit Anschluß an die öffentlichen Versorgungsnetze für Wasser und Strom.
- H + J Wohnungen mit Zentralheizung, mit WC, mit Bad, mit Anschluß an die öffentlichen Versorgungsnetze für Wasser und Strom.

Anschlüsse an öffentliche Versorgungsnetze

Als *Versorgungsanschlüsse* zählen nur die Anschlüsse an das öffentliche Wasser-, Strom- und Gasnetz.

Das Vorhandensein einer privaten Pumpanlage, eines Stromaggregats oder einer privaten Gasversorgung (z. B. aus Flaschen) u. ä. blieben außer Betracht.

Bademöglichkeit

Zu den Wohnungen mit Bad zählen auch die mit Duschraum; hierbei ist es gleichgültig, ob das Badezimmer oder der Duschraum mit einer Wanne ausgestattet ist oder nicht.

Wohnungen mit einem gemeinsamen Badezimmer oder Duschraum, also einer Bademöglichkeit, die mehreren Wohnungen des betreffenden Gebäudes gemeinsam zur Verfügung steht und sich in der Regel im Keller befindet, sind als Wohnungen ohne Bad (Typen A bis E) nachgewiesen.

In den Tabellen werden sowohl Badezimmer als auch Duschräume ausgewiesen. Bei der Aufbereitung wurde davon ausgegangen, daß in der Regel in einer Wohnung nur *ein* Badezimmer bzw. *ein* Duschraum anzutreffen ist. Befinden sich in einer Wohnung mehrere Badezimmer oder Duschräume, so ist immer nur einer dieser Räume erfaßt worden.

Ein Bad gilt als *zweckentfremdet*, wenn es zum Zeitpunkt der Erhebung als Abstellraum, Behelfsküche u. ä. benutzt wurde.

Unter *Bademöglichkeit im Hause* ist eine Bademöglichkeit zu verstehen, die außerhalb der Wohnung liegt. Dabei kann es sich sowohl um ein Badezimmer, das von mehreren Haushalten gemeinsam benutzt wird, als auch um eine behelfsmäßige Bademöglichkeit handeln (Badewanne in der Waschküche u. ä.).

Toilette

Bei der Erfassung der Toilette wurde davon ausgegangen, daß in der Regel in einer Wohnung nur *eine* Toilette vorhanden ist. Dabei wurde unterschieden einerseits zwischen Toiletten innerhalb und außerhalb des Wohnungsabschlusses, andererseits zwischen Toiletten

mit und ohne Wasserspülung. Hatte eine Wohnung mehrere Toiletten, so wurde die außerhalb des Bades befindliche erfaßt.

Beheizungseinrichtungen

Als Einrichtung zur Beheizung einer Wohnung kamen folgende Möglichkeiten in Betracht:

Zimmeröfen, wobei durch einen Ofen immer nur ein Raum der Wohnung beheizt wird;

Mehrraumöfen, wobei durch einen (Kachel-) Ofen, der zwischen den Räumen einer Wohnung eingebaut ist, mehrere Räume gleichzeitig (auch durch Luftkanäle) beheizt werden;

Etagenheizung als eine Heizquelle, die sich innerhalb einer Etagenwohnung befindet und mittels eines Röhrensystems die Räume dieser Wohnung beheizt;

Zentralheizung als eine zentrale Heizquelle, die sich außerhalb der Wohnung, aber innerhalb des Grundstücks befindet und mittels eines Röhrensystems die Räume der Wohnungen des Gebäudes beheizt;

Fernheizung als eine zentrale Heizquelle, die sich außerhalb des Grundstücks befindet und mittels eines Röhrensystems die Räume der Wohnungen mehrerer Gebäude gleichzeitig beheizt.

Wurden in einer Wohnung mehrere der genannten Beheizungseinrichtungen festgestellt, so ist nur eine in die Erhebungspapiere eingetragen worden, und zwar nach der Rangordnung: Fernheizung, Zentralheizung, Etagenheizung, Mehrraumöfen, Zimmeröfen.

Bei der *Heizungsart* der Wohnungen wird unterschieden zwischen ofenbeheizten und zentralbeheizten Wohnungen. Zu den ofenbeheizten Wohnungen zählen auch die Wohnungen mit Mehrraumöfen, zu den zentral-

beheizten Wohnungen auch die mit Fernheizung und Etagenheizung.

Beheizungsart

Als *Beheizungsart* ist das Material ausgewiesen, mit dem die Zimmer- bzw. die Mehrraumöfen sowie die Etagen-, Zentral- und Fernheizungen beheizt werden.

Gas und Strom waren als Beheizungsarten nur in den Fällen anzugeben, in denen die Beheizung der Räume ausschließlich durch Gas bzw. Strom erfolgte. Wurden in einer Wohnung mehrere Beheizungsarten festgestellt, so ist nur eine in die Erhebungspapiere eingetragen worden, und zwar nach der Rangordnung: Kohle (Koks), Holz (Torf), Gas, Öl, Strom.

Warmwasserversorgung

Die Versorgung einer Wohnung mit Warmwasser kann erfolgen durch:

Zuführung von einer zentralen Stelle außerhalb der Wohnung; ferner mittels

Durchlauferhitzer. Durchlauferhitzer sind durch Gas oder Strom beheizte Apparate, die zur schnellen Bereitung von heißem Wasser in Küchen, Badezimmern usw. dienen. Sie sind an das Wassernetz angeschlossen und geben sofort heißes Wasser ab, das während des Durchlaufs erhitzt wird; sowie durch

Boiler. Boiler sind gegen Wärmeverluste isolierte Warmwasserspeicher, die entweder selbst eine Wärmequelle enthalten oder bereits erwärmtes Wasser aufnehmen.

Bei dieser Feststellung war es gleichgültig, ob sich die Anlage zur Warmwasserbereitung zum Zeitpunkt der Erhebung in betriebsfähigem Zustand befand oder nicht.

H. Tabellenprogramm und Veröffentlichung der Ergebnisse

Das vom Statistischen Bundesamt ausgearbeitete bundeseinheitliche Tabellen- (Liefer-) programm sah für den wohnungsstatistischen Bereich insgesamt 31 Tabellen vor. 4 Tabellen umfaßten die im Rahmen der Totalerhebung ermittelten Tatbestände, 8 Tabellen bezogen sich auf die 10 vH-Erhebung und 19 Tabellen waren für die Darstellung der durch die Befragungsaktion (1 vH-Zusatzerhebung) gewonnenen Ergebnisse vorgesehen.

Alle Ergebnisse der *Totalerhebung* liegen gemeindeweise und in Zusammenstellungen für die Kreise, die Regierungsbezirke und das Land vor. Die *Ergebnisse der 10 vH-Erhebung* sind — ausgenommen die Sondernachweisungen für Vertriebene und Geschädigte in den Tabellen WS 8, WS 9 und WS 9a, die nicht nach Regierungsbezirken aufbereitet wurden — für das Land, die Regierungsbezirke, die Gemeindegrößenklassen sowie für Kreise und Kreiszusammenfassungen bearbeitet worden. Während die Totalerhebung möglichst rasch einen generellen Überblick über die Lage am Wohnungsmarkt vermitteln sollte, war es die Aufgabe der 10 vH-Erhebung, die nötigen Unterlagen für spezielle Strukturuntersuchungen sowohl hinsichtlich des Wohnungsbestandes als auch im Hinblick auf die soziale Lage der Wohnparteien ohne eigene Normalwohnung zu erbringen. Aus diesem Grunde konnten die Nachweisungen auch in regionaler Gliederung auf die schon erwähnten Kreise und Kreiszusammenfassungen beschränkt werden. Außerdem wurde durch Raffung von Merkmalen, d. h. durch eine geringere Gliederungstiefe der Tabellen, nicht nur eine Verdichtung der Ergebnisse sowie eine bessere Übersicht-

lichkeit, sondern auch eine Erhöhung des Aussagewerts erreicht. Hierdurch entsprechen die hochgerechneten Repräsentativergebnisse auch weitgehend absolut und relativ den vergleichbaren Totalergebnissen. Der Genauigkeitsgrad ist um so größer und der Aussagewert für die Totalmasse um so stärker, je dichter die einzelnen Tabellenfelder (Merkmale) besetzt sind. Für die Ergebnisse der 10 vH-Erhebung der Wohnungsstatistik 1956/57 besteht jedoch ein durch den Zufall bedingter Schwankungsbereich, innerhalb dessen die wirklichen Werte liegen. Seine Größe bestimmt sich nach der in einem Tabellenfeld aufgeführten Grundzahl.

Bei einem Sicherheitsgrad von 95,5 vH liegen die möglichen Zufallsfehler in nachstehenden Bereichen:

Im Tabellenfeld nachgewiesene Grundzahl	Zufallsfehler in vH ±
50	27
100	19
500	8
1 000	6
5 000	3
10 000	2
100 000	0,5

Demnach empfiehlt sich bei Tabellenfeldern, die mit weniger als 100 Fällen besetzt sind, eine Hochrechnung nicht mehr, da der wirkliche, aus 100 Fällen ermittelte Wert um 19 vH größer und auch kleiner sein kann als 1000. Auf ihre Nachweisung wurde jedoch nicht verzichtet, wenn durch das Verhältnis dieser kleineren Teil-

massen zu größeren ein gewisser Erkenntniswert gewonnen werden konnte.

In diesem Zusammenhang darf noch erwähnt werden, daß aus Gründen der Arbeitsvereinfachung und Kostenersparnis darauf verzichtet wurde, die Tabellen untereinander so abzustimmen, daß in allen Fällen einander entsprechende Tabellenfelder auch die gleichen Zahlenwerte aufweisen. Dies konnte um so eher geschehen, als die Abweichungen geringfügig sind und innerhalb der oben angeführten Grenzen der Zufallsfehler liegen. Der Wert der tabellarischen Nachweisungen wird dadurch in keiner Weise beeinträchtigt, da es hier — wie schon erwähnt — weniger auf die Ermittlung absoluter Zahlen als auf die Darstellung struktureller Daten ankommt.

Für die Aufbereitung des sachlich umfangreichen Frageprogramms der 1 vH-Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik ist ein bundeseinheitliches Tabellenprogramm ausgearbeitet worden. Durch die notwendige Beschränkung der vorgesehenen Auswertungen von Angaben über die Wohnparteien mit Wohnungswünschen und Wohnungsbedarf, über die Finanzierungsmöglichkeit und die Mietzahlungsbereitschaft der Haushalte, über die Ausstattung und Wohnfläche der ausgewählten Wohnungen, auf die Zahl der „auswertbaren Fälle“ müssen die Ergebnisse auf Landesebene wegen der geringen Masse der Stichprobe noch stark verdichtet werden, damit sich gut fundierte Aussagen machen lassen. Um ein Gesamtbild über die jeweils untersuchten Tatbestände zu erhalten, sind die Ergebnisse der Stichprobe mit dem reziproken Wert des Auswahlssatzes, also mit 100, auf ungefähre Totalzahlen hochzurechnen. Für die Aussagekraft der Ergebnisse gilt sinngemäß das, was für die Beurteilung der Ergebnisse der 10 vH-Erhebung angeführt wurde. So sind die Tabellenfelder, die mit weniger als 100 Erhebungsfällen besetzt sind, mit einem unverhältnismäßig großen Stichprobenfehler behaftet. Trotz des geringen Grades an Zuverlässigkeit werden jedoch auch die kleinen Zahlenwerte im Rahmen dieser Veröffentlichung nachgewiesen, weil sie zur Vervollständigung des jeweils erhobenen Tatbestandes als notwendig erschienen.

Die Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57 werden im Anhang veröffentlicht. Durch Anfügung der entsprechenden Bundesergebnisse wird der Aussagewert der auf Landesebene erstellten Ergebnisse in gewisser Weise noch erhöht.

Über die wohnungsstatistischen Ergebnisse liegen außerdem folgende Veröffentlichungen vor:

Statistische Monatshefte Baden-Württemberg

Jahrgang V Heft 7 Juli 1957
Wohnungen und Wohnparteien am 25. September 1956
Endgültige Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57
(Totalerhebung)

Die regionalen Auswertungseinheiten für die Aufbereitung der 10 vH-Erhebung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956/57

Reg.-Bez. Nordwürttemberg

1. Stadtkreis Stuttgart
2. Stadtkreis Heilbronn und Landkreis Heilbronn
darunter
3. Landkreis Heilbronn
4. Stadtkreis Ulm und Landkreis Ulm
5. Landkreis Aalen
6. Landkreise Backnang und Schwäbisch Gmünd
7. Landkreis Böblingen

Jahrgang VI Heft 5 Mai 1958

Mietwohnungen und Mietaufkommen im August 1956
Endgültige Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57
(Totalerhebung)

Jahrgang VII Heft 8/9 August/September 1959

Die Wohnverhältnisse der Haushalte in Normalwohnungen

10 vH-Erhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

Jahrgang VII Heft 10 Oktober 1959

Die Wohnparteien ohne eigene Normalwohnung
Weitere Ergebnisse der 10 vH-Erhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

Jahrgang VIII Heft 1 Januar 1960

Wohnungswünsche und Wohnungsbedarf der Haushalte im Frühjahr 1957

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

Jahrgang VIII Heft 2 Februar 1960

Die Ausstattung der Wohnungen mit technischen und sanitären Einrichtungen im Frühjahr 1957

Weitere Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

Statistische Berichte des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg

F II S 1 16. Juli 1957

Endgültige Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57
vom 25. September 1956

Wohnungen und Wohnparteien (Totalerhebung)

F II S 2 15. August 1957

Endgültige Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57
vom 25. September 1956

Wohnungen und Wohnparteien in den Stadtkreisen und großen Kreisstädten (Totalerhebung)

F II O/S 3 1. Oktober 1958

Endgültige Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57
vom 25. September 1956

Wohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung sind (Ergebnisse der 10 vH-Erhebung)

Statistik von Baden-Württemberg

Band 44, Teil II Mai 1958

Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57 Totalerhebung am 25. September 1956 (Tabellen über Wohnungen, Wohnparteien und Mieten für das Land, die Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden)

Band 44, Teil III August 1959

Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57 10 vH-Erhebung am 25. September 1956 (Tabellen über Normalwohnungen und deren Belegung, Wohnparteien und deren Unterbringung sowie Mieten für das Land, die Regierungsbezirke und Kreise (Kreiszusammenfassungen)).

8. Landkreise Crailsheim und Schwäbisch Hall
9. Landkreis Eßlingen
10. Landkreis Göppingen
11. Landkreis Heidenheim
12. Landkreise Künzelsau, Mergentheim und Öhringen
13. Landkreise Leonberg und Vaihingen
14. Landkreis Ludwigsburg
15. Landkreis Nürtingen
16. Landkreis Waiblingen

Reg.-Bez. Nordbaden

1. Stadtkreis Karlsruhe
2. Stadtkreis Heidelberg
3. Stadtkreis Mannheim
4. Stadtkreis Pforzheim und Landkreis Pforzheim
5. Landkreis Bruchsal
6. Landkreise Buchen und Tauberbischofsheim
7. Landkreis Heidelberg
8. Landkreis Karlsruhe
9. Landkreis Mannheim
10. Landkreise Mosbach und Sinsheim

Reg.-Bez. Südbaden

1. Stadtkreis Freiburg
2. Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt
darunter
3. Landkreis Rastatt
4. Landkreise Bühl und Kehl
5. Landkreise Donaueschingen und Villingen
6. Landkreise Emmendingen und Lahr
7. Landkreise Freiburg, Hochschwarzwald und Müllheim
8. Landkreis Konstanz
9. Landkreis Lörrach
10. Landkreise Offenburg und Wolfach
11. Landkreise Säckingen und Waldshut
12. Landkreise Stockach und Überlingen

Reg.-Bez. Südwürttemberg-Hohenzollern

1. Landkreise Balingen und Hechingen
2. Landkreise Biberach und Saulgau
3. Landkreise Calw, Freudenstadt und Horb
darunter
4. Landkreis Calw
5. Landkreise Ehingen, Münsingen und Sigmaringen
6. Landkreise Ravensburg, Tettnang und Wangen
7. Landkreis Reutlingen
8. Landkreise Rottweil und Tuttlingen
darunter
9. Landkreis Rottweil
10. Landkreis Tübingen

Gemeindegrößenklassen

- 1 = Gemeinden unter 2 000 Einwohnern
- 2 = Gemeinden mit 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern
- 3 = Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern
- 4 = Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern
- 5 = Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern
- 6 = Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern
- 7 = Gemeinden mit 100 000 bis unter 500 000 Einwohnern
- 8 = Gemeinden mit 500 000 und mehr Einwohnern

II. Wichtigste Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57**A. Totalerhebung und 10 vH-Erhebung****Wohnungen****1. Bestand und Struktur**

Am 25. September 1956 wurden in Baden-Württemberg anlässlich der Totalerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 1 955 346 Wohnungen gezählt. Dieser Bestand war um 462 686 Wohnungen — das sind 30,9 vH — größer als der am 13. September 1950 ermittelte von 1 492 660 Wohnungen. Innerhalb dieser sechs Jahre hatte sich für die Regierungsbezirke Nordwürttemberg und Nordbaden eine nahezu gleich große Zuwachsrate von rund 36 vH ergeben. Für die südlichen Landesteile wurde dagegen mit 25 vH in Südbaden und mit nur 22,9 vH in Südwürttemberg-Hohenzollern eine wesentlich geringere Bestandserhöhung nachgewiesen. Vom Gesamtwohnungsbestand des Landes entfielen auf Nordwürttemberg 747 599 Wohnungen oder 38,2 vH, auf Nordbaden 450 423 oder 23 vH. Die restlichen Wohnungen verteilten sich mit einem Fünftel des Gesamtbestandes (401 841) auf Südbaden und mit rund 18 vH (355 483) auf Südwürttemberg-Hohenzollern. Damit lagen über sechs Zehntel aller gezählten Wohnungen in den nördlichen Landesteilen. Eine Untergliederung nach Stadt- und Landkreisen zeigt, daß die Zuwachsrate in den kreisfreien Städten (+ 37,4 vH) um nahezu drei Zehntel über der für die in den Landkreisen (+ 29,1 vH) errechneten lag. Bei den 9 kreisfreien Städten betrug der Zugang an Wohnungen seit 1950 127 855, bei den Landkreisen 324 831.

Im Herbst 1956 lebten in Baden-Württemberg 7 133 241 Personen. Gegenüber dem Bevölkerungsbestand von 6 430 225 Personen im Spätjahr 1950 war demnach ein Anwachsen der Bevölkerung um 10,9 vH (703 016 Personen) eingetreten. Aus der Tatsache, daß die Bevölkerungszunahme in der Zeitspanne zwischen dem 13. September 1950 und dem 25. September 1956 bedeutend geringer war als der Zuwachs an Wohnungen,

Tabelle 1

Der Bestand an Wohnungen am 25. September 1956 und am 13. September 1950 (Totalerhebung)

Regierungs- bezirk Land	1956			1950		
	Wohnun- gen ins- gesamt	davon		Wohnun- gen ins- gesamt	davon	
		Normal- wohnungen	Not- wohnungen		Normal- wohnungen	Not- wohnungen
Nordwürttem- berg	747 599	732 621	14 978	550 909	525 082	25 827
Nordbaden ...	450 423	440 780	9 643	331 155	318 871	12 284
Südbaden	401 841	396 896	4 945	321 457	312 583	8 874
Südwürttem- berg-Hohen- zollern	355 483	351 627	3 856	289 139	283 090	6 049
Baden-Würt- temberg	1 955 346	1 921 924	33 422	1 492 660	1 439 626	53 034

Anteile in vH

Nordwürttem- berg	38,2	98,0	2,0	36,9	95,3	4,7
Nordbaden ...	23,0	97,9	2,1	22,2	96,3	3,7
Südbaden	20,6	98,8	1,2	21,5	97,2	2,8
Südwürttem- berg-Hohen- zollern	18,2	98,9	1,1	19,4	97,9	2,1
Baden-Würt- temberg	100,0	98,3	1,7	100,0	96,4	3,6

kann allgemein gefolgert werden, daß sich die wohnungsmäßige Unterbringung der Bevölkerung im Laufe der Jahre im Durchschnitt wesentlich verbessert hat.

a) Wohnwürdigkeit der Wohnungen

Unter den insgesamt gezählten 1 955 346 Wohnungen befanden sich am 25. September 1956 nur 33 422 oder 1,7 vH Notwohnungen. Die Zahl der Normalwohnungen belief sich auf 1 921 924 oder 98,3 vH. In der Verteilung dieser Normalwohnungen auf die 4 Regierungsbezirke ergab sich mit 732 621 Wohnungen in Nordwürttemberg, 440 780 in Nordbaden sowie 396 896 Wohnungen in Südbaden und 351 627 in Südwürttemberg-Hohenzollern nahezu das gleiche anteilige Verhältnis wie für die Wohnungen insgesamt. Gegenüber dem Zählungsergebnis von

Tabelle 2

Die Wohnungen nach ihrer Wohnwürdigkeit am 25. September 1956
(Totalerhebung)

Regierungsbezirk Land	Wohnungen						
	Insgesamt	davon Normalwohnungen					
		Insgesamt	darunter				
			leerstehende Wohnungen	Wohnungen in Behelfsheimen mit 30 u. m. qm Wohnfläche	Wohnungen in einsturz- gefährdeten Gebäuden	Wohnungen nur mit Kochnischen	Not- wohnungen
Nordwürttemberg	747 599	732 621	4 804	2 063	1 099	24 822	14 978
Nordbaden	450 423	440 780	2 308	2 031	856	16 135	9 643
Südbaden	401 841	396 896	3 232	903	640	9 414	4 945
Südwestfalen-Hohenzollern	355 483	351 627	3 437	584	737	7 670	3 856
Baden-Württemberg	1 955 346	1 921 924	13 781	5 581	3 332	58 041	33 422

1950 hatte die Wohnungsstatistik vom 25. September 1956 im Landesdurchschnitt eine Zuwachsrate von 33,5 vH bei den Normalwohnungen erbracht. Während die Zunahme des Bestandes an Normalwohnungen in Nordwürttemberg mit 40 vH und in Nordbaden mit 38 vH am größten war, lag sie in den südlichen Landesteilen mit 27 vH in Südbaden und mit 24 vH in Südwestfalen-Hohenzollern nicht nur wesentlich niedriger, sondern auch weit unter dem Landesdurchschnitt.

Der Anteil der Normalwohnungen am jeweiligen Gesamtbestand lag in den beiden südlichen Landesteilen bei rund 99 vH, in den nördlichen Regierungsbezirken dagegen bei 98 vH. Dementsprechend war die Zahl der Notwohnungen sowohl in Nordwürttemberg (14 978) wie auch in Nordbaden (9 643) noch weit größer als in Südbaden (4 945) und in Südwestfalen-Hohenzollern (3 856).

Im Vergleich zum Zählungsergebnis 1950 hatte sich der Gesamtbestand an *Notwohnungen* (53 034) bis Herbst 1956 um nahezu vier Zehntel verringert, wobei der stärkste Rückgang in Südbaden mit 44 vH und der geringste in Nordbaden mit nur 22 vH verzeichnet wird. Drei Zehntel aller Notwohnungen finden sich noch in den kreisfreien Städten des Landes. Rechnet man zu den Notwohnungen noch die Normalwohnungen in Behelfsheimen mit 30 und mehr qm Wohnfläche (5 581) sowie die Wohnungen in einsturzgefährdeten Gebäuden (3 332) hinzu, so können 42 335 oder 2,20 vH aller am 25. September 1956 gezählten Wohnungen als „*wohnunwürdig*“ angesehen werden. Den höchsten Anteil an „*wohnunwürdigen*“ Wohnungen weist der Regierungsbezirk Nordwürttemberg auf, und zwar mit 45 vH dieser Wohnungskategorie, den geringsten der Regierungsbezirk Südwestfalen-Hohenzollern mit 12 vH aller „*wohnunwürdigen*“ Wohnungen. Erwartungsgemäß lagen erheblich

mehr wohnunwürdige Wohnungen in den kreisfreien Städten als in den Landkreisen.

Zu den *Normalwohnungen* zählten auch sämtliche Wohnungen, die an Stelle einer Küche nur über eine voll ausgebaut (bauplanmäßig vorgesehene) Kochnische verfügten, sofern sie die übrigen Merkmale einer Normalwohnung besaßen. Diese Kochnischen wurden zwar nicht als Raum gezählt, jedoch als vollwertiger Ersatz für eine Küche angesehen. 1950 wurden nur 23 298 Normalwohnungen mit Kochnische ermittelt, das waren 1,62 vH der Normalwohnungen. Bis 1956 hatte sich ihre Zahl auf 58 041 (3,02 vH) — somit um mehr als das Eineinhalbfache — erhöht. Hieraus läßt sich folgern, daß von den in der Zeitspanne zwischen den Zählungen fertiggestellten Normalwohnungen etwa jede achte Wohnung nur mit einer Kochnische ausgestattet wurde.

Obwohl der Prozentsatz der am Zählungstichtag 1956 leerstehenden Normalwohnungen von 0,72 vH noch immer unter dem „normalen“ Anteil der leerstehenden Wohnungen liegt, darf doch der Anstieg von 4 847 auf 13 781 in gewissem Sinne als Tatsache für die Verbesserung der Wohnverhältnisse angesehen werden. Da es sich bei diesen leerstehenden Normalwohnungen in der Hauptsache um Mietwohnungen handelt, kann sehr wohl gefolgert werden, daß das Angebot an Wohnungen heute doch immerhin schon so groß ist, daß persönliche Wünsche des Mieters Berücksichtigung finden und der gegenüber 1950 nahezu verdreifachte Bestand an Leerwohnungen nicht mehr ausschließlich auf kurzfristigen Mieterwechsel am Erhebungstichtag zurückzuführen ist.

Einen ersten Überblick über die Verteilung der Wohnungen auf das Land bietet die nebenstehende Graphik, die zugleich einen regionalen Vergleich der Wohnungsdichte zuläßt. Unter *Wohnungsdichte* wird hier die Verhältniszahl verstanden, die Aufschluß darüber gibt, wie-

Tabelle 3

Die Wohndichte in Baden-Württemberg 1950 und 1956

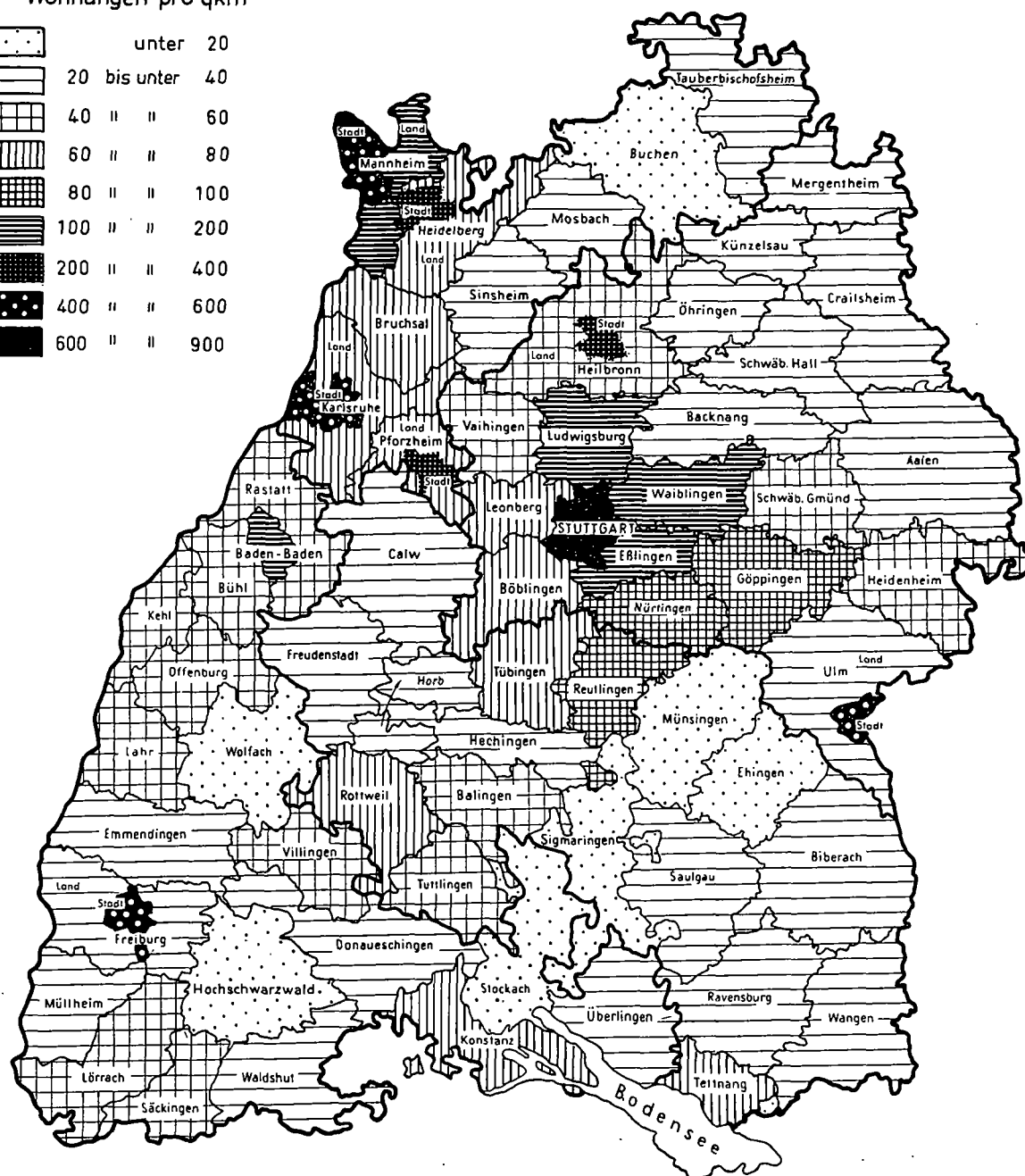
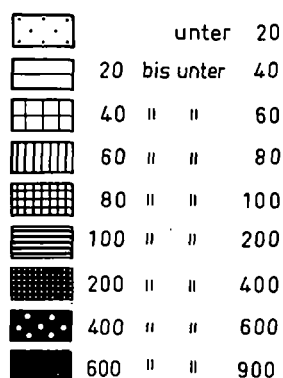
Regierungsbezirk Land		Fläche ¹⁾ qkm	Wohnungen						Wohnbevölkerung und Bevölkerungsdichte am					
			Insgesamt	pro qkm	Normal- wohnun- gen	pro qkm	Not- wohnun- gen	pro qkm	13. 9. 1950		25. 9. 1956		31. 12. 1958 ²⁾	
									Insgesamt	pro qkm	Insgesamt	pro qkm	Insgesamt	pro qkm
Nordwürttemberg	1950 1956	10 580,40	549 828 747 599	52,0 70,6	524 014 732 621	49,5 69,2	25 814 14 978	2,5 1,4	2 440 066	231	2 756 786	261	2 891 320	273
Nordbaden	1950 1956	5 121,78	332 236 450 423	64,9 87,9	319 939 440 780	62,5 86,0	12 297 9 643	2,4 1,9	1 467 782	287	1 576 070	308	1 633 006	319
Südbaden	1950 1956	9 955,58	321 457 401 841	32,3 40,4	312 583 396 896	31,4 39,9	8 874 4 945	0,9 0,5	1 338 664	134	1 500 771	151	1 561 779	157
Südwestfalen- Hohenzollern	1950 1956	10 092,45	289 139 355 483	28,6 35,2	283 090 351 627	28,0 34,8	6 049 3 856	0,6 0,4	1 183 713	117	1 299 614	129	1 346 902	133
Baden- Württemberg	1950 1956	35 750,21	1 492 660 1 955 346	41,8 54,7	1 439 626 1 921 924	40,3 53,8	53 034 33 422	1,5 0,9	6 430 225	180	7 133 241	200	7 433 007	208

¹⁾ Gebietsstand vom 31. 12. 1958. — ²⁾ Fortgeschriebene Ergebnisse.

Wohnungsdichte in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs

am 25. September 1956

Wohnungen pro qkm



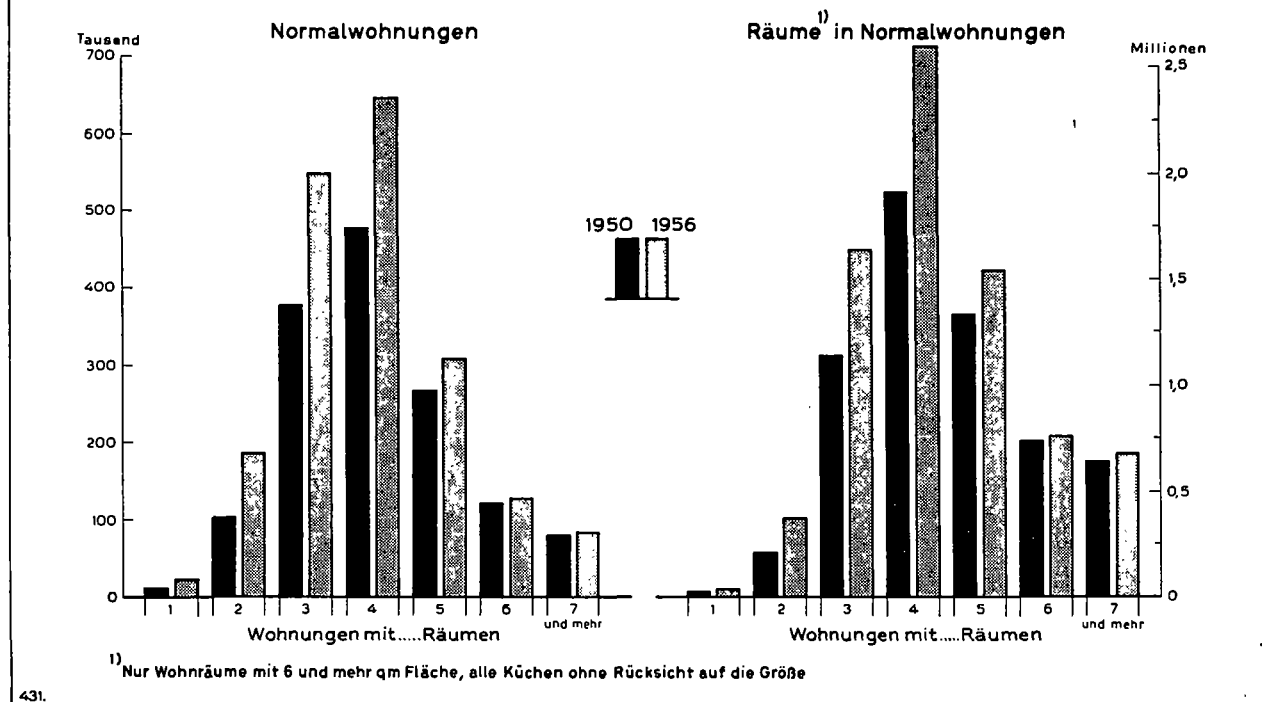
436.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

viele Wohnungen jeweils auf 1 qkm entfallen. Während im Landesdurchschnitt 1956 54,7 Wohnungen auf 1 qkm kommen, weist der Regierungsbezirk Nordbaden mit 87,9 Wohnungen je qkm die weitaus höchste Wohnungsdichte auf. An zweiter Stelle folgt der Regierungsbezirk Nordwürttemberg mit 70,6, ferner Südbaden mit 40,4 und an letzter Stelle Südwürttemberg-Hohenzollern mit 35,2

Wohnungen je qkm. Die gleiche Reihenfolge ergibt sich auch bei Berechnung der auf 1 qkm entfallenden Normalwohnungen. Mit durchschnittlich 53,8 Normalwohnungen je qkm liegt Baden-Württemberg etwas über dem Bundesdurchschnitt von 51,9. Gegenüber den Vergleichsziffern von 1950 hat sich die Wohnungsdichte — bezogen auf die Normalwohnungen — je qkm innerhalb des Lan-

Normalwohnungen und Räume in Normalwohnungen in Baden-Württemberg am 13. September 1950 und am 25. September 1956



des ebenfalls in recht unterschiedlichem Ausmaß vergrößert. Obwohl der Zugang an Normalwohnungen in den nördlichen Landesteilen relativ nahezu gleich groß war (+ 39,5 vH in Nordwürttemberg und + 38,2 vH in Nordbaden), ergab sich im Regierungsbezirk Nordbaden eine etwas stärkere Verdichtung von 62,5 Normalwohnungen je qkm im Jahr 1950 auf 86,0 vH im Jahr 1956. Demgegenüber verzeichnet Nordwürttemberg einen Anstieg von 49,5 auf 69,2 Normalwohnungen je qkm, Südbaden eine Veränderung der Wohnungsdichte von 31,4 auf 39,9. In Südwürttemberg-Hohenzollern wirkte sich der Zugang an Normalwohnungen seit 1950 im Hinblick auf die Wohnungsdichte von 28,0 auf 34,8 am geringsten aus.

b) Räume und Größe der Normalwohnungen

Für die Beurteilung der Situation am Wohnungsmarkt ist es unerlässlich, die Größe der Wohnungen und damit auch ihre Belegungsmöglichkeit zu untersuchen. In der Totalerhebung am 25. September 1956 war die Wohn-

nungsgröße nach der Raumzahl bestimmt. Gemäß den Richtlinien für die Ausfüllung der Haushaltungslisten hatten die Haushalte, sofern mehrere sich in eine Wohnung teilten, jeweils die von ihnen tatsächlich bewohnten Räume, die Wohnungsinhaber dagegen stets die Räume der gesamten Wohnung zu vermerken. Gefragt wurde nach Kochnischen und Küchen sowie nach Zimmern, wobei auch die außerhalb des Wohnungsabschlusses liegenden Kammern einzubeziehen waren. Die Wohn- und Schlafräume sollten hierbei jedoch getrennt nach den Größenklassen „unter 6 qm“ und „6 und mehr qm“ Wohnfläche angegeben werden. Somit waren im Vergleich zu der Erhebung von 1950 längst nicht so subtile Unterscheidungen in der Erfassung des Wohnraums getroffen worden, daß Aussagen über Notküchen, vorübergehend leerstehende Zimmer oder nur notdürftig benutzbare Räume gemacht werden können. Aus diesem Grunde läßt sich auch ein einwandfreier Vergleich der Zählungsergebnisse von 1950 und 1956 für die verschiedenen Arten von Räumen nicht ohne weiteres durchführen. Als

Tabelle 4

**Die Räume in Normalwohnungen am 25. September 1956 und am 13. September 1950
(Totalerhebung)**

Regierungsbezirk Land	25. September 1956				13. September 1950			
	Räume insgesamt	davon		außerdem Koch- nischen	Räume insgesamt	davon		außerdem Koch- nischen
		Küchen	Zimmer mit 6 u. m. qm Wohnfläche			Küchen	Zimmer mit 6 u. m. qm Wohnfläche	
Nordwürttemberg	2 915 628	710 975	2 204 651	27 020	2 223 737	515 106	1 708 631	10 486
Nordbaden	1 567 402	427 092	1 140 310	18 000	1 207 050	315 815	891 235	3 894
Südbaden	1 608 564	389 178	1 217 386	9 908	1 307 784	309 352	998 432	2 160
Südwürttemberg-Hohenzollern	1 495 564	345 673	1 149 891	8 203	1 232 996	280 053	952 943	4 591
Baden-Württemberg	7 585 156	1 872 918	5 712 238	63 132	5 971 567	1 420 326	4 551 241	21 131
Anteile in vH								
Nordwürttemberg	38,4	24,4	75,6	42,8	37,2	23,2	76,8	49,5
Nordbaden	20,7	27,2	72,8	28,5	20,2	26,2	73,8	18,4
Südbaden	21,2	24,2	75,8	15,7	21,9	23,7	76,3	10,4
Südwürttemberg-Hohenzollern	19,7	23,1	76,9	13,0	20,7	22,7	77,3	21,7
Baden-Württemberg	100,0	24,7	75,3	100,0	100,0	23,8	76,2	100,0

„Räume“ werden im folgenden nur die Küchen, ungeachtet ihrer Größe, sowie die Zimmer, Wohn- und Schlafkammern mit 6 und mehr qm Wohnfläche ausgewiesen.

Die Totalzählung am 25. September 1956 ergab, daß die *Normalwohnungen* 7 585 156 Räume umfaßten, das sind 1 613 589 Räume oder 27 vH mehr als 1950 (5 971 567 Räume), dabei ist der Anteil der Küchen an allen Räumen von 24 vH im Jahre 1950 auf 25 vH im Jahr 1956 gestiegen. Im Landesdurchschnitt umfaßte eine Normalwohnung im Herbst 1956 3,95 Räume gegenüber 4,15 im Jahre 1950. Diese Durchschnittswerte lassen schon erkennen, daß die Zahl der Wohnräume weniger stark gestiegen ist, als die Zahl der Wohnungen (+ 27,0 vH gegenüber + 33,5 vH). Ähnliche Veränderungen liegen in allen Regierungsbezirken vor. Für das Bundesgebiet läßt sich eine gleichlaufende Entwicklung nachweisen. Die Zahl der Räume je Normalwohnung sank in der Zeitspanne von 1950 bis 1956 im Durchschnitt von 4,1 auf 3,8.

Eine Unterscheidung der Normalwohnungen nach Wohnungsgrößen führt zu dem Schluß, daß die *Zunahme des Wohnungsbestandes um so größer ist, je kleiner die Wohnungen sind*. Gegenüber 1950 haben sich in der Gliederung des Wohnungsbestandes nach der Raumzahl der Wohnungen beachtliche Veränderungen ergeben. Besonders auffallend ist der unverhältnismäßig starke Zugang bei den Einraumwohnungen, die 1956 mit 24 946 Wohnungen gegenüber 11 128 Wohnungen im Jahr 1950 um 124 vH — also um mehr als das Doppelte — angestiegen sind. Damit hat sich der Anteil dieser Kleinst-

wohnungen am Gesamtbestand der Normalwohnungen von 0,8 auf 1,3 vH erhöht. Nicht ganz so groß (80 086 oder 79,6 vH) war der Zugang an Zwei-Raumwohnungen, die 1950 mit 100 486 7,0 vH des Gesamtbestandes, am 25. September 1956 dagegen 180 572 oder 9,4 vH ausmachten. Daß sich auch der Bestand an Dreiraumwohnungen in den zwischen den Zählungen liegenden Jahren überdurchschnittlich um 45,7 vH von 377 055 auf 549 516 Wohnungen erhöht hat, bestätigt die allgemein festgestellte *Tendenz zur kleinen und kleinsten Wohnung*, die nicht nur durch den Wunsch zahlreicher Einzelpersonenwohnparteien aus einem Untermieterverhältnis in eine eigene Wohnung zu ziehen, sondern vielmehr noch durch die hohen Mieten für größere Wohnungen bestimmt sein dürfte. Etwas über dem Landesdurchschnitt (33,5 vH) lag noch die Zuwachsrate für die Vierraumwohnungen mit 35,1 vH, während sie bei den Fünfraumwohnungen nur 15,4 vH und bei den noch größeren Wohnungen sogar nur noch 2,9 vH erreichte. In entsprechendem Maße änderte sich der Anteil der mittleren Wohnungen (3 und 4 Räume) an den Normalwohnungen insgesamt von 59,5 vH auf 62,3 vH, während sich der Anteil der Großwohnungen (5 und mehr Räume) von 32,7 vH auf 27,0 vH verringerte. Diese Entwicklung erklärt auch die schon erwähnte Tatsache, daß die Zahl der Räume weniger stark gestiegen ist als die Zahl der Wohnungen. Entscheidenden Einfluß darauf haben auch die *Maßnahmen für den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau gehabt*, durch welchen besonders die Mittel- und Kleinwohnungen gefördert wurden. In gleicher

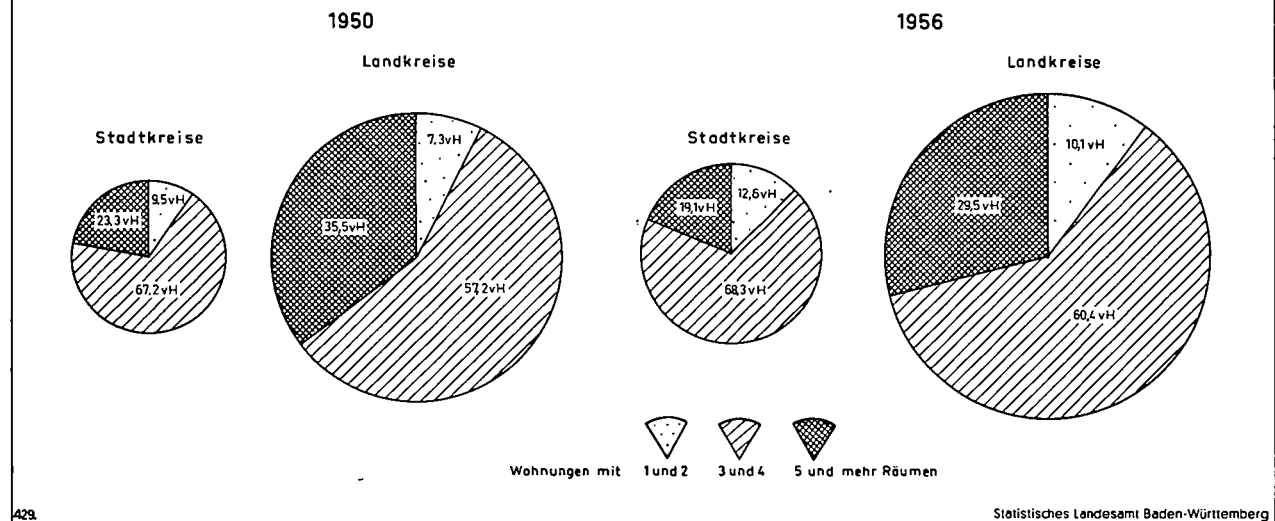
Tabelle 5

Die Normalwohnungen nach der Größe der Wohnung am 13. September 1950 und am 25. September 1956
(Totalerhebung)

Regierungsbezirk Land	Jahr	Wohnungen insgesamt	davon mit . . . Räumen ¹⁾						
			1	2	3	4	5	6	7 und mehr
Zahl der Wohnungen									
Nordwürttemberg	1950	524 014	4 320	25 857	127 649	187 339	101 006	45 450	32 393
	1956	732 621	10 174	55 119	200 143	271 418	119 774	45 329	30 664
Nordbaden	1950	319 939	2 557	40 377	110 552	92 404	42 235	18 462	13 352
	1956	440 780	6 953	73 445	161 612	120 566	46 733	18 617	12 854
Südbaden	1950	312 583	3 190	22 196	76 646	102 115	61 292	28 851	18 293
	1956	396 896	4 831	33 423	107 176	131 578	69 830	29 971	20 087
Südwestfalen-Hohenzollern	1950	283 090	1 061	12 056	62 208	97 475	62 296	29 569	18 425
	1956	351 627	2 988	18 585	80 585	124 488	71 767	31 945	21 269
Baden-Württemberg	1950	1 439 626	11 128	100 486	377 055	479 333	266 829	122 332	82 463
	1956	1 921 924	24 946	180 572	549 516	648 050	308 104	125 862	84 874
Anteil der Wohnungsgrößen in vH									
Nordwürttemberg	1950	100,0	0,8	4,9	24,4	35,7	19,3	8,7	6,2
	1956	100,0	1,4	7,5	27,3	37,0	16,4	6,2	4,2
Nordbaden	1950	100,0	0,8	12,6	34,5	28,9	13,2	5,8	4,2
	1956	100,0	1,6	16,7	36,7	27,3	10,6	4,2	2,9
Südbaden	1950	100,0	1,0	7,1	24,5	32,7	19,6	9,2	5,9
	1956	100,0	1,2	8,4	27,0	33,1	17,6	7,6	5,1
Südwestfalen-Hohenzollern	1950	100,0	0,4	4,3	22,0	34,4	22,0	10,4	6,5
	1956	100,0	0,9	5,3	22,9	35,4	20,4	9,1	6,0
Baden-Württemberg	1950	100,0	0,8	7,0	26,2	33,3	18,5	8,5	5,7
	1956	100,0	1,3	9,4	28,6	33,7	16,0	6,6	4,4
Anteil der Gebiete in vH									
Nordwürttemberg	1950	36,4	38,8	25,7	33,9	39,1	37,9	37,1	39,3
	1956	38,1	40,8	30,5	36,4	41,9	38,9	36,0	36,1
Nordbaden	1950	22,2	23,0	40,2	29,3	19,3	15,8	15,1	16,2
	1956	22,9	27,9	40,7	29,4	18,6	15,2	14,8	15,1
Südbaden	1950	21,7	28,7	22,1	20,3	21,3	23,0	23,6	22,2
	1956	20,7	19,3	18,5	19,5	20,3	22,6	23,8	23,7
Südwestfalen-Hohenzollern	1950	19,7	9,5	12,0	16,5	20,3	23,3	24,2	22,3
	1956	18,3	12,0	10,3	14,7	19,2	23,3	25,4	25,1
Baden-Württemberg	1950	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	1956	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Nur Wohnräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen ohne Rücksicht auf die Größe.

Verteilung der Wohnungsgrößen nach Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg
am 13. September 1950 und am 25. September 1956



Richtung dürften wohl auch, wenn auch in geringem Ausmaß Falscheintragungen hinsichtlich der Raumgröße in den Haushaltungslisten gewirkt haben, insofern die Bevölkerung aus subjektiven Gründen einen Teil der Räume in der Gruppe „unter 6 qm Fläche“ auswiesen, obwohl sie tatsächlich „mehr als 6 qm Fläche“ besitzen. Bei der Betrachtung der Ergebnisse bleibt jedoch zu berücksichtigen, daß die Untererfassung der Räume wegen ihrer relativen Geringfügigkeit keinen wesentlichen Einfluß hat, insbesondere nicht bei einem Vergleich der Ergebnisse von 1956 mit denen von 1950, da seinerzeit im Hinblick auf die totale Wohnraumbewirtschaftung die Neigung zur „Verkleinerung“ der Wohnungen als nahezu gleich stark wie 1956 unterstellt werden muß. Mit größter Wahrscheinlichkeit streuen die fehlerhaften Angaben über alle Wohnungsgrößen; ihre Wirkung schlägt jedoch zugunsten der Kleinwohnungen und zum Nachteil der Großwohnungen aus, während sie sich in den mittleren Größenklassen ausgleichen dürfte.

Im Hinblick auf die Verteilung der Normalwohnungen auf Stadt und Land nach den gleichen Größenordnungen ergibt sich von 1950 bis 1956 eine durchaus gleichlaufende Entwicklung, wenn auch mit graduellen Unterschieden. Der Rückgang an großen Wohnungen in den Regierungsbezirken Nordwürttemberg und Nordbaden ist in den überwiegend ländlich orientierten Kreisen besonders auffällig und findet seine Begründung wohl darin, daß besonders in Bauerhäusern, die 1950 noch in starkem Maße mit Flüchtlingen belegt waren, die ehemals beschlagnahmten Räume nicht mehr zu Wohnzwecken benutzt, sondern als Vorrats-, Speicher- und landwirtschaftliche Lagerräume verwendet werden. Diese Aussage findet gewissermaßen eine Bestätigung durch die Feststellung, daß in den Regierungsbezirken Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern, wo verhältnismäßig wenig Flüchtlinge angesiedelt worden waren, nur in zwei Landkreisen ein auffallend starker Rückgang an großen Wohnungen zu verzeichnen ist. Auch dem Sinken der durchschnittlichen Raumzahl je Normalwohnung im Landesdurchschnitt von 4,15 auf 3,95 Räume ist diese Entwicklung in beinahe allen Kreisen entsprechend. Der Rückgang beträgt in den nördlichen Regierungsbezirken 6 vH der

durchschnittlichen Größe vom 13. September 1950, in den südlichen Landesteilen dagegen nur 3 vH. Hier finden sich auch die größten Wohnungen. Während die Normalwohnungen in Südwürttemberg-Hohenzollern im Durchschnitt 4,25 und in Südbaden 4,05 Räume umfassen, blieb die durchschnittliche Wohnungsgröße in Nordwürttemberg auf 3,98 Räume beschränkt. Am kleinsten werden die Wohnungen in Nordbaden gebaut, wo sich die Wohnungsinhaber mit 3,56 Räumen, also im Durchschnitt mit einer Küche und zweieinhalb Zimmer, begnügen.

Eine Untergliederung der Normalwohnungen in Wohnungsgrößenklassen läßt erkennen, daß die kleinen Wohnungen (1 und 2 Räume) mit 84,1 vH am stärksten zugenommen haben. Über dem Landesdurchschnitt von 33,5 vH liegt auch die Zuwachsrate bei den mittleren Wohnungen (3 und 4 Räume), die 39,8 vH ausmacht, während sie bei den Großwohnungen (5 und mehr Räume) nur 10,0 vH erreichte. Dementsprechend erhöhte sich auch der Anteil der kleinen Wohnungen an den Normalwohnungen von 7,7 vH im Jahre 1950 (111 614) auf 10,7 vH im Jahre 1956 (205 518) und derjenige der mittleren Wohnungen sogar von 59,5 vH (856 388) auf 62,3 vH (1 197 566), welche die allgemein bevorzugte Wohnungsgröße darstellen. Dagegen ist der Anteil der großen Wohnungen von 32,8 vH (471 624) auf 27,0 vH (518 840) gesunken. Diese Entwicklung wurde nicht zuletzt durch die Maßnahmen für den Bau öffentlich geförderter sozialer Wohnungen, die vordringlich auf die Errichtung von Mittel- und Kleinwohnungen abstellten, begünstigt.

Unter den Regierungsbezirken verzeichnen die nördlichen Landesteile einen überdurchschnittlichen Zugang an Kleinwohnungen. Während sich in Nordwürttemberg die Zahl der Wohnungen mit 1 und 2 Räumen in den Jahren zwischen den Zählungen von 30 177 auf 65 293 erhöht und damit mehr als verdoppelt (+ 116,4 vH) hat und die entsprechende Zuwachsrate in Nordbaden mit 87,3 vH (80 398 Wohnungen 1956) ebenfalls über dem Landesdurchschnitt liegt, wurden in den südlichen Landesteilen weit weniger Kleinwohnungen erstellt. Die Bestandserhöhung dieser Wohnungskategorie beläuft sich in Südwürttemberg-Hohenzollern nur auf 64,5 vH (21 573 Wohnungen 1956) und sinkt in Südbaden sogar

Tabelle 6

**Die Normalwohnungen nach der Wohnungsgröße in den Stadt- und Landkreisen von Baden-Württemberg
am 13. September 1950 und am 25. September 1956**

(Totalerhebung)

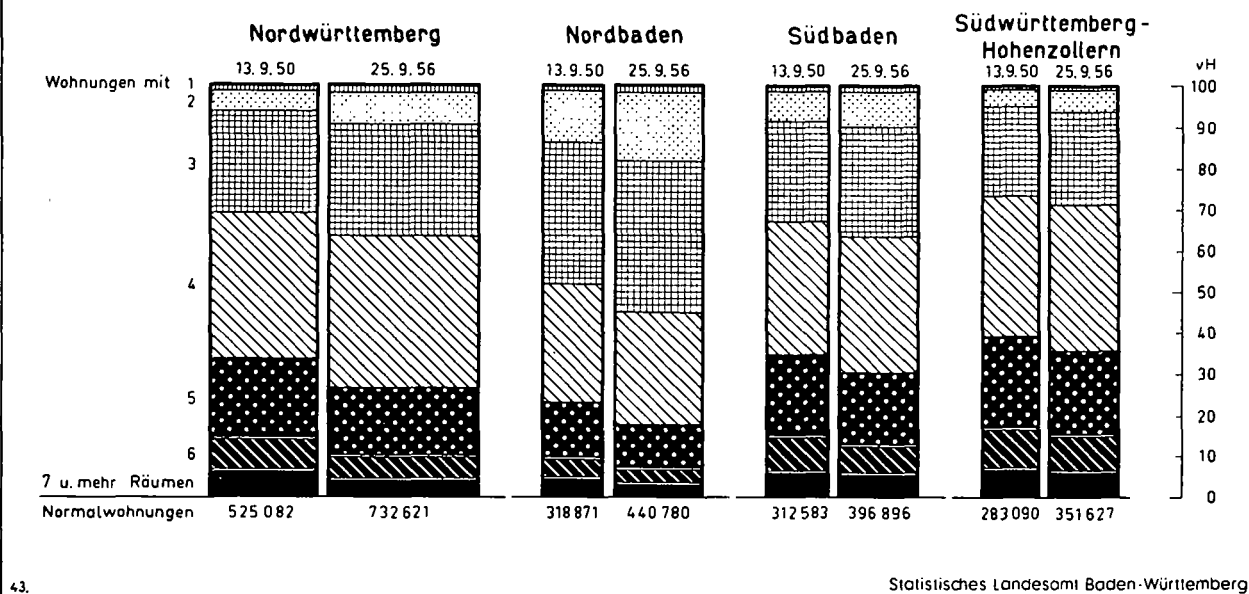
Kreise Regierungsbezirke Land		1950				1956			
		Wohnungen insgesamt	davon mit . . . Räumen ¹⁾			Wohnungen insgesamt	davon mit . . . Räumen ¹⁾		
			1 und 2	3 und 4	5 und mehr		1 und 2	3 und 4	5 und mehr
Stuttgart	Stadtkreis	117 046	5 981	79 873	31 192	165 220	14 215	115 664	35 341
Heilbronn	"	15 377	1 096	10 727	3 554	23 278	2 334	16 384	4 560
Ulm	"	15 554	775	10 396	4 383	22 896	2 205	15 310	5 381
Aalen	Landkreis	23 156	1 353	10 383	11 420	32 391	2 880	17 671	11 840
Backnang	"	15 858	1 013	8 388	6 457	21 756	2 138	12 985	6 633
Böblingen	"	19 462	1 383	12 246	5 833	31 043	2 918	20 856	7 269
Crailsheim	"	12 213	607	5 213	6 393	15 286	1 151	7 378	6 757
Eßlingen	"	30 544	1 557	19 539	9 448	44 285	3 714	29 739	10 832
Göppingen	"	36 934	2 081	21 670	13 183	50 075	4 347	32 057	13 671
Heidenheim	"	19 604	1 051	11 171	7 382	27 275	1 996	17 344	7 935
Heilbronn	"	31 319	2 454	19 103	9 762	42 823	4 882	27 420	10 521
Künzelsau	"	5 655	384	2 289	2 982	7 207	662	3 388	3 157
Leonberg	"	14 381	955	9 159	4 267	21 211	1 996	13 996	5 219
Ludwigsburg	"	39 638	2 408	25 446	11 784	56 163	5 210	37 737	13 216
Mergentheim	"	7 620	333	3 145	4 142	9 431	766	4 413	4 252
Nürtingen	"	22 954	1 142	14 033	7 779	31 845	2 879	20 883	8 083
Öhringen	"	8 345	524	3 798	4 023	10 751	1 103	5 566	4 092
Schwäbisch Gmünd	"	16 869	824	8 136	7 909	23 444	1 564	13 650	8 230
Schwäbisch Hall	"	10 889	640	4 891	5 358	13 978	1 198	7 096	5 684
Ulm	"	14 451	644	6 053	7 754	18 653	1 158	9 720	7 775
Vaihingen	"	14 389	1 144	9 261	3 984	19 256	2 220	12 728	4 308
Waiblingen	"	31 756	1 828	20 068	9 860	44 354	3 757	29 586	11 011
Nordwürttemberg		524 014	30 177	314 988	178 849	732 621	65 293	471 561	195 767
Karlsruhe	Stadtkreis	47 723	4 087	32 070	11 566	64 522	6 535	44 644	13 343
Heidelberg	"	25 774	3 236	16 239	6 299	33 490	5 711	21 239	6 540
Mannheim	"	57 592	11 436	39 667	6 489	84 019	19 096	56 399	8 524
Pforzheim	"	12 130	1 271	8 480	2 379	20 965	3 082	14 849	3 034
Bruchsal	Landkreis	21 778	1 938	14 746	5 094	30 939	6 425	19 783	4 731
Buchen	"	11 686	806	5 098	5 782	14 492	1 823	7 042	5 627
Heidelberg	"	25 725	4 271	15 642	5 812	37 246	9 008	22 666	5 572
Karlsruhe	"	29 777	3 235	19 960	6 582	40 714	6 565	27 093	7 056
Mannheim	"	31 899	6 579	19 822	5 498	43 427	10 471	27 332	5 624
Mosbach	"	10 806	926	5 394	4 486	13 970	1 837	7 212	4 821
Pforzheim	"	14 074	1 735	10 418	1 921	17 778	2 639	12 968	2 171
Sinsheim	"	16 600	2 402	9 291	4 907	20 636	4 637	11 870	4 129
Taubertschloßheim	"	14 375	1 012	6 129	7 234	18 582	2 469	9 081	7 032
Nordbaden		319 939	42 934	202 956	74 049	440 780	80 398	282 178	78 204
Freiburg	Stadtkreis	24 566	2 074	15 098	7 394	35 053	3 532	22 937	8 584
Baden-Baden	"	8 790	821	5 616	2 353	11 756	1 236	7 444	3 076
Bühl	Landkreis	16 500	1 663	9 036	5 801	19 920	2 049	11 723	6 148
Donaueschingen	"	13 190	812	7 129	5 249	16 335	1 201	9 503	5 631
Emmendingen	"	20 762	2 072	12 720	5 970	25 133	2 364	15 922	6 847
Freiburg	"	14 078	1 369	8 100	4 609	17 151	1 911	10 021	5 219
Hochschwarzwald	" ¹⁾	8 599	551	4 110	3 938	9 967	824	4 986	4 157
Kehl	"	9 783	570	5 854	3 339	14 036	1 240	8 638	4 158
Konstanz	"	29 648	1 859	17 108	10 681	37 965	3 159	23 490	11 318
Lahr	"	17 685	1 559	10 632	5 494	21 352	2 105	13 227	6 020
Lörrach	"	26 433	2 168	15 721	8 544	32 728	3 454	20 381	8 893
Müllheim	"	10 305	815	5 657	3 833	12 966	1 392	7 348	4 226
Offenburg	"	19 142	1 362	11 148	6 632	24 335	2 063	14 465	7 807
Rastatt	"	23 351	3 382	15 499	4 470	31 006	4 439	21 057	5 510
Säckingen	"	11 963	708	6 561	4 694	15 257	1 339	8 958	4 960
Stockach	"	9 745	518	4 425	4 802	11 402	763	5 731	4 908
Überlingen	"	11 368	648	4 790	5 930	13 749	1 024	6 344	6 381
Villingen	"	14 034	937	8 354	4 743	18 892	1 885	11 630	5 377
Waldshut	"	12 199	859	5 809	5 531	15 291	1 335	8 035	5 921
Wolfach	"	10 462	639	5 394	4 429	12 602	939	6 914	4 749
Südbaden		312 583	25 386	178 761	108 436	396 896	38 254	238 754	119 888
Balingen	Landkreis	21 244	898	13 229	7 117	27 054	1 428	17 353	8 273
Biberach	"	19 820	618	8 557	10 645	23 517	1 191	11 017	11 309
Calw	"	25 301	1 752	15 933	7 616	30 716	2 547	19 474	8 695
Ehingen	"	8 539	335	3 482	4 722	9 706	505	4 325	4 876
Freudenstadt	"	12 106	671	6 748	4 687	15 353	1 066	8 667	5 620
Hechingen	"	11 220	554	7 214	3 452	13 735	776	8 552	4 407
Horb	"	9 851	478	5 911	3 462	11 413	780	6 893	3 740
Münsingen	"	8 568	353	4 730	3 485	9 900	499	5 504	3 897
Ravensburg	"	19 345	818	9 179	9 348	23 987	1 514	12 135	10 338
Reutlingen	"	30 385	1 584	20 181	8 620	41 016	2 637	27 769	10 610
Rottweil	"	27 114	1 288	17 340	8 486	33 430	2 054	21 916	9 460
Saulgau	"	14 461	445	5 768	8 248	16 418	698	8 658	8 862
Sigmaringen	"	9 907	383	4 526	4 998	11 963	759	6 119	5 085
Tettnang	"	10 930	493	5 834	4 603	16 059	948	9 124	5 987
Tübingen	"	23 199	1 077	14 029	8 093	29 513	1 809	17 904	9 800
Tutlingen	"	17 607	679	11 210	5 718	21 660	1 105	13 847	6 708
Wangen	"	13 493	691	5 812	6 990	16 187	1 257	7 616	7 314
Südwestfalen-Hohenzollern		283 090	13 117	159 683	110 290	351 627	21 573	205 073	124 981
Baden-Württemberg		1 439 326	111 614	856 388	471 624	1 921 924	205 518	1 197 566	518 840

¹⁾ Nur Wohnräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen ohne Rücksicht auf die Größe.

auf 50,7 vH (38 254). Gleichmaßen läßt sich auch im Hinblick auf den Bau von Mittelwohnungen ein weitaus stärkerer Zugang in den nördlichen (45,5 vH) als in den

südlichen Regierungsbezirken (31,1 vH) nachweisen, wq- bei die Zuwachsrate zwischen 49,7 vH in Nordwürttemberg und 28,4 vH in Südwestfalen-Hohenzollern

Größe der Normalwohnungen in den Regierungsbezirken Baden - Württembergs



schwankt. Auf die Regierungsbezirke *Nordwürttemberg* und *Nordbaden* entfallen insgesamt 753 739 Wohnungen oder 62,9 vH aller Drei- und Vierraumwohnungen. Im Gegensatz zu den bisher aufgezeigten Veränderungen des Wohnungsbestandes innerhalb der Regierungsbezirke verzeichnen die südlichen Landesteile im Hinblick auf den Bestand von Großwohnungen einen überdurchschnittlichen Zugang an Wohnungen mit 5 und mehr Räumen (12,0 vH). Hierbei dürfte insbesondere die Errichtung von Bauernhäusern von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Betrachtet man die Verteilung der Normalwohnungen nach Größenklassen auf Stadt und Land, so läßt sich von 1950 bis 1956 bezüglich der Wohnungsgröße eine durch-

aus gleichlaufende Entwicklung beobachten, wenn auch gewisse graduelle Unterschiede in den einzelnen Stadt- und Landkreisen hervortreten.

c) Normalwohnungen nach Baualter, Gebäudeart, Besitzverhältnis, Größenklasse, öffentlicher Förderung und Wiederaufbau

Auch der Tabelle WS 3 liegt die Normalwohnung als Zählseinheit zugrunde; sie gibt durch die Kombination verschiedener Merkmale nicht nur Aufschluß über das Baualter und die Größe der Wohnungen (nach der Raumzahl), sondern bringt auch wichtige Erkenntnisse hinsichtlich der Gebäudearten und Besitzverhältnisse. Fer-

Anteil der Normalwohnungen, deren Inhaber Vertriebene und Wohnungsgeschädigte sind, an allen Normalwohnungen, nach dem Baualter der Wohnungen in Baden-Württemberg am 25. September 1956

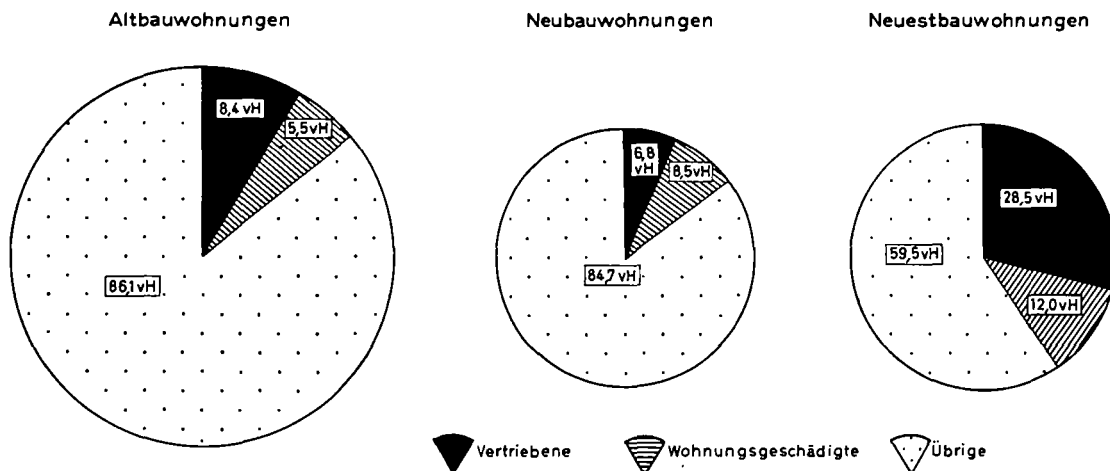


Tabelle 7

Die Normalwohnungen nach Besitzverhältnis, Gebäudeart und Baualter am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Gemeindegrößenklasse	Land	Regierungsbezirk	Baualter	Normalwohnungen			Von den Normalwohnungen liegen in								
				insgesamt	davon		Bauernhäusern und Nebenerwerbsstellen	Wohngebäuden mit						massiven Nichtwohngebäuden	
					Eigentümerwohnungen ¹⁾	Mietwohnungen		1 und 2 Wohnungen ¹⁾ (Einfamilienhäuser)		3 u. mehr Wohnungen (Mehrfamilienhäuser)					
								insgesamt	darunter Eigentümerwohnungen in vH	insgesamt	darunter Eigentümerwohnungen in vH	insgesamt	darunter Eigentümerwohnungen in vH	insgesamt	darunter Eigentümerwohnungen in vH
Gemeinden mit ... Einwohnern unter 2 000	Altbau	367 460	252 430	115 030	199 290	82,0	136 290	59,8	24 910	22,7	6 970	26,5			
	Neubau	83 640	51 610	32 030	23 690	77,1	51 710	61,1	6 760	20,3	1 480	26,4			
	Neuestbau	85 610	46 920	38 690	10 840	65,0	82 840	59,9	10 450	17,8	1 430	25,0			
	Insgesamt	536 710	350 960	185 750	233 820	80,7	250 840	60,1	42 120	21,1	9 930	26,3			
2 000 bis unter 5 000	Altbau	183 220	101 850	81 370	44 960	75,9	99 140	59,2	34 400	22,2	4 720	30,7			
	Neubau	70 200	37 620	32 580	5 680	74,5	52 950	58,2	10 430	21,3	1 140	29,0			
	Neuestbau	80 460	36 300	44 160	5 220	50,8	57 600	54,2	16 670	12,8	970	27,8			
	Insgesamt	333 880	175 770	158 110	55 860	73,4	209 690	57,6	61 500	19,5	6 830	30,0			
5 000 bis unter 10 000	Altbau	101 800	45 420	56 380	11 820	70,6	54 870	53,6	32 580	21,4	2 550	27,5			
	Neubau	49 740	21 990	27 750	1 430	57,3	35 890	52,9	11 800	17,4	620	24,2			
	Neuestbau	57 660	21 520	36 140	2 780	37,8	34 830	51,8	19 540	12,2	510	11,8			
	Insgesamt	209 200	88 930	120 270	16 030	63,8	125 590	52,9	63 900	17,9	3 680	24,7			
10 000 bis unter 20 000	Altbau	57 140	21 460	35 680	3 570	69,5	26 110	50,5	25 800	20,8	1 660	26,5			
	Neubau	37 210	15 500	21 710	600	65,0	24 090	56,0	11 950	13,0	570	12,3			
	Neuestbau	41 880	12 850	29 030	1 700	33,5	20 360	49,3	19 290	11,0	530	22,6			
	Insgesamt	136 230	49 810	86 420	5 870	58,6	70 560	52,0	57 040	15,8	2 760	22,8			
20 000 bis unter 50 000	Altbau	93 180	27 780	65 380	3 630	63,6	31 370	48,2	55 330	17,7	2 830	19,8			
	Neubau	54 610	17 810	36 800	330	54,6	28 900	50,6	24 690	11,9	690	10,1			
	Neuestbau	53 660	12 710	40 950	840	48,8	19 570	49,7	32 750	7,6	500	18,0			
	Insgesamt	201 430	58 300	143 130	4 800	60,4	79 840	49,4	112 770	13,5	4 020	17,9			
50 000 bis unt. 100 000	Altbau	42 340	11 410	30 930	1 590	66,7	11 350	49,2	28 260	16,1	1 140	5,3			
	Neubau	34 930	11 610	23 320	310	67,7	16 800	54,2	17 420	13,1	400	5,0			
	Neuestbau	44 840	10 790	34 050	110	36,4	12 700	58,7	31 270	9,9	760	26,3			
	Insgesamt	122 110	33 810	88 300	2 010	65,2	40 850	54,2	76 950	13,1	2 300	12,2			
100 000 bis unt. 500 000	Altbau	93 300	14 660	78 640	2 150	54,4	13 720	40,3	76 040	10,3	1 390	10,1			
	Neubau	59 890	12 750	47 140	180	44,4	21 280	45,0	37 920	8,0	510	9,8			
	Neuestbau	63 900	9 810	54 090	100	40,0	12 020	51,3	51 050	6,8	730	16,4			
	Insgesamt	217 090	37 220	179 870	2 430	53,1	47 020	45,2	165 010	8,7	2 630	11,8			
500 000 und mehr	Altbau	61 740	12 010	49 730	1 070	64,5	9 930	50,6	49 700	12,5	1 040	10,6			
	Neubau	54 270	15 160	39 110	150	33,3	19 180	54,1	34 380	13,5	560	17,9			
	Neuestbau	49 220	9 810	39 410	330	51,5	7 730	57,4	40 070	12,7	1 090	11,9			
	Insgesamt	165 230	36 980	128 250	1 550	58,7	36 840	53,8	124 150	12,8	2 690	12,6			
Baden-Württemberg	Altbau	1 000 160	487 020	513 140	268 080	79,7	382 780	55,9	327 000	16,6	22 300	23,8			
	Neubau	444 490	184 050	260 440	32 370	74,9	250 800	55,2	155 350	12,9	5 970	19,8			
	Neuestbau	477 230	160 710	316 520	21 920	54,7	227 650	54,8	221 090	10,2	6 570	20,7			
	Insgesamt	1 921 880	831 780	1 090 100	322 370	77,5	861 230	55,4	703 440	13,8	34 840	22,5			
Nordwürttemberg	Altbau	339 710	162 870	176 840	81 250	79,3	133 690	57,5	117 860	17,1	6 910	21,1			
	Neubau	182 190	76 990	105 200	11 850	73,8	102 370	57,0	65 650	14,6	2 320	13,4			
	Neuestbau	210 750	72 700	138 050	10 590	56,1	97 270	55,6	99 760	12,2	3 130	17,9			
	Insgesamt	732 650	312 560	420 090	103 690	76,3	333 330	56,8	283 270	14,8	12 360	18,9			
Nordbaden	Altbau	216 090	85 930	130 160	35 840	74,6	82 630	55,2	94 140	13,8	3 480	17,2			
	Neubau	103 560	35 520	68 040	3 880	75,0	54 230	51,2	44 470	10,5	980	16,3			
	Neuestbau	121 150	34 570	86 580	5 110	37,8	50 310	53,2	64 350	8,6	1 380	25,4			
	Insgesamt	440 800	156 020	284 780	44 830	70,4	187 170	53,5	202 960	11,4	5 840	19,0			
Südbaden	Altbau	235 720	114 980	120 740	75 380	78,8	81 090	52,8	72 130	15,1	7 120	26,8			
	Neubau	83 870	31 980	51 890	7 300	70,4	45 570	51,1	29 670	10,5	1 330	31,6			
	Neuestbau	77 190	24 230	52 960	3 030	66,3	37 880	50,6	35 210	8,0	1 070	23,4			
	Insgesamt	396 780	171 190	225 590	85 710	77,6	164 540	51,8	137 010	12,3	9 520	27,1			
SüdWürtt.-Hohenzollern	Altbau	208 640	123 240	85 400	75 610	83,5	85 370	57,0	42 870	23,6	4 790	28,0			
	Neubau	74 870	39 560	35 310	9 340	79,7	48 630	59,9	15 560	17,5	1 340	21,6			
	Neuestbau	68 140	29 210	38 930	3 190	65,8	42 190	58,6	21 770	10,1	990	20,2			
	Insgesamt	351 650	192 010	159 640	88 140	82,4	176 190	58,2	80 200	18,8	7 120	25,7			

¹⁾ Einschließlich Behelfsheime von 30 und mehr qm und Kleinsiedlerstellen. — ²⁾ Wohnungen, die vom Eigentümer in seinem Gebäude bewohnt werden, sowie Wohnungen, die im Eigentumsrecht erworben sind.

ner ergibt sich daraus ein Überblick über die Auswirkungen der Förderungsmaßnahmen für den öffentlichen sozialen Wohnungsbau sowie über den Wiederaufbau. Da es sich hierbei um Ergebnisse handelt, die im Rahmen der 10 vH-Erhebung zur Wohnungstatistik 1956/57 gewonnen wurden, soll nochmals auf den schon erwähnten Vorbehalt bezüglich der Aussagekraft, insbesondere kleiner Zahlenwerte, hingewiesen werden (s. Seite 25). Gleiches gilt auch für die folgenden Repräsentativ-Tabellen. Die damit zusammenhängenden Ausführungen beschränken sich jeweils auf die wichtigsten Resultate der Wohnungstatistik, wie auch die Textübersichten in mög-

lich gedrängter Form geboten werden, um nicht allzuviel Raum für die Darstellung zu beanspruchen. Im übrigen bleibt es dem Interessenten überlassen, die umfangreichen Tabellen (Teil II und Teil III) für seine Zwecke auszuwerten.

Die Gliederung der Normalwohnungen (1 921 880) nach *Baualtersgruppen* ergab, daß mehr als die Hälfte aller erfaßten Wohnungen aus der Bauperiode vor dem 1. Juli 1918 stammte. Diesen 1 000 160 Altbauwohnungen standen 444 490 Neubauwohnungen und 477 230 Neuestbauwohnungen, also Wohnungen, die nach dem 20. Juni 1948 erstellt worden sind, gegenüber. Anteils-

mäßig liegt der Wohnungsbestand aus der Zeit nach dem 1. Juli 1918 bis 20. Juni 1948 mit nur 23,1 vH unter dem Bauerfolg der Jahre nach der Währungsreform bis zum Zählungstichtag im Herbst 1956 (24,8 vH).

Bringt man die Zahl der Neu- und Neubauwohnungen ins Verhältnis zu den Mietwohnungen einerseits und zu den Eigentümerwohnungen andererseits, so verteilen sich die Neu- und Neubauwohnungen zu 62,6 vH auf Mietwohnungen und zu 37,4 vH auf Eigentümerwohnungen. Daß mehr als die Hälfte aller Mietwohnungen auf diese Baualtersgruppe entfallen, dürfte auf die sehr viel stärkeren Kriegszerstörungen in den Großstädten mit ihrer hohen Quote an Mietwohnungen zurückzuführen sein. In Großstädten liegt der Vomhundertsatz der nach 1948 errichteten Mietwohnungen nicht nur über dem für die kleineren Gemeinden errechneten Wert, sondern auch erheblich über dem Landesdurchschnitt. In den Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern kommen über 60 vH des Wohnungsbestandes auf Altbauwohnungen; anteilmäßig am stärksten sind die Nachkriegswohnungen in den Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern vertreten (37 vH).

Eine Unterscheidung der Wohnungen nach der Art der Gebäude, in welchen sie liegen, ergibt, daß 861 230 Wohnungen, das sind 44,8 vH des Gesamtbestandes, in Einfamilienhäusern gezählt worden sind. 703 440 Wohnungen oder 36,6 vH befinden sich in Mehrfamilienhäusern, das heißt in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen. Auf die Gruppe der Wohnungen in Bauernhäusern und Nebenerwerbsstellen kommen etwa 16,8 vH des Wohnungsbestandes. Rechnet man diese 322 370 Wohnungen zu den Wohnungen in Einfamilienhäusern hinzu, so zeigt sich, daß über drei Fünftel aller erfaßten Normalwohnungen in Gebäuden liegen, deren Bewohner mehr oder minder stark durch Erwerbs- und Besitzverhältnisse mit Grund und Boden verbunden sind. Sowohl innerhalb als auch von Gemeindegrößenklasse zu Gemeindegrößenklasse ergeben sich durch die unterschiedlichen Wohnformen beachtliche Abstufungen. Charakteristisch für die Struktur des Wohnungsbestandes in Baden-Württemberg sind einerseits der beträchtliche Bestand an Wohnungen in Einfamilienhäusern und andererseits die große Anzahl der Eigentümerwohnungen. Die Relation von Eigentümerwohnungen (832 390) zu Mietwohnungen (1 089 490), die im Landesdurchschnitt 1 zu 1,3 beträgt, streut innerhalb der Gemeindegrößen-

klassen und damit auch von Regierungsbezirk zu Regierungsbezirk.

Die Wohnform in den kleinen Gemeinden wird zu 90 vH durch die Wohnungen in Bauernhäusern und Nebenerwerbsstellen und durch die große Anzahl von Einfamilienhäusern bestimmt. Von den Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern an macht sich das Übergewicht der Mehrfamilienhäuser bemerkbar, deren Anteil dann in den Großstädten drei Viertel des Gesamtbestandes an Normalwohnungen ausmacht.

Unterscheidet man die Wohnungen nach dem Besitzverhältnis, so schwankt der Anteil von Mietwohnungen zwischen den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern und der größten Gemeinde von 20 vH bis 60 vH. Von den 322 370 gezählten Wohnungen in Bauernhäusern und Nebenerwerbsstellen kommen 249 800, also über 77,5 vH des Gesamtbestandes, als Eigentümerwohnungen in Betracht. Etwas mehr als die Hälfte der 477 260 in Einfamilienhäusern gelegenen Wohnungen werden von den Eigentümern selbst beansprucht. Von den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (703 440) sind den Eigentümern 96 870 oder 13,8 vH für den Eigengebrauch vorbehalten. Auffallend ist die verhältnismäßig große Zahl der Eigentümerwohnungen in massiven Nichtwohngebäuden (7 850), die über ein Fünftel des Bestandes von insgesamt 34 840 Wohnungen beträgt (s. Tabelle 7).

Für die Eigentümerwohnungen wurde das Ausmaß des Wohnungseigentums und für die Mietwohnungen der Umfang der Wohnungen mit Daueroohnrecht zusätzlich ermittelt, und zwar ebenfalls in der Kombination mit dem Baualter und der Wohnungsgröße. Im Herbst 1956 befanden sich von den insgesamt gezählten 831 780 Eigentümerwohnungen 9 190 oder 1,1 vH in Wohnungseigentum; für 1,4 vH oder 15 300 Wohnungen der allgemein erfaßten Mietwohnungen (1 090 100) bestand ein Daueroohnrecht. Die niedrigen Quoten zeigen, daß in der Praxis noch nicht allzu viel Gebrauch von den vorerwähnten Möglichkeiten einer wohnungsmäßigen Sicherung gemacht wurde. Es bleibt abzuwarten, ob die fortschreitende Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft auf die gegebenen Verhältnisse einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben wird.

Abschließend soll noch darauf hingewiesen werden, daß durch die Wohnungstatistik 1956/57 auch der Umfang der am Zählungstichtag vorhandenen öffentlich

Tabelle 8

Die Normalwohnungen nach Gebäudeart am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Gemeindegrößenklasse Land Regierungsbezirk	Normal- wohnungen insgesamt	Von den Normalwohnungen liegen in					
		Bauernhäusern und Nebenerwerbsstellen		Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen ¹⁾ (Einfamilienhäuser)		Wohngebäuden mit 3 und mehr Wohnungen (Mehrfamilienhäuser)	
		Insgesamt	Anteil in vH der Normal- wohnungen	Insgesamt	Anteil in vH der Normal- wohnungen	Insgesamt	Anteil in vH der Normal- wohnungen
Gemeinden mit . . . Einwohnern							
unter 2 000	536 710	233 690	43,5	250 890	46,8	42 280	7,9
2 000 bis unter 5 000	333 880	55 840	16,7	209 930	62,9	61 290	18,4
5 000 bis unter 10 000	209 200	18 020	7,7	125 520	60,0	63 990	30,6
10 000 bis unter 20 000	136 230	5 950	4,4	70 410	51,7	57 100	41,9
20 000 bis unter 50 000	201 430	4 870	2,4	79 800	39,6	112 670	55,9
50 000 bis unter 100 000	122 110	2 020	1,7	40 840	33,5	76 850	63,0
100 000 bis unter 500 000	217 090	2 430	1,1	47 010	21,7	165 020	76,0
500 000 und mehr	165 230	1 550	0,9	36 830	22,3	124 160	75,1
Baden-Württemberg	1 921 880	322 370	16,8	861 230	44,8	703 440	36,6
Nordwürttemberg	732 650	103 470	14,1	333 260	45,5	283 190	38,7
Nordbaden	440 800	44 830	10,2	187 310	42,5	202 940	46,0
Südbaden	396 780	85 860	21,6	164 520	41,5	137 070	34,6
Südwestfalen-Hohenzollern	351 650	88 210	25,1	176 140	50,1	80 240	22,8

¹⁾ Einschl. Behelfsheime von 30 und mehr qm Wohnfläche und in Kleinsiedlerstellen.

geforderten Wohnungen und die Zahl der infolge Wiederaufbau gewonnenen Wohnungen ermittelt worden ist. An öffentlich geförderten Wohnungen bestanden in Baden-Württemberg 203 660, das sind 10,6 vH aller gezählten Wohnungen. Von den Neu- und Neubauwohnungen waren 99 450 auf früher bebautem Grund, auf dem ein durch Kriegseinwirkung zerstörtes Gebäude gestanden hatte, errichtet worden. Der Anteil dieser durch Wiederaufbau gewonnenen Wohnungen an allen Wohnungen, die seit dem 1. Juli 1918 erbaut worden sind, beträgt 10,8 vH; bezogen auf den Gesamtbestand der Normalwohnungen errechnet sich daraus nur eine Quote von 5,2 vH.

2. Belegung der Normalwohnungen

In der Tabelle WS 4, die von allen 10 vH-Tabellen den größten Umfang und die zahlreichsten Einzeldaten aufweist, wird die Belegung der Wohnungen mit Wohnparteien und Personen am 25. September 1956 nachgewiesen; ferner sind daraus die Belegungsdichtezeiffern, die zur Beurteilung des eventuellen Wohnungsbedarfs geeignet sind, zu ersehen. Darüber hinaus vermag diese Tabelle je nach der verschiedenen Kombination der Merkmale, sowohl in regionaler als auch in sachlicher Hinsicht noch weitere interessante Aufschlüsse zu geben. Die daran anknüpfenden Ausführungen beziehen sich hauptsächlich auf das Landesergebnis.

Untersucht man zunächst — ohne weitere Untergliederung — die Belegung der Wohnungen mit Personen, so ergibt sich, daß am 25. September 1956 nahezu sechs Zehntel (58,5 vH, 1 123 430) aller Normalwohnungen mit 3 bis 5 Personen belegt waren. Etwas mehr als ein Fünftel (21,0 vH, 403 610) der Wohnungen war von 2 Personen und stark ein Achtel (12,9 vH, 248 350) von 6 und mehr Personen bewohnt. In 6,9 vH (132 810) aller Normalwohnungen lebten Einzelpersonen. Bringt man die Personen je Wohnung in Beziehung zu der Wohnungsgröße, so ergibt sich folgendes: 40,7 vH aller von Einzelpersonen bewohnten Wohnungen hatten 1 oder 2 Räume, 74 vH aller von 2 Personen belegten Wohnungen umfaßten 2 und 3 Räume, unter den von 3 Personen bewohnten Wohnungen befand sich ein nahezu gleich großer Anteil (72,7 vH) von Zwei- und Dreiraumwohnungen. In 40,3 vH aller Wohnungen mit 4 Personen entsprach die Raumzahl der Zahl der Personen; mit 22,8 vH und 21,1 vH war jedoch der Anteil der Wohnungen mit 3 bzw. 5 Räumen, in welche sich 4 Personen teilten, nahezu gleich groß. Erst bei den von 5 und 6 Personen bewohnten Wohnungen überwiegen auch die Wohnungen mit 4 und 5 Räumen (61,7 vH und 56,9 vH). Erwartungsgemäß sind die Wohnungen mit 6 und mehr Räumen hauptsächlich von Großfamilien mit 7 und mehr Personen belegt (44,9 vH). Somit läßt sich mit zunehmender Zahl der in einer Wohnung lebenden Personen auch eine konstante Zunahme des Anteils der größeren Wohnungen feststellen, wobei die Grö-

Tabelle 9

Die Belegung der Normalwohnungen mit Personen nach Besitzverhältnis und Größe der Wohnung am 25. September 1956

(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Personen je Wohnung	Normalwohnungen								Durch- schnittl. Zahl der Räume je Woh- nung
	Ins- gesamt	davon mit . . . Räumen						7. u. mehr	
		1	2	3	4	5	6		
		in vH der Normalwohnungen insgesamt							
Eigentümerwohnungen ¹⁾									
1 Person . . .	53 700	3,2	20,0	47,6	21,6	5,9	1,2	0,5	3,1
2 Personen . . .	151 070	0,6	6,2	38,8	38,8	11,3	3,1	1,2	3,7
3 Personen . . .	177 560	0,3	2,4	19,7	45,6	22,0	6,9	3,1	4,2
4 Personen . . .	174 090	0,3	1,3	12,8	36,5	30,3	12,8	6,0	4,6
5 Personen . . .	127 640	0,1	1,0	8,0	28,0	33,6	18,5	10,8	5,0
6 Personen . . .	75 320	0,2	0,8	5,7	20,8	32,0	23,0	17,5	5,3
7 und mehr Personen . . .	73 010	0,1	0,5	3,9	12,7	25,2	25,3	32,3	6,1
Insgesamt . . .	832 390	0,5	3,5	19,1	33,1	23,7	11,9	8,2	4,5
Mietwohnungen									
0 Personen . . .	13 680	1,5	11,7	36,0	32,7	11,2	3,8	3,1	3,7
1 Person . . .	79 110	11,7	41,0	35,9	9,1	1,8	0,3	0,2	2,5
2 Personen . . .	252 540	2,8	20,3	48,5	23,5	3,8	0,7	0,4	3,1
3 Personen . . .	289 910	1,3	11,8	39,1	38,3	7,7	1,2	0,6	3,5
4 Personen . . .	232 490	0,9	7,5	30,2	43,2	14,1	3,1	1,0	3,8
5 Personen . . .	121 740	0,6	5,3	23,4	42,8	19,5	6,1	2,3	4,0
6 Personen . . .	54 340	0,5	3,8	19,2	38,1	24,4	8,6	5,4	4,3
7 und mehr Personen . . .	45 680	0,5	2,8	14,6	32,4	25,1	12,5	12,1	4,8
Insgesamt . . .	1 089 490	2,2	13,5	35,3	33,9	10,7	2,9	1,5	3,5
Normalwohnungen insgesamt									
0 Personen . . .	13 680	1,5	11,7	36,0	32,7	11,2	3,8	3,1	3,7
1 Person . . .	132 810	8,2	32,5	40,6	14,2	3,5	0,7	0,3	2,8
2 Personen . . .	403 610	2,0	15,1	44,8	29,2	6,6	1,6	0,7	3,3
3 Personen . . .	467 470	1,0	8,2	31,7	41,0	13,1	3,4	1,6	3,8
4 Personen . . .	406 580	0,6	4,8	22,8	40,3	21,1	7,3	3,1	4,1
5 Personen . . .	249 380	0,4	3,1	15,5	35,2	26,7	12,5	6,6	4,5
6 Personen . . .	129 660	0,3	2,1	11,3	28,1	28,8	17,0	12,4	4,9
7 und mehr Personen . . .	118 690	0,3	1,3	8,0	20,3	25,2	20,4	24,5	5,6
Insgesamt . . .	1 921 880	1,5	9,1	28,3	33,6	16,3	6,8	4,4	4,0

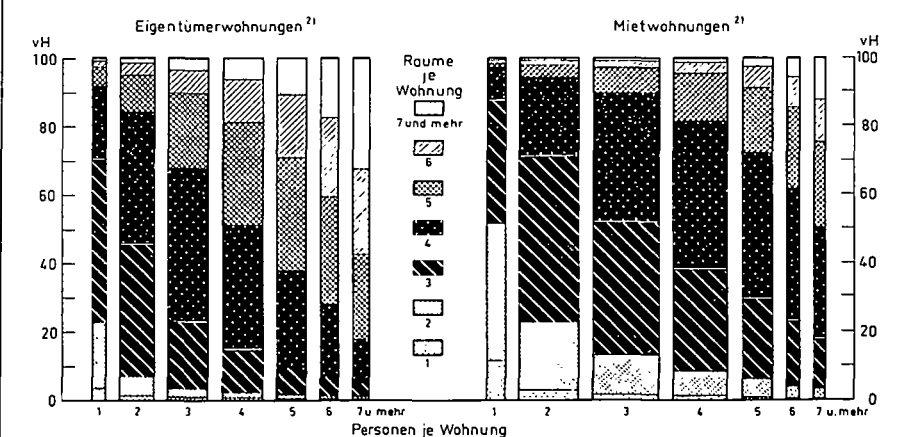
¹⁾ Wohnungen, die vom Eigentümer in seinem Gebäude bewohnt werden, sowie Wohnungen, die im Eigentumsrecht erworben sind.

ßenverhältnisse bei den Eigentümerwohnungen durchweg günstiger sind als bei den Mietwohnungen.

Ein Überblick über die Belegung von Wohnungen und Räumen läßt sich durch die Berechnung von Verhältnis-zahlen geben. Hierbei interessieren sowohl die tatsächlichen Belegungsziffern, wobei die Wohnparteien zu den Wohnungen und die Personen zu den Räumen, in welchen sie wohnen, in Beziehung gebracht werden, als auch

Belegung der Normalwohnungen¹⁾ nach Besitzverhältnis und Größe der Wohnungen

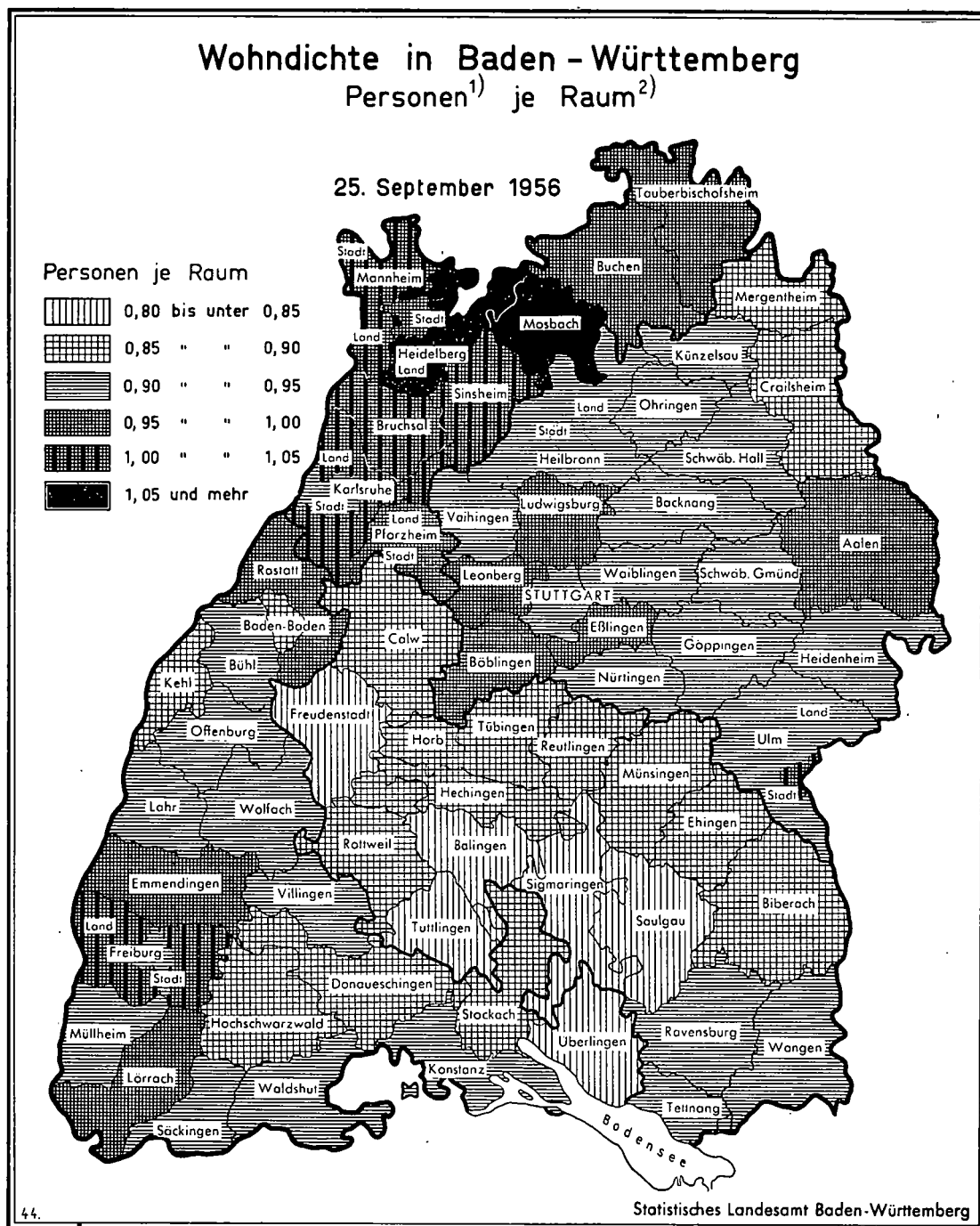
in Baden-Württemberg am 25.9.1956



¹⁾ Einschl. Behelfsheime mit 30 u. mehr qm
²⁾ Die Breite der Säulen entspricht der Anzahl der Wohnungen

die mehr theoretischen Berechnungen, bei welchen alle gezählten Wohnparteien bzw. Personen nur der Zahl der Wohnungen sowie deren Räume gegenübergestellt werden, die im statistischen Sinne als normale Wohnungen anzusehen sind. Wie die Tabelle 10 zeigt, hat sowohl die

den einzelnen Wohnungsgrößenklassen keineswegs entsprechen, läßt sich an Hand folgender Wohndichtezeffern, die sich durch die Gegenüberstellung von Personen und Räumen je Wohnung ergeben, nachweisen. Am 25. September 1956 umfaßten in Baden-Württemberg die in



¹⁾ Personen in Wohnparteien ohne Personal und Insassen von Anstalten. — ²⁾ Nur Wohnräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen ohne Rücksicht auf die Größe.

tatsächliche als auch die theoretische Belegung der Normalwohnungen mit Wohnparteien seit 1950 eine wesentliche Auflockerung erfahren, was auch im Rückgang der durchschnittlichen Zahl der Personen je Raum zum Ausdruck kommt.

Daß sich die durchschnittlichen Belegungsdichten in

Normalwohnungen lebenden Wohnparteien 6 920 300 Haushaltsmitglieder. Diesen Personen standen 7 613 640 Räume (Küchen und Räume mit 6 und mehr qm Wohnfläche) zur Verfügung. Demnach nahm eine Wohnpartei, die durchschnittlich aus drei Personen bestand, 3,96 Räume in Anspruch. Für das Land ergibt sich hieraus,

Tabelle 10

Die Belegungsdichten in Baden-Württemberg

Regierungs- bezirk Land	Wohnparteien insgesamt				Wohnparteien in Normalwohnungen			
	Parteien je Normal- wohnung		Personen ¹⁾ je Raum ²⁾		Parteien je Normal- wohnung		Personen ¹⁾ je Raum ²⁾	
	13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956
Nordwürttem- berg	1,59	1,27	1,09	0,93	1,45	1,22	1,04	0,91
Nordbaden	1,55	1,25	1,21	1,00	1,44	1,19	1,17	0,98
Südbaden	1,30	1,17	1,02	0,92	1,23	1,14	1,00	0,91
Südwestf.- Hohenzollern ..	1,31	1,15	0,96	0,86	1,25	1,12	0,94	0,85
Baden-Würt- temberg	1,46	1,22	1,07	0,93	1,36	1,18	1,04	0,91

¹⁾ Personen in Wohnparteien ohne Personal und Insassen von Anstalten. —
²⁾ Räume in Normalwohnungen.

daß jeder Person in einer Normalwohnung etwas mehr als 1 Raum (1,10) zukam. In den entsprechenden Durchschnittswerten für die einzelnen Gemeindegrößenklassen spiegeln sich sowohl die wirtschaftliche Struktur als auch die unterschiedlichen Wohngepflogenheiten innerhalb dieser Bereiche wider, wobei besonders zutage tritt, daß gegenüber den überwiegend landwirtschaftlich genutzten Gebieten die industriellen Bereiche mit ihren vermehrten Arbeitsmöglichkeiten weitaus ungünstigere Wohnverhältnisse aufweisen. Im Hinblick auf die einzelnen Regierungsbezirke lassen die *Wohndichteziffern* erkennen, daß in den südlichen Gebieten mit einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 3,18 (Südwestf.-Hohenzollern) und 3,20 Personen (Südbaden) 1,19 bzw. 1,10 Räume je Person zur Verfügung stehen. In Nordwürttemberg mit einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von nur 2,93 Personen beträgt die Wohndichte 1,10 Räume je Person, während sie sich in Nordbaden mit einer Haushaltsgröße von 2,84 Personen auf nur 1,03 Räume je Person beläuft. Dementsprechend variiert auch die Wohndichte, wenn man die Zahl der Personen je Raum berechnet, zwischen 0,84 in Südwestf.-Hohenzollern und 0,97 in Nordbaden. Für Südbaden und Nordwürttemberg ist mit 0,91 Personen je Raum das gleiche Wohndichteverhältnis wie für das Land insgesamt ermittelt worden. Beim Vergleich und der Beurteilung dieser Dichtezahlen ist jedoch zu beachten, daß es sich um Mittelwerte für die Wohnparteien insgesamt handelt, die von etlichen Haushalten nicht erreicht, von anderen aber auch überschritten werden.

Besonders deutlich zeigt sich die Streuung der Wohndichte, wenn die Wohnparteien nach der Zahl der ihnen angehörenden Personen und der Zahl der von diesen

Haushalten benutzten Räume aufgegliedert werden. Eine derartige Gegenüberstellung besagt, daß mit steigender Personenzahl je Wohnpartei auch eine Steigerung der Zahl der benutzten Räume einhergeht. Gleichzeitig wird durch die Verhältniszahlen offenkundig, daß *die größeren Haushalte im Durchschnitt beengter wohnen als die kleineren*. Dies wird auch durch die Tatsache erhärtet, daß die durchschnittliche Personenzahl je Raum mit wachsender Haushaltsgröße regelmäßig ansteigt.

Die relativ wenigen Wohnungen, die von Einzelpersonen bewohnt werden, umfassen durchschnittlich 2,8 Räume. Bis zu einer Belegung der Wohnungen mit vier Personen entfällt im Durchschnitt auf jede Person mehr als ein Raum, wogegen bei einer Belegung mit fünf und mehr Personen dem einzelnen Haushaltsmitglied stets weniger als ein Raum zur Verfügung steht (s. Tab. 9).

Darüber hinaus ermöglicht die Tabelle WS 4 noch Einblicke in die Belegung der Wohnungen mit Haushalten, wobei sowohl Aussagen hinsichtlich der Gemeindegrößenklassen als auch im Hinblick auf die Gebäudearten gemacht werden können.

Auffallend ist der große Anteil (82 vH) der Wohnungen, die allein von einem Haushalt, also ohne Untermietparteien, bewohnt werden, nämlich 1 584 120 Normalwohnungen. Im Landesdurchschnitt waren im Herbst 1956 von 100 Normalwohnungen nur noch 18 Wohnungen von zwei und mehr Haushalten belegt. Eine Untersuchung der Wohnverhältnisse in Eigentümer- und Mietwohnungen zeigt, daß von 100 Hauptmietern nur 16 ihre Wohnung mit Untermietern teilen; dagegen hatten von 100 Eigentümern 19 einen oder mehrere Untermieter in ihre Wohnung aufgenommen. Innerhalb des Landes streuen diese Verhältniszahlen bei den Mietwohnungen ebenso wie bei den Eigentümerwohnungen beträchtlich. *Mit dem Anwachsen der Gemeindegröße steigt auch die Zahl der Untermietverhältnisse*. Während in den rein ländlichen Gebieten von 100 Wohnungen nur jede zehnte von zwei und mehr Haushalten belegt war, hatte in den Großstädten nahezu jeder vierte Inhaber einer Normalwohnung Wohnungsteile an weitere Haushalte vermietet. Dies beweist, daß trotz der intensiven Bautätigkeit der letzten Jahre die Wohnverhältnisse in den Städten immer noch ungünstiger liegen als in den mittelgroßen und kleinen Gemeinden des Landes (s. Tab. 12).

Wohnungen mit zwei und mehr Haushalten finden sich am häufigsten in den nördlichen Regierungsbezirken. Dort übersteigt bei den Eigentümer- wie auch bei den Mietwohnungen die Zahl der Wohnungen mit Untermietparteien den für das Land errechneten Durchschnitt. So

Tabelle 11

Die Belegung der Normalwohnungen mit Wohnparteien und Personen am 25. September 1956

(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Gemeindegrößenklasse Land Regierungsbezirk	Normal- wohnungen	Räume	Räume je Wohnung	Wohn- parteien	Personen	Personen je Wohn- partei	Wohn- partei je Wohnung	Personen je Raum	Räume je Person
Gemeinden mit ... Einwohnern									
unter 2 000	536 710	2 270 950	4,23	595 610	2 067 790	3,47	1,11	0,91	1,10
2 000 bis unter 5 000	333 880	1 307 250	3,92	384 600	1 201 110	3,12	1,15	0,92	1,09
5 000 bis unter 10 000	209 200	812 810	3,89	246 600	736 990	2,99	1,18	0,91	1,10
10 000 bis unter 20 000	136 230	539 830	3,96	163 700	478 620	2,92	1,20	0,89	1,13
20 000 bis unter 50 000	201 430	799 390	3,97	253 350	706 590	2,79	1,26	0,88	1,13
50 000 bis unter 100 000	122 110	469 270	3,84	153 970	426 270	2,77	1,26	0,91	1,10
100 000 bis unter 500 000	217 090	775 260	3,57	282 970	730 100	2,58	1,30	0,94	1,06
500 000 und mehr	165 230	638 880	3,87	223 280	572 830	2,57	1,35	0,90	1,12
Baden-Württemberg	1 921 880	7 613 640	3,96	2 304 080	6 920 300	3,00	1,20	0,91	1,10
Nordwürttemberg	732 650	2 927 610	3,99	909 270	2 659 800	2,93	1,24	0,91	1,10
Nordbaden	440 800	1 571 790	3,57	537 830	1 527 690	2,84	1,22	0,97	1,03
Südbaden	396 780	1 609 090	4,06	457 970	1 465 460	3,20	1,15	0,91	1,10
Südwestf.-Hohenzollern	351 650	1 505 150	4,28	399 010	1 287 350	3,18	1,13	0,84	1,19

Tabelle 14

Kreiszahlen zur Wohnungsstatistik
(Total-)

Kreis Regierungsbezirk Land		Normalwohnungen		Räume ¹⁾ in Normalwohnungen		Wohnparteien		Personen ²⁾ in Wohnparteien		darunter Einpersen- wohnparteien	
		13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956
Stuttgart	Stadtkreis	117 046	165 220	475 068	637 596	198 160	227 972	491 450	582 224	59 727	65 269
Heilbronn	"	15 377	23 278	59 739	87 395	23 303	28 219	64 470	80 327	5 014	5 292
Ulm	"	15 554	22 896	63 784	88 595	25 338	31 067	68 985	88 941	6 213	6 562
Aalen	Landkreis	23 156	32 391	108 344	138 372	37 304	39 342	125 689	131 687	6 255	6 120
Backnang	"	15 858	21 756	69 634	88 367	24 012	26 363	75 867	81 812	4 368	4 485
Böblingen	"	19 462	31 043	78 309	119 872	31 120	38 704	93 634	114 712	6 048	7 186
Crailsheim	"	12 213	15 286	59 217	69 349	19 376	18 191	62 011	61 654	3 399	2 611
Eßlingen	"	30 544	44 285	125 942	173 168	50 381	59 339	143 901	169 562	10 724	12 911
Göppingen	"	36 934	50 075	157 535	199 780	58 694	63 001	168 638	185 575	12 307	11 701
Heidenheim	"	19 604	27 275	84 765	110 673	31 174	34 620	91 709	103 606	6 460	6 496
Heilbronn	"	32 387	42 823	131 859	164 858	46 710	48 755	143 482	152 603	8 225	7 474
Künzelsau	"	5 655	7 207	27 148	32 495	9 165	8 438	30 274	29 964	1 729	1 208
Leonberg	"	14 381	21 211	58 579	82 835	21 679	27 095	64 647	79 251	4 198	5 341
Ludwigsburg	"	39 638	56 163	162 198	218 176	63 669	73 521	182 851	210 828	13 795	15 194
Mergentheim	"	7 620	9 431	38 398	43 499	12 564	10 869	41 244	38 755	2 429	1 582
Nürtingen	"	22 954	31 845	96 107	124 207	35 813	39 101	106 990	116 930	6 570	6 977
Öhringen	"	8 345	10 751	39 275	45 957	13 274	12 234	42 169	42 174	2 337	1 723
Schwäbisch Gmünd	"	16 869	23 444	77 652	99 306	27 565	29 098	86 058	92 404	5 270	4 950
Schwäbisch Hall	"	10 889	13 978	51 609	61 666	16 723	18 628	55 170	55 972	2 933	2 746
Ulm	"	14 451	18 653	70 710	82 841	21 938	22 474	74 714	77 226	3 225	2 859
Vaihingen	"	14 389	19 256	57 117	72 727	20 742	22 520	63 493	68 317	3 564	3 816
Waiblingen	"	31 756	44 354	130 748	173 892	47 103	55 208	138 685	160 573	9 465	11 090
Nordwürttemberg		525 082	732 621	2 223 737	2 915 626	835 807	932 759	2 415 931	2 725 097	184 255	193 593
Karlsruhe	Stadtkreis	47 723	64 522	184 679	242 938	76 175	86 330	196 727	220 729	20 497	23 300
Heidelberg	"	25 774	33 490	99 280	121 541	43 536	46 827	113 512	119 397	12 924	14 286
Mannheim	"	57 592	84 019	191 860	273 902	91 791	109 510	242 819	283 370	20 823	25 434
Pforzheim	"	12 130	20 965	45 825	73 948	20 219	26 167	54 133	71 513	4 529	5 582
Bruchsal	Landkreis	21 778	30 939	83 836	107 184	32 007	35 585	103 698	109 793	3 928	4 819
Buchen	"	11 686	14 492	54 734	62 422	18 971	17 570	66 415	60 861	2 267	2 480
Heidelberg	"	25 725	37 246	95 046	125 446	39 362	43 477	126 108	132 883	5 507	6 619
Karlsruhe	"	29 777	40 714	112 315	145 159	43 922	49 497	141 466	149 427	5 665	7 071
Mannheim	"	31 899	43 427	111 599	143 982	44 835	50 517	135 260	145 706	6 864	8 248
Mosbach	"	10 806	13 970	47 546	57 251	17 459	18 053	61 415	60 594	2 027	2 385
Pforzheim	"	14 074	17 778	49 731	61 117	18 765	20 867	55 946	59 581	2 891	3 653
Sinsheim	"	15 532	20 636	61 514	72 974	23 659	23 589	78 821	74 111	3 205	3 671
Tauberbischofsheim	"	14 375	18 582	69 085	79 538	22 507	21 757	80 661	75 405	2 850	2 923
Nordbaden		318 871	440 780	1 207 050	1 567 402	493 208	549 746	1 456 981	1 563 350	93 977	110 471
Freiburg	Stadtkreis	24 566	35 053	100 073	136 225	42 023	46 222	107 138	125 479	13 465	12 608
Baden-Baden	"	8 790	11 756	34 722	46 196	14 001	14 847	35 405	39 207	4 383	3 957
Bühl	Landkreis	16 500	19 920	67 686	79 966	20 246	22 102	71 892	75 031	2 644	2 678
Donaueschingen	"	13 190	16 335	57 278	68 402	15 953	18 356	54 879	61 018	2 403	2 896
Emmendingen	"	20 762	25 133	82 675	99 835	24 555	27 390	88 042	95 097	3 467	3 531
Freiburg	"	14 078	17 151	57 660	68 884	16 587	18 933	64 641	69 491	1 950	2 161
Hochschwarzwald ³⁾	"	8 599	9 967	39 057	44 341	10 672	11 347	39 011	39 065	1 752	1 728
Kehl	"	9 763	14 036	40 955	56 190	12 357	15 765	42 373	49 210	1 595	2 339
Konstanz	"	29 648	37 965	126 234	154 240	41 102	47 859	122 749	139 654	9 039	10 452
Lahr	"	17 685	21 352	71 508	84 523	21 587	23 844	72 737	76 535	3 274	3 776
Lörrach	"	26 433	32 728	109 356	129 318	33 399	39 873	107 051	122 542	6 212	7 614
Müllheim	"	10 305	12 966	44 252	53 654	13 338	14 811	46 771	50 189	2 163	2 326
Offenburg	"	19 142	24 335	80 257	100 039	24 397	27 386	84 063	92 521	3 768	3 983
Rastatt	"	23 351	31 006	85 027	112 249	29 284	35 198	94 428	108 317	4 142	5 166
Säckingen	"	11 963	15 257	52 079	63 277	15 105	18 181	50 487	59 206	2 486	3 097
Stockach	"	9 745	11 402	45 082	50 901	11 271	12 325	41 353	43 352	1 417	1 492
Überlingen	"	11 368	13 749	53 896	62 933	14 174	15 413	51 284	52 556	2 194	2 431
Villingen	"	14 034	18 892	58 751	75 037	18 241	23 059	60 504	70 622	3 241	4 600
Waldshut	"	12 199	15 291	55 205	66 479	15 027	18 205	54 870	61 714	2 278	2 992
Wolfach	"	10 462	12 602	46 031	53 875	12 645	13 991	47 920	50 150	1 787	1 998
Südbaden		312 583	396 896	1 307 784	1 606 564	405 964	465 107	1 337 598	1 480 956	73 660	81 825
Balingen	Landkreis	21 244	27 054	89 885	111 914	28 182	30 841	83 471	92 809	5 472	5 117
Biberach	"	19 820	23 517	94 076	108 133	26 005	25 910	90 266	91 453	4 466	3 565
Calw	"	25 301	30 716	102 957	123 234	32 772	34 957	101 582	107 356	6 016	6 415
Ehingen	"	8 539	9 706	41 443	46 238	10 872	10 834	39 238	39 604	1 574	1 392
Freudenstadt	"	12 106	15 353	52 364	65 696	15 451	17 089	51 362	55 189	2 477	2 808
Hechingen	"	11 220	13 735	46 352	56 891	13 609	15 306	44 490	48 472	2 052	2 226
Horb	"	9 851	11 413	41 577	47 203	11 779	12 080	40 234	40 451	1 671	1 654
Münsingen	"	8 568	9 900	37 708	42 830	10 593	10 534	37 203	36 895	1 454	1 446
Ravensburg	"	19 345	23 987	90 079	107 089	26 616	29 014	90 270	96 033	4 779	5 181
Reutlingen	"	30 385	41 016	122 595	163 489	41 475	48 542	120 933	143 683	8 547	8 970
Rottweil	"	27 114	33 430	112 139	135 184	33 565	37 680	103 538	115 588	5 848	6 133
Saulgau	"	14 461	16 418	70 898	78 683	17 771	18 079	62 311	63 461	2 641	2 616
Sigmaringen	"	9 907	11 963	46 482	53 062	12 189	13 037	41 974	43 538	1 869	1 966
Tettnang	"	10 930	16 059	49 768	70 512	15 473	19 581	52 179	64 993	2 777	3 579
Tübingen	"	23 199	29 513	97 793	122 840	33 654	37 814	99 863	108 402	8 364	9 881
Tutlingen	"	17 607	21 660	73 540	89 550	21 702	24 708	65 448	71 625	4 113	4 634
Wangen	"	13 493	16 187	63 340	73 036	18 233	18 317	65 030	66 127	3 083	2 670
Südwestwürttemberg-Hohenzollern		283 090	351 627	1 232 996	1 495 564	369 941	404 323	1 189 392	1 285 679	67 203	70 253
Baden-Württemberg		1 439 626	1 921 924	5 971 567	7 585 156	2 104 920	2 351 935	6 399 902	7 055 082	419 095	456 142

¹⁾ Küchen, ohne Rücksicht auf die Größe, und Wohnräume mit 6 und mehr qm Wohnfläche. — ²⁾ Personen in Wohnparteien ohne Personal und Insassen

Tabelle 14

1956/57 vom 25. September 1956
erhebung)

Personen ¹⁾ je Raum		Personen ¹⁾ je Normalwohnung		Wohnparteien je Normalwohnung		Personen ¹⁾ je Wohnpartei		Einpersonenvohnparteien in vH aller Wohnparteien		Räume ¹⁾ je Normalwohnung		Kreis Regierungsbezirk Land	
13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956		
1,03	0,91	4,20	3,32	1,69	1,38	2,48	2,55	30,14	28,63	4,06	3,86	Stuttgart	Stadtkreis
1,08	0,92	4,19	3,45	1,52	1,21	2,77	2,85	21,52	18,75	3,88	3,75	Heilbronn	"
1,08	1,00	4,44	3,88	1,63	1,36	2,72	2,86	24,52	21,12	4,10	3,87	Ulm	"
1,16	0,95	5,43	4,07	1,61	1,21	3,37	3,35	16,77	15,56	4,68	4,27	Aalen	Landkreis
1,09	0,93	4,77	3,78	1,51	1,21	3,15	3,10	18,19	17,01	4,39	4,06	Backnang	"
1,20	0,96	4,81	3,70	1,60	1,25	3,01	2,96	19,43	18,57	4,02	3,86	Böblingen	"
1,05	0,89	5,08	4,03	1,59	1,19	3,20	3,39	17,54	14,35	4,85	4,54	Crailsheim	"
1,14	0,98	4,71	3,83	1,85	1,34	2,86	2,86	21,29	21,76	4,12	3,91	Eßlingen	"
1,07	0,93	4,57	3,71	1,59	1,26	2,87	2,95	20,97	18,57	4,27	3,99	Göppingen	"
1,08	0,94	4,68	3,80	1,59	1,27	2,94	2,99	20,72	18,76	4,32	4,06	Heidenheim	"
1,09	0,93	4,43	3,56	1,44	1,14	3,07	3,13	17,61	15,33	4,07	3,85	Heilbronn	"
1,12	0,92	5,35	4,16	1,62	1,17	3,30	3,55	18,87	14,32	4,80	4,51	Künzelsau	"
1,10	0,96	4,50	3,74	1,51	1,28	2,98	2,92	19,36	19,71	4,07	3,91	Leonberg	"
1,13	0,97	4,61	3,75	1,61	1,31	2,87	2,87	21,67	20,67	4,09	3,88	Ludwigsburg	"
1,07	0,89	5,41	4,11	1,65	1,15	3,28	3,57	19,33	14,56	5,04	4,61	Mergentheim	"
1,11	0,94	4,66	3,67	1,56	1,23	2,99	2,99	18,35	17,84	4,19	3,90	Nürtingen	"
1,07	0,92	5,05	3,92	1,59	1,14	3,18	3,45	17,61	14,08	4,71	4,27	Öhringen	"
1,11	0,93	5,10	3,94	1,63	1,24	3,12	3,18	19,12	17,01	4,60	4,24	Schwäbisch Gmünd	"
1,07	0,91	5,07	4,00	1,54	1,19	3,30	3,37	17,54	16,51	4,74	4,41	Schwäbisch Hall	"
1,06	0,93	5,17	4,14	1,52	1,20	3,41	3,44	14,70	12,72	4,89	4,44	Ulm	"
1,11	0,94	4,41	3,55	1,44	1,17	3,06	3,03	17,18	16,94	3,97	3,78	Vaihingen	"
1,06	0,92	4,37	3,62	1,48	1,24	2,94	2,91	20,09	20,09	4,12	3,92	Waiblingen	"
1,09	0,93	4,60	3,72	1,59	1,27	2,89	2,92	22,05	20,75	4,24	3,98	Nordwürttemberg	
1,07	0,91	4,12	3,42	1,60	1,34	2,58	2,56	26,91	26,99	3,87	3,77	Karlsruhe	Stadtkreis
1,14	0,98	4,40	3,57	1,69	1,40	2,61	2,55	29,69	30,51	3,85	3,63	Heidelberg	"
1,27	1,03	4,22	3,37	1,59	1,30	2,65	2,59	22,69	23,23	3,33	3,26	Mannheim	"
1,18	0,97	4,46	3,41	1,67	1,25	2,68	2,73	22,40	21,33	3,78	3,53	Pforzheim	"
1,24	1,02	4,76	3,55	1,47	1,15	3,24	3,09	12,27	13,54	3,85	3,46	Bruchsal	Landkreis
1,21	0,97	5,68	4,20	1,62	1,21	3,50	3,46	11,95	14,11	4,68	4,31	Buchen	"
1,33	1,06	4,90	3,57	1,53	1,17	3,20	3,06	13,99	15,22	3,69	3,37	Heidelberg	"
1,26	1,03	4,75	3,67	1,48	1,22	3,22	3,02	12,90	14,29	3,77	3,57	Karlsruhe	"
1,21	1,01	4,24	3,36	1,41	1,16	3,02	2,88	15,31	16,33	3,50	3,32	Mannheim	"
1,29	1,06	5,68	4,34	1,62	1,29	3,52	3,36	11,61	13,21	4,40	4,10	Mosbach	"
1,12	0,97	3,98	3,35	1,33	1,17	2,98	2,85	15,41	17,51	3,53	3,44	Pforzheim	"
1,28	1,02	5,07	3,59	1,52	1,14	3,33	3,14	13,55	15,56	3,96	3,54	Sinsheim	"
1,17	0,95	5,61	4,06	1,57	1,17	3,58	3,47	12,66	13,43	4,81	4,28	Tauberbischofsheim	"
1,21	1,00	4,57	3,55	1,55	1,25	2,95	2,84	19,05	20,09	3,79	3,56	Nordbaden	
1,07	0,92	4,36	3,58	1,71	1,32	2,55	2,71	32,04	27,28	4,07	3,89	Freiburg	Stadtkreis
1,02	0,85	4,03	3,34	1,59	1,26	2,53	2,64	31,30	26,65	3,95	3,93	Baden-Baden	"
1,06	0,94	4,36	3,77	1,23	1,11	3,55	3,39	13,06	12,12	4,10	4,01	Bühl	Landkreis
0,96	0,89	4,16	3,74	1,21	1,12	3,44	3,32	15,06	15,78	4,34	4,19	Donauschingen	"
1,06	0,95	4,24	3,78	1,18	1,09	3,59	3,47	14,12	12,89	3,98	3,97	Emmendingen	"
1,12	1,01	4,59	4,05	1,18	1,10	3,90	3,67	11,76	11,41	4,10	4,02	Freiburg	"
1,00	0,88	4,54	3,92	1,24	1,14	3,66	3,44	16,42	15,23	4,54	4,45	Hochschwarzwald ¹⁾	"
1,03	0,88	4,34	3,51	1,27	1,12	3,43	3,12	12,91	14,84	4,19	4,00	Kehl	"
0,97	0,91	4,14	3,68	1,39	1,26	2,99	2,92	21,99	21,84	4,26	4,06	Konstanz	"
1,02	0,91	4,11	3,58	1,22	1,12	3,37	3,21	15,17	15,84	4,04	3,96	Lahr	"
0,98	0,95	4,05	3,74	1,26	1,22	3,21	3,07	18,60	19,10	4,14	3,95	Lörrach	"
1,06	0,94	4,54	3,87	1,29	1,14	3,51	3,39	16,22	15,70	4,29	4,14	Müllheim	"
1,05	0,92	4,39	3,80	1,27	1,13	3,45	3,38	15,44	14,54	4,19	4,11	Offenburg	"
1,11	0,96	4,04	3,49	1,25	1,14	3,22	3,08	14,14	14,68	3,64	3,62	Rastatt	"
0,97	0,94	4,22	3,88	1,26	1,19	3,34	3,26	16,46	17,03	4,35	4,15	Säckingen	"
0,92	0,85	4,24	3,80	1,16	1,08	3,67	3,52	12,57	12,11	4,63	4,46	Stockach	"
0,95	0,84	4,51	3,82	1,25	1,12	3,62	3,41	15,48	15,77	4,74	4,58	Überlingen	"
1,03	0,94	4,31	3,74	1,30	1,22	3,32	3,06	17,77	19,95	4,19	3,97	Villingen	"
0,99	0,93	4,50	4,04	1,23	1,19	3,65	3,39	15,16	16,44	4,53	4,35	Waldshut	"
1,04	0,93	4,58	3,98	1,21	1,11	3,79	3,58	14,13	14,28	4,40	4,28	Wolfach	"
1,02	0,92	4,28	3,73	1,30	1,17	3,29	3,18	18,14	17,59	4,18	4,05	Südbaden	
0,93	0,83	3,93	3,43	1,33	1,14	2,96	3,01	19,42	16,59	4,23	4,14	Balingen	Landkreis
0,96	0,85	4,55	3,89	1,31	1,10	3,47	3,53	17,17	13,76	4,75	4,60	Biberach	"
0,99	0,87	4,01	3,50	1,30	1,14	3,10	3,07	18,36	18,35	4,07	4,01	Calw	"
0,96	0,86	4,60	4,08	1,27	1,12	3,61	3,66	14,48	12,85	4,85	4,76	Ehingen	"
0,98	0,84	4,24	3,59	1,28	1,11	3,32	3,23	16,03	16,43	4,33	4,28	Freudenstadt	"
0,96	0,85	3,97	3,53	1,21	1,11	3,27	3,17	15,08	14,54	4,13	4,14	Hechingen	"
0,97	0,86	4,08	3,54	1,20	1,06	3,42	3,35	14,19	13,69	4,22	4,14	Horb	"
0,99	0,86	4,34	3,73	1,24	1,06	3,51	3,50	13,73	13,73	4,40	4,33	Münsingen	"
1,00	0,90	4,67	4,00	1,38	1,21	3,39	3,31	17,96	17,86	4,66	4,46	Ravensburg	"
0,99	0,88	3,98	3,50	1,36	1,18	2,92	2,96	20,61	18,48	4,03	3,99	Reutlingen	"
0,92	0,86	3,82	3,46	1,24	1,13	3,08	3,07	17,42	16,28	4,14	4,04	Rottweil	"
0,88	0,81	4,31	3,87	1,23	1,10	3,51	3,51	14,86	14,47	4,90	4,79	Saulgau	"
0,90	0,82	4,24	3,64	1,23	1,09	3,44	3,34	15,33	15,08	4,69	4,44	Sigmaringen	"
1,05	0,92	4,77	4,05	1,42	1,22	3,37	3,32	17,95	18,28	4,55	4,39	Tettmang	"
1,02	0,88	4,30	3,67	1,45	1,28	2,97	2,87	24,85	26,13	4,22	4,16	Tübingen	"
0,89	0,80	3,72	3,31	1,23	1,14	3,02	2,90	18,95	18,76	4,18	4,13	Tuttlingen	"
1,03	0,91	4,82	4,09	1,35	1,13	3,57	3,61	16,91	14,58	4,89	4,51	Wangen	"
0,96	0,86	4,20	3,66	1,31	1,15	3,22	3,18	18,17	17,38	4,36	4,25	Südwestfalen-Hohenzollern	
1,07	0,93	4,45	3,67	1,46	1,22	3,04	3,00	19,91	19,39	4,15	3,95	Baden-Württemberg	

von Anstalten. — ¹⁾ Früher Landkreis Neustadt.

Tabelle 12

Die Normalwohnungen nach dem Besitzverhältnis und der Belegung mit Wohnparteien am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Gemeindegrößenklasse Land Regierungsbezirk	Normalwohnungen						
	Insgesamt ¹⁾	davon sind					
		Eigentümerwohnungen ²⁾			Mietwohnungen		
		Insgesamt	davon sind belegt mit		Insgesamt	davon sind belegt mit	
			1 Wohnpartei	2 und mehr Wohnparteien		1 Wohnpartei	2 und mehr Wohnparteien
Gemeinden mit ... Einwohnern							
unter 2 000	536 710	350 980	309 070	41 910	185 730	166 810	14 690
2 000 bis unter 5 000	333 880	175 900	145 130	30 770	157 980	140 790	14 940
5 000 bis unter 10 000	209 200	89 070	70 780	18 290	120 130	104 940	13 600
10 000 bis unter 20 000	136 230	49 850	38 080	11 770	86 380	73 180	11 740
20 000 bis unter 50 000	201 430	58 490	41 060	17 430	142 940	116 160	25 180
50 000 bis unter 100 000	122 110	33 840	23 850	9 990	88 270	71 370	16 200
100 000 bis unter 500 000	217 090	37 280	25 830	11 450	179 810	136 790	41 910
500 000 und mehr	165 980	36 980	22 930	14 050	128 250	97 350	30 160
Baden-Württemberg	1 921 880	832 390	676 730	155 660	1 089 490	907 390	168 420
Nordwürttemberg	732 650	312 880	238 880	74 000	419 770	343 240	71 710
Nordbaden	440 800	156 200	124 620	31 580	284 600	230 750	51 660
Südbaden	396 780	171 220	146 390	24 830	225 560	194 060	28 380
Südwestfalen-Hohenzollern	351 650	192 090	166 840	25 250	159 560	139 340	16 770

¹⁾ Einschließlich leerstehender Wohnungen. — ²⁾ Wohnungen, die vom Eigentümer in seinem Gebäude bewohnt werden, sowie Wohnungen, die im Eigentumsrecht erworben sind.

lebten in Nordwürttemberg am Stichtag in jeder fünften Wohnung zwei oder mehr Haushalte. Etwas aufgelockerter erweisen sich die Wohnverhältnisse in Nordbaden, wo sich der Anteil der mehrfach belegten Wohnungen auf 19 vH beziffert. Demgegenüber liegt der Anteil der Wohnungen, die nicht von einem Haushalt allein bewohnt sind, in Südbaden und in Südwestfalen-Hohenzollern mit je 14 vH unter dem Landesdurchschnitt. Allgemein sind die Eigentümerwohnungen in stärkerem Maße mit Untermietparteien (19 vH) belegt als die Mietwohnungen (16 vH), was auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß Eigentümerwohnungen im Verhältnis zu Mietwohnungen durchschnittlich größer sind bzw. von einem kleineren Haushalt bewohnt werden.

Diese Feststellung gilt sowohl für das Land als auch für die Regierungsbezirke, in denen der Anteil der Eigentümerwohnungen mit Untermietverhältnissen zwischen 24 vH in Nordwürttemberg und 13 vH in Südwestfalen-Hohenzollern schwankt. Dagegen streuen die von zwei und mehr Haushalten in Anspruch genommenen Mietwohnungen anteilmäßig zwischen 18 vH in Nordbaden und 11 vH in Südwestfalen-Hohenzollern.

Hinsichtlich der Gebäudearten läßt sich erkennen, daß von den in Mehrfamilienhäusern liegenden Wohnungen jede fünfte mit mehr als einer Wohnpartei belegt ist. Im Gegensatz zu den Einfamilienhäusern, in welchen noch in jeder sechsten Wohnung zwei oder mehr Haushalte leben, teilt in Bauernhäusern und Nebenerwerbsstellen nur jeder neunte Wohnungsinhaber seine Wohnung mit weiteren Wohnparteien. Bemerkenswert ist auch, daß der Anteil der allein in einer Wohnung lebenden Haushalte mit steigender Haushaltsgröße regelmäßig wächst und daß der Anteil der nur von einer Wohnpartei bewohnten Wohnungen mit steigender Wohnungsgröße abnimmt. Die regionalen Nachweisungen für die Regierungsbezirke und die Gemeindegrößenklassen bestätigen die bereits aufgezeigten Strukturunterschiede innerhalb des Landes. Allgemein läßt sich sagen, daß mit steigender Gemeindegröße die Mehrfachbelegung der Wohnungen zunimmt, daß in den Großstädten jedoch die Untermietverhältnisse von Einzelpersonen überwiegen, hingegen in den kleineren Gemeinden in stärkerem Umfange Mehrpersonenhaushalte zusätzlich eingewiesen oder als Untermieter aufgenommen worden sind.

Tabelle 13

Die Normalwohnungen nach Gebäudeart und Belegung mit Wohnparteien am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Gemeindegrößenklasse Land Regierungsbezirk	Normalwohnungen		Von den Normalwohnungen liegen in								
	Insgesamt	darunter mit 2 und mehr Wohnparteien belegt vH	Bauernhäuser und Nebenerwerbsstellen			Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen ¹⁾ (Einfamilienhäusern)			Wohngebäuden mit 3 und mehr Wohnungen (Mehrfamilienhäusern)		
			Insgesamt	darunter mit 2 und mehr Wohnparteien belegt vH	Anteil an Normalwohnungen insgesamt vH	Insgesamt	darunter mit 2 und mehr Wohnparteien belegt vH	Anteil an Normalwohnungen insgesamt vH	Insgesamt	darunter mit 2 und mehr Wohnparteien belegt vH	Anteil an Normalwohnungen insgesamt vH
Gemeinden mit ... Einwohnern											
unter 2 000	536 710	10,6	233 690	10,2	43,5	250 890	10,8	46,8	42 260	10,1	7,9
2 000 bis unter 5 000	333 880	13,7	55 840	14,2	16,7	209 930	14,5	62,9	61 290	10,8	18,4
5 000 bis unter 10 000	209 200	15,2	16 020	11,8	7,7	125 520	16,5	60,0	63 990	13,9	30,6
10 000 bis unter 20 000	136 230	17,3	5 950	13,1	4,4	70 410	19,3	51,7	57 100	15,3	41,9
20 000 bis unter 50 000	201 430	21,2	4 870	17,5	2,4	79 800	23,4	39,6	112 670	20,0	55,9
50 000 bis unter 100 000	122 110	21,5	2 020	20,8	1,7	40 840	24,0	33,5	76 950	20,4	63,0
100 000 bis unter 500 000	217 090	24,6	2 430	20,2	1,1	47 010	25,3	21,7	165 020	24,6	76,0
500 000 und mehr	165 230	26,8	1 550	29,7	0,9	36 830	29,6	22,3	124 160	26,1	75,1
Baden-Württemberg	1 921 880	16,9	322 370	11,4	16,8	861 230	16,6	44,8	703 440	19,9	36,6
Nordwürttemberg	732 650	19,9	103 470	15,4	14,1	333 260	20,0	45,5	283 190	21,6	38,7
Nordbaden	440 800	18,9	44 830	16,1	10,2	187 310	16,7	42,5	202 940	21,6	46,0
Südbaden	396 780	13,4	85 860	9,2	21,6	164 520	13,4	41,5	137 070	16,4	34,6
Südwestfalen-Hohenzollern	351 650	12,0	88 210	6,3	25,1	176 140	13,1	50,1	80 240	15,6	22,8

¹⁾ Einschließlich Behelfsheimen von 30 und mehr qm und in Kleinsiedlerstellen.

Wohnparteien

1. Bestand und Struktur

Die nachfolgenden Darlegungen stützen sich auf die Ergebnisse in den WS-Tabellen 5 und 6. Um einen Gesamtüberblick über den Bestand an Wohnparteien, ihre Unterbringung sowie ihre Gliederung nach Geschädigtengruppen und über die Veränderungen seit 1950 zu erhalten, werden zunächst nur die Wohnparteien insgesamt betrachtet.

a) Wohnparteien und ihre Personen

Am 25. September 1956 wurden 2 351 935 Wohnparteien ermittelt; das sind 247 015 Wohnparteien oder 11,7 vH mehr als am 13. September 1950 in Baden-Württemberg lebten (2 104 920). Nahezu drei Viertel aller gezählten Haushalte (1 734 774) wohnten in den Landkreisen; der Rest verteilte sich auf die kreisfreien Städte (617 161 Wohnparteien oder 26,2 vH). Die Wohnparteien insgesamt umfaßten 7 055 082 Personen. Somit betrug die Zuwachsrate gegenüber 1950 (6 399 902) 655 180 oder 9,3 vH. Im Vergleich der Bundesländer untereinander zählt Baden-Württemberg zu den Ländern mit der größten Zunahme an Wohnparteien; für das Bundesgebiet insgesamt kann nur eine Zunahme von 7,6 vH nachgewiesen werden.

Die Tabelle 14 auf Seite 42/43 vermittelt auf Kreis-

ebene einen Überblick über den Bestand an Wohnparteien 1950 und 1956 und seine Veränderungen.

Der Anteil der verschiedenen Wohnparteiengrößen an der Gesamtzahl der in Baden-Württemberg jeweils gezählten Wohnparteien hat sich von 1950 auf 1956 kaum nennenswert verschoben. In der folgenden Gegenüberstellung der Anteilsverhältnisse von 1950 und 1956 wird diese allgemeine Entwicklungstendenz bestätigt.

Wohnparteien	1950	1956
mit 1 Person	19,9	19,4
mit 2 Personen	23,4	24,4
mit 3 Personen	22,4	22,3
mit 4 Personen	17,0	17,2
mit 5 und mehr Personen	17,3	16,7

Die Größe der Wohnparteien ist in den Jahren 1950 bis 1956 im Landesdurchschnitt von 3,04 Personen je Wohnpartei auf 3,00 zurückgegangen. Damit kommt die für Baden-Württemberg im Herbst 1956 errechnete durchschnittliche Wohnparteiengröße dem Bundesdurchschnitt gleich. Auf die Landkreise entfallen anteilmäßig mehr Personen als Wohnparteien, und zwar 77,2 vH (Wohnparteien nur 73,8 vH) gegenüber 22,8 vH in den kreisfreien Städten (Wohnparteien nur 26,2 vH). Diese Tat-

sache findet ihre Bestätigung in der durchschnittlichen Wohnparteiengröße von 3,14 Personen in den Landkreisen, die somit nicht unerheblich über der für die kreisfreien Städte berechneten von 2,61 Personen liegt. In diesen Zahlen kommen sowohl der *größere Anteil an Großfamilien auf dem Lande* als auch der in den *Städten weitaus stärkere Anteil an Einpersonenzohnparteien* zum Ausdruck. Während im Landesdurchschnitt 19,4 vH aller Wohnparteien Einzelpersonen waren, betrug ihr Anteil in den kreisfreien Städten mit ihren besseren Fortbildungs- und Arbeitsbedingungen 26,3 vH, in den Landkreisen dagegen nur 16,9 vH. Nahezu die Hälfte aller Wohnparteien (46,7 vH) bestand aus 2- und 3-Personenhaushalten.

b) Unterbringung der Wohnparteien

Von den 2 351 935 Wohnparteien wohnten am 25. September 1956 98 vH (2 303 945) in Normalwohnungen. Damit lag der Anteil dieser Wohnparteien, der 1950 etwa 96 vH aus-

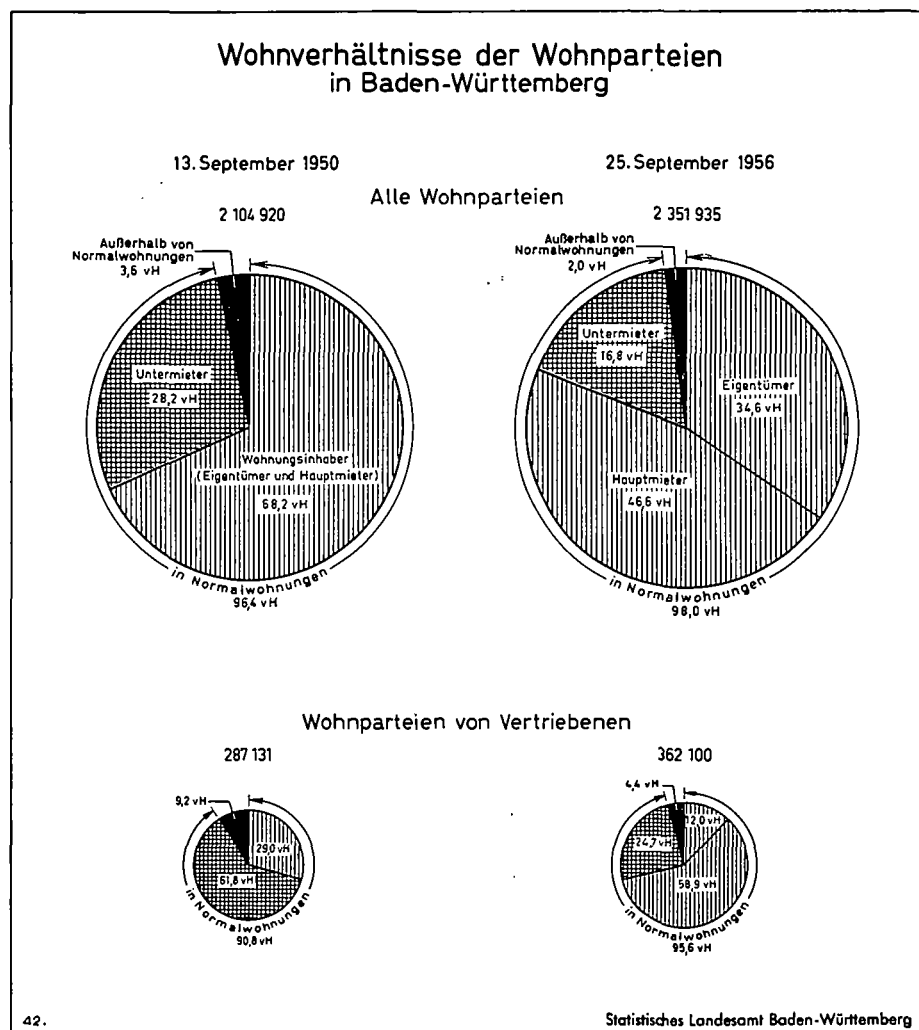


Tabelle 15

Die Wohnparteien nach Art der Unterbringung und Größe
(Totalerhebung)

Unterbringungsart Mietverhältnis	25. September 1956							13. September 1950		Personen je Wohnpartei am		Anteile in vH aller Wohn- parteien am	
	Wohnparteien						Personen ins- gesamt ¹⁾	Wohn- parteien	Personen ¹⁾				
	Ins- gesamt	davon mit											
		1	2	3	4	5 und mehr							
		Personen								25. 9. 1956	13. 9. 1950	25. 9. 1956	13. 9. 1950
Wohnparteien insgesamt	2 351 935	456 142	573 838	525 538	404 287	392 130	7 055 082	2 104 920	6 399 902	3,00	3,04	100	100
davon													
in Normalwohnungen	2 303 945	447 707	599 449	515 848	396 983	383 958	6 911 564	2 029 317	6 184 335	3,00	3,05	98,0	96,4
als Eigentümer	812 234	865 527	185 861	176 626	158 066	205 154	2 823 162	1 434 795	4 940 015	{ 3,48 3,11	3,44	{ 34,6 46,6	68,2
als Hauptmieter	1 095 809	122 278	298 750	290 335	215 910	168 636	3 408 306						
als Untermieter	395 802	238 902	74 838	48 887	23 007	10 168	682 096	594 522	1 244 320	1,72	2,09	16,8	28,2
außerhalb von Normal- wohnungen	47 990	8 435	14 389	9 690	7 304	8 172	143 518	75 603	215 567	2,99	2,85	2,0	3,6
davon													
in Notwohnungen in Normalgebäuden	11 463	2 540	4 062	2 447	1 369	1 045	29 542	.	.	2,58	.	0,5	.
in Notwohngebäuden . . .	23 846	2 594	7 418	4 810	4 028	4 996	77 480	.	.	3,25	.	1,0	.
in Unterkünften außerhalb von Wohnungen	12 681	3 301	2 909	2 433	1 907	2 131	36 496	13 639	29 437	2,88	2,16	0,5	0,6

¹⁾ Personen in Wohnparteien ohne Personal und Insassen von Anstalten.

machte, über dem für den Bundesdurchschnitt errechneten von 96,3 vH. In Notwohnungen lebten am Stichtag 47 990 Wohnparteien oder 2,04 vH (Bundesgebiet 3,2 vH) und als wohnungslos eingewiesene Wohnparteien in Unterkünften außerhalb von Wohnungen sind 12 681 oder 0,54 vH (Bundesgebiet 0,5 vH) gezählt worden.

Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Wohnparteien in Normalwohnungen seit 1950 (2 104 920) nur um 199 025 oder 11,7 vH gestiegen ist, während sich innerhalb der gleichen Zeitspanne die Zahl der Normalwohnungen um 482 298 oder 33,5 vH erhöht hat. Somit erfuhr die wohnungsmäßige Unterbringung der Bevölkerung im Ver-

Tabelle 16

Die Unterbringungsverhältnisse der Wohnparteien in Baden-Württemberg am 13. Sept. 1950 und am 25. Sept. 1956
(Totalerhebung)

Bevölkerungsgruppe des Haushaltsvorstandes	Stichtag	Wohnparteien insgesamt		Von den Wohnparteien waren untergebracht								außerhalb von Normalwohnungen	
				in Normalwohnungen				davon als					
				insgesamt		Wohnungsinhaber ¹⁾		Untermieter					
		Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH		
Baden-Württemberg													
Vertriebene	13. 9. 1950	287 131	13,6	260 802	90,8	83 208	31,9	177 594	68,1	26 329	9,2		
	25. 9. 1956	382 100	15,4	346 178	95,6	256 788	74,2	89 390	25,8	15 922	4,4		
Nichtvertriebene	13. 9. 1950	1 817 789	86,4	1 768 515	97,3	1 351 587	76,4	416 928	23,6	49 274	2,7		
	25. 9. 1956	1 989 835	84,6	1 957 767	98,4	1 651 355	84,3	306 412	15,7	32 068	1,6		
Insgesamt	13. 9. 1950	2 104 920	100,0	2 029 317	96,4	1 434 795	70,7	594 522	29,3	75 603	3,6		
	25. 9. 1956	2 351 935	100,0	2 303 945	98,0	1 908 143	82,8	395 802	17,2	47 990	2,0		
Regierungsbezirk Nordwürttemberg													
Vertriebene	13. 9. 1950	151 747	18,2	136 710	90,1	37 315	27,3	99 395	72,7	15 037	9,9		
	25. 9. 1956	179 984	19,3	171 174	95,1	122 231	71,4	48 943	28,6	8 810	4,9		
Nichtvertriebene	13. 9. 1950	682 480	81,8	660 599	96,8	485 174	73,4	175 425	26,6	21 881	3,2		
	25. 9. 1956	752 775	80,7	738 045	98,0	605 586	82,1	132 459	17,9	14 730	2,0		
Insgesamt	13. 9. 1950	834 227	100,0	797 309	95,6	522 489	65,5	274 820	34,5	36 918	4,4		
	25. 9. 1956	932 759	100,0	909 219	97,5	727 817	80,0	181 402	20,0	23 540	2,5		
Regierungsbezirk Nordbaden													
Vertriebene	13. 9. 1950	67 835	13,7	62 351	91,9	17 976	28,8	44 375	71,2	5 484	8,1		
	25. 9. 1956	80 099	14,6	76 445	95,4	56 145	73,4	20 300	26,6	3 654	4,6		
Nichtvertriebene	13. 9. 1950	426 953	86,3	415 500	97,3	301 244	72,5	114 256	27,5	11 453	2,7		
	25. 9. 1956	469 647	85,4	461 346	98,2	382 327	82,9	79 019	17,1	8 301	1,8		
Insgesamt	13. 9. 1950	494 788	100,0	477 851	96,6	319 220	66,8	158 631	33,2	16 937	3,4		
	25. 9. 1956	549 746	100,0	537 791	97,8	438 472	81,5	99 319	18,5	11 955	2,2		
Regierungsbezirk Südbaden													
Vertriebene	13. 9. 1950	33 661	8,3	30 740	91,3	14 090	45,8	16 650	54,2	2 921	8,7		
	25. 9. 1956	50 246	10,8	48 454	96,4	38 722	79,9	9 732	20,1	1 792	3,6		
Nichtvertriebene	13. 9. 1950	372 303	91,7	363 089	97,5	297 371	81,9	65 718	18,1	9 214	2,5		
	25. 9. 1956	414 861	89,2	409 500	98,7	354 942	86,7	54 558	13,3	5 361	1,3		
Insgesamt	13. 9. 1950	405 964	100,0	393 829	97,0	311 461	79,1	82 368	20,9	12 135	3,0		
	25. 9. 1956	465 107	100,0	457 954	98,5	393 664	86,0	64 290	14,0	7 153	1,5		
Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern													
Vertriebene	13. 9. 1950	33 888	9,2	31 001	91,5	13 827	44,6	17 174	55,4	2 887	8,5		
	25. 9. 1956	51 771	12,8	50 105	96,8	39 690	79,2	10 415	20,8	1 686	3,2		
Nichtvertriebene	13. 9. 1950	336 053	90,8	329 327	98,0	267 798	81,3	61 529	18,7	6 726	2,0		
	25. 9. 1956	352 552	87,2	348 876	99,0	308 500	88,4	40 376	11,6	3 676	1,0		
Insgesamt	13. 9. 1950	369 941	100,0	360 328	97,4	281 625	78,2	78 703	21,8	9 613	2,6		
	25. 9. 1956	404 323	100,0	398 981	98,7	348 190	87,3	50 791	12,7	5 342	1,3		

¹⁾ Eigentümer und Hauptmieter.

laufe dieser sechs Jahre eine wesentliche Auflockerung, indem insbesondere ein Großteil der Untermieter eine eigene Wohnung gefunden hat. Unterscheidet man die Wohnparteien in Normalwohnungen nach dem Wohnverhältnis, so waren 1956 35,3 vH (812 234) Eigentümer der Wohnung oder des Gebäudes, 47,6 vH (1 095 909) bewohnten die Wohnung als Hauptmieter und 17,1 vH (395 802) hatten als Untermieter gemeinsam mit weiteren Wohnparteien Unterkunft in einer Normalwohnung gefunden. Die beachtliche Verbesserung der Wohnverhältnisse wird durch die Tatsache, daß 1950 noch 29 vH aller Wohnparteien in Normalwohnungen Untermieter waren, unterstrichen. Für die einzelnen Regierungsbezirke lassen sich recht unterschiedliche Wohnverhältnisse nachweisen. Während in den stärker industrialisierten nördlichen Landesteilen der Anteil der Untermieter in Nordwürttemberg mit 20 vH und in Nordbaden mit 18 vH höher ist als in Südbaden (14 vH) und in Südwürttemberg-Hohenzollern (13 vH), ist demgegenüber in den mehr landwirtschaftlich ausgerichteten südlichen Landesteilen ein höherer Anteil von Eigentümerwohnparteien festzustellen.

Trotz der noch relativ starken Belegung von Lagern hat sich die Zahl der Wohnparteien außerhalb von Nor-

malwohnungen seit 1950 wesentlich verringert. Waren 1950 noch 75 603 Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen in Notwohnungen oder als wohnungslos Eingewiesene in Lagern untergebracht, so wohnten 1956 nur noch 47 990 Wohnparteien nicht in einer Normalwohnung. Der Rückgang, der im Gesamtdurchschnitt 37 vH ausmacht, liegt bei den Wohnparteien von Vertriebenen mit 39 vH etwas höher.

c) Wohnparteien nach den Geschädigtengruppen

Besonderes wohnungspolitisches Interesse beansprucht die Ermittlung des Anteils der Wohnparteien der Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge, Zugewanderten und Wohnungsgeschädigten an der Gesamtzahl der Wohnparteien. Mit den Tabellen 18 und 19 wird ein Gesamtüberblick über den Anteil der vorgenannten Geschädigtengruppen am Gesamtbestand der Wohnparteien geboten, wobei die Wohnparteien nach solchen in Normalwohnungen und solchen außerhalb von Normalwohnungen unterschieden sind.

Hiernach ergibt sich, daß auf Regierungsbezirksebene die *anteilmäßige Streuung der Wohnparteien* von Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlingen und Zugewanderten,

Tabelle 17

Die Unterbringung der Wohnparteien nach der Bevölkerungsgruppe des Haushaltsvorstandes am 25. September 1956 (Totalerhebung)

Bevölkerungsgruppe des Haushaltsvorstandes	Wohnparteien insgesamt		Von den Wohnparteien waren untergebracht in Normalwohnungen								außerhalb von Normalwohnungen	
			Insgesamt		davon als							
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Baden-Württemberg												
Geschädigte	656 131	27,9	628 895	95,8	89 178	14,2	383 198	60,9	156 521	24,9	27 236	4,2
davon waren												
Vertriebene	362 100	55,2	346 178	95,6	43 624	12,6	213 164	61,6	89 390	25,8	15 922	4,4
Sowjetzonenflüchtlinge	18 733	2,8	17 242	92,0	1 171	6,8	11 770	68,3	4 301	24,9	1 491	8,0
Zugewanderte	71 343	10,9	66 174	92,8	3 418	5,2	33 316	50,3	29 440	44,5	5 169	7,2
Sonstige Wohnungsgeschädigte	203 955	31,1	199 301	97,7	40 963	20,6	124 948	62,7	33 390	16,7	4 654	2,3
Nichtgeschädigte	1 695 804	72,1	1 675 050	98,8	723 058	43,2	712 711	42,5	239 281	14,3	20 754	1,2
Wohnparteien insgesamt ...	2 351 935	100,0	2 303 945	98,0	812 234	35,3	1 095 909	47,6	395 802	17,1	47 990	2,0
Regierungsbezirk Nordwürttemberg												
Geschädigte	312 908	33,5	298 304	95,3	44 713	15,0	172 263	57,7	81 328	27,3	14 604	4,7
davon waren												
Vertriebene	179 984	57,5	171 174	95,1	22 863	13,4	99 388	58,0	48 943	28,6	8 810	4,9
Sowjetzonenflüchtlinge	8 248	2,6	7 303	88,5	485	6,6	4 780	65,5	2 038	27,9	945	11,5
Zugewanderte	33 767	10,8	30 816	91,3	1 514	4,9	14 269	46,3	15 033	48,8	2 951	8,7
Sonstige Wohnungsgeschädigte	90 909	29,1	89 011	97,9	19 851	22,3	53 846	60,5	15 314	17,2	1 898	2,1
Nichtgeschädigte	619 851	66,5	610 915	98,6	260 581	42,7	250 280	41,0	100 074	16,3	8 936	1,4
Wohnparteien insgesamt ...	932 759	100,0	909 219	97,5	305 294	33,6	422 523	46,5	181 402	19,9	23 540	2,5
Regierungsbezirk Nordbaden												
Geschädigte	169 318	30,8	162 781	96,1	20 422	12,5	103 009	63,3	39 350	24,2	6 537	3,9
davon waren												
Vertriebene	80 099	47,3	76 445	95,4	9 192	12,0	46 953	61,4	20 300	26,6	3 654	4,6
Sowjetzonenflüchtlinge	4 378	2,6	4 185	95,6	253	6,0	2 890	69,1	1 042	24,9	193	4,4
Zugewanderte	15 285	9,0	14 552	95,2	689	4,7	7 879	54,2	5 984	41,1	733	4,8
Sonstige Wohnungsgeschädigte	69 556	41,1	67 599	97,2	10 288	15,2	45 287	67,0	12 024	17,8	1 957	2,8
Nichtgeschädigte	380 428	69,2	375 010	98,6	130 923	34,9	184 118	49,1	59 969	16,0	5 418	1,4
Wohnparteien insgesamt ...	549 746	100,0	537 791	97,8	151 345	28,1	287 127	53,4	99 319	18,5	11 955	2,2
Regierungsbezirk Südbaden												
Geschädigte	93 143	20,0	89 658	96,3	11 210	12,5	59 448	66,3	19 000	21,2	3 485	3,7
davon waren												
Vertriebene	50 246	54,0	48 454	96,4	4 494	9,3	34 228	70,6	9 732	20,1	1 792	3,6
Sowjetzonenflüchtlinge	3 665	3,9	3 456	94,3	248	7,2	2 498	72,3	710	20,5	209	5,7
Zugewanderte	12 932	13,9	11 964	92,5	658	5,5	6 580	55,0	4 726	39,5	968	7,5
Sonstige Wohnungsgeschädigte	26 300	28,2	25 784	98,0	5 810	22,5	16 142	62,6	3 832	14,9	516	2,0
Nichtgeschädigte	371 964	80,0	368 296	99,0	156 648	42,5	166 358	45,2	45 290	12,3	3 668	1,0
Wohnparteien insgesamt ...	465 107	100,0	457 954	98,5	167 858	36,7	225 806	49,3	64 290	14,0	7 153	1,5
Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern												
Geschädigte	80 762	20,0	78 152	96,8	12 831	16,4	48 478	62,0	16 843	21,6	2 610	3,2
davon waren												
Vertriebene	51 771	64,1	50 105	96,8	7 075	14,1	32 615	65,1	10 415	20,8	1 666	3,2
Sowjetzonenflüchtlinge	2 442	3,0	2 298	94,1	185	8,1	1 802	69,7	511	22,2	144	5,9
Zugewanderte	9 359	11,6	8 842	94,5	557	6,3	4 588	51,9	3 697	41,8	517	5,5
Sonstige Wohnungsgeschädigte	17 190	21,3	16 907	98,4	5 014	29,7	9 873	57,2	2 220	13,1	283	1,6
Nichtgeschädigte	323 561	80,0	320 829	99,2	174 906	54,5	111 975	34,9	33 948	10,6	2 732	0,8
Wohnparteien insgesamt ...	404 323	100,0	398 981	98,7	187 737	47,1	160 453	40,2	50 791	12,7	5 342	1,3

Tabelle 18

Die Wohnparteien nach Geschädigtengruppen¹⁾ am 25. September 1956

— Wohnparteien in Normalwohnungen —

(Totalerhebung)

Kreis Regierungsbezirk Land	Wohnparteien insgesamt	darunter sind nach der Eigenschaft des Haushaltsvorstandes							
		Vertriebene		Sowjetzonenflüchtlinge		Zugewanderte		Wohnungsgeschädigte	
		Anzahl	in vH der Wohn- parteien insgesamt	Anzahl	in vH der Wohn- parteien insgesamt	Anzahl	in vH der Wohn- parteien insgesamt	Anzahl	in vH der Wohn- parteien insgesamt
Stuttgart Stadtkreis	223 277	25 827	11,6	2 343	1,0	10 477	4,7	41 692	18,7
Heilbronn "	27 661	2 958	10,7	280	1,0	957	3,5	7 301	26,4
Ulm "	28 199	3 764	13,3	372	1,3	1 123	4,0	6 775	24,0
Aalen Landkreis	38 570	9 756	25,3	258	0,7	1 351	3,5	1 409	3,7
Backnang "	25 689	5 449	21,2	152	0,6	912	3,6	1 312	5,1
Böblingen "	37 614	9 598	25,5	215	0,6	1 171	3,1	3 114	8,3
Craillshaus "	17 726	3 144	17,7	101	0,6	348	2,0	1 686	9,5
Eßlingen "	58 226	13 211	22,7	453	0,8	2 061	3,5	2 623	4,5
Göppingen "	61 810	13 189	21,3	482	0,8	1 531	2,5	2 630	4,3
Heidenheim "	33 762	8 262	24,5	329	1,0	1 263	3,7	1 161	3,4
Heilbronn "	47 044	7 683	16,3	280	0,6	920	2,0	3 792	8,1
Künzelsau "	8 255	1 901	23,0	42	0,5	176	2,1	468	5,7
Leonberg "	26 235	5 347	20,4	244	0,9	937	3,6	1 584	6,0
Ludwigsburg "	70 911	14 701	20,7	702	1,0	2 577	3,6	3 452	4,9
Mergentheim "	10 696	2 016	18,8	63	0,6	231	2,2	556	5,2
Nürtingen "	38 279	9 570	25,0	179	0,5	793	2,1	1 430	3,7
Öhringen "	12 072	2 455	20,3	62	0,5	269	2,2	792	6,6
Schwäbisch Gmünd "	28 390	7 751	27,3	117	0,4	688	2,4	1 060	3,7
Schwäbisch Hall "	16 271	3 199	19,7	100	0,6	435	2,7	1 049	6,4
Ulm "	22 196	5 359	24,1	89	0,4	348	1,6	863	3,9
Vaihingen "	22 185	4 473	20,2	98	0,4	507	2,3	1 222	5,5
Waiblingen "	54 151	11 563	21,4	342	0,6	1 741	3,2	3 040	5,6
Nordwürttemberg	909 219	171 174	18,8	7 303	0,8	30 816	3,4	89 011	9,8
Karlsruhe Stadtkreis	84 587	10 823	12,8	936	1,1	3 295	3,9	14 404	17,0
Heidelberg "	46 315	6 166	13,3	523	1,1	1 771	3,8	3 643	7,9
Mannheim "	106 522	8 794	8,3	1 095	1,0	3 700	3,5	25 357	23,8
Pforzheim Landkreis	25 530	3 031	11,9	307	1,2	831	3,3	9 016	35,3
Bruchsal "	35 018	4 036	11,5	134	0,4	454	1,3	2 792	8,0
Buchen "	17 267	4 290	24,8	85	0,5	188	1,1	781	4,5
Heidelberg "	42 656	7 201	16,9	283	0,7	873	2,0	2 164	5,1
Karlsruhe "	48 222	8 517	17,7	163	0,3	637	1,3	2 255	4,7
Mannheim "	49 604	6 297	12,7	238	0,5	1 265	2,6	2 760	5,6
Mosbach "	17 110	4 071	23,8	98	0,6	291	1,7	1 042	6,1
Pforzheim "	20 448	2 746	13,4	94	0,5	403	2,0	1 381	6,8
Sinsheim "	23 157	5 670	24,5	91	0,4	275	1,2	955	4,1
Tauberbischofsheim "	21 355	4 803	22,5	138	0,6	569	2,7	1 049	4,9
Nordbaden	537 791	76 445	14,2	4 185	0,8	14 552	2,7	67 599	12,6
Freiburg Stadtkreis	45 548	4 296	9,4	518	1,1	1 555	3,4	7 406	16,3
Baden-Baden "	14 678	1 224	8,3	161	1,1	626	4,3	1 288	8,6
Bühl Landkreis	21 887	1 620	7,4	93	0,4	295	1,3	767	3,5
Donaueschingen "	18 172	2 379	13,1	101	0,6	471	2,6	849	4,7
Emmendingen "	27 064	2 663	9,8	146	0,5	474	1,8	1 043	3,9
Freiburg "	18 653	1 571	8,4	135	0,7	336	1,8	927	5,0
Hochschwarzwald*) "	10 850	974	9,0	51	0,5	216	2,0	368	3,4
Kehl "	15 653	1 318	8,4	122	0,8	309	2,0	1 799	11,5
Konstanz "	46 907	5 259	11,2	438	0,9	1 703	3,6	1 943	4,1
Lahr "	23 468	2 487	10,6	145	0,6	413	1,8	894	3,8
Lörrach "	39 148	4 782	12,2	328	0,8	1 242	3,2	1 279	3,3
Müllheim "	14 611	1 420	9,7	86	0,6	333	2,3	774	5,3
Offenburg "	27 161	2 890	10,6	200	0,7	640	2,4	1 158	4,3
Rastatt "	34 513	3 245	9,4	231	0,7	768	2,2	2 130	6,2
Säckingen "	17 828	2 478	13,9	124	0,7	560	3,1	536	3,0
Stockach "	12 173	1 485	12,2	52	0,4	142	1,2	343	2,8
Überlingen "	15 197	1 708	11,2	124	0,8	336	2,2	663	4,4
Villingen "	22 734	3 081	13,6	132	0,6	855	3,8	626	2,8
Waldshut "	17 884	2 272	12,7	189	1,1	454	2,5	470	2,6
Wolfach "	13 825	1 302	9,4	80	0,6	236	1,7	541	3,9
Südbaden	457 954	48 454	10,6	3 456	0,8	11 964	2,6	25 784	5,6
Balingen Landkreis	30 371	4 427	14,6	166	0,5	552	1,8	848	2,8
Biberach "	25 317	2 786	11,0	118	0,5	403	1,6	714	2,8
Calw "	34 699	3 276	9,4	183	0,5	916	2,6	1 957	5,6
Ehingen "	10 639	1 457	13,7	59	0,6	139	1,3	247	2,3
Freudenstadt "	16 875	1 781	10,6	124	0,7	353	2,1	1 443	8,6
Hechingen "	14 870	2 163	14,5	88	0,6	192	1,3	290	2,0
Horb "	11 989	1 283	10,7	72	0,6	119	1,0	330	2,8
Münsingen "	10 467	1 303	12,4	66	0,6	126	1,2	347	3,3
Ravensburg "	28 447	3 722	13,1	159	0,6	604	2,1	978	3,4
Reutlingen "	47 708	7 307	15,3	346	0,7	1 431	3,0	2 203	4,6
Rottweil "	37 340	4 233	11,3	180	0,5	903	2,4	1 088	2,9
Saulgau "	17 979	2 360	13,1	68	0,4	259	1,4	491	2,7
Sigmaringen "	12 924	1 777	13,7	58	0,4	215	1,7	362	2,6
Tettnang "	19 229	2 594	13,5	158	0,8	640	3,3	2 749	14,3
Tübingen "	37 531	3 567	9,5	256	0,7	1 063	2,8	1 631	4,3
Tuttingen "	24 530	3 663	14,9	117	0,5	649	2,6	679	2,8
Wangen "	18 066	2 406	13,3	80	0,4	278	1,5	550	3,0
Südwürttemberg-Hohenzollern ..	398 981	50 105	12,6	2 298	0,6	8 842	2,2	16 907	4,2
Baden-Württemberg	2 303 945	346 178	15,0	17 242	0,7	66 174	2,9	199 301	8,7

¹⁾ Nach der Bevölkerungsgruppe des Haushaltsvorstandes. — *) Früher Neustadt.

Tabelle 18a

Die Wohnparteien nach Geschädigtengruppen¹⁾ am 25. September 1956

— Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen —

(Totalerhebung)

Kreis	Regierungsbezirk	Land	Wohnparteien insgesamt	darunter sind nach der Eigenschaft des Haushaltsvorstandes					
				Vertriebene		Sowjetzonenflüchtlinge		Zugewanderte	
				Anzahl	in vH der Wohn- parteien insgesamt	Anzahl	in vH der Wohn- parteien insgesamt	Anzahl	in vH der Wohn- parteien insgesamt
Stuttgart	Stadtkreis		4 695	1 033	22,0	155	3,3	630	13,4
Heilbronn	"		558	59	10,6	1	0,2	25	4,5
Ulm	"		2 868	1 169	40,8	286	10,0	878	30,6
Aalen	Landkreis		772	355	46,0	4	0,5	43	5,6
Backnang	"		674	381	56,5	28	4,2	89	13,2
Böblingen	"		1 090	396	36,3	22	2,0	108	9,9
Crailsheim	"		465	193	41,5	11	2,4	38	8,2
Eßlingen	"		1 113	460	41,3	10	0,9	68	6,1
Göppingen	"		1 191	461	38,7	16	1,3	57	4,8
Heidenheim	"		858	379	44,2	53	6,2	135	15,7
Heilbronn	"		1 711	614	35,9	131	7,7	348	20,3
Künzelsau	"		183	100	54,6	1	0,5	6	3,3
Leonberg	"		860	326	37,9	44	5,1	89	10,3
Ludwigsburg	"		2 610	1 315	50,4	151	5,6	254	9,7
Mergentheim	"		173	70	40,5	3	1,7	7	4,0
Nürtingen	"		822	376	45,7	5	0,6	22	2,7
Öhringen	"		162	64	39,5	—	—	3	1,9
Schwäbisch Gmünd	"		708	282	39,8	2	0,3	51	7,2
Schwäbisch Hall	"		357	130	36,4	1	0,3	20	5,6
Ulm	"		278	113	40,6	6	2,2	5	1,8
Vaihingen	"		335	129	38,5	1	0,3	12	3,6
Waiblingen	"		1 057	405	38,3	14	1,3	63	6,0
Nordwürttemberg			23 540	8 810	37,4	945	4,0	2 951	12,5
Karlsruhe	Stadtkreis		1 743	435	25,0	52	3,0	148	8,5
Heidelberg	"		512	96	18,8	17	3,3	42	8,2
Mannheim	"		2 988	319	10,7	42	1,4	200	6,7
Pforzheim	"		637	109	17,1	17	2,7	74	11,6
Bruchsal	Landkreis		567	139	24,5	2	0,4	22	3,9
Buchen	"		303	165	54,5	1	0,3	5	1,7
Heidelberg	"		821	302	36,8	10	1,2	77	9,4
Karlsruhe	"		1 275	650	51,0	23	1,8	55	4,3
Mannheim	"		913	186	20,4	2	0,2	28	3,1
Mosbach	"		943	818	86,7	12	1,3	7	0,7
Pforzheim	"		419	105	25,0	3	0,7	38	9,1
Sinsheim	"		432	194	44,9	6	1,4	26	6,0
Tauberbischofsheim	"		402	136	33,8	6	1,5	11	2,7
Nordbaden			11 955	3 654	30,6	193	1,6	733	6,1
Freiburg	Stadtkreis		674	125	18,5	33	4,9	86	12,8
Baden-Baden	"		169	28	16,6	10	5,9	24	14,2
Bühl	Landkreis		215	35	16,3	—	—	4	1,9
Donauessingen	"		184	53	28,8	4	2,2	19	10,3
Emmendingen	"		326	116	35,6	6	1,8	26	8,0
Freiburg	"		280	53	18,9	9	3,2	61	21,8
Hochschwarzwald ¹⁾	"		497	161	32,4	18	3,6	206	41,4
Kehl	"		112	30	26,8	5	4,5	12	10,7
Konstanz	"		952	202	21,2	25	2,6	79	8,3
Lahr	"		376	124	33,0	14	3,7	56	14,9
Lörrach	"		725	169	23,3	18	2,5	81	11,2
Müllheim	"		200	32	16,0	—	—	9	4,5
Offenburg	"		225	44	19,6	5	2,2	18	8,0
Rastatt	"		685	241	35,2	22	3,2	145	21,2
Säckingen	"		353	101	28,6	22	6,2	71	20,1
Stockach	"		152	45	29,6	1	0,7	3	2,0
Überlingen	"		216	59	27,3	4	1,9	14	6,5
Villingen	"		325	67	20,6	2	0,6	17	5,2
Waldshut	"		321	64	19,9	9	2,8	33	10,3
Wolfach	"		166	43	25,9	2	1,2	4	2,4
Südbaden			7 153	1 792	25,1	209	2,9	968	13,5
Balingen	Landkreis		470	208	44,3	31	6,6	58	12,3
Biberach	"		593	197	33,2	12	2,0	88	14,8
Calw	"		258	61	23,6	1	0,4	23	8,9
Ehingen	"		195	52	26,7	2	1,0	7	3,6
Freudenstadt	"		214	51	23,8	7	3,3	14	6,5
Hechingen	"		436	170	39,0	30	6,9	96	22,0
Horb	"		91	22	24,2	—	—	6	6,6
Münsingen	"		67	20	29,9	1	1,5	2	3,0
Ravensburg	"		567	156	27,5	11	1,9	47	8,3
Reutlingen	"		834	364	43,6	24	2,9	101	12,1
Rottweil	"		340	84	24,7	6	1,8	26	7,6
Saulgau	"		100	23	23,0	—	—	1	1,0
Sigmaringen	"		113	38	33,6	9	8,0	1	0,9
Tett nang	"		352	74	21,0	1	0,3	12	3,4
Tübingen	"		283	54	19,1	5	1,8	14	4,9
Tuttlingen	"		178	41	23,0	1	0,6	12	6,7
Wangen	"		251	51	20,3	3	1,2	9	3,6
Südwürttemberg-Hohenzollern			5 342	1 666	31,2	144	2,7	517	9,7
Baden-Württemberg			47 990	15 922	33,2	1 491	3,1	5 169	10,8
									4 654
									9,7

¹⁾ Nach der Bevölkerungsgruppe des Haushaltsvorstandes. — ¹⁾ Früher Neustadt

bezogen auf die Gesamtzahl der Wohnparteien, weit weniger stark ist als die Zahlen der Wohnungsgeschädigten streuen. Letztere haben einen Schwankungsbereich von 4,3 vH in Südwürttemberg-Hohenzollern und 12,6 vH in Nordbaden. Erst ein Vergleich auf Kreisebene vermag jedoch Aufschluß über die Streuung der Wohnparteien von Geschädigten innerhalb Baden-Württembergs zu geben. Sowohl die in Normalwohnungen lebenden als auch die noch in Notwohnungen und sonstigen Unterkünften wohnhaften Haushalte verteilen sich in recht unterschiedlicher Weise auf die einzelnen Stadt- und Landkreise. Setzt man die Geschädigten in Vergleich zu dem jeweiligen Bestand an Haushalten, so variieren alle

zollern ihr Anteil nur 20,0 vH ausmacht. Erwartungsgemäß liegt die Quote der Wohnparteien von Geschädigten in den kreisfreien Städten mit 35,6 vH erheblich über der für die Landkreise ermittelten von durchschnittlich 24,0 vH. Von den Stadtkreisen weist Pforzheim mit 56,6 vH den höchsten, Baden-Baden mit 22,3 vH den geringsten Anteil an Geschädigten nach. Der Streuungsbereich in den Landkreisen liegt zwischen 12,8 vH (Bühl) und 38,0 vH (Böblingen). Der für Baden-Württemberg errechnete Anteil der Wohnparteien von Geschädigten insgesamt an allen Wohnparteien (27,9 vH) lag vergleichsweise unter dem Bundesdurchschnitt von 33,9 vH.

Tabelle 19

Die Wohnparteien in Normalwohnungen nach Wohnverhältnis, Wohnparteiengröße und Geschädigtengruppe¹⁾
am 25. September 1956

Wohnverhältnis	Insgesamt				davon Wohnparteien mit ... Personen											
	Wohnparteien		mit Personen		1		2		3		4		5 und mehr			
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Vertriebene																
Eigentümerwohnparteien	43 624	12,6	163 695	15,8	1 208	2,0	8 073	9,3	11 600	14,5	10 942	17,7	11 801	21,2		
Hauptmietparteien	213 164	61,6	714 776	68,8	13 210	21,3	55 394	63,8	57 086	71,3	45 963	74,3	41 511	74,8		
Untermietparteien	89 390	25,8	159 934	15,4	47 529	76,7	23 381	26,9	11 343	14,2	4 930	8,0	2 207	4,0		
Vertriebene insgesamt	346 178	100,0	1 038 405	100,0	61 947	100,0	86 848	100,0	80 029	100,0	61 835	100,0	55 519	100,0		
Wohnungsgeschädigte																
Eigentümerwohnparteien	40 983	20,5	137 274	24,6	4 197	9,9	10 620	18,7	9 378	21,7	7 931	25,8	8 837	33,7		
Hauptmietparteien	124 948	62,7	367 107	65,7	17 252	40,7	39 069	68,8	30 555	70,8	21 435	69,6	18 637	63,5		
Untermietparteien	33 390	16,8	54 404	9,7	20 924	49,4	7 063	12,5	3 236	7,5	1 426	4,6	741	2,8		
Wohnungsgeschädigte insges. .	199 301	100,0	558 785	100,0	42 373	100,0	56 752	100,0	43 169	100,0	30 792	100,0	26 215	100,0		
Nichtgeschädigte																
Eigentümerwohnparteien	727 647	41,4	2 522 193	47,5	81 122	23,6	167 188	40,2	155 648	39,6	139 193	45,7	184 516	61,0		
Hauptmietparteien	757 797	43,1	2 324 423	43,7	91 816	26,7	204 287	49,1	202 694	51,6	148 512	48,8	110 488	36,6		
Untermietparteien	273 022	15,5	467 758	8,8	170 449	49,7	44 394	10,7	34 308	8,8	16 655	5,5	7 216	2,4		
Nichtgeschädigte insgesamt ..	1 758 466	100,0	5 314 374	100,0	343 387	100,0	415 849	100,0	392 650	100,0	304 360	100,0	302 220	100,0		

¹⁾ Nach der Bevölkerungsgruppe des Haushaltsvorstandes.

Geschädigtengruppen beträchtlich. Der Anteil der in Normalwohnungen lebenden Vertriebenen streut von 8,3 vH (Mannheim) bis 27,3 vH (Schwäbisch Gmünd), die Quote der Sowjetzonenflüchtlinge von 0,3 vH (Karlsruhe-Land) bis 1,3 vH (Ulm) und die der Zugewanderten von 1,0 vH (Horb) bis 4,7 vH (Stuttgart). Daß die Anteile der Wohnungsgeschädigten in Normalwohnungen innerhalb der Kreise zwischen 2,0 vH (Hechingen) und 35,3 vH (Pforzheim-Stadt) schwanken, bringt den regional verschiedenen Grad an Kriegszerstörungen zum Ausdruck. Der Schwankungsbereich ist bei den außerhalb von Normalwohnungen untergebrachten Haushalten verständlicherweise noch größer.

Nach der Erhebung im Herbst 1956 hatten 27,9 vH aller in Baden-Württemberg ansässigen Wohnparteien — das sind 656 131 Haushalte — *ihre Wohnung infolge Kriegsschaden oder Vertreibung verloren*. Nahezu drei Viertel der Geschädigten lebte in den nördlichen Landesteilen, wobei 312 908 (47,7 vH) Haushalte in Nordwürttemberg und 169 318 (25,8 vH in Nordbaden) ihr Unterkommen hatten. Mit nur 80 762 Wohnparteien (12,3 vH) wies der Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern die geringste Anzahl geschädigter Haushalte nach, die somit noch unter der für Südbaden errechneten Quote von 14,2 vH (93 143) lag.

Bezogen auf die Gesamtheit aller Wohnparteien zählen in Nordwürttemberg von je 100 Wohnparteien 33,5 zu den Geschädigten, in Nordbaden 30,8, während sowohl in Südbaden als auch in Südwürttemberg-Hohen-

Weitaus am stärksten vertreten sind unter den Geschädigten insgesamt die Gruppe der Vertriebenen (55,2 vH), der über die Hälfte aller geschädigten Wohnparteien angehören, und die Wohnungsgeschädigten mit 31,1 vH, während den Zugewanderten (10,9 vH) und den Sowjetzonenflüchtlingen (2,8 vH) verhältnismäßig weniger Gewicht zukommt. In der Untergliederung nach Geschädigtengruppen ergibt sich, daß 15,4 vH aller am 25. September 1956 in Baden-Württemberg gezählten Haushalte Vertriebene, 8,7 vH Wohnungsgeschädigte, 3,0 vH Zugewanderte und 0,8 vH Sowjetzonenflüchtlinge waren.

2. Wohnparteien in Normalwohnungen

Die folgende Auswertung beruht auf den im Rahmen der Totalerhebung (WS 2 und 5) und der 10 vH-Erhebung gewonnenen Ergebnissen (Tabelle WS 7 und 8), wobei berücksichtigt werden muß, daß die repräsentative Auswertung mit einem Zufallsfehler behaftet sein kann, der je nach der Größe der in einem Tabellenfeld ausgewiesenen Grundzahl verschieden groß ist (vgl. Ausführung S. 25).

In den am 25. September 1956 erfaßten 1 921 880 Normalwohnungen lebten 2 304 080 Wohnparteien als Eigentümer, Hauptmieter und Untermieter. In den nördlichen Regierungsbezirken kamen auf 1 173 450 Normalwohnungen, das sind 61 vH des Bestandes, 1 447 100 Wohnparteien oder 63 vH aller Haushalte. Mehr als ein Drittel aller Wohnparteien entfiel auf die süd-

lichen Regierungsbezirke, und zwar 20 vH (457 970 Haushalte) auf Südbaden und 17 vH (399 010 Haushalte) auf Südwürttemberg-Hohenzollern. Im Landesdurchschnitt standen 120 Wohnparteien 100 Normalwohnungen gegenüber.

Da über die Belegung der Normalwohnungen mit Wohnparteien bereits im Abschnitt A/2 ausführlich gesprochen wurde, können sich die weiteren Ausführungen auf die Veröffentlichung von Belegungsziffern und speziellen Wohndichteberechnungen beschränken. Bei der Berechnung von *Belegungsziffern* tritt die unterschiedliche Beanspruchung der Wohnungen durch Wohnparteien innerhalb des Landes besonders in Erscheinung. Mit 1,24 bzw. 1,22 Wohnparteien je Wohnung weisen die Regierungsbezirke Nordwürttemberg und Nordbaden eine überdurchschnittliche Belegung der Normalwohnungen mit Haushalten auf. Demgegenüber kamen in Südbaden 1,15 und in Südwürttemberg-Hohenzollern 1,13 Haushalte auf eine Normalwohnung. Die für die einzelnen Gemeindegrößenklassen nachgewiesenen Belegungsziffern bringen die sehr viel stärkere Wohndichte in den Großstädten gegenüber den ländlichen Gebieten zum Ausdruck.

Eine Auszählung der rund 1,91 Millionen *Inhaber von Normalwohnungen* nach dem Verhältnis von Haushaltsgröße zur Raumzahl der Wohnung ergibt, daß mehr als

1 Million Eigentümerwohn- und Hauptmietparteien oder 53 vH aller Wohnungsinhaber über Wohnungen mit mehr als einem Raum je Person verfügten. 472 730 Wohnungsinhaber (25 vH) lebten am Stichtag in Wohnungen, die nach der Raumzahl der Wohnparteiengröße entsprachen, so daß auf jedes Haushaltsmitglied ein Raum entfiel. Der Anteil der Inhaber von Eigentümer- und Mietwohnungen, die in Wohnungen mit weniger als einem Raum je Person wohnten, übersteigt ein Fünftel des Gesamtbestandes (426 370 Wohnparteien).

Bei einem Vergleich der Wohnverhältnisse in *Eigentümerwohnungen mit denen in Mietwohnungen* fällt auf, daß von den insgesamt gezählten 832 390 Eigentümerwohnparteien über 60 vH (518 980) jeweils Wohnungen mit mehr als einem Raum je Person innehatten, dagegen war von den erfaßten 1 075 810 Hauptmietern nicht einmal die Hälfte (490 120) Inhaber einer Wohnung mit mehr Räumen, als die Zahl der Personen ausmachte. Die bessere raummäßige Unterbringung der Wohnparteien in Eigentümerwohnungen erweist sich außerdem noch durch die Tatsache, daß nur stark ein Sechstel aller Eigentümerwohnparteien (146 080) in Wohnungen mit weniger als einem Raum je Person lebt. Im Gegensatz hierzu sind noch 280 290 Wohnparteien, also mehr als ein Viertel aller Hauptmieter, auf Wohnungen dieser Größenordnung angewiesen.

Tabelle 20

Die Wohnparteien in Normalwohnungen in Baden-Württemberg nach der Größe der Wohnpartei und den zur Verfügung stehenden Räumen am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Personen je Wohnpartei	Wohnparteien						
	Ins- gesamt	davon haben zur Verfügung je Person					
		weniger als 1 Raum		1 Raum		mehr als 1 Raum	
		Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Wohnparteien insgesamt							
1 Person . . .	448 660	24 920	5,5	217 790	48,6	205 950	45,9
2 Personen . .	560 030	58 970	10,5	106 940	19,1	394 120	70,4
3 Personen . .	515 090	97 080	18,9	163 940	31,8	254 070	49,3
4 Personen . .	398 900	145 480	36,5	149 060	37,4	104 360	26,1
5 Personen . .	210 830	125 480	59,5	49 730	23,6	35 620	16,9
6 Personen . .	95 700	69 100	72,2	14 940	15,6	11 660	12,2
7 und mehr Personen . .	74 870	57 640	77,0	—	—	17 230	23,0
Insgesamt . .	2 304 080	578 670	25,1	702 400	30,5	1 023 010	44,4
darunter Wohnungsinhaber (Eigentümer und Hauptmieter)							
1 Person . . .	209 710	40	0	15 160	7,2	194 510	92,8
2 Personen . .	485 510	10 160	2,1	83 360	17,2	391 990	80,7
3 Personen . .	466 770	51 980	11,1	160 990	34,5	253 800	54,4
4 Personen . .	375 160	122 190	32,6	148 670	39,6	104 300	27,8
5 Personen . .	203 640	118 400	58,1	49 630	24,4	35 610	17,5
6 Personen . .	93 570	66 990	71,6	14 920	15,9	11 660	12,5
7 und mehr Personen . .	73 840	56 610	76,7	—	—	17 230	23,3
Insgesamt . .	1 908 200	426 370	22,3	472 730	24,8	1 009 100	52,9
darunter Eigentümerwohnparteien							
1 Person . . .	90 230	—	—	3 270	3,6	86 960	96,4
2 Personen . .	189 920	1 600	0,8	16 450	8,7	171 870	90,5
3 Personen . .	182 740	7 660	4,2	41 250	22,6	133 830	73,2
4 Personen . .	182 090	28 890	17,8	60 510	37,3	72 690	44,9
5 Personen . .	104 320	41 930	40,2	33 550	32,2	28 840	27,6
6 Personen . .	55 270	32 930	59,6	12 300	22,2	10 040	18,2
7 und mehr Personen . .	47 820	33 070	69,2	—	—	14 750	30,8
Insgesamt . .	832 390	146 080	17,6	167 330	20,1	518 980	62,3
Untermietparteien							
1 Person . . .	238 950	24 880	10,4	202 630	84,8	11 440	4,8
2 Personen . .	74 520	48 810	65,5	23 580	31,6	2 130	2,9
3 Personen . .	48 320	45 100	93,3	2 950	6,1	270	0,6
4 Personen . .	23 740	23 290	98,1	390	1,6	60	0,3
5 Personen . .	7 190	7 080	98,5	100	1,4	10	0,1
6 Personen . .	2 130	2 110	99,1	20	0,9	—	—
7 und mehr Personen . .	1 030	1 030	100,0	—	—	—	—
Insgesamt . .	395 880	152 300	38,5	229 670	58,0	13 910	3,5

Tabelle 20a

Die Wohnparteien von Vertriebenen in Normalwohnungen in Baden-Württemberg nach der Größe der Wohnpartei und den zur Verfügung stehenden Räumen am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Personen je Wohnpartei	Wohnparteien						
	Ins- gesamt	davon haben zur Verfügung je Person					
		weniger als 1 Raum		1 Raum		mehr als 1 Raum	
		Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Wohnparteien insgesamt							
1 Person . . .	61 100	4 270	7,0	43 380	71,0	13 470	22,0
2 Personen . .	85 240	19 190	22,5	27 100	31,8	38 950	45,7
3 Personen . .	77 400	23 200	30,0	30 940	40,0	23 260	30,0
4 Personen . .	60 760	33 160	54,6	21 760	35,8	5 840	9,6
5 Personen . .	31 350	26 300	83,9	3 730	11,9	1 320	4,2
6 Personen . .	13 350	12 310	92,2	710	5,3	330	2,5
7 und mehr Personen . .	9 050	8 570	94,7	—	—	480	5,3
Insgesamt . .	338 250	127 000	37,6	127 600	37,7	83 650	24,7
darunter Wohnungsinhaber (Eigentümer und Hauptmieter)							
1 Person . . .	14 150	10	0,1	2 560	18,1	11 580	81,8
2 Personen . .	61 970	2 510	4,0	20 820	33,6	38 640	62,4
3 Personen . .	66 530	12 850	19,3	30 470	45,8	23 210	34,9
4 Personen . .	55 700	28 160	50,5	21 700	39,0	5 840	10,5
5 Personen . .	29 810	24 760	83,1	3 730	12,5	1 320	4,4
6 Personen . .	12 940	11 900	92,0	710	5,5	330	2,5
7 und mehr Personen . .	8 790	8 310	94,5	—	—	480	5,5
Insgesamt . .	249 890	88 500	35,4	79 990	32,0	81 400	32,6
darunter Eigentümerwohnparteien							
1 Person . . .	1 400	—	—	150	10,7	1 250	89,3
2 Personen . .	7 900	60	0,8	1 400	17,7	6 440	81,5
3 Personen . .	11 490	1 220	10,6	4 210	36,6	6 060	52,8
4 Personen . .	11 090	3 940	35,5	5 040	45,5	2 110	19,0
5 Personen . .	6 800	4 520	66,5	1 560	22,9	720	10,6
6 Personen . .	3 280	2 670	81,4	380	11,6	230	7,0
7 und mehr Personen . .	2 130	1 840	86,4	—	—	290	13,6
Insgesamt . .	44 090	14 250	32,3	12 740	28,9	17 100	38,8
Untermietparteien							
1 Person . . .	46 950	4 260	9,1	40 800	86,9	1 890	4,0
2 Personen . .	23 270	16 680	71,7	6 280	27,0	310	1,3
3 Personen . .	10 870	10 350	95,2	470	4,3	50	0,5
4 Personen . .	5 060	5 000	98,8	60	1,2	—	—
5 Personen . .	1 540	1 540	100,0	—	—	—	—
6 Personen . .	410	410	100,0	—	—	—	—
7 und mehr Personen . .	260	260	100,0	—	—	—	—
Insgesamt . .	88 360	38 500	43,6	47 610	53,9	2 250	2,5

Daß die Hauptmieter im Vergleich zu den Wohnungseigentümern weitaus beengter leben, läßt sich durch Gegenüberstellung der für die Wohnungsinhaber insgesamt und der für die Eigentümerwohnparteien im einzelnen errechneten Werte erkennen. Von den Eigentümerwohnparteien haben etwas mehr als ein Viertel der Haushalte mit fünf und mehr Personen, von den Hauptmietparteien nur etwa 7 vH dieser Haushalte Wohnungen mit mehr als einem Raum je Person belegt. Für die weitaus stärkere Belegung der Mietwohnungen dürften vor allem wirtschaftliche Gründe maßgebend sein, insofern den größeren Haushalten für die raummäßig benötigten Wohnungen eine erhebliche Mietbelastung erwächst.

Im Herbst 1956 wurden in den Normalwohnungen insgesamt 238 950 *Einzeluntermieter* und 156 930 *Untermietparteien* mit zwei und mehr Personen gezählt. Die große Anzahl von Einzelpersonenwohnparteien ist bestimmend für den hohen Anteil (58 vH) der Untermietparteien mit einem Raum je Person. Äußerst gering ist dagegen die Zahl der Mietabschlüsse (13 910), durch welche den Untermietparteien mehr als ein Raum je Person vom Wohnungsinhaber abgetreten wurde. Durch den Nachweis von insgesamt 152 300 Wohnparteien, das sind rund 38 vH aller Untermietverhältnisse, mit weniger als einem Raum je Person wird die Raumnot der Untermieter gekennzeichnet.

Unter den in Normalwohnungen wohnhaften *Haushalten von Vertriebenen* lebten nur 24,7 vH in Wohnungen mit mehr als einem Raum je Person; der Anteil derjenigen Wohnparteien, bei denen die Zahl der Räume der Zahl der Haushaltsmitglieder entsprach, bezifferte sich auf 37,7 vH. Mit 37,6 vH war die für die Wohnparteien, die weniger als einen Raum je Person zur Verfügung hatten, errechnete Quote gleich groß. Im Vergleich zu den nicht geschädigten Wohnparteien besteht bei den Vertriebenen eine sehr viel größere Wohnraumnot, und dies sowohl bei den Wohnungsinhabern als auch bei den Untermietparteien.

Auf Grund der Wohndichte lassen sich wohl einige Rückschlüsse auf die Zahl der Wohnparteien ziehen, die einer besseren wohnungsmäßigen Unterbringung bedürfen oder eine solche anstreben; wieviele dieser Haushalte tatsächlich als echte Wohnungsbedarfsträger am Wohnungsmarkt in Erscheinung treten, kann dem Tabellenmaterial allerdings nicht entnommen werden. Die vorliegenden Ergebnisse finden jedoch durch die im Rahmen der 1 vH-Zusatzerhebung zusätzlich gewonnene Kenntnisse über den Wohnungsbedarf der in die Repräsentation einbezogenen Haushalte eine sinnvolle Ergänzung (vgl. S. 70).

3. Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen und in beschränkt bewohnbaren Normalwohnungen

Die Zahl der im Erhebungsmonat 1956 in Notwohnungen und Unterkünften außerhalb von Wohnungen, in Behelfsheimen mit 30 und mehr qm Wohnfläche sowie in einsturzgefährdeten Gebäuden lebenden Wohnparteien bezifferte sich auf insgesamt 57 943. Demnach wohnten noch 175 013 Personen in Unterkünften, die zum überwiegenden Teil auf Grund ihres baulichen Zustandes als wohnunwürdig anzusehen sind. Von diesen Wohnparteien teilten sich 9 953 (17,2 vH) in 8 913 beschränkt bewohnbare Normalwohnungen, während 11 463 Haushalte (19,8 vH) eine in Normalgebäuden gelegene Notwohnung besaßen; 12 681 (21,8 vH) waren als wohnungslos Eingewiesene in Lagern untergebracht und 23 846 (41,2 vH) hatten in Notwohngebäuden oder in Gebäuderesten (Ruinenkeller) u. a. m. ihr Unterkommen gefunden.

In der regionalen Verteilung dieser nur notdürftig benutzbaren Wohnungen und Unterkünfte sowie der darin wohnenden Haushalte ergeben sich beachtliche Unterschiede. Anteilmäßig am stärksten waren die Notwohnungen und ebenso die beschränkt bewohnbaren Normalwohnungen in Nordwürttemberg (44,8 vH bzw. 35,5 vH) und in Nordbaden (28,9 vH bzw. 32,4 vH) vertreten. Den geringsten Anteil am Gesamtbestand dieser Wohnungskategorien stellte der Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern (11,5 vH bzw. 14,8 vH), wogegen die Quoten für den Regierungsbezirk Südbaden (14,8 vH bzw. 17,3 vH) etwas höher lagen. Nahezu übereinstimmend hiermit sind die regionalen Anteilswerte, die sich für die in diesen Notwohnungen und beschränkt bewohnbaren Normalwohnungen lebenden Haushalte ergeben. Erwartungsgemäß weisen auch hier die Regierungsbezirke Nordwürttemberg (45,2 vH bzw. 38,3 vH) und Nordbaden (28,5 vH bzw. 31,1 vH) die größten Quoten, die Regierungsbezirke Südbaden (14,8 vH bzw. 16,4 vH) und Südwürttemberg-Hohenzollern (11,5 vH bzw. 14,2 vH) eine sehr viel geringere Beteiligung am Gesamtbestand dieser Haushalte nach. Von den wohnungslos eingewiesenen Haushalten finden sich nahezu sechs Zehntel (59,7 vH) in Nordwürttemberg. Bemerkenswert ist, daß sich im Regierungsbezirk Südbaden etwas mehr wohnungslos Eingewiesene aufhalten als im Regierungsbezirk Nordbaden, wofür die jeweilige Aufnahmekapazität der noch vorhandenen Lager maßgebend sein dürfte. Auf den Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern entfallen anteilmäßig (9,9 vH) die wenigsten Wohnparteien dieser Haushaltskategorie.

Tabelle 21

Die Belegung der Normalwohnungen mit Wohnparteien und Personen am 25. September 1956 (10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Gemeindegrößenklasse Land Regierungsbezirk	Normal- wohnungen	Räume	Räume je Wohnung	Wohnparteien	Personen	Personen je Wohn- partei	Wohn- partei je Wohnung	Personen je Raum	Räume je Person
Gemeinden mit ... Einwohnern									
unter 2 000	536 710	2 270 950	4,23	595 610	2 067 790	3,47	1,11	0,91	1,10
2 000 bis unter 5 000	333 880	1 307 250	3,92	384 600	1 201 110	3,12	1,15	0,92	1,09
5 000 bis unter 10 000	209 200	812 810	3,89	246 600	736 990	2,99	1,18	0,91	1,10
10 000 bis unter 20 000	136 230	539 830	3,96	163 700	478 620	2,92	1,20	0,89	1,13
20 000 bis unter 50 000	201 430	799 390	3,97	253 350	706 590	2,79	1,26	0,88	1,13
50 000 bis unter 100 000	122 110	469 270	3,84	153 970	426 270	2,77	1,26	0,91	1,10
100 000 bis unter 500 000	217 090	775 260	3,57	282 970	730 100	2,58	1,30	0,94	1,06
500 000 und mehr	165 230	638 880	3,87	223 280	572 830	2,57	1,35	0,90	1,12
Baden-Württemberg	1 921 880	7 613 640	3,96	2 304 080	6 920 300	3,00	1,20	0,91	1,10
Nordwürttemberg	732 650	2 927 610	3,99	909 270	2 659 800	2,93	1,24	0,91	1,10
Nordbaden	440 800	1 571 790	3,57	537 830	1 527 690	2,84	1,22	0,97	1,03
Südbaden	396 780	1 609 090	4,06	457 970	1 465 460	3,20	1,15	0,91	1,10
Südwürttemberg-Hohenzollern	351 650	1 505 150	4,28	399 010	1 267 350	3,18	1,13	0,84	1,19

Tabelle 22

**Die Wohnparteien und Personen insgesamt sowie Wohnparteien und Personen,
die in wohnunwürdigen Verhältnissen leben, am 25. September 1956**

(Totalerhebung)

Kreis Regierungsbezirk Land		Wohnparteien						Personen							
		Insgesamt	darunter in						Insgesamt	darunter in					
			beschränkt bewohnbaren Normal- wohnungen		Not- wohnungen		Unterkünften außerhalb von Wohnungen			beschränkt bewohnbaren Normal- wohnungen		Not- wohnungen		Unterkünften außerhalb von Wohnungen	
			Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH		Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Stuttgart	Stadtkreis	227 972	583	0,3	3 325	1,5	1 370	0,6	582 224	1 608	0,3	9 149	1,6	3 784	0,6
Heilbronn	"	28 219	148	0,5	491	1,7	67	0,2	80 327	412	0,5	1 328	1,7	192	0,2
Ulm	"	31 067	192	0,6	535	1,7	2 333	7,5	88 941	598	0,7	1 489	1,7	6 628	7,5
Aalen	Landkreis	39 342	133	0,3	688	1,8	84	0,2	131 687	516	0,4	2 214	1,7	186	0,1
Backnang	"	26 363	176	0,7	330	1,3	344	1,3	81 812	566	0,7	1 131	1,4	1 122	1,4
Böblingen	"	38 704	80	0,2	777	2,0	313	0,8	114 712	263	0,2	2 194	1,9	867	0,8
Crailsheim	"	18 191	65	0,4	346	1,9	119	0,7	61 654	237	0,4	992	1,6	365	0,6
Eßlingen	"	59 339	578	1,0	843	1,4	270	0,5	169 562	1 689	1,0	2 876	1,7	530	0,3
Göppingen	"	63 001	203	0,3	1 051	1,7	140	0,2	185 575	594	0,3	3 205	1,7	504	0,3
Heidenheim	"	34 620	85	0,3	614	1,8	244	0,7	103 606	260	0,3	1 996	1,9	865	0,8
Heilbronn	"	48 755	234	0,5	736	1,5	975	2,0	152 603	744	0,5	2 331	1,5	2 720	1,8
Künzelsau	"	8 438	30	0,4	183	2,2	—	—	29 964	93	0,3	503	1,7	—	—
Leonberg	"	27 095	89	0,3	560	2,1	300	1,1	79 251	331	0,4	1 775	2,2	957	1,2
Ludwigsburg	"	73 521	191	0,3	1 825	2,5	785	1,1	210 828	598	0,3	5 897	2,8	2 456	1,2
Mergentheim	"	10 869	47	0,4	173	1,6	—	—	38 755	163	0,4	542	1,4	—	—
Nürtingen	"	39 101	63	0,2	732	1,9	90	0,2	116 930	186	0,2	2 338	2,0	157	0,1
Öhringen	"	12 234	40	0,3	162	1,3	—	—	42 174	157	0,4	453	1,1	—	—
Schwäbisch Gmünd	"	29 098	525	1,8	676	2,3	32	0,1	92 404	1 438	1,6	2 061	2,2	69	0,1
Schwäbisch Hall	"	16 628	39	0,2	335	2,0	22	0,1	55 972	114	0,2	1 022	1,8	30	0,1
Ulm	"	22 474	80	0,4	275	1,2	3	0,0	77 226	294	0,4	888	1,1	18	0,0
Vaihingen	"	22 520	43	0,2	301	1,3	34	0,2	68 317	139	0,2	971	1,4	90	0,1
Waiblingen	"	55 208	190	0,3	1 009	1,8	48	0,1	160 573	607	0,4	2 961	1,8	91	0,1
Nordwürttemberg		932 759	3 814	0,4	15 967	1,7	7 573	0,8	2 725 097	11 607	0,4	48 316	1,8	21 631	0,8
Karlsruhe	Stadtkreis	86 330	483	0,6	1 391	1,6	352	0,4	220 729	1 536	0,7	4 405	2,0	1 081	0,5
Heidelberg	"	46 827	76	0,2	421	0,9	91	0,2	119 397	198	0,2	842	0,7	181	0,2
Mannheim	"	109 510	851	0,8	2 228	2,0	760	0,7	283 370	2 523	0,9	5 813	2,1	1 122	0,4
Pforzheim	"	26 167	233	0,9	487	1,9	150	0,6	71 513	641	0,9	1 271	1,8	429	0,6
Bruchsal	Landkreis	35 585	61	0,2	529	1,5	38	0,1	109 793	199	0,2	1 639	1,5	118	0,1
Buchen	"	17 570	28	0,2	288	1,6	15	0,1	60 861	89	0,1	896	1,5	29	0,0
Heidelberg	"	43 477	214	0,5	718	1,7	103	0,2	132 883	672	0,5	2 321	1,8	243	0,2
Karlsruhe	"	49 497	246	0,5	1 037	2,1	238	0,5	149 427	805	0,5	3 436	2,3	709	0,5
Mannheim	"	50 517	173	0,3	909	1,8	4	0,0	145 706	539	0,4	2 804	1,9	4	0,0
Mosbach	"	18 053	100	0,6	886	4,9	57	0,3	60 594	335	0,6	2 918	4,8	190	0,3
Pforzheim	"	20 867	41	0,2	384	1,8	35	0,2	59 561	110	0,2	1 021	1,7	40	0,1
Sinsheim	"	23 589	69	0,3	374	1,6	58	0,2	74 111	242	0,3	1 128	1,5	210	0,3
Tauberbischofsheim	"	21 757	521	2,4	402	1,8	—	—	75 405	1 735	2,3	1 304	1,7	—	—
Nordbaden		549 746	3 096	0,6	10 054	1,8	1 901	0,4	1 563 350	9 624	0,6	29 798	1,9	4 356	0,3
Freiburg	Stadtkreis	46 222	404	0,9	480	1,0	194	0,4	125 479	1 174	0,9	1 592	1,3	654	0,5
Baden-Baden	"	14 847	19	0,1	128	0,9	41	0,3	39 207	54	0,1	331	0,8	143	0,4
Bühl	Landkreis	22 102	84	0,4	215	1,0	—	—	75 031	350	0,5	674	0,9	—	—
Donaueschingen	"	18 356	50	0,3	126	0,7	58	0,3	61 018	183	0,3	386	0,6	201	0,3
Emmendingen	"	27 390	31	0,1	191	0,7	135	0,5	95 097	110	0,1	634	0,7	428	0,5
Freiburg	"	18 933	50	0,3	194	1,0	86	0,5	69 491	165	0,2	602	0,9	299	0,4
Hochschwarzwald ¹⁾	"	11 347	8	0,1	81	0,7	416	3,7	39 065	43	0,1	220	0,6	1 299	3,3
Kehl	"	15 765	70	0,4	87	0,6	25	0,2	49 210	239	0,5	279	0,6	95	0,2
Konstanz	"	47 859	163	0,3	791	1,7	161	0,3	139 654	515	0,4	2 549	1,8	507	0,4
Lahr	"	23 844	55	0,2	233	1,0	143	0,6	76 535	194	0,3	822	1,1	488	0,6
Lörrach	"	39 873	140	0,4	610	1,5	115	0,3	122 542	545	0,5	1 835	1,5	370	0,3
Müllheim	"	14 811	59	0,4	200	1,4	—	—	50 189	200	0,4	625	1,2	—	—
Offenburg	"	27 386	90	0,3	213	0,8	12	0,0	92 521	344	0,4	717	0,8	60	0,1
Rastatt	"	35 198	115	0,3	276	0,8	409	1,2	108 317	379	0,3	776	0,7	1 373	1,3
Säckingen	"	18 181	52	0,3	215	1,2	138	0,8	59 206	175	0,3	771	1,3	520	0,9
Stockach	"	12 325	41	0,3	152	1,2	—	—	43 352	169	0,4	465	1,1	—	—
Überlingen	"	15 413	55	0,4	213	1,4	3	0,0	52 556	194	0,4	638	1,2	11	0,0
Villingen	"	23 059	46	0,2	324	1,4	1	0,0	70 622	147	0,2	939	1,3	1	0,0
Waldshut	"	18 205	65	0,4	313	1,7	8	0,0	61 714	258	0,4	1 023	1,7	10	0,0
Wolfach	"	13 991	35	0,3	166	1,2	—	—	50 150	126	0,3	479	1,0	—	—
Südbaden		465 107	1 632	0,4	5 208	1,1	1 945	0,4	1 480 956	5 564	0,4	16 357	1,1	6 459	0,4
Balingen	Landkreis	30 841	57	0,2	285	0,9	185	0,6	92 809	198	0,2	816	0,9	542	0,6
Biberach	"	25 910	213	0,8	361	1,4	232	0,9	91 453	661	0,7	1 159	1,3	852	0,9
Calw	"	34 957	89	0,3	238	0,7	20	0,1	107 356	289	0,3	691	0,6	63	0,1
Ehingen	"	10 834	54	0,5	195	1,8	—	—	39 604	179	0,5	654	1,7	—	—
Freudenstadt	"	17 089	68	0,4	183	1,1	31	0,2	55 189	207	0,4	602	1,1	113	0,2
Hechingen	"	15 306	85	0,6	115	0,8	321	2,1	48 472	282	0,6	349	0,7	972	2,0
Horb	"	12 080	41	0,3	89	0,7	2	0,0	40 451	109	0,3	235	0,6	2	0,0
Münsingen	"	10 534	16	0,2	67	0,6	—	—	36 895	47	0,1	234	0,6	—	—
Ravensburg	"	29 014	104	0,4	483	1,7	84	0,3	96 033	358	0,4	1 454	1,5	274	0,3
Reutlingen	"	48 542	99	0,2	509	1,1	325	0,7	143 683	347	0,2	1 601	1,1	1 085	0,8
Rottweil	"	37 680	80	0,2	303	0,8	37	0,1	115 588	275	0,2	870	0,8	100	0,1
Saulgau	"	18 079	61	0,3	100	0,6	—	—	63 461	189	0,3	299	0,5	—	—
Sigmaringen	"	13 037	32	0,2	97	0,7	16	0,1	43 538	100	0,2	335	0,8	26	0,1
Tettmang	"	19 581	232	1,2	352	1,8	—	—	64 993	829	1,3	1 189	1,8	—	—
Tübingen	"	37 814	57	0,2	283	0,8	—	—	108 402	183	0,2	751	0,7	—	—
Tuttingen	"	24 708	39	0,2	170	0,7	8	0,0	71 625	144	0,2	499	0,7	17	0,0
Wangen	"	18 317	84	0,5	250	1,4	1	0,0	66 127	303	0,5	813	1,2	4	0,0
Südwestfalen-Hohenzollern		404 323	1 411	0,4	4 080	1,0	1 262	0,3	1 285 679	4 700	0,4	12 551	1,0	4 050	0,3
Baden-Württemberg		2 351 935	9 953	0,4	35 309	1,5	12 681	0,5	7 055 082	31 495	0,5	107 022	1,5	36 496	0,5

¹⁾ Früher Neustadt.

Von besonderem Interesse ist eine Gegenüberstellung der Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen in den Jahren 1950 und 1956, wobei ein Vergleich der in beschränkt bewohnbaren Normalwohnungen lebenden Haushalte nicht durchführbar ist, weil diese Wohnungs- bzw. Haushaltsgruppe 1950 nicht erfaßt wurde. Die Zahl der in Notwohnungen und Unterkünften außerhalb von Wohnungen (also ohne Wohnparteien in beschränkt bewohnbaren Normalwohnungen) untergebrachten Haushalte hat sich innerhalb der Erhebungsstichtage von 47 990 auf 38 037 und damit um 20,7 vH ermäßigt.

Aus nachfolgender Übersicht ergibt sich, daß die Hauptmasse dieser Wohnparteien sowohl 1950 als auch 1956 aus Zweipersonen-Haushalten bestand, wobei der Anteil dieser Haushaltsgröße im Verlauf der 6 Jahre sogar von 23,6 vH auf 30,0 vH weiterhin gestiegen ist. Eine geringfügige Erhöhung der Anteilsquote kann auch für die Haushalte mit 5 und mehr Personen aufgezeigt werden. Dagegen haben alle übrigen Haushaltsgrößenklassen durchweg eine Verringerung erfahren; am stärksten sind anteilmäßig die Einpersonenzohnparteien von 22,3 vH im Jahre 1950 auf 17,6 vH im Jahre 1956 gesunken.

Die Größe der Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen¹⁾ am 25. September 1956
(Totalerhebung)

Personen je Wohnpartei	Anteile in vH	
	1950	1956
1 Person	22,3	17,6
2 Personen	23,6	30,0
3 Personen	21,6	20,2
4 Personen	15,8	15,2
5 und mehr Personen	16,7	17,0
Wohnparteien insgesamt	100,0	100,0

¹⁾ Ohne Wohnparteien in beschränkt bewohnbaren Normalwohnungen.

Im Herbst 1956 wurde eine durchschnittliche Haushaltsgröße der Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen von 2,99 Personen festgestellt, die somit unter der durchschnittlichen Haushaltsgröße von 3,18 Personen lag, die für die in Baden-Württemberg lebenden Haushalte insgesamt (ohne Personal und Insassen von Anstalten) errechnet wurde. Im Vergleich zur durchschnittlichen Haushaltsgröße der Wohnparteien in Normalwohnungen von 3,66 Personen umfaßt der Haushalt außerhalb von Normalwohnungen verständlicherweise bedeutend weniger Personen. Hierbei fällt jedoch auf, daß die in den südlichen Landesteilen außerhalb von Normalwohnungen untergebrachten Haushalte überdurchschnittlich groß sind. Während in Südbaden im Durchschnitt 3,19 Personen und in Südwürttemberg-Hohenzollern 3,11 Personen zu einem solchen Haushalt zählen, beträgt die durchschnittliche Wohnparteiengröße in Nordwürttemberg 2,97 Personen und in Nordbaden sogar nur 2,86 Personen.

Bei einem Landesdurchschnitt von 2,88 Personen bewegt sich die durchschnittliche Wohnparteiengröße der wohnungslos Eingewiesenen zwischen 2,29 Personen im Regierungsbezirk Nordbaden und 3,32 Personen im Regierungsbezirk Südbaden. Für die Wohnparteien in Notwohnungen errechnet sich bei einem Landesdurchschnitt von 3,03 Personen ein Schwankungsbereich von 2,96 Personen im Regierungsbezirk Nordbaden bis 3,14 Personen im Regierungsbezirk Südbaden. Dagegen war die durchschnittliche Wohnparteiengröße der in beschränkt bewohnbaren Normalwohnungen lebenden Haushalte mit 3,16 etwas größer. Innerhalb des Landes ergibt sich auch

eine stärkere Streuung, indem der Durchschnittshaushalt in Nordwürttemberg aus 3,04 Personen, der in Südbaden jedoch aus 3,41 Personen besteht.

Abschließend sei bemerkt, daß die hier angeführten Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen keineswegs der Zahl der Wohnparteien, die als sogenannte Wohnungsbedarfsträger in Frage kommen, gleichgesetzt werden dürfen. Obwohl die Verbesserung der wohnungsmäßigen Unterbringung gerade dieses Personenkreises als vordringlich angesehen werden muß, bleibt zu berücksichtigen, daß zahlreiche dieser Haushalte keinen Wohnungswechsel beabsichtigen bzw. anstreben, andererseits auch von seiten der in Normalwohnungen als zweiter oder weiterer Haushalt lebenden Wohnparteien ein nicht unbeträchtlicher Wohnungsanspruch geltend gemacht wird.

4. Wohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung sind

Im folgenden sollen nunmehr die Wohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung sind, und sämtliche Untermietparteien näher untersucht werden. Die Ausführungen stützen sich auf die mittels der 10 vH-Erhebung gewonnenen Ergebnisse, wobei nach Einpersonenzohn- und Mehrpersonenzohnparteien, letztere sogar nach der Wohnparteiengröße untergliedert, unterschieden wurde. Zusätzlich sollen auch die Wohnparteien von Geschädigten, jedoch ohne Zugewanderte, behandelt werden.

Die Wohnverhältnisse der beiden großen Wohnparteiengruppen werden nicht nur hinsichtlich der Unterbringung als Untermieter in Normalwohnungen und als Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen (Notwohnungen, Anstalten, Lager u. a. m.) dargestellt, sondern auch entsprechend den soziologischen Merkmalen, die für diese Wohnparteiengruppen zutrafen. So wurden zum Beispiel die Einzelpersonen wie auch die Mehrpersonenzohnparteien danach unterschieden, ob sie überwiegend von Erwerbs-, Renten-, oder sonstigem Einkommen lebten. Bei den Einpersonenzohnparteien war außerdem von besonderem Interesse eine Auszählung nach dem Familienstand, weil deren Ergebnisse im Zusammenhang mit dem Alter und Geschlecht der Wohnparteien gewisse Rückschlüsse auf die mutmaßlichen Wohnungswünsche

Wohnparteien ohne eigene Normalwohnung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes

Hochgerechnete Ergebnisse der 10 vH-Erhebung zur Wohnungsstatistik am 25.9.1956

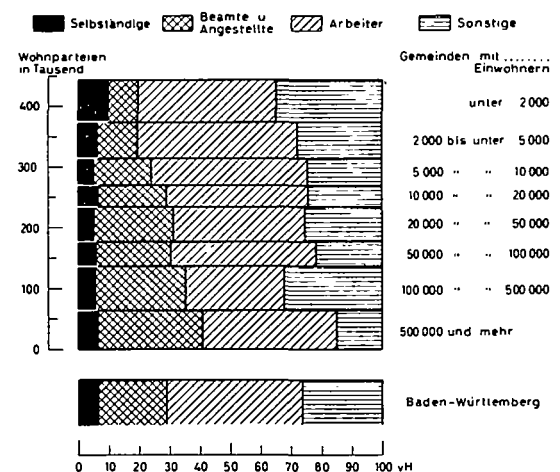


Tabelle 23

Die Wohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung waren, nach Wohnparteiengröße und Unterkunftsart am 25. September 1956

(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Gemeindegrößenklasse Land Regierungsbezirk	Insgesamt				Von den Wohnparteien waren								
	Wohnparteien		Personen		Untermieter in Normal- wohnungen		Wohnparteien außerh. von Nor- malwohnungen		Untermieter in Normal- wohnungen		Wohnparteien außerh. von Nor- malwohnungen		
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	ins- gesamt	darunter Einper- sonen- wohn- parteien	ins- gesamt	darunter Einper- sonen- wohn- parteien	ins- gesamt	darunter Einper- sonen- wohn- parteien	ins- gesamt	darunter Einper- sonen- wohn- parteien	
													Anzahl
Gemeinden mit . . . Einwohnern													
unter 2 000	70 720	15,93	159 110	18,99	63 130	27 730	7 590	1 200	89,27	39,21	10,73	1,70	
2 000 bis unter 5 000	59 090	13,31	120 320	14,36	52 970	28 350	6 120	820	89,64	47,98	10,36	1,39	
5 000 bis unter 10 000	45 280	10,20	87 650	10,46	38 990	23 700	6 290	860	86,11	52,34	13,89	1,90	
10 000 bis unter 20 000	34 700	7,81	65 630	7,83	28 930	18 770	5 770	750	83,37	54,09	16,63	2,16	
20 000 bis unter 50 000	58 610	13,20	100 420	11,98	53 520	36 140	5 090	1 080	91,32	61,66	8,68	1,84	
50 000 bis unter 100 000	39 210	8,83	76 680	9,15	32 560	19 810	6 650	1 190	83,04	50,52	16,96	3,03	
100 000 bis unter 500 000	72 930	16,42	127 220	15,18	66 990	42 460	5 940	1 450	91,86	58,22	8,14	1,99	
500 000 und mehr	63 490	14,30	100 970	12,05	58 790	41 990	4 700	1 140	92,60	66,14	7,40	1,80	
Baden-Württemberg	444 030	100	838 000	100	395 880	238 950	48 150	8 490	89,16	53,81	10,84	1,91	
Nordwürttemberg	205 010	46,17	381 780	45,56	181 440	111 390	23 570	4 040	88,50	54,33	11,50	1,97	
Nordbaden	111 330	25,07	219 840	26,23	99 320	54 260	12 010	2 270	89,21	48,74	10,79	2,04	
Südbaden	71 510	16,11	134 750	16,08	64 310	40 210	7 200	1 190	89,93	56,23	10,07	1,66	
Südwestfalen-Hohenzollern	56 180	12,65	101 630	12,13	50 810	33 090	5 370	990	90,44	58,90	9,56	1,76	

dieser Haushalte zulassen. Ferner wurden, um den noch möglichen Bevölkerungszuwachs und den damit verbundenen Wohnungsbedarf abschätzen zu können, bei den Ehepaaren Angaben über das Alter der Ehefrau ausgewertet. Unter den Mehrpersonenhaushalten wurden auch die sogenannten „unvollständigen“ Familien, das heißt Väter oder Mütter mit Kindern, im einzelnen nachgewiesen. Für die Eingruppierung der Wohnparteien nach ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe oder nach der sozialen Stellung war jeweils die Eigenschaft des Haushaltvorstandes maßgebend.

Wegen der erhebungstechnischen Besonderheiten und der Aussagekraft dieser auf Totalzahlen hochgerechneten, also verzehnfachten Ergebnisse, wird auf frühere Ausführungen verwiesen. Grundsätzlich sei jedoch bemerkt,

daß die ermittelten Zahlen über die Wohnparteien ohne eigene Normalwohnung keineswegs dem derzeitigen Wohnungsbedarf dieser Haushaltstypen gleichgesetzt werden dürfen. Weder alle Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen, die auf Grund der baulichen Gegebenheiten als unzureichend untergebracht angesehen werden können, noch sämtliche Untermietparteien stellen Wohnungssuchende dar, da nicht alle Mehrpersonenhaushalte eine eigene Normalwohnung anstreben und ebenso zahlreiche Einzelpersonen dem Untermietverhältnis den Vorzug geben.

Im September 1956 sind in Baden-Württemberg 444 030 Wohnparteien mit 838 000 Personen ermittelt worden, die über keine eigene Normalwohnung verfügten. Von diesen lebten 395 880 Wohnparteien (89 vH)

Tabelle 24

Die Einpersonenwohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung waren, nach Unterkunftsart und sozialer Stellung sowie nach Gemeindegrößenklassen am 25. September 1956

(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt	Davon waren					
		Untermieter in Normalwohnungen	außerhalb von Normalwohnungen untergebracht	Selbständige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Sonstige (Arbeitslose und Nichtberufstätige)
Einpersonenwohnparteien insgesamt	247 440	238 950	8 490	10 160	65 610	94 690	76 980
Davon in Gemeinden mit ... Einwohnern							
unter 2 000	28 930	27 730	1 200	1 430	3 730	10 220	13 550
2 000 bis unter 5 000	29 170	28 350	820	970	4 900	13 440	9 860
5 000 bis unter 10 000	24 560	23 700	860	880	5 790	11 100	6 790
10 000 bis unter 20 000	19 520	18 770	750	780	5 390	8 390	4 960
20 000 bis unter 50 000	37 220	36 140	1 080	1 340	10 730	14 190	10 960
50 000 bis unter 100 000	21 000	19 810	1 190	890	6 150	8 750	5 210
100 000 bis unter 500 000	43 910	42 460	1 450	1 820	13 130	10 820	18 140
500 000 und mehr	43 130	41 990	1 140	2 050	15 790	17 780	7 510
Anteil der Gemeindegrößenklassen in vH							
Einpersonenwohnparteien insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Davon in Gemeinden mit ... Einwohnern							
unter 2 000	11,7	11,6	14,2	14,1	5,7	10,8	17,6
2 000 bis unter 5 000	11,8	11,9	9,7	9,5	7,5	14,2	12,8
5 000 bis unter 10 000	9,9	9,9	10,1	8,7	8,8	11,7	8,8
10 000 bis unter 20 000	7,9	7,9	8,8	7,7	8,2	8,9	6,4
20 000 bis unter 50 000	15,0	15,1	12,7	13,2	16,3	15,0	14,2
50 000 bis unter 100 000	8,5	8,3	14,0	8,7	9,4	9,2	6,8
100 000 bis unter 500 000	17,8	17,8	17,1	17,9	20,0	11,4	23,6
500 000 und mehr	17,4	17,5	13,4	20,2	24,1	18,8	9,8
Anteil der Unterkunftsarten und Sozialgruppen in vH							
Einpersonenwohnparteien insgesamt	100	96,6	3,4	4,1	26,5	38,3	31,1
Davon in Gemeinden mit ... Einwohnern							
unter 2 000	100	95,9	4,1	5,0	12,9	35,3	46,8
2 000 bis unter 5 000	100	97,2	2,8	3,3	16,8	46,1	33,8
5 000 bis unter 10 000	100	96,5	3,5	3,6	23,6	45,2	27,6
10 000 bis unter 20 000	100	96,2	3,8	4,0	27,6	43,0	25,4
20 000 bis unter 50 000	100	97,1	2,9	3,6	28,8	38,1	29,5
50 000 bis unter 100 000	100	94,3	5,7	4,2	29,3	41,7	24,8
100 000 bis unter 500 000	100	96,7	3,3	4,2	29,9	24,6	41,3
500 000 und mehr	100	97,4	2,6	4,8	36,6	41,2	17,4

als Untermieter in Normalwohnungen; die übrigen Haushalte (48 150) waren noch in Notwohnungen untergebracht oder als Wohnungslose in „Anstalten“ eingewiesen, zu welchen auch die verschiedensten Lager zählten. Nahezu die Hälfte (46 vH) der Wohnparteien ohne eigene Wohnung fand sich in Nordwürttemberg (205 010 Haushalte), ein Viertel in Nordbaden (11 330 Haushalte). Für Südwürttemberg-Hohenzollern lag die entsprechende Quote mit 13 vH (56 180 Haushalte) etwas unter dem für Südbaden ermittelten Anteil von 16 vH (71 510 Haushalte). Das Verhältnis zwischen den Wohnparteien in Normalwohnungen und den Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen glich in den beiden nördlichen Regierungsbezirken dem Landesdurchschnitt. Von 100 Haushalten ohne eigene Wohnung waren in Nordwürttemberg und in Nordbaden je 11 in Notwohnungen, Anstalten oder Lagern untergebracht. Demgegenüber überstieg der Anteil der als Untermieter in Normalwohnungen lebenden Haushalte in Südbaden und in Südwürttemberg-Hohenzollern die für das Land errechnete Verhältniszahl geringfügig; hier hatten nur noch 10 vH der Haushalte eine Unterkunft außerhalb von Normalwohnungen.

Eine Aufteilung derjenigen Wohnparteien, die im Herbst 1956 nicht Inhaber von Normalwohnungen waren, auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen läßt erkennen, daß 136 420 Haushalte, das sind mehr als 30 vH aller gezählten Wohnparteien, in den Großstädten (Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern) lebten. Auf die Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern entfielen rund 71 000 Wohnparteien (17 vH). Gleich stark besetzt waren die Gemeindegrößenklassen von 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern und von 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern, wo jeweils rund 59 000 Haushalte (13 vH) gezählt worden sind. Bemerkenswert ist, daß sich in den Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern (rund 35 000 Haushalte oder 8 vH) sowie in den Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern (rund 39 000 Haushalte oder 9 vH) die geringste Zahl an Haushalten ohne eigene Wohnung findet. Die Struktur der Wohnparteien innerhalb der einzelnen Gemeindegrößenklassen ist recht verschieden. Während in den Großstädten die Einpersonenhaushalte und unter diesen wieder die jüngeren Einzelpersonen (Studenten, Schüler usw.) als typische Untermieter überwiegen, wohnen in

den kleinen Gemeinden in der Mehrzahl Haushalte mit zwei und mehr Personen.

a) Einpersonenzohnparteien

Unter den Ende 1956 erfaßten 440 030 Wohnparteien ohne eigene Normalwohnung befanden sich 56 vH Einpersonenzohnparteien. Von diesen 247 440 Einzelpersonen waren nahezu 97 vH Untermieter in Normalwohnungen; 8 490 Einpersonenhaushalte hatten ihre Unterkunft außerhalb von Normalwohnungen. Typisch für die Einpersonenzohnparteien, die über keine eigene Wohnung verfügen, ist einerseits das Untermietverhältnis und andererseits der Familienstand der darin einbezogenen Personen. Der Anteil der Ledigen, Verwitweten und Geschiedenen betrug 95 vH. Die Zahl der verheirateten Einzelpersonen, die aus vielfachen Gründen — überwiegend wohl aus Wohnungsmangel am Ort des Arbeitsplatzes — von der Familie getrennt lebten, belief sich auf 13 170 (5 vH). Am Zählungstichtag stand die Mehrzahl der ledigen, verwitweten und geschiedenen Einzelpersonen ohne eigene Normalwohnung im berufstätigen Alter. In der Unterscheidung nach der überwiegenden Einkommensquelle ergab sich, daß nicht ganz zwei Drittel der Einpersonenzohnparteien (157 920) Erwerbseinkommen hatten und daß über drei Zehntel der Wohnparteien (74 150) Renten oder öffentliche und private Unterstützungen bezogen. Verschwindend klein war die Zahl der Parteien, die von sonstigen Einkommen, das aus Vermietung, Verpachtung, Kapitalbesitz u. a. m. stammt, lebten; sie bezifferte sich auf 2200 und machte damit noch nicht einmal 1 vH aller erfaßten Einpersonenzohnparteien aus.

Eine Aufgliederung der in Normalwohnungen lebenden Untermieter nach den Merkmalsgruppen der Wohnungstatistik 1956/57 läßt erkennen, daß sich die alleinstehenden Untermieter auf die verschiedenen Wohnparteiendtypen gleichermaßen verteilen wie die Wohnparteien insgesamt. Überwiegend von Erwerbseinkommen lebten 154 130 Untermietparteien (65 vH); Versorgungsleistungen kamen 70 360 Haushalten (29 vH) zugute, während rund 14 000 Personen (6 vH) als Verheiratete und als Bezieher sonstiger Einkommen ausgewiesen wurden. Eine Untergliederung der Erwerbstätigen nach dem Alter zeigt, daß bei diesem Wohnparteiendtyp zu mehr als drei Viertel die Jahrgänge unter

Tabelle 25

Die Einpersonenzohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung waren, nach Wohnparteiendtyp und sozialer Stellung am 25. September 1956 (10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Wohnparteiendtyp	Selbstständige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Sonstige (Arbeitslose und Nichtberufstätige)	Selbstständige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Sonstige (Arbeitslose und Nichtberufstätige)	Selbstständige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Sonstige (Arbeitslose und Nichtberufstätige)
	Grundzahlen				Anteil der Wohnparteiendtypen in vH				Anteil der Sozialgruppen in vH			
Einpersonenzohnparteien insgesamt ..	10 160	65 610	94 690	76 980	100	100	100	100	4,1	26,5	38,3	31,1
Ledige, verwitwete, geschiedene												
Einzelpersonen ..	9 180	60 230	88 200	74 460	90,4	91,8	93,2	96,7	4,0	25,9	38,0	32,1
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben ..	8 900	59 600	87 860	1 560	96,9	99,0	99,6	2,1	5,6	37,8	55,6	1,0
bis 45 Jahre alt ..	3 500	43 700	62 720	830	39,3	73,3	71,4	53,2	3,2	39,4	56,6	0,8
über 45 Jahre alt ..	5 400	15 900	25 140	730	60,7	26,7	28,6	46,8	11,4	33,7	53,3	1,6
Männer ..	3 250	7 950	16 010	300	60,2	50,0	63,7	41,1	11,8	28,9	58,2	1,1
Frauen ..	2 150	7 950	9 130	430	39,8	50,0	36,3	58,9	10,9	40,4	46,5	2,2
Parteien, die von Renten, Pensionen ¹⁾ leben ..	280	630	340	72 900	3,1	1,0	0,4	97,9	0,4	0,8	0,5	98,3
Männer ..	120	290	120	22 430	42,9	46,0	35,3	30,8	0,5	1,3	0,5	97,7
Frauen ..	160	340	220	50 470	57,1	54,0	64,7	69,2	0,3	0,7	0,4	98,6
Parteien, die von sonstigen Einkommen ²⁾ leben ..	50	380	500	1 270	0,5	0,6	0,5	1,7	2,3	17,3	22,7	57,7
Verheiratete Einzelpersonen ..	930	5 000	5 990	1 250	9,1	7,6	6,3	1,6	7,0	38,0	45,5	9,5

¹⁾ Einschließlich Versorgungsleistungen sowie öffentlicher und privater Unterstützungen. — ²⁾ Überwiegend aus Vermietung, Verpachtung und Kapitalbesitz.

45 Jahre vertreten sind. Bei den über 45 Jahre alten Berufstätigen kamen auf 58 Männer 42 Frauen. Im Gegensatz hierzu fanden sich unter den Rentnern weit mehr Frauen als Männer. Daß im September 1956 unter 100 Empfängern von Versorgungsbezügen 69 Frauen waren, ist nicht zuletzt durch den großen Anteil der nicht mehr erwerbsfähigen Kriegerwitwen bedingt.

Eine Untergliederung der 8 490 Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen nach Wohnparteiendtypen läßt wegen der geringen Besetzung der Tabellenfelder selbst auf Landesebene keine endgültigen Aussagen zu. Gegenüber den Wohnparteien in Normalwohnungen sind jedoch bei den im Herbst 1956 noch in Notwohnungen, Anstalten und Lagern untergebrachten Einzelpersonen die Erwerbstätigen und die Rentner gleich stark vertreten (jeweils 45 vH).

Von den 247 440 Einpersonenzohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung waren, lebten 12 vH in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, dagegen 35 vH in Großstädten. Die stärkste Konzentration fand sich demnach in den Städten, in denen auch unter völlig normalen Wohnverhältnissen ein erheblicher Teil von Alleinstehenden in Untermiete wohnt. Im Zusammenhang hiermit und in bezug auf den mutmaßlichen

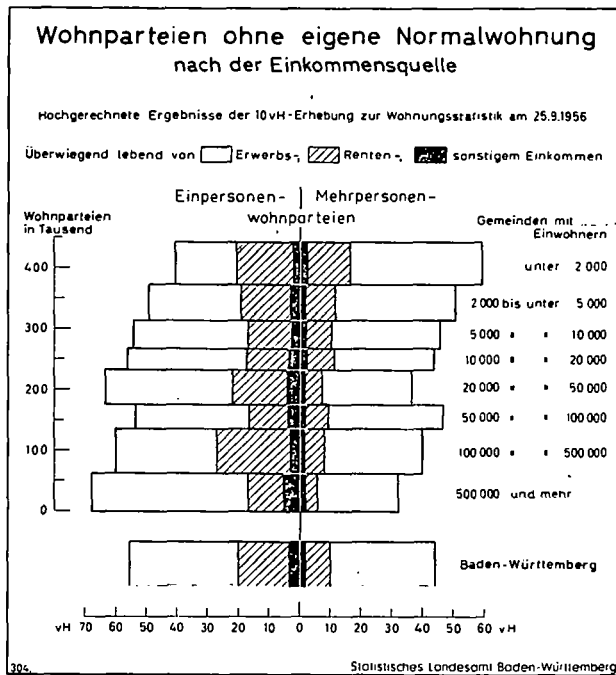
Wohnungsbedarf dieser Haushalte interessiert die Aufgliederung nach der sozialen Stellung. Bei den Einpersonenzohnparteien überwogen die Arbeiter (38 vH); dieser Gruppe von insgesamt 94 690 Personen sind auch die Lehrlinge zugerechnet worden. Daß die Nichtberufstätigen beinahe ein Drittel der erfaßten Einpersonenzohnparteien ohne eigene Wohnung ausmachten, ist auf die relativ große Zahl von Studenten und Schülern zurückzuführen, die gemeinsam mit den Rentnern und Arbeitslosen ausgewiesen wurden. Verhältnismäßig gering vertreten waren die Selbstständigen (4 vH), während die alleinstehenden Beamten und Angestellten mit mehr als einem Viertel am Bestand der untersuchten Haushalte ohne eigene Wohnung beteiligt waren. Ausschlaggebend für die starke Belegung dieser Gruppe war die große Zahl der Beamten und Angestellten, die aus Wohnungsmangel einen zweiten Wohnsitz inne hatten. In den Großstädten wohnten mehr als zwei Fünftel der erfaßten Beamten und Angestellten und nicht ganz zwei Fünftel der Selbstständigen. Die besseren Arbeitsmöglichkeiten für Fachkräfte in den Städten drücken sich in der hohen Quote der Arbeiter (30 vH) aus, anteilsteigernd wirkten bei den Nichtberufstätigen (33 vH) in den Großstädten die Studierenden an Hoch- und Fachschulen.

Tabelle 26

Die Mehrpersonenzohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung waren, nach Unterkunftsart, Wohnparteiendtyp und Wohnparteiengröße am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Wohnparteiendtyp	Insgesamt		Davon mit ... Personen							
			2		3		4		5 und mehr	
	Anzahl	in vH	Anzahl	in vH d. Sp. 1	Anzahl	in vH d. Sp. 1	Anzahl	in vH d. Sp. 1	Anzahl	in vH d. Sp. 1
Untermietparteien in Normalwohnungen										
Mehrpersonenzohnparteien insgesamt	156 930	100	74 570	47,5	48 330	30,8	23 690	15,1	10 340	6,6
Ehepaare allein oder mit weiteren Personen ¹⁾	124 950	79,6	51 860	41,5	41 870	33,5	21 800	17,5	9 420	7,5
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	109 620	87,7	39 770	36,3	39 910	36,4	20 990	19,1	8 950	8,2
Frauen bis 45 Jahre alt	92 030	84,0	30 010	32,6	35 720	38,8	18 710	20,3	7 590	8,3
Frauen über 45 Jahre alt	17 590	16,0	9 760	55,5	4 190	23,8	2 280	13,0	1 360	7,7
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	15 330	12,3	12 090	78,9	1 960	12,8	810	5,3	470	3,0
Frauen bis 45 Jahre alt	2 020	13,2	610	30,2	670	33,2	410	20,3	330	16,3
Frauen über 45 Jahre alt	13 310	86,8	11 480	86,2	1 290	9,7	400	3,0	140	1,1
Väter mit Kindern ³⁾ , auch mit weiteren Personen ¹⁾	3 620	2,3	2 580	71,3	800	22,1	160	4,4	80	2,2
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	1 960	54,1	1 420	72,4	420	21,4	60	3,1	60	3,1
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	1 660	45,9	1 160	69,9	380	22,9	100	6,0	20	1,2
Mütter mit Kindern ³⁾ , auch mit weiteren Personen ¹⁾	22 480	14,3	14 960	66,6	5 180	23,0	1 660	7,4	680	3,0
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	12 170	54,1	8 560	70,3	2 690	22,1	650	5,4	270	2,2
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	10 310	45,9	6 400	62,1	2 490	24,1	1 010	9,8	410	4,0
Sonstige Mehrpersonenzohnparteien	5 880	3,8	5 170	87,9	480	8,2	70	1,2	160	2,7
Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen										
Mehrpersonenzohnparteien insgesamt	39 660	100	11 700	29,5	9 720	24,5	8 550	21,6	9 690	24,4
Ehepaare allein oder mit weiteren Personen ¹⁾	30 380	76,6	7 430	24,7	7 450	24,5	7 190	23,7	8 310	27,4
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	25 070	82,5	5 010	20,0	6 240	24,9	6 620	26,4	7 200	28,7
Frauen bis 45 Jahre alt	16 890	67,4	2 550	15,1	4 130	24,5	5 000	29,6	5 210	30,8
Frauen über 45 Jahre alt	8 180	32,6	2 460	30,1	2 110	25,8	1 620	19,8	1 990	24,3
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	5 310	17,5	2 420	45,6	1 210	22,8	570	10,7	1 110	20,9
Frauen bis 45 Jahre alt	1 400	26,4	240	17,1	270	19,3	310	22,2	580	41,4
Frauen über 45 Jahre alt	3 910	73,6	2 180	55,8	940	24,0	260	6,6	530	13,6
Väter mit Kindern ³⁾ , auch mit weiteren Personen ¹⁾	570	1,4	280	49,1	140	24,6	90	15,8	60	10,5
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	320	56,1	110	34,4	110	34,4	60	18,7	40	12,5
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	250	43,9	170	68,0	30	12,0	30	12,0	20	8,0
Mütter mit Kindern ³⁾ , auch mit weiteren Personen ¹⁾	6 780	17,1	2 850	42,0	1 970	29,1	1 130	16,7	830	12,2
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	2 860	42,2	1 320	46,2	850	29,7	400	14,0	290	10,1
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	3 920	57,8	1 530	39,0	1 120	28,6	730	18,6	540	13,8
Sonstige Mehrpersonenzohnparteien	1 930	4,9	1 140	59,1	160	8,3	140	7,2	490	25,4
Wohnparteien insgesamt										
Mehrpersonenzohnparteien insgesamt	196 590	100	86 270	43,9	58 050	29,5	32 240	16,4	20 030	10,2
Ehepaare allein oder mit weiteren Personen ¹⁾	155 330	79,0	59 290	38,2	49 320	31,7	28 990	18,7	17 730	11,4
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	134 690	86,7	44 780	33,2	46 150	34,3	27 610	20,5	16 150	12,0
Frauen bis 45 Jahre alt	108 920	80,9	32 560	29,9	39 850	36,6	23 710	21,8	12 800	11,7
Frauen über 45 Jahre alt	25 770	19,1	12 220	47,4	6 300	24,5	3 900	15,1	3 350	13,0
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	20 640	13,3	14 510	70,3	3 170	15,4	1 380	6,7	1 580	7,6
Frauen bis 45 Jahre alt	3 420	16,6	850	24,9	940	27,5	720	21,0	910	26,6
Frauen über 45 Jahre alt	17 220	83,4	13 660	79,3	2 230	13,0	660	3,8	670	3,9
Väter mit Kindern ³⁾ , auch mit weiteren Personen ¹⁾	4 190	2,1	2 860	68,3	940	22,4	250	6,0	140	3,3
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	2 280	54,4	1 530	67,1	530	23,2	120	5,3	100	4,4
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	1 910	45,6	1 330	69,6	410	21,5	130	6,8	40	2,1
Mütter mit Kindern ³⁾ , auch mit weiteren Personen ¹⁾	29 260	14,9	17 810	60,9	7 150	24,4	2 790	9,5	1 510	5,2
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	15 030	51,4	9 880	65,7	3 540	23,6	1 050	7,0	560	3,7
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	14 230	48,6	7 930	55,7	3 610	25,4	1 740	12,2	950	6,7
Sonstige Mehrpersonenzohnparteien	7 810	4,0	6 310	80,8	640	8,2	210	2,7	650	8,3

¹⁾ Ohne Wohnparteien, deren Gesamteinkommen überwiegend aus Vermietung, Verpachtung, Kapitalbesitz usw. stammt. — ²⁾ Einschließlich Versorgungsleistungen sowie öffentlicher und privater Unterstützungen. — ³⁾ Kinder gleich welchen Alters.



b) Mehrpersonenwohnparteien

Am Zählungstichtag verfügten in Baden-Württemberg 196 590 Mehrpersonenhaushalte über keine eigene Normalwohnung. Bei vier Fünfteln dieser Wohnparteien handelte es sich um Mieter in Normalwohnungen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Wohnparteien, die ohne Normalwohnung waren, ist nicht ganz so groß wie bei den Einpersonenzohnparteien. Den 156 930 Mietern standen 39 660 Familien in Notwohnungen, Anstalten und Lagern gegenüber; es wohnte also noch jeder fünfte der erfaßten wohnungslosen Haushalte außerhalb von Normalwohnungen. Von den Einzelpersonen und von den Mehrpersonenhaushalten lebten 12 vH bzw. 21 vH in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern

und 35 vH bzw. 25 vH in Großstädten. Offensichtlich fanden die Mehrpersonenzohnparteien auf dem Lande bessere Unterkommensmöglichkeiten — als Mieter in den im Durchschnitt größeren Wohnungen — als in den Städten. Auch die verhältnismäßig niedrigeren Mieten in ländlichen Gemeinden dürften für die Wahl des Wohnsitzes der wohnungslosen Mehrpersonenhaushalte maßgebend gewesen sein.

Eine Unterscheidung der Mehrpersonenhaushalte nach Wohnparteiart zeigt das zahlenmäßige Übergewicht der Ehepaare, die allein oder mit weiteren Personen zusammenleben (79 vH). Von diesen 155 330 Haushalten bestritten nahezu 87 vH am Zählungstichtag ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbseinkommen. Mit nur 20 640 Wohnparteien war der Anteil der Rentner und Unterstützungsempfänger bei den Ehepaaren verhältnismäßig klein (13 vH). Unter den im Erwerbsleben stehenden Ehepaaren befanden sich mehr als vier Fünftel Haushalte mit Frauen im Alter unter 45 Jahren. Bei den im Erwerbsleben stehenden jüngeren Ehepaaren ohne Kinder (32 560 Zweipersonenhaushalte) dürfte es sich zum großen Teil um Jungverheiratete handeln, die wegen Wohnungsmangel noch in der elterlichen Wohnung lebten. Die größeren Familien ohne eigene Normalwohnung setzten sich hauptsächlich aus Haushalten mit drei Personen zusammen. Der Anteil dieser Haushaltskategorie betrug mehr als ein Drittel aller gezählten erwerbstätigen jüngeren Ehepaare.

Beachtlich ist die Anzahl der Ehepaare mit Frauen, die das 45. Lebensjahr überschritten haben. Anteilsmäßig war dieser Haushaltstyp unter den im Berufsleben stehenden Wohnparteien mit 19 vH vertreten. Nicht ganz die Hälfte dieser erwerbstätigen älteren Ehepaare (12 220) führte einen kinderlosen Haushalt. Naturgemäß herrschen bei den Wohnparteien, die von Renten, Pensionen oder Unterstützungen leben, die älteren Familien vor und unter diesen wieder die Ehepaare ohne weiteren Anhang. In der Aufgliederung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes waren bei den älteren Ehepaaren gegen-

Tabelle 27

Die Mehrpersonenzohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung waren, nach Wohnparteiart und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Wohnparteiart	Selbstständige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Sonstige (Arbeitslose und Nichtberufstätige)	Selbstständige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Sonstige (Arbeitslose und Nichtberufstätige)	Selbstständige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Sonstige (Arbeitslose und Nichtberufstätige)
	Grundzahlen				Anteil der Wohnparteiarten in vH				Anteil der Sozialgruppen in vH			
Mehrpersonenzohnparteien insgesamt	17 810	34 100	103 980	40 700	100	100	100	100	9,1	17,3	52,9	20,7
Ehepaare allein oder mit weiteren Personen ¹⁾	15 790	28 180	90 110	21 250	88,7	82,6	86,7	52,2	10,2	18,1	58,0	13,7
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	15 640	27 850	89 890	1 310	99,1	98,8	99,8	6,2	11,6	20,7	66,7	1,0
Frauen bis 45 Jahre alt	11 700	23 290	73 360	570	74,8	83,6	81,6	43,5	10,7	21,4	67,4	0,5
Frauen über 45 Jahre alt	3 940	4 560	16 530	740	25,2	16,4	18,4	56,5	15,3	17,7	64,1	2,9
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	150	330	220	19 940	0,9	1,2	0,2	93,8	0,7	1,6	1,1	96,6
Frauen bis 45 Jahre alt	50	120	150	3 100	33,3	36,4	68,2	15,5	1,5	3,5	4,4	90,6
Frauen über 45 Jahre alt	100	210	70	16 840	66,7	63,6	31,8	84,5	0,6	1,2	0,4	97,8
Väter mit Kindern ³⁾ , auch mit weiteren Personen ¹⁾	300	1 250	1 390	1 250	1,7	3,7	1,3	3,1	7,2	29,8	33,2	29,8
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	300	490	1 380	110	100	39,2	99,3	8,8	13,2	21,5	60,5	4,8
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	—	760	10	1 140	—	60,8	0,7	91,2	—	39,8	0,5	59,7
Mütter mit Kindern ³⁾ , auch mit weiteren Personen ¹⁾	1 220	3 380	9 500	15 160	6,8	9,9	9,1	37,2	4,2	11,5	32,5	51,8
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	1 130	3 270	9 290	1 340	92,6	96,7	97,8	8,8	7,5	21,8	61,8	8,9
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	90	110	210	13 820	7,4	3,3	2,2	91,2	0,6	0,8	1,5	97,1
Sonstige Mehrpersonenzohnparteien	500	1 290	2 980	3 040	2,8	3,8	2,9	7,5	6,4	16,5	38,2	38,9

¹⁾ Ohne Wohnparteien, deren Gesamteinkommen überwiegend aus Vermietung, Verpachtung, Kapitalbesitz usw. stammt. — ²⁾ Einschließlich Versorgungsleistungen sowie öffentlicher und privater Unterstützungen. — ³⁾ Kinder gleich weichen Alters.

über den jüngeren die Selbständigen stärker vertreten; gleichwohl überwogen auch in dieser Gruppe die Arbeiter. Bei den von Erwerbseinkommen lebenden Wohnparteien waren die größeren Haushalte zahlreicher.

Von Interesse für die Sozialpolitik dürfte die Gruppe der sogenannten „unvollständigen“ Familien, das heißt der Väter oder Mütter mit Kindern sein. Mit insgesamt 33 450 Wohnparteien belief sich ihr Anteil an allen wohnungslosen Mehrpersonenwohnparteien auf 17 vH. Unter diesen befanden sich 29 260 Mütter mit Kindern. Daß dieser Wohnparteiartyp überwiegt (87 vH), ist wohl nicht zuletzt eine Folge der Kriegsverluste. Bei den unvollständigen Familien waren die Erwerbstätigen häufiger als die Rentenempfänger.

Nach der Größenordnung der Haushalte setzten sich drei Viertel aller Mehrpersonenhaushalte ohne eigene Normalwohnung aus Familien mit zwei oder drei Personen zusammen. Der Anteil der Zweipersonenwohnparteien war bei allen Wohnparteiartypen im Untermietverhältnis durchweg größer als bei den Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen. Da bei den Haushalten dieser Größenordnung die Ehepaare — und unter diesen wieder die jüngeren, die vom Erwerbseinkommen leben — überwogen, besteht hier wohl der dringlichste Wohnungsbedarf. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß die Zahl der Wohnungssuchenden dieses Typs durch Zuwanderung und Eheschließung einerseits und durch Geburtenzugänge andererseits weiterhin zunehmen wird.

Gewisse Rückschlüsse auf den Wohnungsbedarf lassen sich auch aus der Verteilung der erfaßten Wohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung waren, auf die Gemeindegrößenklassen des Landes ziehen. Von den Mehrpersonenwohnparteien insgesamt wohnte etwa ein Viertel in den Großstädten, wogegen in den kleinen Landgemeinden (bis 2 000 Einwohner) mehr als ein

Fünftel der Haushalte ohne eigene Wohnung Unterkunft gefunden hatte. Die gesonderte Auswertung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes führte zu dem Ergebnis, daß 43 vH der Beamten- und Angestelltenwohnparteien und 23 vH der Selbständigen in der Großstadt lebten. Der Anteil der Selbständigen im Untermietverhältnis und in Unterkünften außerhalb von Normalwohnungen lag in den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern bei 30 vH und somit über der für Arbeiterhaushalte errechneten Quote von 21 vH. Nur wenig höher ist der Anteil der Arbeiterwohnparteien (22 vH), die in den Großstädten noch keine eigene Nor-

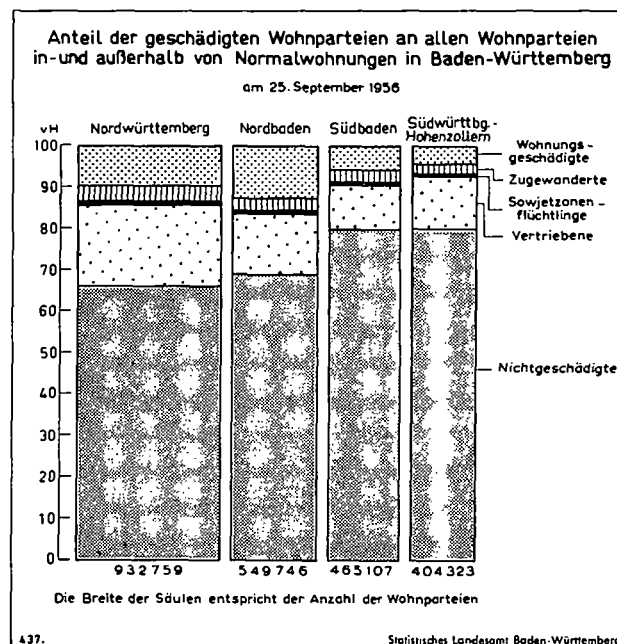


Tabelle 28

Die Mehrpersonenwohnparteien, die nicht Inhaber einer Normalwohnung waren, nach Unterkunftsart und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes sowie nach Gemeindegrößenklassen am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hoch gerechnete Ergebnisse)

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt	Davon waren					
		Untermieter in Normalwohnungen	außerhalb von Normalwohnungen untergebracht	Selbständige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Sonstige (Arbeitslose und Nichtberufstätige)
Mehrpersenwohnparteien insgesamt	196 590	156 930	39 660	17 810	34 100	103 980	40 700
Davon in Gemeinden mit ... Einwohnern							
unter 2 000	41 790	35 400	6 390	5 400	3 270	21 900	11 220
2 000 bis unter 5 000	29 920	24 620	5 300	2 700	2 940	17 650	6 630
5 000 bis unter 10 000	20 720	15 290	5 430	1 390	2 830	12 150	4 350
10 000 bis unter 20 000	15 180	10 160	5 020	1 390	2 440	7 800	3 550
20 000 bis unter 50 000	21 390	17 380	4 010	1 600	4 540	11 320	3 930
50 000 bis unter 100 000	18 210	12 750	5 460	1 310	3 460	10 010	3 430
100 000 bis unter 500 000	29 020	24 530	4 490	2 100	8 520	12 950	5 450
500 000 und mehr	20 360	16 800	3 560	1 920	6 100	10 200	2 140
Anteil der Gemeindegrößenklassen in vH							
Mehrpersenwohnparteien insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Davon in Gemeinden mit ... Einwohnern							
unter 2 000	21,3	22,6	16,1	30,3	9,6	21,1	27,6
2 000 bis unter 5 000	15,2	15,7	13,4	15,2	8,6	17,0	16,3
5 000 bis unter 10 000	10,5	9,7	13,7	7,8	8,3	11,7	10,7
10 000 bis unter 20 000	7,7	6,5	12,6	7,8	7,2	7,5	8,7
20 000 bis unter 50 000	11,1	11,1	10,1	9,0	13,3	10,9	9,6
50 000 bis unter 100 000	9,3	8,1	13,8	7,3	10,1	9,6	8,4
100 000 bis unter 500 000	14,8	15,6	11,3	11,8	25,0	12,4	13,4
500 000 und mehr	10,3	10,7	9,0	10,8	17,9	9,8	5,3
Anteil der Unterkunftsarten und Sozialgruppen in vH							
Mehrpersenwohnparteien insgesamt	100	79,8	29,2	9,1	17,3	52,9	20,7
Davon in Gemeinden mit ... Einwohnern							
unter 2 000	100	84,7	15,3	12,9	7,8	52,4	26,9
2 000 bis unter 5 000	100	82,3	17,7	9,0	9,8	59,0	22,2
5 000 bis unter 10 000	100	73,8	26,2	6,7	13,7	58,6	21,0
10 000 bis unter 20 000	100	66,9	33,1	9,1	16,1	51,4	23,4
20 000 bis unter 50 000	100	81,3	18,7	7,5	21,2	52,9	18,4
50 000 bis unter 100 000	100	70,0	30,0	7,2	19,0	55,0	18,8
100 000 bis unter 500 000	100	84,5	15,5	7,2	29,4	44,6	18,8
500 000 und mehr	100	82,5	17,5	9,4	30,0	50,1	10,5

Tabelle 29

Die Wohnparteien der Geschädigtengruppe¹⁾, die nicht Inhaber einer Normalwohnung waren, nach Unterkunftsart und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes sowie nach Gemeindegrößenklassen am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt	Davon waren					Sonstige (Arbeitslose und Nicht- berufstätige)
		Untermieter in Normal- wohnungen	außerhalb von Normal- wohnungen untergebracht	Selbständige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	
Alle Wohnparteien							
Wohnparteien insgesamt	142 040	122 410	19 630	6 880	24 280	58 900	51 980
Davon in Gemeinden mit ... Einwohnern							
unter 2 000	26 120	23 100	3 020	830	1 630	10 640	13 020
2 000 bis unter 5 000	21 200	18 570	2 630	820	1 860	9 980	8 740
5 000 bis unter 10 000	15 050	12 500	2 550	480	1 840	7 160	5 570
10 000 bis unter 20 000	11 220	8 880	2 340	650	1 830	4 790	3 950
20 000 bis unter 50 000	15 580	13 820	1 760	770	3 060	6 690	5 060
50 000 bis unter 100 000	14 890	11 480	3 410	1 010	2 870	6 640	4 370
100 000 bis unter 500 000	19 520	17 380	2 140	1 300	5 120	5 570	7 530
500 000 und mehr	18 460	16 680	1 780	1 220	6 070	7 430	3 740
Darunter Mehrpersonenwohnparteien							
Wohnparteien insgesamt	71 410	54 340	17 070	3 930	8 970	35 590	22 920
Davon in Gemeinden mit ... Einwohnern							
unter 2 000	16 180	13 530	2 650	570	800	7 960	6 850
2 000 bis unter 5 000	11 190	8 840	2 350	380	740	6 130	3 940
5 000 bis unter 10 000	7 630	5 460	2 170	280	610	4 330	2 410
10 000 bis unter 20 000	5 710	3 580	2 130	400	630	2 850	1 830
20 000 bis unter 50 000	6 990	5 390	1 600	420	1 000	3 630	1 940
50 000 bis unter 100 000	7 880	4 910	2 970	570	1 220	4 050	2 040
100 000 bis unter 500 000	8 750	7 050	1 700	690	2 080	3 310	2 670
500 000 und mehr	7 080	5 580	1 500	620	1 890	3 330	1 240
Anteil der Wohnparteien insgesamt nach Unterkunftsarten und Sozialgruppen in vH							
Wohnparteien insgesamt	100	86,2	13,8	4,8	17,1	41,5	36,6
Davon in Gemeinden mit ... Einwohnern							
unter 2 000	100	88,4	11,6	3,2	6,2	40,7	49,9
2 000 bis unter 5 000	100	87,6	12,4	2,9	8,8	47,1	41,2
5 000 bis unter 10 000	100	83,1	16,9	3,2	12,2	47,6	37,0
10 000 bis unter 20 000	100	79,1	20,9	5,8	16,3	42,7	35,2
20 000 bis unter 50 000	100	88,7	11,3	5,0	19,6	42,9	32,5
50 000 bis unter 100 000	100	77,1	22,9	6,8	19,3	44,6	29,3
100 000 bis unter 500 000	100	89,0	11,0	6,7	26,2	28,5	38,6
500 000 und mehr	100	90,4	9,6	6,6	32,9	40,2	20,3

¹⁾ Vertriebene — einschließlich Sowjetzonenflüchtlinge, aber ohne Zugewanderte — und Wohnungsgeschädigte.

malwohnung besaßen. Von den überwiegend von Renten und Unterstützungen lebenden Haushalten hatte weniger als ein Fünftel ein Unterkommen in den Großstädten gefunden; dagegen wohnte stark ein Viertel von ihnen auf dem Lande. Bei diesen Wohnparteien handelt es sich wohl vielfach um sogenannte „Altenteiler“, die zwar einen eigenen Haushalt führen, jedoch bei ihren Kindern, die den landwirtschaftlichen Betrieb übernommen haben, wohnen. Von nicht geringer Bedeutung sind für diesen Personenkreis auch die in den ersten Nachkriegsjahren erfolgten Einweisungen von Vertriebenen, die inzwischen in das Rentenalter gekommen sind und ihre Wohnung nicht mehr wechseln wollten oder konnten. Im Gegensatz hierzu wurden den im Erwerbsleben stehenden jüngeren Familien im Rahmen der Flüchtlingsumsiedlung Arbeitsplätze und damit auch Wohnungen vermittelt.

c) Wohnparteien von Geschädigten

Werden die Wohnparteien ohne eigene Normalwohnung noch nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe unterschieden, so zeigt sich, daß fast ein Drittel (142 040) der untersuchten Haushalte zu den „Geschädigten“, das heißt zu den Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlingen und sonstigen Wohnungsgeschädigten, insbesondere Ausgebombten, gehört. Im Vergleich zu den Einzelpersonen sind die geschädigten Mehrpersonenwohnparteien zahlreicher vertreten: Auf 100 Familien ohne eigene Normalwohnung kamen 36 Geschädigte, auf 100 Einzelpersonen knapp 29.

Unter den geschädigten Wohnparteien befanden sich nahezu gleich viel Einpersonenhaushalte (70 630) wie Mehrpersonenhaushalte (71 410). Während von den alleinstehenden Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlingen

Tabelle 30

Die Einpersonenvohnparteien der Geschädigtengruppe¹⁾, die nicht Inhaber einer Normalwohnung waren, nach Wohnparteiartyp und sozialer Stellung am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Wohnparteiartyp	Insgesamt		Anteil in vH der Spalte 1			
	Anzahl	vH	Selbständige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Sonstige (Arbeitslose und Nicht- berufstätige)
Einpersonenvohnparteien insgesamt	70 630	100	4,2	21,7	33,0	41,1
Darunter						
Ledige, verwitwete, geschiedene Einzelpersonen	66 050	93,5	3,9	21,1	32,3	42,7
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	37 810	57,2	6,6	36,4	56,0	1,0
bis 45 Jahre alt	23 350	33,2	3,7	39,0	56,9	0,4
über 45 Jahre alt	14 460	20,6	11,4	32,1	54,6	1,9
Männer	7 880	11,2	11,2	26,8	60,5	1,5
Frauen	6 580	9,4	11,6	38,4	47,6	2,4
Parteien, die von Renten, Pensionen ²⁾ leben	28 240	40,0	0,3	0,8	0,4	98,5
Männer	5 610	7,9	0,9	1,4	0,5	97,2
Frauen	22 630	32,1	0,1	0,6	0,4	98,9
Parteien, die von sonstigen Einkommen ³⁾ leben	450	0,6	4,5	4,4	11,1	80,0
Verheiratete Einzelpersonen	4 130	5,8	8,7	32,2	47,2	11,9

¹⁾ Vertriebene — einschließlich Sowjetzonenflüchtlinge, aber ohne Zugewanderte — und Wohnungsgeschädigte. — ²⁾ Einschließlich Versorgungsleistungen sowie öffentlicher und privater Unterstützungen. — ³⁾ Überwiegend aus Vermietung, Verpachtung und Kapitalbesitz.

und Wohnungsgeschädigten nur noch 3 vH in Unterkünften außerhalb von Normalwohnungen lebten und damit dasselbe Verhältnis in der Unterbringung dieser Einzelhaushalte wie bei den Wohnparteien insgesamt bestand, lag der Anteil der in Notwohnungen, Lagern und Anstalten wohnhaften Mehrpersonenwohnparteien bei den Geschädigten höher (24 vH) als bei den wohnungslosen Familien insgesamt (20 vH). Am Stichtag waren von den Geschädigten Haushalten mit zwei und mehr Personen 54 340 Untermieter in Normalwohnungen, und 17 070 wohnten in Notunterkünften.

Von den geschädigten Einpersonenswohnparteien entfiel auf die Gruppe der Selbständigen der geringste Teil (4 vH), auf die Arbeiter ein Drittel und auf die Beamten und Angestellten stark ein Fünftel; der Anteil der „Sonstigen“, das heißt der arbeitslosen und nichtberufstätigen Einpersonenswohnparteien betrug zwei Fünftel. Mit 43 vH lag die Quote der Rentner und Unterstützungsempfänger bei den geschädigten Alleinstehenden beträchtlich höher als bei den Einpersonenswohnparteien insgesamt, die am 25. September 1956 nicht Inhaber einer Normalwohnung waren (30 vH).

Eine wesentlich andere Struktur wiesen die Mehrpersonenwohnparteien von Geschädigten auf. Bei diesem Wohnparteiotyp stellten die Arbeiter die Hälfte aller Haushalte. An zweiter Stelle folgten mit 32 vH die sonstigen Mehrpersonenwohnparteien. Während der Anteil der Beamten und Angestellten 13 vH betrug, waren die Selbständigen mit knapp 6 vH beteiligt. Diese Größenordnung entspricht derjenigen, die für die Mehrpersonenhaushalte insgesamt nachgewiesen wurde, jedoch mit dem Unterschied, daß bei den Geschädigten die Nichtberufstätigen wesentlich stärker vertreten waren (32 vH gegenüber 21 vH). In der Gliederung nach Wohnparteiotypen bildeten bei den geschädigten Mehrpersonenwohnparteien die überwiegend von Erwerbseinkommen lebenden Ehepaare mit Frauen im Alter bis 45 Jahre die größte Gruppe (38 vH). Die ebenfalls noch im Berufsleben stehenden Ehepaare mit über 45 Jahre alten Frauen dagegen waren mit 19 vH vertreten. Der Anteil der Mütter mit Kindern lag etwas unter einem Fünftel des Gesamtbestandes. Die Zahl der Rentner und Unterstützungsempfänger war sowohl bei der letztgenannten Gruppe (54 vH) als auch bei den älteren Ehepaaren (46 vH) besonders hoch. Für eine familiengerechte Unter-

bringung dieses Personenkreises dürften wohl vordringlich Mittel der öffentlichen Hand erforderlich sein.

Mieten

Anläßlich der Wohnungsstatistik 1956/57 sind seit der Zählung 1950 erstmals auch wieder umfangreiche preisstatische Daten für die Beurteilung des Wohnungsmarktes zusammengestellt worden, wobei besonders die Mietverhältnisse in Normalwohnungen ins Auge gefaßt wurden. Für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse von 1950 und 1956 ergeben sich jedoch auf Grund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden und andersartiger Erhebungsmassen gewisse Schwierigkeiten. Unmittelbar vergleichen lassen sich nur Teilergebnisse der Tabellen WZ 19 (1950) mit solchen aus der Totalerhebung in WS 11 a (1956). Obwohl bei der Wohnungszählung 1950 und der Wohnungsstatistik 1956/57 die Definitionen hinsichtlich der Mieten übereinstimmten, bestand doch insofern ein beachtlicher Unterschied, als 1950 die Miete vom Hauseigentümer für alle Hauptmietparteien, 1956 dagegen vom Hauptmieter selbst für die gesamte Wohnung angegeben werden mußte. Hierbei war es gleichgültig, ob die für den Stichmonat August erfragte Miete tatsächlich gezahlt worden oder schuldig geblieben war. Damit die Vergleichbarkeit der einzelnen Mietangaben gewährleistet war, mußten auch sämtliche zum Zeitpunkt der Erhebung wegen eines amortisierbaren Baukostenzuschusses oder eines Mieterdarlehens verbilligten Mieten in voller Höhe aufgeführt werden; ferner war zu beachten, daß der Mietbetrag ohne Einrechnung irgendwelcher zeitlich begrenzter, für die Erwerbung von Eigentum zu leistenden zusätzlichen Forderungen angegeben wurde. Außer Betracht kamen auch sämtliche Nebenkosten, die beispielsweise für die Benutzung von Möbeln oder anderer Einrichtungsgegenstände zu zahlen sind; ebenso blieben die Zuschläge, die für die gewerbliche Nutzung oder Untervermietung von seitens der Hauseigentümer erhoben werden, unberücksichtigt. Aus Gründen der Vergleichbarkeit der jeweiligen Mietangaben wurden jedoch alle außer der genannten Miete vom Hauptmieter noch gesondert an den Vermieter bzw. direkt an die Versorgungsbetriebe zu zahlenden Beträge für Wasserverbrauch, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenbeleuchtung und Kaminreinigung

Tabelle 31

Die Mehrpersonenwohnparteien der Geschädigtengruppe¹⁾, die nicht Inhaber einer Normalwohnung waren, nach Wohnparteiotyp und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes am 25. September 1956
(10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Wohnparteiotyp	Insgesamt		Anteil in vH der Spalte 1			
	Anzahl	vH	Selbständige	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Sonstige (Arbeitslose und Nichtberufstätige)
Mehrpersenwohnparteien insgesamt	71 410	100	5,5	12,6	49,8	32,1
Ehepaare allein oder mit weiteren Personen ²⁾	53 190	74,5	6,1	13,0	56,7	24,2
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	40 570	76,3	7,9	16,5	74,1	1,5
Frauen bis 45 Jahre alt	27 180	67,0	6,9	16,7	75,8	0,6
Frauen über 45 Jahre alt	13 390	33,0	9,9	16,2	70,8	3,1
Parteien, die von Renten, Pensionen ³⁾ leben	12 620	23,7	0,4	1,6	0,5	97,5
Frauen bis 45 Jahre alt	1 180	9,4	—	5,1	3,4	91,5
Frauen über 45 Jahre alt	11 440	90,6	0,4	1,2	0,3	98,1
Väter mit Kindern ⁴⁾ , auch mit weiteren Personen ²⁾	1 400	2,0	4,3	7,9	42,8	45,0
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	830	59,3	7,2	13,3	72,3	7,2
Parteien, die von Renten, Pensionen ³⁾ leben	570	40,7	—	—	—	100
Mütter mit Kindern ⁴⁾ , auch mit weiteren Personen ²⁾	13 310	18,6	2,9	10,7	27,5	58,9
Parteien, die von Erwerbseinkommen leben	6 080	45,7	5,9	23,0	59,4	11,7
Parteien, die von Renten, Pensionen ³⁾ leben	7 230	54,3	0,3	0,4	0,7	98,6
Sonstige Mehrpersonenwohnparteien	3 510	4,9	6,6	14,8	33,9	44,7

¹⁾ Vertriebene — einschließlich Sowjetzonenflüchtlinge, aber ohne Zugewanderte — und Wohnungsgeschädigte. — ²⁾ Ohne Wohnparteien, deren Gesamteinkommen überwiegend aus Vermietung, Verpachtung, Kapitalbesitz usw. stammt. — ³⁾ Einschließlich Versorgungsleistungen sowie öffentlicher und privater Unterstützungen. — ⁴⁾ Kinder gleich weichen Alters; auch mit weiteren Personen zusammenlebend.

erhoben. Diese Nebenleistungen des Mieters waren bei der Auswertung dem Mietbetrag zuzuschlagen, so daß letztlich für alle Mietwohnungen Angaben über die reine Miete einschließlich der Nebenleistungen vorlagen.

Tabelle 32

**Der Bestand an normalen Mietwohnungen
am 25. September 1956 und am 13. September 1950
(Totalerhebung)**

Regierungsbezirk Land	Mietwohnungen insgesamt			darunter mit Mietangaben		
	Anzahl	vH	in vH aller Normal- wohnungen	Anzahl	vH	in vH aller Miet- wohnungen
Stand am 25. September 1956						
Nordwürttemberg	422 523	38,6	57,7	379 134	38,9	89,7
Nordbaden	287 127	26,2	65,1	258 853	26,6	90,2
Südbaden	225 806	20,6	56,9	197 873	20,3	87,6
Südwestfalen- Hohenzollern ...	160 453	14,6	45,6	138 651	14,2	86,4
Baden-Württemberg	1 095 909	100,0	57,0	974 511	100,0	88,9
Stand am 13. September 1950						
Nordwürttemberg	279 192	36,8	53,3	255 201	37,3	91,4
Nordbaden	192 366	25,4	60,1	176 952	25,9	92,0
Südbaden	165 802	21,9	53,0	146 510	21,4	88,4
Südwestfalen- Hohenzollern ...	120 418	15,9	42,5	105 292	15,4	87,4
Baden-Württemberg	757 778	100,0	52,6	683 955	100,0	90,3

Zur Vermeidung zweifelhafter Mietnotierungen war von den Inhabern einer Dienst-, Werks- oder Stiftswohnung die Angabe des Mietwertes ihrer Wohnung nicht gefordert worden. Gleiches galt auch für die Inhaber sonstiger mietfreier Wohnungen, die wegen eines mit dem Eigentümer bestehenden Verwandtschaftsverhältnisses oder wegen Übernahme bestimmter Dienstleistungen unentgeltlich benutzt werden können.

Hinsichtlich des Erkenntniswertes der in der Folge berechneten Durchschnittsmieten darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß 1956 — im Gegensatz zu 1950 — die Mietwohnungen nur mittelbar erfaßt worden sind. Die Erhebung beschränkte sich vielmehr auf die Zählung der Normalwohnungen (1 921 924 Normalwohnungen einschließlich der leerstehenden 13 781) ohne Unterscheidung nach dem Wohnverhältnis mit 2 303 945 darin wohnenden Wohnparteien, getrennt nach dem Wohnverhältnis in Eigentümer, Hauptmieter und Untermieter. Durch die Gegenüberstellung von Wohnungen und Wohnungsinhabern — 1 908 143 Eigentümer und Hauptmieter — ließ sich sodann die Zahl der bewohnten Wohnungen ermitteln (Differenz = leerstehende Wohnungen).

Da allgemein unterstellt wurde, daß es sich bei den leerstehenden Wohnungen um Mietwohnungen handelt, wurden diese der Zahl der Hauptmietparteien hinzugegerechnet. Der Gesamtbestand an Mietwohnungen ist hierdurch allerdings geringfügig überhöht worden. Für 974 511 oder 88,9 vH aller 1956 erfaßten Mietwohnungen liegen brauchbare Mietangaben vor. Tatsächlich dürfte jedoch der Anteil der Mietwohnungen mit Mietangaben an allen Mietwohnungen aus vorerwähnten Gründen etwas höher sein. Daß der Prozentsatz der Mietwohnungen mit Mietangaben 1950 mit 90,3 vH größer als der für 1956 errechnete ist, ist auch durch den Verzicht auf Rückfragen bei fehlenden Mietangaben bedingt. Der Anteil der Mietwohnungen mit Mietangaben genügt jedoch, um allgemein ein der Wirklichkeit nahekommendes Bild der Mietverhältnisse in Baden-Württemberg zu vermitteln. Bei einem Vergleich von Durchschnittsraummierten einzelner Wohnungsgrößenklassen, Baualtersgruppen oder verschie-

dener Gemeinden sollte jedoch der Anteil der Mietwohnungen mit Mietangaben an allen Mietwohnungen Berücksichtigung finden, da der jeweilige Repräsentationsgrad die Ergebnisse natürlicherweise beeinflusst. Zu beachten ist weiterhin, daß im Rahmen der Totalerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57 die Mietwerte der normalen Mietwohnungen (mit Mietangaben) insgesamt, also einschließlich der Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs-, Geschäftsmietwohnungen und Wohnungen mit Dauerwohnrecht, im Rahmen der 10vH-Erhebung jedoch nur die Mietwerte der normalen reinen Mietwohnungen (Begriffserläuterung siehe S. 21) erfaßt worden sind. In allen Miettabellen sind die Wohnungen sowohl nach dem Baualter als auch nach Gemeindegrößenklassen gegliedert. Außerdem ermöglicht die Repräsentationsstatistik noch Aussagen hinsichtlich der Wohnungsgrößen (Zahl der Räume) bzw. Mietpreisstufen sowie der öffentlichen Förderung; die Totalerhebung gibt zusätzlich Aufschluß über die Wohnungsortsklassen.

1. Mietaufkommen

Die Tatsache, daß nicht für alle normalen Mietwohnungen Mietangaben gemacht wurden und somit 1950 und 1956 das effektive Mietaufkommen aller Mietwohnungen nicht ermittelt werden konnte, hat wegen des relativ geringen Ausfalls an Mietsnachweisungen für die Beurteilung der jeweiligen Mietsituation wenig Bedeutung. Auch für die Berechnung der Anteile der einzelnen Verwaltungsbezirke, der Gemeindegrößenklassen und Baualtersgruppen am Gesamtmietaufkommen des Landes kommt dieser Feststellung keine Bedeutung zu; dies um so weniger, als der Anteil der Mietwohnungen mit Mietangaben bei den großen regionalen Einheiten nahezu gleich groß ist. Bei den Regierungsbezirken schwankt er 1956 zwischen 86,4 vH in Südwestfalen-Hohenzollern (87,4 vH 1950) und 90,2 vH in Nordbaden (92,0 vH 1950).

Auf Grund der von den Hauptmietern in den Haushaltslisten eingetragenen monatlichen Mietverpflichtungen ergibt sich für das Land im Monat August 1956 ein Mietaufkommen von insgesamt 54,4 Mill. DM. Dieser Betrag macht nahezu das Doppelte des für den Vergleichsmonat 1950 ermittelten Mietaufwandes aus, der sich auf 28,6 Mill. DM belief. Mit 23,0 Mill. DM wurden in Nordwürttemberg 42 vH der Gesamtmieteinnahmen aufgebracht, in Nordbaden 14,7 Mill. DM, das ist etwas mehr als ein Viertel des Gesamtbetrages. Der Regierungsbezirk Südbaden ist mit 10,2 Mill. DM oder 19 vH und Südwestfalen-Hohenzollern sogar nur mit 6,6 Mill. DM oder 12 vH am Mietaufkommen des Landes beteiligt.

Gleich dem unterschiedlichen Zuwachs an Mietwohnungen in den einzelnen Regierungsbezirken schwankt auch die Zunahme der Mieteinnahmen zwischen 94 vH in Nordbaden und 76 vH in Südwestfalen-Hohenzollern.

Bei der Beurteilung der durch die Zählungen festgestellten Mietsummen ist zu beachten, daß in den Jahren 1952 und 1955 Mieterhöhungen gesetzlich zugestanden worden sind. Sie betrafen nach der „Verordnung P. R. 72/57 über einen allgemeinen Mietzuschlag bei Wohnraum des Althausbesitzes vom 27. September 1952 (BGBl. Nr. 40 Teil I/1952 vom 25. September 1952 S. 648)“ für alle vor dem 1. April 1924 erbauten Wohnungen von Oktober 1952 an bis 10 vH und von August 1955 an auf Grund des „Ersten Bundesmietengesetzes

Tabelle 33

**Mietaufkommen, Wohnungs- und Raummiete der normalen Mietwohnungen mit Mietangabe
im August 1956 und 1950
(Totalerhebung)**

Regierungsbezirk Land	Normale Mietwohnungen mit Mietangaben	darin ... Räume	Räume je Wohnung	Monatliches Mietaufkommen in DM		
				insgesamt	je Wohnung	je Raum
Stand im August 1956						
Nordwürttemberg	379 134	1 368 486	3,61	22 984 269	60,62	16,80
Nordbaden	258 853	848 336	3,28	14 678 479	56,71	17,30
Südbaden	197 873	711 435	3,60	10 182 712	51,46	14,31
Südwestfalen-Hohenzollern	138 651	521 669	3,76	6 583 816	47,48	12,62
Baden-Württemberg	974 511	3 449 926	3,54	54 429 276	55,85	15,78
Stand im August 1950						
Nordwürttemberg	255 201	975 055	3,82	11 854 031	46,45	12,16
Nordbaden	176 952	610 351	3,45	7 549 572	42,66	12,37
Südbaden	146 510	548 410	3,74	5 461 616	37,28	9,96
Südwestfalen-Hohenzollern	105 292	409 255	3,89	3 686 365	35,01	9,00
Baden-Württemberg	683 955	2 543 071	3,72	28 551 584	47,74	11,22
Veränderungen 1956 gegenüber 1950 in vH						
Nordwürttemberg	+ 48,6	+ 40,3	— 5,5	+ 93,9	+ 30,5	+ 38,5
Nordbaden	+ 46,3	+ 39,0	— 4,9	+ 19,6	+ 32,9	+ 39,9
Südbaden	+ 35,1	+ 29,7	— 3,7	+ 86,4	+ 38,0	+ 43,7
Südwestfalen-Hohenzollern	+ 31,7	+ 27,5	— 3,3	+ 78,6	+ 35,6	+ 40,2
Baden-Württemberg	+ 42,5	+ 35,7	— 4,8	+ 90,6	+ 33,8	+ 40,6

(Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Mietpreisrechts vom 27. Juli 1955 — BGBl. 1955 I, S. 458)“ je nach der Ausstattung der Wohnungen bis zu weiteren 15 vH bis 20 vH. Den Eigentümern von Wohnungen, die in der Zeit vom 1. April 1924 bis 20. Juni 1948 erstellt worden sind, wurde von August 1955 an ebenfalls eine Mietpreiserhöhung um 10 vH bis 20 vH zugebilligt. In welchem Umfang die Hausbesitzer von dieser Möglichkeit einer Mietheraufsetzung Gebrauch machten, läßt sich aus dieser Mieterhebung nicht feststellen. So war der Anstieg des Mietaufkommens letztlich eine zwangsläufige Folge der Zunahme an Wohnungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Mieten.

Eine Unterscheidung der *Mietwohnungen mit Mietangaben nach Altersklassen* ergibt, daß von den insgesamt gezählten Wohnungen 1956

- 445 536 Wohnungen oder 45,7 vH vor dem 1. Juli 1918,
- 230 716 Wohnungen oder 23,7 vH zwischen dem 1. Juli 1918 und dem 20. Juni 1948 und
- 298 259 Wohnungen oder 30,6 vH nach dem 20. Juni 1948

erstmalig bezugsfertig geworden sind. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Zählung von 1950 läßt deutlich die Verschiebung in der altersmäßigen Zusammensetzung des Wohnungsbestandes erkennen, die infolge der nach dem Währungschnitt einsetzenden verstärkten Bautätigkeit hervorgerufen wurde. Im Jahr 1950 stammten vergleichsweise noch drei Fünftel der insgesamt nachgewiesenen normalen Mietwohnungen aus Althausbesitz, und für nahezu ein Drittel des Bestandes lag der erste Bezugstermin zwischen dem 1. Juli 1918 und dem 20. Juni 1948. Der Anteil der in Baden-Württemberg nach der Währungsreform fertiggestellten Mietwohnungen betrug am 13. September 1950 etwa 6 vH. Als Folge der seit dem Jahr 1950 verstärkten Bautätigkeit verschob sich von 1950 zu 1956 allgemein das Verhältnis der Baualtersgruppen zugunsten der Neubauwohnungen.

Auffallend ist bei dieser Gruppierung der Wohnungen nach dem Baualter die unterschiedliche *Zusammensetzung des Wohnungsbestandes im Norden und Süden*

des Landes. Von den Hauptmietern wurden am Stichtag 1956 in Südbaden 103 464 und in Südwestfalen-Hohenzollern 71 640 Mietwohnungen mit Mietangaben, somit mehr als die Hälfte des jeweiligen Gesamtbestandes, als Altbauten klassifiziert. In Nordbaden entspricht der Anteil der Altbauwohnungen mit 116 192 Hauptmietverträgen dem für Baden-Württemberg errechneten Verhältnis von 45 vH; anteilmäßig finden sich in Nordwürttemberg die wenigsten Wohnbauten aus der Zeit vor dem 1. Juli 1918. Der infolge der starken Kriegsschäden reduzierte Bestand von 154 240 Altbauwohnungen liegt um ein Zehntel unter dem Landesdurchschnitt. Während die Neubauten in Südbaden mit 48 606 Wohnungen und in Südwestfalen-Hohenzollern mit 36 722 etwa ein Viertel des Bestandes an Mietwohnungen im jeweiligen Gebiet ausmachen, zählen in Nordwürttemberg 130 620 Wohnungen und in Nordbaden 82 311 Wohnungen, also ein Drittel aller Mietwohnungen, zu dieser Baualtersgruppe.

Untergliedert man die für August 1956 ermittelten Mieteinnahmen nach dem Baualter der Wohnungen, so ist das *Mietaufkommen für Altbau- und Neubauwohnungen nahezu gleich hoch*. Aus Althausbesitz fließen 21,6 Mill. DM oder 39 vH der Mieten insgesamt, aus der Vermietung von Neubauten werden 19,9 Mill. DM oder 37 vH gezogen. Die Einnahmen aus Neubaubesitz beziffern sich auf 13,4 Mill. DM und betragen damit nur etwa ein Viertel des Gesamtaufwandes. Damit sind — wie auch das Schaubild auf S. 65 zeigt — gegenüber der Zählung vom 13. September 1950 nennenswerte Verschiebungen in der Verteilung der Mieteinnahmen auf die Baualtersgruppen eingetreten.

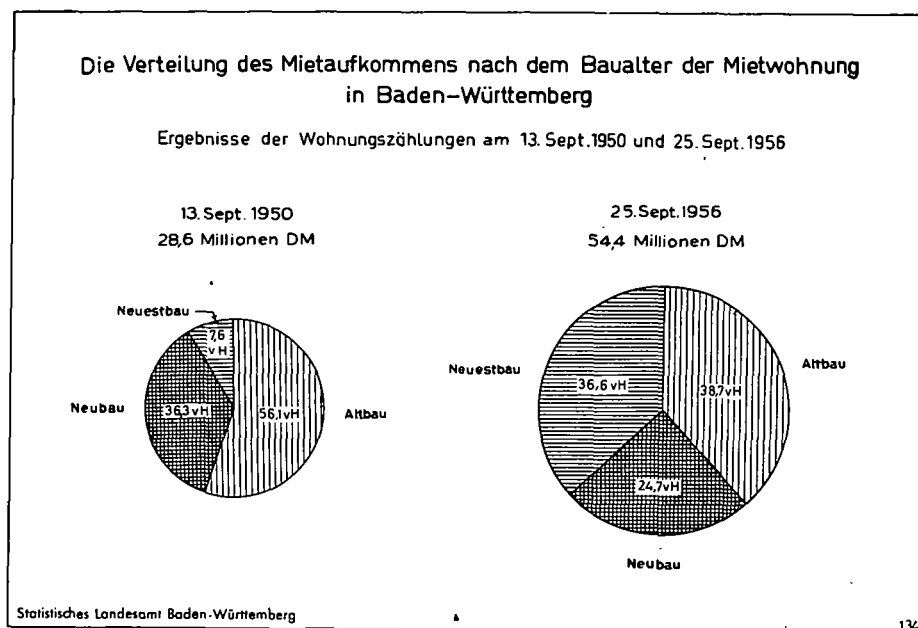
Für Wohnungen, die vor dem 1. Juli 1918 erstellt worden sind, ergab sich eine *Raummiete* von 13,31 DM, für die in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1918 und dem 20. Juni 1948 erbauten eine Raummiete von 15,91 DM, die durch die Raummiete von 19,48 DM für die nach der Währungsreform bezugsfertig gewordenen Wohnungen noch übertroffen wird. Die Unterschiede erklären sich zum Teil aus der verschiedenen Ausstattung und dem Neubaucharakter der Wohnungen; zum andern sind sie auch dadurch bedingt, daß die Wohnungsmieten größtenteils noch der

Tabelle 34

**Mietaufkommen, Wohnungs- und Raummiete der Mietwohnungen mit Mietangaben nach dem Baualter
in den Kreisen im August 1956
(Totalerhebung)**

Land Kreis Regierungsbezirk		Normale Mietwohnungen mit Mietangaben			Monatliche Miete in DM für							
		Insgesamt	mit Räumen	monat- liches Miet- auf- kommen in DM	Normalwohnungen insgesamt		Wohnungen, die bezugsfertig wurden					
					je Woh- nung	je Raum	vor dem 1. Juli 1918		zwischen dem 1. Juli 1918 und 20. Juni 1948		nach dem 20. Juni 1948	
							je Woh- nung	je Raum	je Woh- nung	je Raum	je Woh- nung	je Raum
Regierungsbezirk Nordwürttemberg												
Stuttgart	Stadtkreis	121 866	448 974	10 046 883	82,44	22,38	74,87	20,10	82,84	21,77	91,46	25,98
Heilbronn	„	14 701	51 011	866 138	58,92	16,98	43,24	12,86	55,40	16,06	69,34	19,59
Ulm	„	17 208	63 897	1 076 837	62,58	16,85	54,45	14,48	62,77	16,34	68,50	19,08
Aalen	Landkreis	13 868	50 239	583 435	42,07	11,61	35,50	9,69	41,38	10,66	49,77	14,35
Backnang	„	8 774	30 371	403 856	46,03	13,30	37,56	11,09	43,14	12,17	56,71	16,22
Böblingen	„	11 972	40 542	633 178	52,89	15,62	43,49	12,83	49,29	14,07	60,80	18,25
Crailsheim	„	5 019	18 241	208 845	41,61	11,45	34,21	9,36	41,65	11,41	50,21	13,93
Eßlingen	„	23 884	87 090	1 359 238	56,91	15,61	50,42	13,57	54,16	14,49	67,08	19,21
Göppingen	„	24 808	89 473	1 180 478	47,58	13,19	40,85	11,18	45,45	12,29	61,11	17,70
Heidenheim	„	13 069	47 726	624 375	47,78	13,08	41,29	11,21	44,80	11,93	54,61	15,27
Heilbronn	„	14 922	50 403	607 067	40,68	12,04	34,36	10,30	39,49	11,57	49,87	14,61
Künzelsau	„	2 236	7 953	90 824	40,62	11,42	35,71	10,03	45,60	11,56	44,66	13,01
Leonberg	„	8 709	30 259	478 245	54,91	15,81	42,88	12,81	55,53	15,44	67,05	19,04
Ludwigsburg	„	29 465	106 655	1 649 313	55,98	15,46	47,77	13,52	55,61	14,26	66,10	18,87
Mergentheim	„	3 412	12 622	159 828	46,84	12,66	37,50	10,14	55,76	14,41	56,08	15,55
Nürtingen	„	11 668	41 105	524 195	44,93	12,75	40,48	11,56	42,91	11,90	53,09	15,17
Öhringen	„	3 471	11 869	138 610	39,93	11,68	33,83	10,17	41,48	11,69	49,64	14,11
Schwäbisch Gmünd	„	11 057	41 689	500 899	45,30	12,02	40,45	10,53	43,24	11,10	52,98	14,66
Schwäbisch Hall	„	5 770	20 817	243 468	42,20	11,70	36,85	10,36	46,63	12,25	50,33	14,09
Ulm	„	6 038	22 032	228 729	37,88	10,38	32,14	8,66	35,62	9,80	46,16	12,89
Vaihingen	„	6 696	21 930	260 667	38,93	11,89	33,50	10,48	38,73	11,43	48,91	14,61
Waiblingen	„	20 521	73 588	1 119 161	54,54	15,21	42,99	12,17	52,93	14,60	69,13	19,12
Nordwürttemberg		379 134	1 368 486	22 984 269	60,62	60,80	51,98	14,38	62,59	16,76	69,41	19,76
Regierungsbezirk Nordbaden												
Karlsruhe	Stadtkreis	52 795	192 003	3 669 058	69,50	19,11	59,98	16,38	72,38	18,65	82,50	24,34
Heidelberg	„	25 758	89 850	1 743 211	67,68	19,40	62,96	17,85	70,34	19,54	78,26	24,16
Mannheim	„	65 294	205 398	4 321 992	66,19	21,04	50,48	15,95	75,03	23,13	76,54	25,08
Pforzheim	„	16 361	54 823	1 109 381	67,81	20,24	54,82	15,51	65,56	18,50	75,77	23,94
Bruchsal	Landkreis	11 153	34 844	445 337	39,93	12,78	32,79	10,47	36,00	11,43	50,80	16,37
Buchen	„	4 612	15 419	173 370	37,59	11,24	32,27	9,39	37,18	10,94	43,62	13,54
Heidelberg	„	17 078	50 478	655 241	38,37	12,98	32,16	10,95	37,36	12,36	49,34	16,78
Karlsruhe	„	17 171	54 390	671 082	39,08	12,34	34,16	10,84	37,88	11,70	47,29	15,04
Mannheim	„	22 703	68 080	935 907	41,22	13,75	34,89	11,72	40,73	13,09	52,75	18,00
Mosbach	„	4 851	17 245	208 961	43,08	12,12	35,49	9,36	39,78	11,95	53,23	15,79
Pforzheim	„	7 032	21 511	234 626	33,37	10,91	29,00	9,48	32,87	10,40	41,35	13,85
Sinsheim	„	7 432	21 795	244 487	32,90	11,22	28,97	9,91	33,46	11,11	40,18	13,77
Tauberbischofsheim	„	6 613	22 500	265 826	40,20	11,81	31,57	9,38	40,48	11,14	53,03	15,78
Nordbaden		258 853	848 336	14 678 479	56,71	17,30	47,00	14,23	60,99	17,90	67,26	21,40
Regierungsbezirk Südbaden												
Freiburg	Stadtkreis	26 579	98 612	2 001 418	75,30	20,30	76,59	19,67	72,30	19,30	75,91	22,30
Baden-Baden	„	8 305	31 011	578 151	69,61	18,64	66,45	17,82	70,39	17,79	82,24	23,78
Bühl	Landkreis	6 566	22 420	276 996	42,19	12,35	37,52	11,16	42,18	12,07	53,49	15,41
Donauessingen	„	7 304	26 673	289 002	39,57	10,84	33,66	9,20	40,52	11,19	51,79	14,11
Emmendingen	„	10 908	38 177	449 494	41,21	11,77	35,67	10,36	43,40	12,11	53,10	14,89
Freiburg	„	5 586	18 830	224 186	40,13	11,91	33,91	10,26	42,10	11,92	53,05	15,53
Hochschwarzwald ¹⁾	„	4 573	17 143	193 578	42,33	11,29	37,30	10,01	43,83	11,39	59,33	15,98
Kehl	„	5 017	17 490	227 487	45,34	13,01	40,03	11,36	46,02	12,79	56,23	17,01
Konstanz	„	22 220	84 374	1 246 286	56,09	14,77	50,24	12,80	55,33	14,59	69,80	19,83
Lahr	„	9 066	31 441	377 508	41,64	12,01	38,17	11,17	43,16	11,79	53,36	15,38
Lörrach	„	20 013	71 703	964 195	48,18	13,45	38,94	10,98	51,58	13,77	65,63	18,89
Müllheim	„	5 249	18 616	241 105	45,93	12,95	40,29	11,84	46,28	11,85	62,92	17,11
Offenburg	„	11 671	41 561	575 404	49,30	13,84	43,38	12,25	48,86	13,17	60,98	17,59
Rastatt	„	14 851	49 056	735 673	49,54	15,00	37,03	11,55	40,44	11,57	73,19	22,13
Säckingen	„	7 955	28 932	371 709	46,73	12,85	38,90	10,73	46,43	12,25	63,54	18,08
Stockach	„	3 632	13 226	138 764	38,21	10,49	33,32	9,21	40,71	11,01	50,97	13,88
Überlingen	„	5 059	18 477	247 419	48,91	13,39	40,27	11,11	56,72	15,23	63,98	17,54
Villingen	„	10 450	36 953	505 303	48,35	13,67	40,27	11,17	45,98	12,62	62,57	18,69
Waldshut	„	7 459	27 301	328 555	44,05	12,04	36,86	10,24	42,45	11,26	58,00	15,85
Wolfach	„	5 410	19 439	210 479	38,91	10,83	33,96	9,57	37,73	10,12	50,78	14,23
Südbaden		197 873	711 435	10 182 712	51,46	14,31	45,20	12,55	51,57	13,90	64,69	18,62
Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern												
Balingen	Landkreis	9 465	35 740	412 775	43,61	11,55	39,14	10,52	41,16	10,77	52,93	13,84
Biberach	„	7 990	30 911	344 271	43,09	11,14	36,03	9,01	42,85	10,81	58,93	16,77
Calw	„	11 398	40 801	467 655	41,03	11,46	37,38	10,58	41,29	11,24	53,01	14,54
Ehingen	„	3 122	11 995	121 225	38,83	10,11	33,92	8,91	43,23	10,84	52,02	13,49
Freudenstadt	„	5 764	21 155	297 235	51,57	14,05	43,63	11,83	49,48	13,35	62,49	17,24
Hechingen	„	3 781	14 742	166 101	43,93	11,27	37,19	9,92	45,82	11,79	55,97	13,36
Horb	„	3 002	11 045	116 407	38,78	10,54	34,78	9,61	43,82	11,38	47,69	12,83
Münsingen	„	2 286	8 450	82 664	36,16	9,78	32,54	8,80	37,32	9,88	45,55	12,54
Ravensburg	„	11 752	45 309	586 107	49,87	12,94	43,43	11,31	51,63	13,17	62,90	16,46
Reutlingen	„	19 083	70 468	999 873	52,40	14,19	45,76	12,47	52,60	14,07	61,83	16,72
Rottweil	„	15 899	58 639	757 385	47,64	12,92	42,25	11,43	45,64	12,37	61,58	16,79
Saulgau	„	5 163	20 535	200 109	38,76	9,74	34,05	8,60	42,14	10,19	52,50	13,43
Sigmaringen	„	3 776	14 450	152 215	40,31	10,53	34,05	9,06	48,88	12,12	53,42	14,10
Tettnang	„	8 794	33 312	513 542	58,40	15,42	44,49	11,54	57,39	14,98	66,41	17,85
Tübingen	„	12 591	49 382	753 345	59,83	15,26	53,25	13,57	64,15	16,03	68,75	17,86
Tuttlingen	„	8 436	31 574	369 157	43,76	11,69	38,50	10,45	44,18	11,40	53,65	14,24
Wangen	„	6 349	23 161	243 750	38,39	10,52	33,75	9,22	38,54	10,52	52,06	14,45
Südwürttemberg-Hohenzollern		138 651	521 669	6 583 816	47,48	12,62	40,65	10,84	48,90	12,79	59,64	15,96
Baden-Württemberg		974 511	3 449 926	54 429 276	55,85	15,78	47,28	13,31	58,18	15,91	66,85	19,48

¹⁾ Früher Landkreis Neustadt.



Die Durchschnittsmieten steigen nicht nur innerhalb einer Baualtersgruppe von der kleinsten bis zur größten Gemeindegrößenklasse an, sondern verändern sich auch innerhalb einer Gemeindegrößenklasse von den Altbauten zu den Nachkriegsbauten. Während in den Großstädten die Mieten im Durchschnitt annähernd gleich hoch sind, bzw. sich gleichmäßig erhöht haben, sind in einzelnen Landkreisen doch erhebliche Strukturänderungen aufgetreten, insofern die städtische Bauweise übernommen, d. h. besser ausgestattete Wohnungen erstellt werden mußten. Somit ist die Mietsteigerung nicht nur ein Aus-

druck des allgemein gestiegenen Preisniveaus, sondern auch durch den Wunsch der Bevölkerung nach größerem Wohnkomfort bedingt.

Bewirtschaftung unterliegen. Der allgemeine Anstieg gegenüber 1950 ist außer auf den Zugang an teuren Nachkriegswohnungen auch auf die schon erwähnte gesetzliche Erhöhung der Altbaukosten zurückzuführen.

Vergleicht man die je Regierungsbezirk und Baualtersgruppe ausgewiesenen Raummieten, so liegen hier die gleichen Verhältnisse wie bei den Wohnungsmieten vor. Bei den Altbauten schwanken die Beträge zwischen 10,84 DM (Südwestfalen-Hohenzollern) und 14,38 DM (Nordwestfalen). Sehr viel stärker streuen noch die für Neubauten errechneten Raummieten. Mit 17,90 DM entfällt auf die Hauptmieter in Nordwestfalen der höchste Satz, während er sich im Regierungsbezirk Südwestfalen-Hohenzollern auf nur 12,79 DM beläuft, also um rund 40 vH niedriger liegt. Innerhalb des Landes kommt der Mietenabstand bei den nach dem 20. Juni 1948 erstellten Wohnungen dem für die Altbauwohnungen ermittelten gleich. Auch in dieser Baualtersgruppe sind die Mieten in Nordwestfalen am teuersten (21,40 DM) und in Südwestfalen-Hohenzollern am billigsten (15,96 DM). Als Folge der preisrechtlichen Bestimmungen für die Festsetzung von Neu- und Neuestbaumieten nähern sich in diesen Wohnungsgruppen die je Regierungsbezirk berechneten Werte dem für das Land ausgewiesenen Durchschnittswert. Ebenso kommt den Vorschriften für die Errichtung öffentlich geförderter Wohnungen ein nivellierender Einfluß zu. Daß die durchschnittlichen Miethöhen im wesentlichen vom Baualter und damit auch von der Ausstattung sowie von der Gemeindegrößenklasse bestimmt werden, geht aus der Tabelle 34 hervor.

2. Mieten für normale Mietwohnungen nach Baualter und Gemeindegrößenklassen

Stellt man dem Mietaufwand von insgesamt 54 429 276 DM die Gesamtzahl der normalen Mietwohnungen mit Mietangaben gegenüber, so ergibt sich im Landesdurchschnitt für den Monat August 1956 eine *Mietbelastung in Höhe von 55,85 DM je Wohnung*. Die für die einzelnen Regierungsbezirke errechneten durchschnittlichen Mietsätze streuen entsprechend der Struktur des Landes beträchtlich. Mit 60,62 DM Miete je Wohnung in Nordwestfalen und 56,71 DM in Nordwestfalen übersteigen diese Mietleistungen den Landesdurchschnitt beachtlich. Im Gegensatz hierzu beläuft sich der für die Durchschnittswohnung errechnete Mietzins in Südwestfalen nur auf 51,46 DM. Noch günstiger liegen die Mietverhältnisse in Südwestfalen-Hohenzollern, wo vom Mieter durchschnittlich 47,48 DM gefordert werden. Diese allgemeine Feststellung darf jedoch nicht zu dem Trugschluß führen, daß in den zuletzt genannten Gebieten durchweg alle Mietverhältnisse günstiger liegen als in den beiden nördlichen Landesteilen. Wie stark die Größe einer Gemeinde auf die Miethöhe einwirkt, wird aus der Tabelle über die Mietsituation innerhalb der Gemeindegrößenklassen ersichtlich. Je kleiner eine Wohn-

Tabelle 35

Die normalen Mietwohnungen mit Mietangaben nach dem Baualter und Mietbetrag im August 1956 (Totalerhebung)

Bezeichnung	Von den Wohnungen wurden bezugsfertig											
	vor dem 1. Juli 1918				Zwischen dem 1. Juli 1918 und 20. Juni 1948				nach dem 20. Juni 1948			
	Nord- würt- temberg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- württ.- Hohenz.	Nord- würt- temberg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- württ.- Hohenz.	Nord- würt- temberg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- württ.- Hohenz.
Mietwohnungen mit Mietangaben	154 240	116 192	103 464	71 640	94 274	60 350	45 803	30 289	130 620	82 311	48 606	36 722
Mietaufkommen insgesamt (DM)	8 017 157	5 461 144	4 676 597	2 912 485	5 900 168	3 680 815	2 361 963	1 481 224	9 066 944	5 536 520	3 144 152	2 190 107
Miete je Wohnung (DM)	51,98	47,00	45,20	40,65	62,59	60,99	51,57	48,90	69,41	67,28	64,89	59,64
Miete je Raum (DM) ...	14,38	14,23	12,55	10,84	16,76	17,90	13,90	12,79	19,76	21,40	18,62	15,96

Tabelle 36

Die Mietwohnungen und das Mietaufkommen nach Gemeindegrößenklassen am 25. September 1956 und am 13. September 1950
(Totalerhebung)

Gemeinden mit ... Einwohnern Land	Normalwohnungen mit Mietangaben							
	Wohnungen		Räume		Mietaufkommen in DM			
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	insgesamt	vH	je Wohnung	je Raum
Stand am 25. September 1956								
unter 2 000 .	139 690	14,3	472 227	13,7	4 709 070	8,7	33,71	9,97
2 000 bis unter 5 000 .	132 054	13,6	450 292	13,0	5 351 201	9,8	40,52	11,88
5 000 bis unter 20 000 .	195 311	20,0	696 644	20,2	9 657 984	17,8	49,45	13,88
20 000 bis unter 50 000 .	131 511	13,5	493 290	14,3	7 640 902	14,0	58,10	15,49
50 000 bis unter 100 000 .	83 653	8,6	302 636	8,8	5 287 577	9,7	63,21	17,47
100 000 und mehr .	292 292	30,0	1 034 837	30,0	21 782 562	40,0	74,52	21,05
Baden-Württemberg ...	974 511	100	3 449 926	100	54 429 276	100	55,85	15,73
Stand am 13. September 1950								
unter 2 000 .	107 870	15,8	387 258	15,2	2 809 974	9,8	26,05	7,26
2 000 bis unter 5 000 .	97 339	14,2	348 365	13,7	2 886 857	10,1	29,66	8,29
5 000 bis unter 20 000 .	133 040	19,5	500 785	19,7	4 983 138	17,4	37,31	9,91
20 000 bis unter 50 000 .	87 128	12,7	341 282	13,4	3 733 454	13,1	42,85	10,94
50 000 bis unter 100 000 .	48 254	7,1	185 222	7,3	2 307 475	8,1	47,82	12,46
100 000 und mehr .	210 324	30,7	780 159	30,7	11 850 686	41,5	56,34	15,19
Baden-Württemberg ...	683 955	100	2 543 071	100	28 551 584	100	41,74	11,23
Veränderung 1956 gegenüber 1950 in vH								
unter 2 000 .	+ 31 820	+ 29,5	+ 84 969	+ 21,9	+ 1 899 096	+ 67,6	+ 7,66	+ 29,4
2 000 bis unter 5 000 .	+ 34 715	+ 35,7	+ 101 927	+ 29,3	+ 2 464 344	+ 85,4	+ 10,86	+ 36,6
5 000 bis unter 20 000 .	+ 62 271	+ 46,8	+ 195 859	+ 39,1	+ 4 694 826	+ 94,6	+ 12,14	+ 32,5
20 000 bis unter 50 000 .	+ 44 383	+ 50,9	+ 152 008	+ 44,5	+ 3 907 448	+ 104,7	+ 15,25	+ 35,6
50 000 bis unter 100 000 .	+ 35 399	+ 73,4	+ 117 414	+ 63,4	+ 2 980 102	+ 129,1	+ 15,39	+ 32,2
100 000 und mehr .	+ 81 968	+ 39,0	+ 254 678	+ 32,6	+ 9 931 876	+ 83,8	+ 18,18	+ 32,3
Baden-Württemberg ...	+ 290 556	+ 42,5	+ 906 855	+ 35,7	+ 25 877 692	+ 90,6	+ 14,11	+ 33,8

die Mietforderungen, umgekehrt steigt der Mietzins mit dem Anwachsen der Gemeindegröße. In den mehr landwirtschaftlich orientierten und dünner besiedelten Regierungsbezirken Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden werden die Wohnungen verhältnismäßig billig abgegeben. Die ungleich stärkere Siedlungsdichte in Nordwürttemberg und Nordbaden — hervorgerufen durch industrielle Ballungen — verursacht eine erhebliche Mietpreissteigerung. Somit hängt die Mietstreuung innerhalb des Landes entscheidend davon ab, wie sich Groß- und Mittelstädte auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilen.

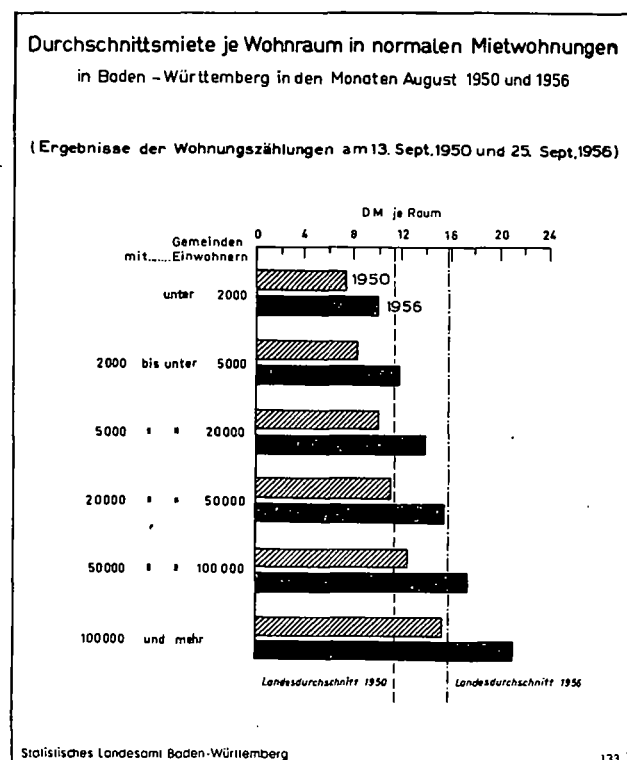
Beim Vergleich der je Regierungsbezirk ausgewiesenen Ergebnisse bleibt neben der Verteilung der Gemeinden auf die Gemeindegrößenklassen auch die Zusammensetzung des Wohnungsbestandes nach den für die Mietbildung entscheidenden Baualtersgruppen zu berücksichtigen. Danach haben die Hauptmieter

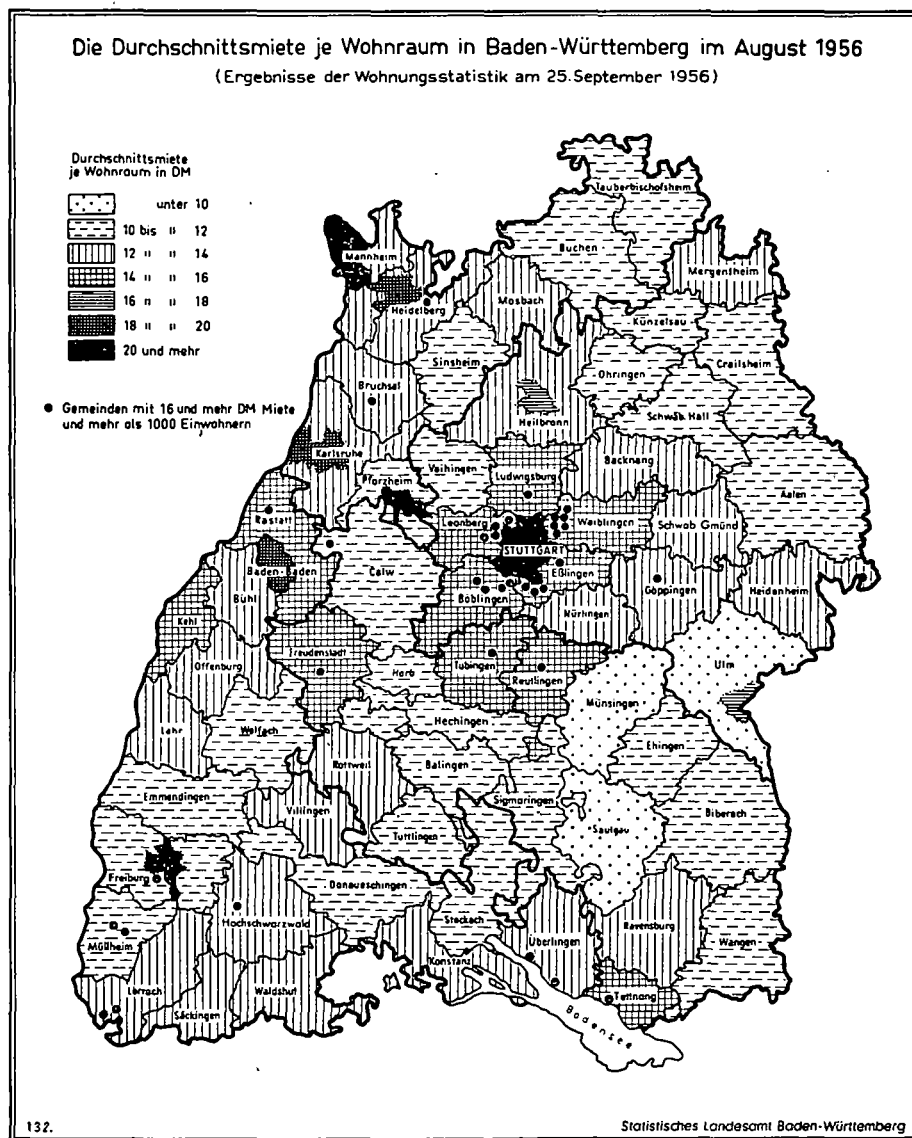
- in Wohnungen, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig wurden (Altbauwohnungen) 47,28 DM,
- in Wohnungen, die zwischen dem 1. Juli 1918 und 20. Juni 1948 bezugsfertig wurden (Neubauwohnungen) 58,18 DM,
- in Wohnungen, die nach dem 20. Juni 1948 bezugsfertig wurden (Neuestbauwohnungen) 66,85 DM

Miete aufzubringen. Beträgt der Mietenabstand im Landesdurchschnitt zwischen einer Alt- und Neubauwohnung 10,90 DM, so liegt der Mietzins einer Neuestbauwohnung um 19,57 DM oder 41 vH höher als der für eine Altbauwohnung zu entrichtende Betrag. Die Miete der Neuestbauten stellt sich um 8,67 DM, also um etwa 15 vH teurer als die Miete für Neubauwohnungen.

Eine Gegenüberstellung der Zählungsergebnisse von 1950 und 1956 läßt erkennen, daß die Mietaufwendungen für eine Normalwohnung von 41,74 DM auf 55,85 DM angewachsen sind. Damit hat sich im Landesdurchschnitt und im Durchschnitt aller gezählten Mietwohnungen mit Mietangaben der Mietsatz um ein Drittel erhöht.

Noch deutlicher unterscheiden sich die für die einzelnen Wohnungskategorien errechneten Durchschnittsmieten in der Gegenüberstellung der je Wohnraum errechneten Beträge. Diesen Durchschnittsraummiets kommt für die Beurteilung der Wohnungsmarktlage bzw. der Mietsituation beim zeitlichen und örtlichen Vergleich eine größere Aussagekraft als den Wohnungsmieten zu, weil durch die Berechnung des Mietaufwandes je Wohnraum der Unterschied der Wohnungsgrößen (nach der





Zahl der Räume) ausgeschaltet wird; sie sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Aufstellung des Ortsklassenverzeichnisses. Bezogen auf die Küchen und Räume mit 6 und mehr qm Wohnfläche belief sich im Gesamtdurchschnitt die Miete je Raum im August 1956 auf 15,78 DM, gegenüber 11,23 DM im Herbst 1950.

Entsprechend der die Mietbildung bestimmenden Zusammensetzung des Wohnungsbestandes nach Größe und Baualter schwanken auch diese Mietnachweisungen in den einzelnen Regierungsbezirken nicht unbeträchtlich. Die höchste durchschnittliche Raummiete findet sich in Nordbaden mit 17,30 DM, es folgen Nordwürttemberg mit 16,80 DM, Südbaden mit 14,31 DM und Südwürttemberg-Hohenzollern mit 12,62 DM je Raum.

3. Mieten für normale reine Mietwohnungen nach Wohnungsgröße, Baualter und öffentlicher Förderung

In Ergänzung der Totalergebnisse gibt die 10 vH-Erhebung noch einen Überblick über die Mietabstufung hinsichtlich der Größe der Wohnungen (Zahl der Räume). Aus der Tabelle 37 läßt sich ersehen, welchen *Einfluß Baualter und Zahl der Wohnräume auf die Höhe des Mietbetrages* haben.

Da sich die Zählung 1950 sowohl im Hinblick auf die

Baualtersgruppen als auch im Hinblick auf den Merkmalsinhalt unterscheidet, lassen sich unmittelbare Vergleiche nicht anstellen.

Bemerkenswert ist, daß die durchschnittliche Miete der Einraumwohnungen höher liegt als die der Zweiraumwohnungen, was offensichtlich auf die in den Städten neu erstellten Komfortwohnungen (z. B. Appartements für Junggesellen) zurückzuführen ist. Gegenüber der Zweiraumwohnung stellte sich eine Dreiraumwohnung schon erheblich teurer. Für eine Wohnung mit Küche und zwei Wohnräumen mußten im Landesdurchschnitt 13,33 DM oder 40,7 vH mehr aufgewendet werden als für eine Zweiraumwohnung. Mit der Zahl der Räume steigt die Miete stetig an. Der Unterschiedsbetrag ist absolut am größten zwischen den Mietforderungen für eine Wohnung mit 6 Räumen und einer mit 7 Räumen (33,38 DM oder 31,9 vH), relativ am geringsten zwischen den 5- und 6-Raumwohnungen (22,68 DM oder 27,7 vH).

Daß die Mieten der Wohnungen im umgekehrten Verhältnis zum Baualter ansteigen, ist offenkundig. Im Gesamtdurchschnitt lagen die Mieten der Altbauwohnungen sämtlicher Größenklassen unter dem für die jeweilige Wohnungsgruppe errechneten Durchschnittsbetrag. Niedriger stellten sich auf Landesebene auch die Neubauwohnungen mit 1 Raum bis zu 4 Räumen, während die in der Zeitspanne vor 1918 bis 1948 erbauten Großwohnungen (5 und mehr Räume) doch schon beachtlich teurer kamen.

Die Mietspanne zwischen Neubau- und Neubauwohnungen, die im Durchschnitt aller Wohnungen dieser Baualtersgruppen 9,78 DM oder 17,5 vH betrug, schwankt je nach der Größe der Wohnungen zwischen 14,10 DM oder 26,6 vH bei den Mittelwohnungen (3 und 4 Räume) und 15,17 DM oder 13,2 vH bei den Großwohnungen (5 und mehr Räume).

Besonders aufschlußreich sind noch die Durchschnittsbeträge, die sich aus der Kombination von Wohnungsgröße und Gemeindegrößenklasse ergeben.

Im Hinblick auf die bevorzugten Mittelwohnungen läßt sich außerdem noch bemerken, daß der Mietpreis für eine Dreiraumwohnung, der im Landesdurchschnitt 46,05 DM ausmachte, innerhalb der Gemeindegrößenklasse 1 (unter 2 000 Einwohner) und 8 (500 000 und mehr Einwohner) zwischen 30,44 DM und 63,56 DM, der für eine Vierraumwohnung bei einem Durchschnittsmietbetrag von 62,82 DM zwischen 39,49 DM und 83,19 DM

Tabelle 37

**Durchschnittlicher monatlicher Mietbetrag je normale reine Mietwohnung¹⁾²⁾ in DM
nach Baualter und Wohnungsgröße im August 1956
(10 vH-Erhebung)**

Baualter Öffentliche Förderung	Insgesamt	Davon mit ... Räumen						
		1	2	3	4	5	6	7 und mehr
		durchschnittliche monatliche Wohnmiete von ... DM						
Baden-Württemberg								
Altbauwohnungen	46,52	28,04	28,07	37,78	51,88	71,02	97,75	128,29
Neubauwohnungen	56,64	31,50	31,30	44,53	61,66	84,63	109,21	150,59
Neuestbauwohnungen	66,42	44,80	41,45	58,13	76,26	101,00	123,70	165,33
darunter öffentlich geförderte Wohnungen	63,23	40,63	42,44	57,42	71,77	88,36	93,47	126,64
Wohnungen insgesamt	55,29	33,43	32,76	46,09	62,82	81,87	104,55	137,93
Regierungsbezirk Nordwürttemberg								
Altbauwohnungen	51,17	28,96	31,21	41,13	55,98	75,35	99,34	130,79
Neubauwohnungen	62,24	33,59	35,66	47,34	65,86	90,27	126,43	154,20
Neuestbauwohnungen	69,02	48,31	41,67	57,26	77,23	106,64	139,21	197,93
darunter öffentlich geförderte Wohnungen	62,43	42,39	40,64	54,95	69,70	88,23	98,45	132,86
Wohnungen insgesamt	60,26	36,25	35,76	48,42	66,74	88,53	113,39	145,28
Regierungsbezirk Nordbaden								
Altbauwohnungen	46,16	26,77	27,30	39,30	57,53	80,66	109,53	140,52
Neubauwohnungen	55,70	30,40	30,32	46,52	66,31	94,06	117,58	174,38
Neuestbauwohnungen	66,95	44,33	42,70	62,76	87,35	110,60	131,59	189,82
darunter öffentlich geförderte Wohnungen	65,31	41,71	44,85	62,18	83,17	95,09	96,61	205,00
Wohnungen insgesamt	55,20	32,99	32,79	49,45	69,51	90,81	115,00	152,33
Regierungsbezirk Südbaden								
Altbauwohnungen	44,62	28,56	26,90	34,53	47,70	68,12	98,40	137,74
Neubauwohnungen	51,18	31,87	27,39	40,06	55,38	73,85	94,79	148,68
Neuestbauwohnungen	64,18	38,72	39,46	56,36	73,64	94,44	105,37	144,00
darunter öffentlich geförderte Wohnungen	64,15	33,37	42,17	57,56	73,59	91,44	96,58	154,00
Wohnungen insgesamt	51,22	30,96	29,97	41,99	57,11	74,10	98,12	139,91
Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern								
Altbauwohnungen	40,21	26,91	25,41	32,22	41,57	56,41	78,60	98,98
Neubauwohnungen	49,20	27,20	28,01	37,45	49,60	70,35	86,81	119,14
Neuestbauwohnungen	58,88	33,84	35,64	47,67	62,91	81,87	96,73	105,67
darunter öffentlich geförderte Wohnungen	60,12	35,53	37,22	49,96	64,07	81,29	81,91	96,80
Wohnungen insgesamt	47,41	28,20	28,07	37,21	50,74	65,85	83,85	105,13

¹⁾ Ohne Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs-, Geschäftsmietwohnungen und ohne Wohnungen mit Dauerwohnrecht. — ²⁾ Nur Wohnungen mit Mietangaben.

streut. Der Schwankungsbereich beträgt jeweils mehr als das Doppelte; hierbei dürfte in erster Linie der Anteil der Nachkriegsbauten, der in den Städten größer als auf dem Lande ist, von Einfluß sein.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Feststellung, daß der für die im Rahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues erstellten Zweiraumwohnungen ermittelte Mietbetrag (42,44 DM) über dem Durchschnittsbetrag der übrigen Wohnungen dieser Größenordnung liegt (41,45 DM). Daß es sich hierbei nicht um eine repräsentativ bedingte Differenz handelt, läßt sich an Hand des nach Gemeindegrößenklassen gegliederten Erhebungsmaterials ersehen, wonach für die öffentlich geförderten Klein- und Kleinstwohnungen durchweg höhere Mieten als für die nicht sozial gebundenen Wohnungen gezahlt werden müssen. Diese Tat-

sache findet ihre Erklärung darin, daß in den Jahren bis 1955 die veranschlagten reinen Baukosten je cbm umbauten Raums bei den Wohnbauten des öffentlich geförderten, sozialen Wohnungsbaus infolge einer besseren Ausstattung (z. B. mit Bad) erheblich über den entsprechenden Werten für den gesamten Wohnungsbau lagen; eine Erfahrung, die auch durch die Bautätigkeitsstatistik bestätigt wird.

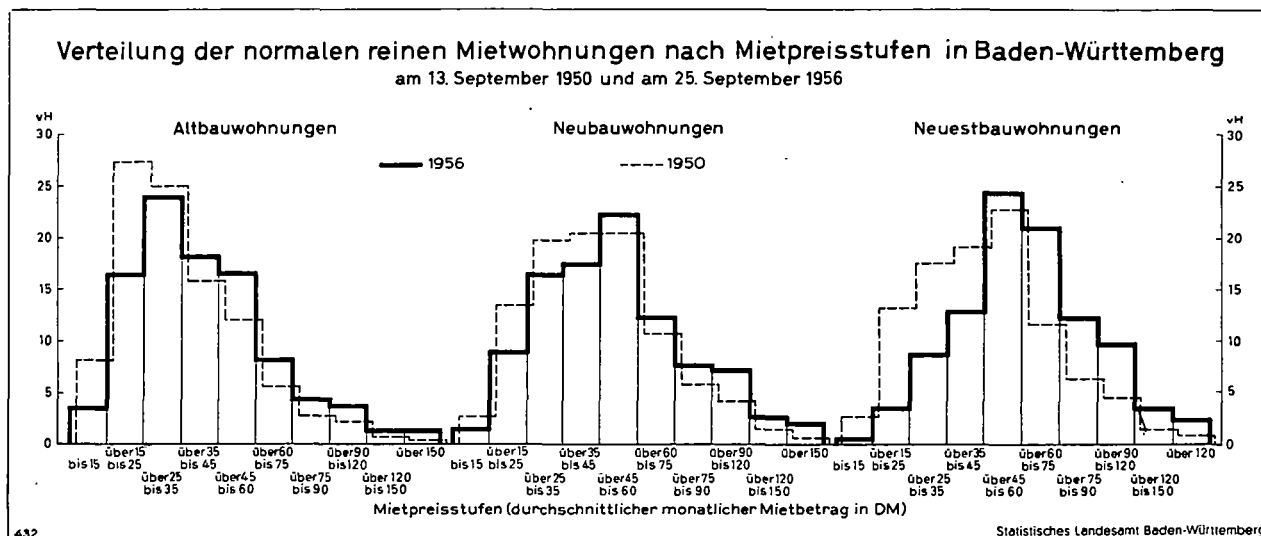
Über das Land streuend unterscheiden sich die für die öffentlich geförderten Wohnungen zu zahlenden Mieten von den Mietforderungen für die übrigen Wohnungen der gleichen Größengruppe weit stärker in den kleinen Gemeindegrößenklassen, während sich in den Großstädten die Mieten angleichen. Mit graduellen Unterschieden findet sich in allen Bundesländern die gleiche Differenzierung, die wiederum am stärksten in den kleineren

Tabelle 38

**Durchschnittlicher monatlicher Mietbetrag je normale reine Mietwohnung¹⁾²⁾ in DM nach Gemeindegrößenklasse und Wohnungsgröße im August 1956
(10 vH-Erhebung)**

Gemeindegrößenklasse	Wohnungen insgesamt	Davon mit ... Räumen						
		1	2	3	4	5	6	7 und mehr
In Gemeinden mit ... Einwohnern								
unter 2 000	32,89	19,60	22,75	30,44	39,49	46,53	54,17	57,83
2 000 bis unter 5 000	40,33	23,86	25,67	36,06	47,65	58,98	75,34	94,91
5 000 bis unter 10 000	46,45	28,61	28,38	39,97	53,39	67,96	85,57	108,20
10 000 bis unter 20 000	52,29	29,71	31,80	44,56	57,01	70,14	88,98	126,02
20 000 bis unter 50 000	57,18	34,09	34,80	46,17	60,73	78,31	104,43	130,43
50 000 bis unter 100 000	62,76	37,32	40,96	51,77	67,68	91,51	107,48	145,07
100 000 bis unter 500 000	66,51	40,13	40,93	56,12	77,38	101,45	135,24	179,00
500 000 und mehr	79,54	51,56	50,04	63,58	83,19	112,75	154,58	199,00
Baden-Württemberg	55,29	33,43	32,76	46,09	62,82	81,87	104,55	137,93

¹⁾ Ohne Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs-, Geschäftsmietwohnungen und ohne Wohnungen mit Dauerwohnrecht. — ²⁾ Nur Wohnungen mit Mietangaben.



Ländern und in solchen mit einer hohen Flüchtlingsaufnahmequote ist.

4. Mietpreisstufen normaler reiner Mietwohnungen

Die normalen reinen Mietwohnungen wurden sowohl 1950 als auch 1956 nach zehn Mietpreisstufen geordnet und gleichermaßen auch noch nach dem Baualter unterschieden.

Danach lag im August 1950 der Schwerpunkt innerhalb der Mietpreisstufen von mehr als 15 DM bis 45 DM; auf diese Mietpreisgruppen entfielen mehr als sechs Zehntel (62,3 vH oder 324 848) aller erfaßten normalen Mietwohnungen mit Mietangaben. Unter den übrigen Mietwohnungen befanden sich nur wenige (6,2 vH oder 32 507), für die eine geringere Miete (bis 15 DM) aufzubringen war, wogegen der Anteil der Wohnungen mit

einer höheren Mietbelastung über drei Zehntel (31,5 vH oder 79 777) des Bestandes ausmachten. Mit 119 003 Wohnungen war die Mietpreisstufe von mehr als 45 DM bis 75 DM relativ stark besetzt (22,9 vH). Nach dem Baualter gegliedert, mußten für 68,2 vH (221 256) der Altbauwohnungen, 53,8 vH (87 166) der Neubauwohnungen und 49,9 vH (16 426) der Neuestbauwohnungen Mieten zwischen 15 DM und 45 DM bezahlt werden.

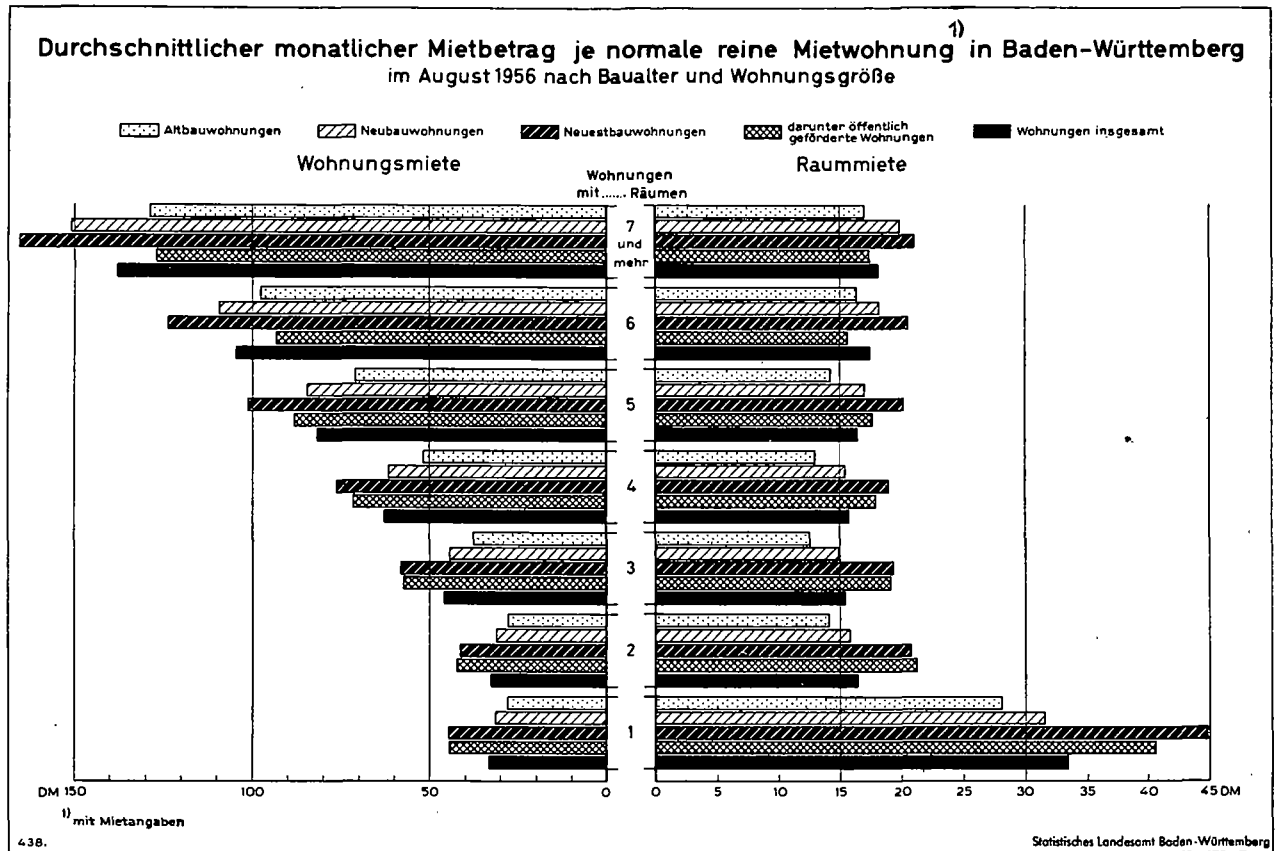
Während der sechs Jahre zwischen den beiden wohnungsstatistischen Erhebungen hat sich in der Mietschichtung eine erhebliche Veränderung vollzogen. So umfaßten im August 1956 die Mietpreisstufen von mehr als 15 DM bis 45 DM nur noch 45,1 vH (376 840) der in die Untersuchung einbezogenen Mietwohnungen. Desgleichen ist auch für jede der drei Baualtersgruppen ein merklicher Rückgang in der anteilmäßigen Besetzung dieser Mietklassen zu verzeichnen. Innerhalb dieser Preisspanne

Tabelle 39

Die normalen reinen Mietwohnungen¹⁾ mit Mietangaben nach Mietpreisstufen 1950 und 1956 nach Baualtersgruppen (10 vH-Erhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Baualter	Wohnungen insgesamt	Davon mit einem monatlichen Mietpreis von . . . DM bis . . . DM									
		bis 15	mehr als 15 bis 25	mehr als 25 bis 35	mehr als 35 bis 45	mehr als 45 bis 60	mehr als 60 bis 75	mehr als 75 bis 90	mehr als 90 bis 120	mehr als 120 bis 150	mehr als 150
Grundzahlen 1950											
Altbau	324 580	27 041	88 841	81 180	51 235	39 063	18 036	9 052	6 722	2 340	1 070
Neubau	161 843	4 558	22 008	32 085	33 093	33 118	17 350	9 509	6 776	2 212	1 154
Neuestbau	32 949	908	4 358	5 787	6 281	7 569	3 867	2 016	1 436	461	266
Insgesamt	519 372	32 507	115 207	119 032	90 609	79 750	39 253	20 577	14 934	5 013	2 490
Grundzahlen 1956											
Altbau	371 220	14 030	62 140	89 830	68 730	62 360	30 300	17 300	14 820	5 890	5 820
Neubau	203 440	3 310	18 330	33 860	36 310	45 620	25 650	15 850	14 550	5 730	4 230
Neuestbau	264 270	1 510	9 560	23 570	34 510	64 890	55 950	32 670	26 070	9 410	6 130
Insgesamt	838 930	18 850	90 030	147 260	139 550	172 870	111 900	65 820	55 440	21 030	16 180
Anteile 1956 in vH der Wohnungen insgesamt											
Altbau	100	3,8	16,7	24,2	18,5	16,8	8,2	4,7	4,0	1,6	1,5
Neubau	100	1,6	9,0	16,6	17,9	22,4	12,6	7,8	7,2	2,8	2,1
Neuestbau	100	0,6	3,6	8,9	13,0	24,5	21,2	12,4	9,9	3,6	2,3
Insgesamt	100	2,3	10,7	17,6	16,6	20,6	13,3	7,9	6,6	2,5	1,9
Anteile 1956 in vH der jeweiligen Mietpreisstufen											
Altbau	44,3	74,4	69,0	61,0	49,3	36,1	27,1	26,3	26,7	28,0	36,0
Neubau	24,2	17,6	20,4	23,0	26,0	26,4	22,9	24,1	26,3	27,3	26,1
Neuestbau	31,5	8,0	10,6	16,0	24,7	37,5	50,0	49,6	47,0	44,7	37,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Ohne Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs- und Geschäftsmietwohnungen und ohne Wohnungen mit Dauerwohnrecht — 1950 auch ohne Dachgeschoßwohnungen und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt war.



liegen nur noch 59,4 vH (220 700) der Altbauwohnungen, 43,7 vH (88 500) der Neubauwohnungen und 25,5 vH (67 640) der Neuestbauwohnungen. Während bei den Wohnungen in Alt- und Neubauten eine nicht allzu große Schwerpunktverlagerung festzustellen ist, hat sich der Anteil der in Neuestbauten gelegenen Mietwohnungen mit einer *Miete von mehr als 15 DM bis 45 DM* doch beachtlich zugunsten der *Mietpreisspanne von mehr als 45 DM bis 75 DM* verschoben. Auf diese Gruppe entfallen nun stark ein Drittel (33,9 vH oder 284 770) aller im Herbst 1956 erfaßten Mietwohnungen mit Mietangaben.

Der *Einfluß der Neuestbauwohnungen auf das Mietpreisgefüge* wird besonders offensichtlich im Vergleich der je Mietpreisstufe errechneten Anteilssätze der drei Baualtersgruppen. Für die im Rahmen der 10 vH-Erhebung 1956 untersuchten 838 930 Mietwohnungen mit Mietangaben ergibt sich im Landesdurchschnitt ein Verhältnis von 44,3 vH Altbauwohnungen zu 24,2 vH Neu-

bau- und 31,5 vH Neuestbauwohnungen. Erwartungsgemäß überwiegen die Altbauwohnungen bei den billigeren Wohnungen; ihr Anteil beträgt bei den Wohnungen mit einer durchschnittlichen Monatsmiete bis 45 DM 63,4 vH. Unter den Wohnungen mit einer Mietspanne von *mehr als 60 DM bis 90 DM* finden sich zur Hälfte Neuestbauwohnungen, unter den Wohnungen mit mehr als 90 DM Monatsmiete beläuft sich ihr Anteil dagegen nur noch auf 43,2 vH, weil auf diese Mietpreisgruppen bereits eine höhere Quote von Neuestbauten entfällt. In der Besetzung der Mietpreisstufen haben die Neubauwohnungen die geringste anteilmäßige Streuung, deren Anteil an den Wohnungen mit weniger als 15 DM Miete 17,6 vH ausmacht und bis zu den teuersten Wohnungen (über 120 DM) auf 26,7 vH ansteigt.

In diesem Zusammenhang darf noch erwähnt werden, daß der Anteil der teuren Wohnungen von Gemeindegrößenklasse zu Gemeindegrößenklasse ansteigt.

B. 1 vH-Zusatzerhebung

Zur Abrundung der Ausführungen über die im Rahmen der Total- und 10 vH-Erhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 gewonnenen Zahlenwerte sollen aus der Fülle der im Verlauf der Befragungsaktion (1 vH-Zusatzerhebung) im Frühjahr 1957 ermittelten Ergebnisse noch einige Daten hervorgehoben werden. Im Hinblick auf das große Interesse, das den möglichen Berechnungen des noch bestehenden Wohnungsbedarfs zukommt, beschränkt sich die Interpretation auf den von seiten der in die 1 vH-Zusatzerhebung einbezogenen Haushalte geäußerten Wohnungswunsch bzw. Wohnungsbedarf, zumal dieser Problemkreis im Abschnitt I verschiedentlich schon angeschnitten wurde. Hinsichtlich der Aussagekraft der

im folgenden veröffentlichten Ergebnisse darf auf die in Abschnitt D Seite 14 gegebenen Hinweise und Erläuterungen verwiesen werden. Im Gegensatz zu den im Anhang gebrachten Einzeltabellen über die Ergebnisse aus der 1 vH-Zusatzerhebung liegen der textlichen Darstellung bereits auf Totalzahlen hochgerechnete — also mit 100 vervielfachte — Ergebnisse zugrunde.

Wohnungsbedarf der Haushalte

Im Frühjahr 1957 strebten in Baden-Württemberg von insgesamt 2,35 Millionen Wohnparteien 371 000 Haushalte einen Wechsel ihrer derzeitigen wohnungsmäßigen Un-

Tabelle 40

Die Wohnparteien mit Wohnungswünschen und Wohnungsbedarf¹⁾ im Frühjahr 1957
(1 vH-Zusatzerhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Wohnungswunsch Wohnungsbedarf	Wohnparteien ¹⁾ insgesamt		Davon wollten eine								
			Mietwohnung ²⁾			Wohnung im eigenen Haus oder Eigentumswohnung ³⁾			sonstige andere Unterkunft		
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	vH von Sp. 1	Anzahl	vH	vH von Sp. 1	Anzahl	vH	vH von Sp. 1
Wohnparteien mit Wohnungswünschen darunter	371 000	100	261 800	100	70,6	99 100	100	26,7	10 100	100	2,7
Wohnparteien mit Wohnungsbedarf ⁴⁾	247 300	66,7	153 500	58,6	62,1	85 800	86,6	34,7	(8 000)	(79,2)	(3,2)

¹⁾ Ganze Haushalte und Haushaltsteile. — ²⁾ In Miethaus und Wohnheim. — ³⁾ Zusammenfassend auch als Eigentümerwohnungen bezeichnet. — ⁴⁾ Wohnparteien, die bereits Schritte zur Verwirklichung der Wohnungswünsche unternommen haben.

terbringung an. Dieser Kreis der Haushalte umschloß sowohl Inhaber von Normalwohnungen als auch Untermieter in Normalwohnungen, Wohnparteien in Notwohnungen und Anstalten. Außer den Wohnparteien, die unverändert in ihrer Zusammensetzung in eine andere Wohnung wechseln wollten, sind in dieser Zahl auch Wohnparteienteile enthalten, die unabhängig von dem anderen Haushalt eine Wohnung benötigten oder wünschten. Dabei konnte es sich sowohl um Personen handeln, die bereits eine eigene Familie hatten, aber noch bei den Eltern lebten als auch um solche, die erst einen selbständigen Haushalt gründen wollten. Der Anteil dieser Wohnparteienteile betrug an allen Wohnparteien mit Wohnungsänderungsabsichten 5,6 vH; insgesamt bezifferten sich diese Teilhaushalte auf 20 900.

Bezieht man die Zahl der durch die Interviewbefragung ermittelten Wohnungswünsche auf die Gesamtheit aller im September 1956 in Baden-Württemberg gezählten Wohnparteien, so hatten von 100 Haushalten 15,8 die Absicht, ihre derzeitig benutzte Wohnung oder Unterkunft zu wechseln. Von diesen hegten 5,3 Haushalte vorerst nur den Wunsch nach einer Änderung der Wohnungslage, 10,5 Wohnparteien hatten sich dagegen schon in unterschiedlicher Weise um eine befriedigende andere bzw. neue Wohnung bemüht.

Die nun folgenden Ausführungen über die Gründe, die die Haushalte für einen Wohnungswechsel geltend machen und die gestellten Ansprüche auf Größe, Ausstattung und Lage der gewünschten Wohnung sowie ihre finanzielle Möglichkeit und Bereitschaft zur Mietzahlung beziehen sich nur auf die Haushalte mit Wohnungsbedarf. Wohnungsbedarf im Sinne der Wohnungstatistik 1956/57 lag nur dann vor, wenn der Haushalt bereits Schritte zur Verwirklichung des vorgebrachten Wohnungswunsches unternommen hatte. Als solche wurden Vormerkungen beim Wohnungsamt oder einer Wohnungsvermittlung ebenso wie Verhandlungen mit Architekten oder Wohnungsunternehmen und gleichermaßen auch abgeschlossene Bau- und Wohnungssparverträge angesehen.

Im Landesdurchschnitt lag demnach für gut zwei Drittel der erfaßten Haushalte mit Wohnungswünschen, also für 247 300 Haushalte, Wohnungsbedarf vor. Von diesen strebten mehr als sechs Zehntel (153 500) nach einer Mietwohnung, während sich stark ein Drittel der Haushalte (85 800) mit Wohnungsbedarf für eine Wohnung im eigenen Haus oder eine Eigentumswohnung aussprach. Mit 3 vH der sogenannten Bedarfsfälle war der Anteil derjenigen, die sich als Untermieter mit einem Wohnungsteil oder mit Anstaltsunterbringung begnügten, äußerst gering (8 000). Es kann unterstellt werden, daß die Bauwilligen, das heißt die Bewerber um eine Eigentümerwohnung im allgemeinen rascher in den Besitz der gewünschten Wohnung kommen werden als die

Reflektanten auf eine Mietwohnung, die ihre subjektiven Wünsche noch in Einklang mit den Baumaßnahmen der Hausbesitzer bringen müssen.

Untersucht man die Gründe, die die Wohnparteien zu einem Wohnungswechsel veranlaßten, so zeigt sich, daß das Bestreben nach einer *Hebung des Lebens- und damit auch des Wohnstandards* im Vordergrund steht. In nicht wenigen Fällen gaben die Haushalte auch mehrere Gründe für einen Umzug an: Einerseits wurden Forderungen in bezug auf Größe und Ausstattung der Wohnung gestellt, andererseits Wünsche hinsichtlich der Lage sowie der Entfernung von der Arbeitsstätte geäußert.

Von 100 Wohnparteien mit Wohnungsbedarf strebten nach:

einer besser ausgestatteten Mietwohnung	40,5
einer größeren Mietwohnung	38,8
einer eigenen Mietwohnung	20,7
einer günstiger gelegenen Mietwohnung	7,8
einer kleineren oder billigeren Mietwohnung	2,5
einer Eigentumswohnung	3,7
einem eigenen Haus	31,0

bezeichneten ihre derzeitige Wohnung

(Unterkunft) als wohnunwürdig	18,0
-------------------------------	------

beabsichtigten:

Eheschließung	3,5
Haushaltszusammenführung	2,4
Rückkehr in die Heimatgemeinde	0,3

Bemerkenswert ist der große Anteil der Wohnparteien, die eine besser ausgestattete Wohnung anstrebten (40,5 vH); nicht ganz so stark waren die Haushalte vertreten, die eine größere Mietwohnung benötigen (38,8 vH). Besonders ausgeprägt ist erwartungsgemäß auch der Wunsch nach einem eigenen Haus (31,0 vH), der sich in der Hauptsache bei Wohnungsinhabern findet, deren jetzige Wohnung nicht mehr den heutigen Wohnansprüchen genügt. Der Bedarf nach einer eigenen Wohnung ist überwiegend von den noch in Untermiete lebenden Wohnparteien geltend gemacht worden. Entgegen der Erwartung wurden Gründe anderer Art, wie Eheschließung, Haushaltszusammenführung oder Rückkehr in die Heimatgemeinde, nur in beschränktem Maße vorgebracht. Verschwindend gering war auch die Zahl der Haushalte, die angaben, daß sie auf eine kleinere oder billigere Wohnung Wert legten (3 vH). Bei diesen Wohnparteien dürfte es sich in der Hauptsache um Resthaushalte, zum Beispiel Eltern nach dem Wegzug verheirateter Kinder, handeln. Beachtlich hoch ist der Anteil jener Haushalte, die ihre derzeitige Wohnung oder den benützten Wohnungsteil als wohnunwürdig bezeich-

neten (18 vH). Da es sich hier überwiegend um Wohnungsinhaber (Hauptmieter und Eigentümer) von Normalwohnungen handelte, kann diese Auffassung objektiv wohl nicht immer zu Recht bestehen.

Von den 247 300 Haushalten und Haushaltsteilen mit Wohnungsbedarf waren 110 600 oder 45 vH noch nicht Inhaber einer Normalwohnung. Unter den Wohnungsinhabern (136 700) befanden sich zu neun Zehntel Hauptmietparteien (124 200), die sowieso stark die Hälfte aller Bedarfsträger ausmachen. Etwa 16 vH dieser Eigentümerwohn- und Hauptmietparteien teilten ihre Wohnung mit einem oder mehreren Untermietern. Anteilsmäßig hatten nahezu die doppelte Anzahl von Untermietparteien (68 700) als Wohnparteien in Notwohnungen (35 000) Wohnungsbedarf geäußert.

Von 100 Wohnparteien ¹ mit waren	Wohnungsbedarf vH
Eigentümer einer Normalwohnung	5,1
Hauptmieter einer Normalwohnung	50,2
Untermieter in einer Normalwohnung	27,8
Wohnparteien in Notwohnungen	14,1
Sonstige Wohnparteien ²	(2,8)
Insgesamt	100

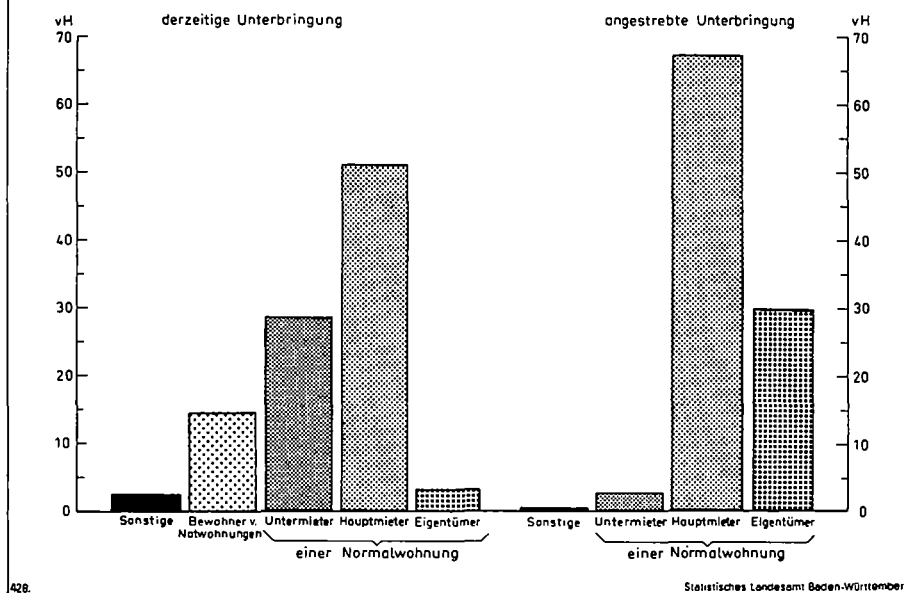
¹ Ganze Haushalte und Haushaltsteile.

² In Unterküften außerhalb von Wohnungen.

Überträgt man die aus der 1 vH-Zusatzerhebung nach dem Stand vom Frühjahr 1957 gewonnenen Ergebnisse auf die Tatbestände der Totalerhebung von Herbst 1956, so ergibt sich, daß in Baden-Württemberg etwa jede sechste Wohnpartei in irgendeiner Weise mit ihrer derzeitigen Normalwohnung nicht zufrieden war. Im Hinblick auf das derzeitige Besitzverhältnis der Haushalte beabsichtigten 18 vH aller Hauptmieter eine Veränderung, während von den Eigentümerwohnparteien insgesamt nur 2 vH eine andere Wohnung wünschten; mehr als ein Viertel sämtlicher Untermieter bemühten sich um eine eigene Wohnung. Unterscheidet man die Haushalte mit Wohnungsbedarf nach der Größe der Wohnparteien, so zeigt sich, daß die Wohnparteien mit drei Personen am stärksten, die mit fünf und mehr Personen dagegen am schwächsten vertreten waren. Verständlicherweise liegt der Anteil der Einzelpersonen mit Wohnungsbedarf noch unter dem für die Großfamilien errechneten Wert.

Von 100 Wohnparteien mit Wohnungsbedarf bestanden aus	vH
1 Person	13,0
2 Personen	23,2
3 Personen	27,6
4 Personen	19,4
5 und mehr Personen	16,8

Derzeitige und angestrebte Unterbringung der Haushalte mit Wohnungsbedarf in Baden-Württemberg im Frühjahr 1957



Durch eine Gegenüberstellung der Haushalte mit Wohnungswünschen zu denen mit Wohnungsbedarf wird ersichtlich, daß die größeren Wohnparteien die Verwirklichung ihres Wohnungswunsches weit intensiver betreiben als die kleineren Haushalte.

Zum Zeitpunkt der Stichprobe wohnten von den Einpersonenvohnparteien mit Wohnungsbedarf nahezu sieben Achtel in Untermiete. 13 vH der Alleinstehenden lebten in Notwohnungen. Von den Wohnparteien mit drei Personen waren bereits 70 vH Inhaber von Normalwohnungen, während sich nur noch 30 vH in Untermiete befanden. Mit der Größe der Wohnpartei stieg auch der Anteil an Wohnungsinhabern; er bezifferte sich bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen auf mehr als neun Zehntel.

Von 100 Wohnparteien unterschiedlicher Größe mit Wohnungsbedarf wollten künftig in einer Normalwohnung wohnen als

	Wohnparteien mit ... Personen				
	1	2	3	4	5 u. mehr
Eigentümer	(13,2)	26,3	39,0	43,6	46,0
Hauptmieter	65,8	72,8	60,4	56,2	54,0
Untermieter	(21,0)	(0,9)	(0,6)	(0,2)	—

Ein Fünftel der Alleinstehenden bevorzugte auch weiterhin das Untermietverhältnis; demgegenüber erstrebte ein Achtel dieses Haushaltstyps eine Eigentümerwohnung. Das Bemühen um eine Eigentümerwohnung nimmt mit dem Anwachsen der Wohnparteiengröße zu. Von den Haushalten mit fünf und mehr Personen wollten mehr als zwei Fünftel der Befragten Wohnungseigentum erwerben.

An erster Stelle steht der Wunsch nach einer Mietwohnung. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als weit über die Hälfte dieser Wohnungen in einem Ein- oder Zweifamilienhaus gelegen sein soll. Hiernach müßte zur Befriedigung des angezeigten Wohnungsbedarfs eine erhebliche Anzahl dieser Wohngebäude als reine Miethäuser gebaut werden.

Von 100 Wohnparteien¹ mit Wohnungsbedarf**wollten wohnen in vH**

einem Ein- oder Zweifamilienhaus	56,0
einem Mehrfamilienhaus	25,8
einem nicht näher bestimmten Normalgebäude	18,2
einer Anstalt ²	(.)

Insgesamt 100

¹ Ganze Haushalte und Haushaltsteile.² Die Nachweisungen liegen unter 10 Fällen (hochgerechnet 1000).

Nur stark ein Viertel der gewünschten Wohnungen sollte in Mehrfamilienhäusern — das sind Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen — liegen. Mit einem Fünftel ist der Anteil der Wohnparteien, die keine Vorstellung über die Art des Gebäudes besaßen, in welchem die gewünschte Wohnung liegen sollte, unvermutet groß. Über die von wenigen Wohnparteien bevorzugte Anstaltsunterbringung können wegen der geringen Repräsentation keine weiteren Aussagen gemacht werden.

In diesem Zusammenhang interessiert auch die *Größe der angestrebten Wohnung sowie das Baualter des Gebäudes*, in welchem sie liegen sollte.

Von 100 Wohnparteien, die bereits Schritte zur Erlangung einer Mietwohnung unternommen hatten, wollten eine Wohnung mit

	vH
1 bis 2 Räumen	7,7
3 Räumen	34,6
4 Räumen	44,6
5 und mehr Räumen	12,6
ohne Angaben	0,5

Die Beantwortung der Frage nach der Raumzahl der angestrebten Wohnung läßt erkennen, daß mehr als zwei Fünftel der Hauptmieter künftig eine Vierraumwohnung für ausreichend erachteten. Für eine Wohnung mit drei Räumen sprachen sich rund 35 vH der Haushalte mit Wohnungsbedarf aus, während große Wohnungen mit fünf und mehr Räumen, wohl wegen der zu hohen Mietbelastung, nur von etwa 13 vH der Wohnparteien gesucht wurden.

Von den angestrebten Mietwohnungen sollten 41 vH in Neubauten (nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948 erbaut) und 31 vH in Altbauten liegen. Für 28 vH der Haushalte war es gleichgültig, aus welcher Bauperiode

die gesuchte Wohnung stammt. Allgemein läßt sich sagen, daß der Anteil an gewünschten Wohnungen im Neubau mit steigender Wohnungsgröße anwächst.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Beurteilung des von seiten der Haushalte geltend gemachten Bedarfs sind die Angaben über die *tragbare Mietbelastung* sowie über die Höhe der mutmaßlichen *Baukosten bzw. den Kaufpreis für das eigene Haus*.

Von 100 Wohnparteien, die bereits Schritte zur Erlangung einer Mietwohnung unternommen hatten, veranschlagten ihre künftig zu zahlende Monatsmiete auf:

	vH
unter 40 DM	6,0
40 bis unter 50 DM	6,4
50 bis unter 60 DM	10,4
60 bis unter 70 DM	14,5
70 bis unter 80 DM	13,7
80 bis unter 90 DM	14,8
90 bis unter 100 DM	6,2
100 bis unter 120 DM	11,1
120 bis unter 160 DM	7,9
160 und mehr DM	2,5
hatten keine Vorstellung	6,5

So glaubten 12 vH der Haushalte eine ansprechende Wohnung für eine Wohnungsmiete unter 50 DM zu erhalten, wogegen nahezu vier Zehntel der an einer Mietwohnung Interessierten einen Mietzins zwischen 50 DM und 80 DM veranschlagt hatten. Über ein Fünftel der Befragten hielt eine Miete zwischen 80 DM bis 100 DM zur Realisierung des Wohnungswunsches für ausreichend. Nahezu die gleiche Anzahl von Wohnparteien war zu einer Mietzahlung von 100 DM und mehr bereit. Keine Vorstellung über die Miethöhe der neuen oder anderen Wohnung besaßen 7 vH der Haushalte. Daß die erklärte Mietzahlungsbereitschaft mehrfach in keinem Verhältnis zur angestrebten Wohnungsgröße und -ausstattung stand, darf nicht unerwähnt bleiben. Aus dieser Tatsache lassen sich gewisse Maßgaben für die Ausrichtung der künftigen Wohnungspolitik ableiten. Unter den Bedarfsfällen fanden sich sowohl Wohnparteien mit günstigen Einkommensverhältnissen, die nur einen sehr kleinen Teil des Haushaltseinkommens für Miete ausgeben wollten, als auch solche, deren Bedarf so dringend war, daß sie bereit waren, eine große finanzielle Belastung in Kauf zu nehmen.

Tabelle 41

Die Wohnparteien¹ mit Wohnungsbedarf² nach dem Einkommen im Frühjahr 1957
 (1 vH-Zusatzerhebung — Hochgerechnete Ergebnisse)

Monatliches Gesamtneutoteinkommen der Wohnparteien in DM	Wohnparteien mit Wohnungsbedarf ³)							
	insgesamt		davon waren					
			bereits			noch nicht ⁴)		
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	vH von Sp. 1	Anzahl	vH	vH von Sp. 1
unter 200	10 100	4,4	(2 700)	(2,2)	(26,7)	(7 400)	(7,0)	(73,3)
200 bis unter 300	18 400	8,0	(5 900)	(4,8)	(32,1)	12 500	11,8	67,9
300 bis unter 400	38 200	16,6	15 500	12,5	40,6	22 700	21,3	59,4
400 bis unter 500	36 900	16,0	18 300	14,7	49,6	18 600	17,5	50,4
500 bis unter 600	30 700	13,3	17 400	14,0	56,7	13 300	12,5	43,3
600 bis unter 700	28 200	12,2	16 200	13,0	57,4	12 000	11,3	42,6
700 und mehr	42 800	18,6	31 900	25,7	74,5	10 900	10,2	25,5
Ohne Angaben	25 200	10,9	16 300	13,1	64,7	(8 900)	(8,4)	(35,3)
Insgesamt	230 500	100	124 200	100	53,9	106 300	100	46,1

¹) Nur ganze Haushalte mit auswertbaren Angaben. — ²) Untermieter und Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen. — ³) Wohnparteien, die bereits Schritte zur Verwirklichung der Wohnungswünsche unternommen haben.

Von 100 Wohnparteien, die bereits Schritte zur Erlangung eines Eigenheims unternommen hatten, veranschlagten die Baukosten bzw. den Kaufpreis des Wohngebäudes (ohne Grundstücks- und Aufschließungskosten) auf

	vH
unter 30 000 DM	13,7
30 000 bis unter 40 000 DM	25,8
40 000 bis unter 50 000 DM	18,6
50 000 bis unter 60 000 DM	6,8
60 000 bis unter 70 000 DM	5,6
70 000 bis unter 80 000 DM	2,0
80 000 bis unter 90 000 DM	1,6
90 000 und mehr DM	1,4
Keine Angaben bzw. keine Vorstellung	24,5

Mit 25 vH der Wohnparteien, die ein eigenes Haus beziehen wollten, war der Anteil der Haushalte, die keine Angaben über die Höhe der veranschlagten Baukosten machten oder die noch keine Vorstellung über deren Höhe hatten, recht groß. Ein Siebtel der in die Erhebung einbezogenen Bau- und Kaufwilligen wollte höchstens 30 000 DM aufwenden, je ein Viertel der Haushalte rechnete mit Baukosten von 30 000 DM bis unter 40 000 DM und zwischen 40 000 DM und 60 000 DM. Bei etwas mehr als einem Zehntel der untersuchten Wohnparteien lagen Kostenvoranschläge in Höhe von 60 000 DM und mehr vor.

Besondere Bedeutung kommt aus vorerwähnten Gründen auch den auf freiwilliger Basis gegebenen Auskünften über das *Familieneinkommen* der befragten Haushalte zu. Aus der Gegenüberstellung von monatlichem Gesamtnettoeinkommen der Haushalte und monatlicher Mietbelastung lassen sich wertvolle Erkenntnisse für die im einzelnen noch zumutbare Mietbelastung und damit auch für die Neuordnung des allgemeinen Mietgefüges ableiten.

In Tabelle 41 wird ein Überblick über die *Einkommensschichtung der Wohnparteien mit Wohnungsbedarf* gegeben, getrennt nach Haushalten, die bereits Inhaber einer Normalwohnung sind und solchen, die erstmals eine eigene Wohnung anstreben.

Während bei den Haushalten ohne eigene Wohnung der Anteil der Wohnparteien mit einem monatlichen Gesamtnettoeinkommen bis zu 400 DM zwei Fünftel

betrug, zählte bei den Hauptmietern und Eigentümern von Normalwohnungen nur knapp ein Fünftel zu dieser Einkommensgruppe. Etwa gleich stark vertreten mit je rund 30 vH waren bei den genannten Bedarfsgruppen die Haushalte mit Einkommen zwischen 400 DM und 600 DM. Mehr als 600 DM Einkommen ließen sich für rund 40 vH der Wohnungsinhaber nachweisen, dagegen nur für 22 vH der Haushalte ohne eigene Normalwohnung. Allgemein verfügten die Untermieter sowie die außerhalb von Normalwohnungen untergebrachten Haushalte über ein niedrigeres Durchschnittseinkommen als die Inhaber von Normalwohnungen.

Mit diesen Feststellungen dürfte der Forderung nach Unterlagen über das Ausmaß des subjektiven Wohnungsbedarfs im Rahmen des Möglichen Genüge getan sein. Im übrigen bleibt es dem Leser vorbehalten, in Verbindung mit dem weiteren Tabellenmaterial aus der 1 vH-Zusatzerhebung (s. Anhang) zusätzliche Erkenntnisse zu gewinnen.

Es sei abschließend noch gestattet, auf die Vielzahl der durch diese Stichprobenerhebung angeschnittenen Fragenkomplexe hinzuweisen, die aus begreiflichen Gründen im einzelnen hier nicht besprochen werden können. So gibt das Tabellenmaterial über die Befragungsaktion 1957 u. a. auch Aufschluß über:

1. Die Wohnungen nach Gebäudeart und Wohnungsart sowie nach Ausstattungstyp und Besitzverhältnis.
2. Die Normalwohnungen nach Ausstattungstyp, Raumzahl und Besitzverhältnis, getrennt nach Miet- und Eigentümerwohnungen.
3. Die normalen Mietwohnungen und ihre Mieten, Ausstattungstyp und Wohnfläche sowie Raumzahl und Besitzverhältnis.
4. Die Haushalte nach Haushaltsgröße, sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Wohnverhältnis.
5. Die Belegung der Normalwohnungen nach dem Wohnverhältnis, nach Ausstattungstyp und Raumzahl der Wohnungen.
6. Die Haushalte mit eigener Normalwohnung nach Haushaltsgröße, Einkommen und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes.
7. Die Haushalte ohne eigene Normalwohnung nach Haushaltsgröße, Einkommen und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes.

Anhang

I. Tabellen

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57 im Frühjahr 1957

Nachweisungen für Baden-Württemberg und das Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Tabelle E Z 1a

Die Haushalte, von denen Teile Wohnungswechsel anstreben, nach derzeitigem Wohnverhältnis in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Wohnverhältnis	Haus- halte ins- gesamt	Davon wird Wohnungswechsel angestrebt von je					Haus- halts- teile ins- gesamt
		1	2	3	4	5	
		Haushaltsteilen					

Baden-Württemberg							
In Normalwohnungen als Eigentümer der Wohnung allein in der Wohnung ..	61	58	6	—	—	—	64
mit anderen Haushalten in der Wohnung	4	4	—	—	—	—	4
Hauptmieter der Wohnung allein in der Wohnung ..	90	75	28	—	4	—	107
mit anderen Haushalten in der Wohnung	10	8	4	—	—	—	12
Untermieter	7	7	—	—	—	—	7
Haushalte in Notwohnungen	10	9	2	—	—	—	11
Wohnungslos Eingewiesene	—	—	—	—	—	—	—
Ohne Angabe der Art	4	4	—	—	—	—	4
Insgesamt	186	165	40	—	4	—	209

Tabelle E Z 2a

Die Haushaltsteile mit Wohnungsbedarf nach angestrebter Unterkunftart in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Angestrebte Unterbringung	ins- gesamt	Haushaltsteile				
		davon aus Haushalten, von denen . . . Haushaltsteile Wohnungsbedarf haben				
		1	2	3	4	5
Baden-Württemberg						
Mietwohnung						
in einem Miethaus	149	114	31	—	4	—
in einem Wohnheim	—	—	—	—	—	—
Eigentumswohnung	8	7	1	—	—	—
Eigenes Haus	46	39	7	—	—	—
davon:						
Ein- oder Zweifamilienhaus . .	41	35	6	—	—	—
darunter: Siedlerstellen	6	4	2	—	—	—
Mehrfamilienhaus	3	2	1	—	—	—
ohne Angabe der Art	2	2	—	—	—	—
Untermiete	4	3	1	—	—	—
Anstaltsunterbringung	1	1	—	—	—	—
Noch keine Vorstellung	1	1	—	—	—	—
Insgesamt	209	165	40	—	4	—
Bundesgebiet						
Mietwohnung						
in einem Miethaus	1 208	959	231	10	4	4
in einem Wohnheim	6	4	2	—	—	—
Eigentumswohnung	29	27	2	—	—	—
Eigenes Haus	246	206	34	5	—	1
davon:						
Ein- oder Zweifamilienhaus . .	216	181	29	5	—	1
darunter: Siedlerstellen	28	22	5	1	—	—
Mehrfamilienhaus	11	7	4	—	—	—
ohne Angabe der Art	19	18	1	—	—	—
Untermiete	17	15	2	—	—	—
Anstaltsunterbringung	27	26	1	—	—	—
Noch keine Vorstellung	11	11	—	—	—	—
Insgesamt	1 544	1 248	272	15	4	5

Tabelle E Z 1b

Die Haushalte, von denen Teile Wohnungswechsel anstreben, nach derzeitigem Wohnverhältnis in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Wohnverhältnis	Haus- halte ins- gesamt	Davon wird Wohnungswechsel angestrebt von je					Haus- halts- teile ins- gesamt
		1	2	3	4	5	
		Haushaltsteilen					
Baden-Württemberg							
In Normalwohnungen als Eigentümer der Wohnung allein in der Wohnung ..	46	44	4	—	—	—	48
mit anderen Haushalten in der Wohnung	3	3	—	—	—	—	3
Hauptmieter der Wohnung allein in der Wohnung ..	61	54	14	—	—	—	68
mit anderen Haushalten in der Wohnung	5	4	2	—	—	—	6
Untermieter	5	5	—	—	—	—	5
Haushalte in Notwohnungen	7	6	2	—	—	—	8
Wohnungslos Eingewiesene	—	—	—	—	—	—	—
Ohne Angabe der Art	4	4	—	—	—	—	4
Insgesamt	131	120	22	—	—	—	142

Tabelle E Z 2b

Die Haushaltsteile mit Wohnungsbedarf nach angestrebter Unterkunftart in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Angestrebte Unterbringung	Haushaltsteile					
	ins- gesamt	davon aus Haushalten, von denen . . . Haushaltsteile Wohnungsbedarf haben				
		1	2	3	4	5
Baden-Württemberg						
Mietwohnung						
in einem Miethaus	87	74	13	—	—	—
in einem Wohnheim	—	—	—	—	—	—
Eigentumswohnung	8	7	1	—	—	—
Eigenes Haus	42	35	7	—	—	—
davon:						
Ein- oder Zweifamilienhaus	39	33	6	—	—	—
darunter: Siedlerstellen	5	3	2	—	—	—
Mehrfamilienhaus	3	2	1	—	—	—
ohne Angabe der Art	—	—	—	—	—	—
Untermiete	4	3	1	—	—	—
Anstaltsunterbringung	1	1	—	—	—	—
Noch keine Vorstellung	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	142	120	22	—	—	—
Bundesgebiet						
Mietwohnung						
in einem Miethaus	726	594	121	7	—	4
in einem Wohnheim	2	1	1	—	—	—
Eigentumswohnung	24	22	2	—	—	—
Eigenes Haus	209	174	29	5	—	1
davon:						
Ein- oder Zweifamilienhaus	190	158	26	5	—	1
darunter: Siedlerstellen	24	18	5	1	—	—
Mehrfamilienhaus	8	5	3	—	—	—
ohne Angabe der Art	11	11	—	—	—	—
Untermiete	17	15	2	—	—	—
Anstaltsunterbringung	27	26	1	—	—	—
Noch keine Vorstellung	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	1 005	832	156	12	—	5

Tabelle E 1a und E 1b

Die Haushalte insgesamt sowie die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach Personenzahl und gegenwärtigem Wohnverhältnis in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Derzeitige Haushaltsgröße	a) Haushalte insgesamt, b) darunter: Haushalte mit Wohnungsbedarf	Haushalte insgesamt	Von den Haushalten waren untergebracht						in Notwohnungen	in Unterkünften außerhalb von Wohnungen
			in Normalwohnungen				als Untermieter	insgesamt		
			als Eigentümer der Wohnung		als Hauptmieter der Wohnung					
			allein in der Wohnung	mit anderen Haushalten in der Wohnung	allein in der Wohnung	mit anderen Haushalten in der Wohnung				
Wohnungswünsche										
Baden-Württemberg										
Haushalte mit 1 Person	a)	4 094	500	314	678	355	1 909	3 756	328	10
	b)	518	1	2	46	25	380	454	58	6
Haushalte mit 2 Personen	a)	5 214	1 375	387	2 018	478	603	4 861	342	11
	b)	820	15	5	335	63	259	677	132	11
Haushalte mit 3 Personen	a)	5 138	1 570	270	2 362	277	400	4 879	248	11
	b)	922	17	2	491	45	220	775	137	10
Haushalte mit 4 Personen	a)	3 919	1 408	186	1 778	176	196	3 744	159	16
	b)	669	18	2	418	36	100	574	80	15
Haushalte mit 5 und mehr Personen	a)	3 889	1 951	181	1 389	102	73	3 696	175	18
	b)	533	35	5	339	15	27	421	95	17
Haushalte	a)	22 618	11 625	1 047	7 840	582	410	21 504	1 001	113
Personen	b)	3 059	219	32	1 921	81	150	2 403	548	108
Haushalte	a)	22 254	6 804	1 338	8 225	1 388	3 181	20 936	1 252	66
Haushalte insgesamt	b)	3 482	86	16	1 629	184	986	2 901	502	59
Personen	a)	68 230	25 217	3 689	26 752	3 428	5 509	64 595	3 393	242
	b)	10 659	373	58	5 782	511	2 108	8 832	1 601	226
Bundesgebiet										
Haushalte mit 1 Person	a)	26 970	2 095	1 785	4 481	2 980	12 299	23 640	3 224	106
	b)	4 437	19	21	456	312	2 771	3 579	803	55
Haushalte mit 2 Personen	a)	39 335	6 653	3 034	15 616	4 049	6 064	35 416	3 858	61
	b)	7 606	95	36	2 636	636	2 582	5 985	1 569	52
Haushalte mit 3 Personen	a)	35 944	7 588	2 065	16 522	2 366	4 267	32 808	3 066	70
	b)	8 270	118	21	3 758	514	2 234	6 645	1 563	62
Haushalte mit 4 Personen	a)	26 723	7 216	1 556	12 119	1 402	2 221	24 514	2 157	52
	b)	5 885	100	17	3 120	316	1 161	4 714	1 124	47
Haushalte mit 5 und mehr Personen	a)	25 844	10 948	1 798	9 053	959	1 051	23 809	1 950	85
	b)	4 505	168	20	2 438	247	547	3 420	1 011	74
Haushalte	a)	150 425	65 779	10 666	50 967	5 382	5 760	138 554	11 362	509
Personen	b)	25 586	1 023	121	13 742	1 381	2 972	19 239	5 905	442
Haushalte	a)	154 816	34 500	10 238	57 791	11 756	25 902	140 187	14 255	374
Haushalte insgesamt	b)	30 703	500	115	12 408	2 025	9 295	24 343	6 070	290
Personen	a)	470 789	132 808	30 938	184 722	29 166	51 872	429 506	40 128	1 155
	b)	93 585	1 986	345	43 224	5 771	22 253	73 579	19 031	975
Wohnungsbedarf										
Baden-Württemberg										
Haushalte mit 1 Person	a)	4 094	500	314	678	355	1 909	3 756	328	10
	b)	300	1	1	23	11	224	260	37	3
Haushalte mit 2 Personen	a)	5 214	1 375	387	2 018	478	603	4 861	342	11
	b)	535	7	3	204	35	190	439	87	9
Haushalte mit 3 Personen	a)	5 138	1 570	270	2 362	277	400	4 879	248	11
	b)	837	14	2	330	30	165	541	90	6
Haushalte mit 4 Personen	a)	3 919	1 408	186	1 778	176	196	3 744	159	16
	b)	446	10	—	268	24	81	383	54	9
Haushalte mit 5 und mehr Personen	a)	3 889	1 951	181	1 389	102	73	3 696	175	18
	b)	387	32	4	229	14	22	301	74	12
Haushalte	a)	22 618	11 625	1 047	7 840	582	410	21 504	1 001	113
Personen	b)	2 231	198	27	1 300	78	124	1 725	430	76
Haushalte	a)	22 254	6 804	1 338	8 225	1 388	3 181	20 936	1 252	66
Haushalte insgesamt	b)	2 305	64	10	1 054	114	682	1 924	342	39
Personen	a)	68 230	25 217	3 689	26 752	3 428	5 509	64 595	3 393	242
	b)	7 296	295	40	3 793	343	1 547	6 018	1 127	151
Bundesgebiet										
Haushalte mit 1 Person	a)	26 970	2 095	1 785	4 481	2 980	12 299	23 640	3 224	106
	b)	2 403	9	10	202	121	1 583	1 925	447	31
Haushalte mit 2 Personen	a)	39 335	6 653	3 034	15 616	4 049	6 064	35 416	3 858	61
	b)	4 540	59	24	1 402	306	1 719	3 510	989	41
Haushalte mit 3 Personen	a)	35 944	7 588	2 065	16 522	2 366	4 267	32 808	3 066	70
	b)	5 314	85	14	2 168	294	1 641	4 202	1 068	44
Haushalte mit 4 Personen	a)	26 723	7 216	1 556	12 119	1 402	2 221	24 514	2 157	52
	b)	3 868	73	10	1 914	198	874	3 069	761	38
Haushalte mit 5 und mehr Personen	a)	25 844	10 948	1 798	9 053	959	1 051	23 809	1 950	85
	b)	3 071	135	18	1 569	153	408	2 283	731	57
Haushalte	a)	150 425	65 779	10 666	50 967	5 382	5 760	138 554	11 362	509
Personen	b)	17 494	822	110	8 904	857	2 229	12 922	4 235	337
Haushalte	a)	154 816	34 500	10 238	57 791	11 756	25 902	140 187	14 255	374
Haushalte insgesamt	b)	19 196	361	76	7 255	1 072	6 225	14 989	3 996	211
Personen	a)	470 789	132 808	30 938	184 722	29 166	51 872	429 506	40 128	1 155
	b)	60 391	1 496	250	26 070	3 264	15 669	46 749	12 908	734

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit auswertbaren Angaben.

Tabelle E 2a **Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach gegenwärtigem Wohnverhältnis, nach Einkommen und Personenzahl in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Wohnungswünsche

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße	Haushalte																		ohne Angabe des Einkommens
	insgesamt	davon																	
		mit einem monatlichen Gesamtnettoeinkommen von . . . bis unter . . . DM																	
		unter 200	200 bis unter 300	300 bis unter 400	400 bis unter 500	500 bis unter 600	600 bis unter 700	700 bis unter 800	800 bis unter 900	900 bis unter 1 000	1 000 bis unter 1 250	1 250 bis unter 1 500	1 500 bis unter 1 750	1 750 bis unter 2 000	2 000 und mehr	Haus-halte ins-gesamt			
Baden-Württemberg																			
Eigentümer der jetzigen Normalwohnung																			
Haushalte mit																			
1 Person	3	1	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	
2 Personen	20	4	3	3	3	3	1	—	—	2	1	—	—	—	—	—	20	—	
3 Personen	19	—	—	3	4	1	1	—	—	1	1	1	—	—	—	—	12	7	
4 Personen	20	—	—	3	3	3	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	11	9	
5 und mehr Pers.	40	—	1	1	6	5	4	1	5	3	3	1	2	—	—	1	33	7	
Personen	251	—	7	6	37	29	24	7	35	20	18	5	15	—	5	208	43		
Insgesamt	102	5	5	10	16	12	7	2	5	6	5	2	3	—	1	79	23		
Personen	431	9	14	33	67	50	30	11	35	27	23	8	19	—	5	331	100		
Hauptmieter der jetzigen Normalwohnung																			
1 Person	71	21	15	7	7	5	1	1	—	—	1	—	—	—	—	—	58	13	
2 Personen	398	16	28	75	60	67	41	25	16	7	7	1	3	—	2	348	50		
3 Personen	536	3	23	81	90	86	71	42	31	19	21	3	2	—	3	475	61		
4 Personen	454	2	11	59	77	75	62	32	28	22	28	5	5	1	1	408	46		
5 und mehr Pers.	354	1	7	26	49	39	43	36	24	25	26	7	7	—	3	293	61		
Personen	2 002	6	37	133	273	221	244	221	130	143	155	40	48	—	17	1 668	334		
Insgesamt	1 813	43	84	248	283	272	218	136	99	73	83	16	17	1	9	1 582	231		
Personen	6 293	76	221	769	978	918	788	526	367	302	345	71	80	4	34	5 479	814		
Untermieter in Normalwohnungen																			
1 Person	380	59	91	114	47	19	7	2	3	3	1	—	—	—	—	346	34		
2 Personen	259	20	33	46	47	31	35	15	5	4	1	—	—	—	—	237	22		
3 Personen	220	1	13	52	43	37	39	7	7	1	2	—	—	—	—	202	18		
4 Personen	100	—	5	26	17	15	15	5	3	2	2	—	1	—	—	91	9		
5 und mehr Pers.	27	—	—	—	7	4	5	2	3	3	—	—	—	—	—	24	3		
Personen	150	—	—	—	38	24	27	12	17	15	—	—	—	—	—	133	17		
Insgesamt	986	80	142	238	161	106	101	31	21	13	6	—	1	—	—	900	86		
Personen	2 108	102	216	466	376	276	281	85	63	37	17	—	4	—	—	1 923	185		
Haushalte in Notwohnungen																			
1 Person	58	19	15	13	5	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	53	5		
2 Personen	132	13	18	29	19	23	12	2	3	2	1	—	—	—	—	122	10		
3 Personen	137	2	8	35	22	24	19	8	2	1	—	1	—	—	—	122	15		
4 Personen	80	1	2	15	19	16	8	7	—	4	2	—	—	—	—	74	6		
5 und mehr Pers.	95	—	3	10	17	14	10	3	4	3	9	2	1	—	—	76	19		
Personen	548	—	16	53	100	78	61	21	22	17	53	11	7	—	—	439	109		
Insgesamt	502	35	46	102	82	77	49	20	10	10	12	3	1	—	—	447	55		
Personen	1 601	55	99	289	285	260	174	77	35	40	63	14	7	—	—	1 398	203		
Haushalte in Unterkünften außerhalb von Wohnungen																			
1 Person	6	3	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—		
2 Personen	11	3	2	1	1	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	11	—		
3 Personen	10	—	—	2	1	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	7	3		
4 Personen	15	1	—	4	5	1	2	—	—	1	—	—	—	—	—	14	1		
5 und mehr Pers.	17	—	—	1	4	3	3	2	1	—	3	—	—	—	—	17	—		
Personen	108	—	—	5	25	19	17	12	7	—	23	—	—	—	—	108	—		
Insgesamt	59	7	3	10	11	8	8	3	1	1	3	—	—	—	—	55	4		
Personen	226	13	5	31	50	33	32	15	7	4	23	—	—	—	—	213	13		
Haushalte insgesamt																			
1 Person	518	103	123	136	59	24	9	3	4	3	2	—	—	—	—	466	52		
2 Personen	820	56	84	154	130	126	91	42	24	15	10	1	3	—	2	738	82		
3 Personen	922	6	44	173	160	150	131	58	40	22	24	5	2	—	3	818	104		
4 Personen	669	4	18	107	121	110	87	45	31	29	32	5	7	1	1	598	71		
5 und mehr Pers.	533	1	11	38	83	65	65	44	37	34	41	10	10	—	4	443	90		
Personen	3 059	6	60	197	473	371	373	273	211	195	249	56	70	—	22	2 556	503		
Insgesamt	3 462	170	280	608	553	475	383	192	136	103	109	21	22	1	10	3 063	399		
Personen	10 659	255	555	1 588	1 756	1 537	1 305	714	507	410	471	93	110	4	39	9 344	1 315		

Außerdem ohne Angabe der Wohnungen bzw. des Mietverhältnisses oder der Personenzahl

Haushalte	39	2	9	9	7	4	2	1	—	1	1	—	—	—	—	36	3
-----------------	----	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	---

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

noch Tabelle E 2a Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach gegenwärtigem Wohnverhältnis, nach Einkommen und Personenzahl in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungswünsche

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße	Haushalte														ohne Angabe des Einkommens
	davon														
	mit einem monatlichen Gesamtnettoeinkommen von . . . bis unter . . . DM														
	ins-gesamt	unter 200	200 bis 300	300 bis 400	400 bis 500	500 bis 600	600 bis 700	700 bis 800	800 bis 900	900 bis 1 000	1 000 bis 1 250	1 250 bis 1 500	1 500 bis 1 750	1 750 bis 2 000	

Bundesgebiet																	
Eigentümer der jetzigen Normalwohnung																	
Haushalte mit																	
1 Person	40	15	5	4	2	2	4	1	—	—	—	—	—	—	—	33	7
2 Personen	131	15	9	27	17	16	13	2	3	2	2	—	2	—	—	108	23
3 Personen	139	1	8	25	17	16	13	4	5	6	5	3	1	—	1	105	34
4 Personen	117	1	2	11	16	18	11	11	7	5	6	1	2	1	—	92	25
5 und mehr Pers.	188	1	6	9	19	25	17	12	13	8	14	5	7	—	7	143	45
Haushalte	1 144	6	38	48	113	154	96	70	83	48	88	38	51	—	39	872	272
Personen																	
Insgesamt	615	33	30	76	71	77	58	30	28	21	27	9	12	1	8	481	134
Haushalte	2 331	58	93	225	264	308	209	131	132	90	131	51	66	4	42	1 804	527
Personen																	

Hauptmieter der jetzigen Normalwohnung																	
1 Person	768	238	184	112	70	44	12	10	4	3	9	3	1	—	2	672	96
2 Personen	3 272	178	319	637	556	470	300	176	94	49	71	18	12	3	11	2 894	378
3 Personen	4 272	53	165	680	850	697	528	325	190	115	133	31	10	8	8	3 793	479
4 Personen	3 436	13	92	427	599	577	439	279	223	139	182	44	24	6	10	3 054	382
5 und mehr Pers.	2 685	4	52	183	363	365	298	255	219	164	233	96	35	16	19	2 302	383
Haushalte	15 123	24	288	983	1 979	2 030	1 676	1 445	1 235	922	1 346	588	228	108	118	12 970	2 153
Personen																	
Insgesamt	14 433	486	792	2 039	2 438	2 153	1 577	1 045	730	470	628	192	82	33	50	12 715	1 718
Haushalte	48 995	829	1 953	6 117	8 107	7 413	5 628	3 898	2 889	1 924	2 624	896	379	162	206	43 025	5 970
Personen																	

Untermieter in Normalwohnungen																	
1 Person	2 771	800	534	637	287	129	56	30	13	5	14	4	—	1	2	2 512	259
2 Personen	2 582	275	362	535	412	334	234	88	55	23	14	1	1	—	—	2 334	248
3 Personen	2 234	43	159	601	474	370	222	82	45	13	13	2	—	—	—	2 024	210
4 Personen	1 161	11	83	284	271	171	114	51	25	17	17	3	1	—	—	1 048	113
5 und mehr Pers.	547	3	15	119	125	86	50	39	18	17	14	3	1	—	—	490	57
Haushalte	2 972	15	78	623	675	472	279	217	96	97	75	19	7	—	—	2 653	319
Personen																	
Insgesamt	9 295	1 132	1 153	2 176	1 569	1 090	676	290	156	75	72	13	3	1	2	8 408	887
Haushalte	22 253	1 538	2 145	5 269	4 292	3 063	1 925	873	454	255	224	43	13	1	2	20 097	2 156
Personen																	

Haushalte in Notwohnungen																	
1 Person	803	336	180	118	54	23	14	2	3	1	3	—	—	—	1	735	68
2 Personen	1 569	179	241	371	254	176	108	53	23	13	6	2	1	—	1	1 428	141
3 Personen	1 563	39	128	373	330	259	159	63	36	15	20	4	1	—	—	1 427	136
4 Personen	1 124	21	82	212	232	163	118	60	49	42	31	5	3	—	2	1 020	104
5 und mehr Pers.	1 011	7	34	142	200	139	104	66	63	39	68	21	7	5	3	898	113
Haushalte	5 905	39	180	781	1 114	809	637	375	370	239	451	143	48	37	19	5 242	663
Personen																	
Insgesamt	6 070	582	665	1 216	1 070	760	503	244	174	110	128	32	12	5	7	5 508	562
Haushalte	19 031	934	1 554	3 608	3 594	2 613	1 816	912	723	479	650	179	65	37	30	17 194	1 837
Personen																	

Haushalte in Unterkünften außerhalb von Wohnungen																	
1 Person	55	17	16	8	4	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	49	6
2 Personen	52	9	14	5	6	10	5	1	—	—	—	—	—	—	—	50	2
3 Personen	62	7	7	12	16	8	3	—	—	—	2	—	—	—	—	58	4
4 Personen	47	2	4	12	14	6	4	1	1	1	—	—	—	—	—	45	2
5 und mehr Pers.	74	—	2	17	19	9	7	4	3	2	5	1	1	—	—	70	4
Haushalte	442	—	11	93	108	52	43	26	19	12	36	7	9	—	—	416	26
Personen																	
Insgesamt	290	35	43	54	59	35	21	9	4	3	7	1	1	—	—	272	18
Haushalte	975	64	92	195	228	122	80	41	23	16	42	7	9	—	—	919	56
Personen																	

Haushalte insgesamt																	
1 Person	4 437	1 406	899	879	417	200	88	43	20	9	26	7	1	1	5	4 001	436
2 Personen	7 606	656	945	1 575	1 245	1 006	660	320	175	87	93	21	16	3	12	6 814	792
3 Personen	8 270	143	467	1 891	1 687	1 350	925	477	276	149	173	40	12	8	9	7 407	863
4 Personen	5 885	48	263	946	1 132	935	686	402	305	204	236	53	30	7	12	5 259	626
5 und mehr Pers.	4 505	15	109	470	726	624	476	376	316	230	334	126	51	21	29	3 903	602
Haushalte	25 586	84	595	2 528	3 989	3 517	2 731	2 133	1 803	1 318	1 996	795	343	145	176	22 153	3 433
Personen																	
Insgesamt	30 703	2 268	2 683	5 561	5 207	4 115	2 835	1 618	1 092	679	862	247	110	40	67	27 384	3 319
Haushalte	93 585	3 423	5 837	15 414	16 485	13 519	9 658	5 855	4 221	2 764	3 671	1 176	532	204	280	83 039	10 546
Personen																	

Außerdem ohne Angabe der Wohnungen bzw. des Mietverhältnisses oder der Personenzahl

Haushalte	416	43	50	90	68	36	24	12	7	5	6	1	—	1	—	343	73
-----------	-----	----	----	----	----	----	----	----	---	---	---	---	---	---	---	-----	----

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

Tabelle E 2b **Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach gegenwärtigem Wohnverhältnis, nach Einkommen und Personenzahl in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Wohnungsbedarf

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße	Haushalte																
	insgesamt	davon															
		mit einem monatlichen Gesamtnettoeinkommen von . . . bis unter . . . DM															
	unter 200	200 bis unter 300	300 bis unter 400	400 bis unter 500	500 bis unter 600	600 bis unter 700	700 bis unter 800	800 bis unter 900	900 bis unter 1 000	1 000 bis unter 1 250	1 250 bis unter 1 500	1 500 bis unter 1 750	1 750 bis unter 2 000	2 000 und mehr	Haus-halte ins-gesamt	ohne Angabe des Einkommens	
Baden-Württemberg																	
Eigentümer der jetzigen Normalwohnung																	
Haushalte mit																	
1 Person	2	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	2	—	
2 Personen	10	2	1	1	2	1	1	—	—	1	1	—	—	—	10	—	
3 Personen	16	—	—	2	3	1	1	—	—	1	1	—	—	—	10	6	
4 Personen	10	—	—	2	2	2	—	1	—	—	—	—	—	—	7	3	
5 und mehr Pers. Haushalte	36	—	1	1	6	4	4	1	4	2	3	1	—	1	29	7	
Personen	225	—	7	6	37	23	24	7	30	13	18	5	7	—	182	43	
Insgesamt Haushalte	74	2	3	6	13	8	7	2	4	4	5	2	1	—	58	16	
Personen	335	4	10	22	58	36	30	11	30	18	23	8	7	—	262	73	
Hauptmieter der jetzigen Normalwohnung																	
1 Person	34	11	9	3	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	30	4	
2 Personen	239	11	16	47	28	40	30	16	7	4	5	—	2	—	208	31	
3 Personen	360	1	17	50	62	55	50	33	22	11	15	1	—	3	321	39	
4 Personen	292	2	8	31	43	50	46	19	21	13	23	4	3	1	265	27	
5 und mehr Pers. Haushalte	243	—	6	18	34	19	28	25	16	17	20	6	6	—	2	197	
Personen	1 376	—	32	93	184	111	160	149	88	96	122	35	41	—	1 122	254	
Insgesamt Haushalte	1 168	25	56	149	170	166	155	94	66	45	63	11	12	1	1 021	147	
Personen	4 136	44	156	464	601	558	555	357	252	189	269	54	60	4	3 591	545	
Untermieter in Normalwohnungen																	
1 Person	224	32	54	64	30	11	7	2	1	2	—	—	—	—	203	21	
2 Personen	190	17	25	31	34	21	25	12	4	3	1	—	—	—	173	17	
3 Personen	165	1	8	36	35	28	35	6	7	1	1	—	—	—	158	7	
4 Personen	81	—	3	23	14	12	12	4	3	1	1	—	1	—	74	7	
5 und mehr Pers. Haushalte	22	—	—	—	6	4	4	2	3	2	—	—	—	—	21	1	
Personen	124	—	—	—	33	24	22	12	17	10	—	—	—	—	118	6	
Insgesamt Haushalte	682	50	90	154	119	76	83	26	18	9	3	—	1	—	629	53	
Personen	1 547	69	140	326	292	209	232	72	59	25	9	—	4	—	1 437	110	
Haushalte in Notwohnungen																	
Haushalte mit																	
1 Person	37	9	13	8	3	—	—	—	1	—	—	—	—	—	34	3	
2 Personen	87	7	12	21	14	12	6	1	3	2	1	—	—	—	79	8	
3 Personen	90	2	3	24	14	19	12	5	2	1	—	1	—	—	83	7	
4 Personen	54	1	2	9	14	11	6	5	—	3	2	—	—	—	53	1	
5 und mehr Pers. Haushalte	74	—	2	7	15	11	9	2	3	2	8	2	—	—	61	13	
Personen	430	—	11	36	90	61	56	14	16	12	48	11	—	—	355	75	
Insgesamt Haushalte	342	19	32	69	60	53	33	13	9	8	11	3	—	—	310	32	
Personen	1 127	33	65	194	219	186	128	51	29	31	58	14	—	—	1 008	119	
Haushalte in Unterkünften außerhalb von Wohnungen																	
1 Person	3	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	
2 Personen	9	3	2	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	9	—	
3 Personen	6	—	—	1	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	3	3	
4 Personen	9	—	—	2	3	1	1	—	—	1	—	—	—	—	8	1	
5 und mehr Pers. Haushalte	12	—	—	—	3	2	1	2	1	—	3	—	—	—	12	—	
Personen	76	—	—	—	16	12	6	12	7	—	23	—	—	—	76	—	
Insgesamt Haushalte	39	5	3	4	7	4	4	3	1	1	3	—	—	—	35	4	
Personen	151	8	5	13	30	18	15	15	7	4	23	—	—	—	138	13	
Haushalte insgesamt																	
1 Person	300	54	78	75	36	13	9	3	2	2	—	—	—	—	272	28	
2 Personen	535	40	56	101	79	75	63	29	14	10	8	—	2	—	479	56	
3 Personen	637	4	28	113	114	103	99	45	31	14	17	3	1	—	575	62	
4 Personen	446	3	13	67	76	76	65	29	24	18	26	4	4	1	407	39	
5 und mehr Pers. Haushalte	387	—	9	26	64	40	46	32	27	23	34	9	7	—	320	67	
Personen	2 231	—	50	135	360	231	268	194	158	131	211	51	48	—	1 853	378	
Insgesamt Haushalte	2 305	101	184	382	369	307	282	138	98	67	85	16	14	1	9	2 053	
Personen	7 296	158	376	1 019	1 200	1 007	960	506	377	267	382	76	71	4	33	6 436	

Außerdem ohne Angabe der Wohnungsart bzw. des Mietverhältnisses oder der Personenzahl

Haushalte	26	2	6	6	5	1	2	1	—	1	1	—	—	—	—	25	1
-----------------	----	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	---

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

noch Tabelle E 2b Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach gegenwärtigem Wohnverhältnis, nach Einkommen und Personenzahl in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße	Haushalte														
	ins-gesamt	davon													
		mit einem monatlichen Gesamtnettoeinkommen von ... bis unter ... DM													
	unter 200	200 bis unter 300	300 bis unter 400	400 bis unter 500	500 bis unter 600	600 bis unter 700	700 bis unter 800	800 bis unter 900	900 bis unter 1 000	1 000 bis unter 1 250	1 250 bis unter 1 500	1 500 bis unter 1 750	1 750 bis unter 2 000	2 000 und mehr	ohne Angabe des Einkommens

Bundesgebiet

Eigentümer der jetzigen Normalwohnung

1 Person	19	6	3	3	—	—	4	1	—	—	—	—	—	—	17	2
2 Personen	83	8	5	19	11	8	11	2	2	1	2	—	1	—	70	13
3 Personen	99	—	7	16	12	11	9	3	1	3	4	3	1	—	71	28
4 Personen	83	—	2	10	8	14	9	6	5	4	5	1	1	—	66	17
5 und mehr Pers. Haushalte ..	153	1	6	8	15	19	15	9	11	6	12	5	5	—	118	35
5 und mehr Pers. Personen ..	932	6	38	43	92	119	86	51	72	36	76	38	31	—	34	210
Insgesamt Haushalte ..	437	15	23	56	46	52	48	21	19	14	23	9	8	1	7	95
Insgesamt Personen ..	1 746	28	80	172	182	224	175	89	99	63	112	51	40	4	37	390

Hauptmieter der jetzigen Normalwohnung

1 Person	323	93	70	45	35	18	9	3	3	1	5	3	—	—	1	284	39
2 Personen	1 708	86	164	339	271	247	168	94	49	26	39	10	7	2	7	1 509	199
3 Personen	2 462	18	94	377	504	401	314	186	123	56	81	17	5	6	6	2 187	275
4 Personen	2 112	11	63	260	358	361	263	182	136	86	114	26	18	6	5	1 889	223
5 und mehr Pers. Haushalte ..	1 722	2	38	115	228	224	183	165	155	98	149	63	32	10	16	1 478	244
5 und mehr Pers. Personen ..	9 761	12	211	613	1 246	1 242	1 038	944	878	559	871	370	210	73	99	8 366	1 395
Insgesamt Haushalte ..	8 327	210	429	1 136	1 396	1 249	937	630	466	267	388	119	62	23	35	7 347	980
Insgesamt Personen ..	29 334	375	1 143	3 507	4 767	4 399	3 377	2 421	1 892	1 124	1 653	548	311	116	152	25 785	3 549

Untermieter in Normalwohnungen

1 Person	1 583	446	291	356	175	81	40	21	7	3	7	4	—	—	2	1 433	150
2 Personen	1 719	184	232	356	276	233	171	63	34	14	9	—	1	—	—	1 573	146
3 Personen	1 641	36	100	437	348	285	179	68	40	9	8	2	—	—	—	1 512	129
4 Personen	874	8	51	215	207	132	89	39	20	13	11	3	1	—	—	789	85
5 und mehr Pers. Haushalte ..	408	3	9	88	99	66	33	31	14	15	11	2	1	—	—	372	36
5 und mehr Pers. Personen ..	2 229	15	46	459	533	368	190	173	74	87	56	13	7	—	—	2 021	208
Insgesamt Haushalte ..	6 225	677	683	1 452	1 105	797	512	222	115	54	46	11	3	—	2	5 679	546
Insgesamt Personen ..	15 669	969	1 305	3 698	3 132	2 298	1 465	680	349	197	149	35	13	—	2	14 292	1 377

Haushalte in Notwohnungen

1 Person	447	182	103	69	33	12	9	—	3	—	3	—	—	—	1	415	32
2 Personen	989	100	146	239	179	109	69	35	18	9	4	1	—	—	—	909	80
3 Personen	1 068	20	79	256	233	180	113	39	28	13	12	3	1	—	—	977	91
4 Personen	761	12	45	144	168	108	80	39	41	31	27	4	2	—	1	700	61
5 und mehr Pers. Haushalte ..	731	4	20	99	157	99	78	46	45	28	52	14	5	3	2	652	79
5 und mehr Pers. Personen ..	4 235	21	107	540	865	570	477	264	266	172	338	95	31	22	11	3 779	456
Insgesamt Haushalte ..	3 996	318	393	807	768	508	349	159	135	81	98	22	8	3	4	3 653	343
Insgesamt Personen ..	12 908	511	919	2 431	2 619	1 772	1 283	607	553	353	493	122	42	22	16	11 743	1 165

Haushalte in Unterkünften außerhalb von Wohnungen

1 Person	31	11	10	3	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28	3
2 Personen	41	6	13	4	5	7	4	1	—	—	—	—	—	—	—	40	1
3 Personen	44	5	3	8	11	5	3	3	—	—	2	—	—	—	—	40	4
4 Personen	38	1	3	10	11	5	3	1	1	1	—	—	—	—	—	36	2
5 und mehr Pers. Haushalte ..	57	—	—	14	15	7	4	3	2	2	5	1	1	—	—	54	3
5 und mehr Pers. Personen ..	337	—	—	76	83	40	24	18	13	12	36	7	9	—	—	318	19
Insgesamt Haushalte ..	211	23	29	39	44	26	14	8	3	3	7	1	1	—	—	198	13
Insgesamt Personen ..	734	42	57	151	172	91	53	33	17	16	42	7	9	—	—	690	44

Haushalte insgesamt

1 Person	2 403	738	477	476	245	111	62	25	13	4	15	7	—	—	4	2 177	226
2 Personen	4 540	384	560	957	742	604	423	195	103	50	54	11	9	2	7	4 101	439
3 Personen	5 314	79	283	1 094	1 108	882	618	299	192	81	107	25	7	5	7	4 787	527
4 Personen	3 868	32	164	639	750	620	444	267	203	135	157	34	22	7	6	3 480	388
5 und mehr Pers. Haushalte ..	3 071	10	73	324	514	415	313	254	227	149	229	85	44	13	24	2 674	397
5 und mehr Pers. Personen ..	17 494	54	402	1 731	2 819	2 339	1 815	1 450	1 303	866	1 377	523	288	95	144	15 206	2 288
Insgesamt Haushalte ..	19 196	1 243	1 557	3 490	3 359	2 632	1 860	1 040	738	419	562	162	82	27	48	17 219	1 977
Insgesamt Personen ..	60 381	1 925	3 504	9 959	10 872	8 784	6 353	3 830	2 910	1 753	2 449	763	415	142	207	53 866	6 525

Außerdem ohne Angabe der Wohnungsart bzw. des Mietverhältnisses oder der Personenzahl

Haushalte	274	30	26	63	46	24	20	11	5	2	5	1	—	1	—	234	40
-----------------	-----	----	----	----	----	----	----	----	---	---	---	---	---	---	---	-----	----

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

Tabelle E 4a/a

**Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach
der angestrebten Unterbringung in Baden-Württemberg
und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Wohnungswünsche

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen
mit 100 zu vervielfachen.)

Angestrebtes Wohnverhältnis	Haushalte und Haushaltsteile				
	davon wollen wohnen in				
	ins- gesamt	Ein- oder Zwei- fami- lien- haus	Mehr- fami- lien- haus	Normal- gebäude ohne Angabe der Art	Unter- künften außer- halb von Woh- nungen
Baden-Württemberg					
Eigentümer der Wohnung allein in der Wohnung	101	58	31	12	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	9	4	5	—	—
ohne Angabe	7	3	1	3	—
Eigentümer des Gebäudes allein in der Wohnung	704	661	19	24	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	85	81	2	2	—
ohne Angabe	85	54	5	26	—
Hauptmieter in einem üblichen Miethaus allein in der Wohnung	2 207	958	819	430	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	80	25	37	18	—
ohne Angabe	326	81	63	182	—
Hauptmieter in einem Wohnheim	5	—	3	2	—
Untermieter	79	—	—	79	—
Anstaltsunterbringung	1	—	—	—	1
Ohne Angabe ²⁾	21	—	—	21	—
Insgesamt	3 710	1 925	985	799	1

Bundesgebiet

Eigentümer der Wohnung allein in der Wohnung	557	332	157	68	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	43	30	10	3	—
ohne Angabe	44	17	9	18	—
Eigentümer des Gebäudes allein in der Wohnung	4 658	4 328	146	184	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	580	536	16	28	—
ohne Angabe	609	366	20	223	—
Hauptmieter in einem üblichen Miethaus allein in der Wohnung	22 363	8 323	10 842	3 198	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	578	197	293	88	—
ohne Angabe	2 461	615	691	1 155	—
Hauptmieter in einem Wohnheim	99	16	44	39	—
Untermieter	441	—	—	441	—
Anstaltsunterbringung	27	—	—	—	27
Ohne Angabe ²⁾	203	—	—	203	—
Insgesamt	32 663	14 760	12 228	5 648	27

¹⁾ Ganze Haushalte und Haushaltsteile mit Wohnungsbedarf. — ²⁾ Bzw. keine bestimmte Vorstellung.

Tabelle E 4a/b

**Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach
der angestrebten Unterbringung in Baden-Württemberg
und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Wohnungsbedarf

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen
mit 100 zu vervielfachen.)

Angestrebtes Wohnverhältnis	Haushalte und Haushaltsteile				
	davon wollen wohnen in				
	ins- gesamt	Ein- oder Zwei- fami- lien- haus	Mehr- fami- lien- haus	Normal- gebäude ohne Angabe der Art	Unter- künften außer- halb von Woh- nungen
Baden-Württemberg					
Eigentümer der Wohnung allein in der Wohnung	79	47	24	8	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	7	3	4	—	—
ohne Angabe	5	2	1	2	—
Eigentümer des Gebäudes allein in der Wohnung	633	593	19	21	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	77	74	2	1	—
ohne Angabe	57	40	4	13	—
Hauptmieter in einem üblichen Miethaus allein in der Wohnung	1 358	566	530	262	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	49	13	23	13	—
ohne Angabe	128	47	31	50	—
Hauptmieter in einem Wohnheim	—	—	—	—	—
Untermieter	79	—	—	79	—
Anstaltsunterbringung	1	—	—	—	1
Ohne Angabe ²⁾	—	—	—	—	—
Insgesamt	2 473	1 385	638	449	1

Bundesgebiet

Eigentümer der Wohnung allein in der Wohnung	396	229	120	47	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	36	27	7	2	—
ohne Angabe	27	11	6	10	—
Eigentümer des Gebäudes allein in der Wohnung	3 910	3 634	135	141	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	516	478	15	23	—
ohne Angabe	409	276	17	116	—
Hauptmieter in einem üblichen Miethaus allein in der Wohnung	13 175	4 755	6 533	1 887	—
mit anderen Haushalten in der Wohnung	318	104	162	52	—
ohne Angabe	1 183	353	393	437	—
Hauptmieter in einem Wohnheim	37	4	19	14	—
Untermieter	441	—	—	441	—
Anstaltsunterbringung	27	—	—	—	27
Ohne Angabe ²⁾	—	—	—	—	—
Insgesamt	20 475	9 871	7 407	3 170	27

¹⁾ Ganze Haushalte und Teilhaushalte mit Wohnungsbedarf. — ²⁾ Bzw. keine bestimmte Vorstellung.

Tabelle E 5a und E 5b

Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach derzeitigem Wohnverhältnis und nach Gründen des beabsichtigten Wohnungswechsels in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Wohnverhältnis	Zahl der Haushalte insgesamt	Angestrebter Wohnungswechsel, weil													keine Gründe angegeben
		eigenes Haus	Eigentumswohnung	selbstständige Mietwohnung	größere Mietwohnung	kleinere Mietwohnung	billigere Mietwohnung	besser ausgestattete Mietwohnung	günstiger gelegene Mietwohnung	gegenwärtige Wohnung unwürdig ist	Eheschließung	Haushaltszusammenführung	Rückkehr in Heimatgemeinde	sonstige Gründe vorliegen	
Wohnungswünsche															
Baden-Württemberg															
In Normalwohnungen als Eigentümer der Wohnung allein in der Wohnung	150	88	8	14	23	1	—	24	10	15	18	3	1	—	7
mit anderen Haushalten in der Wohnung	20	11	4	2	—	—	—	—	1	3	1	—	—	—	—
Hauptmieter der Wohnung allein in der Wohnung	1 736	492	58	81	692	24	40	742	167	263	46	15	4	2	65
mit anderen Haushalten in der Wohnung	196	44	7	9	51	21	17	81	17	31	5	3	3	—	6
Untermieter	993	143	22	586	473	2	8	479	76	120	119	50	4	1	41
Haushalte in Notwohnungen	513	82	15	44	273	3	9	279	48	223	8	9	1	—	21
Wohnungslos Eingewiesene	59	8	2	23	19	—	—	19	13	48	—	3	—	—	—
Ohne Angabe der Art	43	6	1	22	19	1	2	20	3	6	6	1	1	—	2
Insgesamt	3 710	874	117	781	1 550	52	76	1 644	335	709	203	84	14	3	142
Bundesgebiet															
In Normalwohnungen als Eigentümer der Wohnung allein in der Wohnung	795	436	30	80	115	7	1	122	61	139	86	16	6	3	31
mit anderen Haushalten in der Wohnung	170	73	13	23	31	2	3	33	11	25	21	6	—	1	11
Hauptmieter der Wohnung allein in der Wohnung	13 194	2 826	271	517	5 925	232	259	6 315	1 268	2 580	268	158	97	6	398
mit anderen Haushalten in der Wohnung	2 121	330	37	196	722	244	120	1 020	166	451	67	22	20	2	80
Untermieter	9 415	1 105	173	4 529	4 790	31	85	4 859	896	1 583	616	374	87	7	353
Haushalte in Notwohnungen	6 247	1 008	106	543	3 289	31	81	3 353	605	2 961	168	73	69	2	186
Wohnungslos Eingewiesene	296	19	3	95	130	—	1	131	37	190	4	10	2	—	6
Ohne Angabe der Art	425	48	11	185	203	6	12	212	43	78	28	12	6	—	17
Insgesamt	32 663	5 845	644	6 168	15 205	553	562	16 045	3 087	8 007	1 258	671	287	21	1 082
Wohnungsbedarf															
Baden-Württemberg															
In Normalwohnungen als Eigentümer der Wohnung allein in der Wohnung	112	77	7	9	14	1	—	15	5	7	10	2	1	—	1
mit anderen Haushalten in der Wohnung	13	8	4	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Hauptmieter in der Wohnung allein in der Wohnung	1 122	432	44	54	381	13	17	403	96	165	21	10	1	1	24
mit anderen Haushalten in der Wohnung	120	41	6	6	25	9	10	40	10	12	—	1	3	—	—
Untermieter	687	125	19	379	325	—	6	328	43	80	47	36	3	1	25
Haushalte in Notwohnungen	350	72	9	31	188	—	6	190	31	151	4	8	—	—	9
Wohnungslos Eingewiesene	39	6	1	17	15	—	—	15	7	25	—	2	—	—	—
Ohne Angabe der Art	30	6	1	16	11	—	—	11	2	4	5	1	—	—	2
Insgesamt	2 473	767	91	512	959	23	39	1 002	194	445	87	60	8	2	61
Bundesgebiet															
In Normalwohnungen als Eigentümer der Wohnung allein in der Wohnung	562	386	23	53	61	3	—	64	39	66	44	8	4	3	6
mit anderen Haushalten in der Wohnung	111	62	10	14	18	—	—	18	5	10	13	4	—	—	4
Hauptmieter in der Wohnung allein in der Wohnung	7 746	2 340	192	350	3 162	96	111	3 325	749	1 344	113	118	75	4	140
mit anderen Haushalten in der Wohnung	1 127	266	29	95	384	86	49	494	102	215	18	15	15	1	26
Untermieter	6 310	911	129	2 984	3 264	16	49	3 298	602	1 033	272	279	69	4	192
Haushalte in Notwohnungen	4 120	812	68	382	2 170	18	47	2 204	385	1 849	81	57	55	2	95
Wohnungslos Eingewiesene	216	15	1	73	106	—	—	106	25	134	—	7	1	—	5
Ohne Angabe der Art	283	42	7	117	140	3	7	145	28	46	17	10	3	—	10
Insgesamt	20 475	4 834	459	4 068	9 305	222	263	9 654	1 933	4 697	558	488	222	14	478

¹⁾ Ganze Haushalte und Haushaltsteile mit Wohnungsbedarf.

Tabelle E 6a/a

**Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach Haushaltstyp und derzeitiger Unterbringung
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Wohnungswünsche

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße Haushaltstyp	Haushalte insgesamt	Von den Haushalten wohnen als							Keine Angabe bzw. keine bestimmte Vorstellung
		Eigentümer einer Normalwohnung		Hauptmieter einer Normalwohnung		Untermieter in einer Normal- wohnung	Bewohner von Notwoh- nungen	Bewohner von son- stigen Unter- künften außer- halb von Woh- nungen	
		allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung	allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung				
Baden-Württemberg									
Alleinstehende Personen	533	1	2	46	25	380	58	6	15
Haushalte mit 2 Personen									
Alleinstehende Ehepaare	622	10	5	260	49	189	94	8	7
Elternteil nur mit Kind unter 18 Jahren	85	1	—	23	6	39	14	1	1
Elternteil mit Kind oder mit sonstiger Person	82	2	—	36	5	17	17	2	3
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	36	1	—	11	3	14	7	—	—
Sonstige Haushalte	6	1	—	5	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	831	15	5	335	63	259	132	11	11
Haushalte mit 3 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	656	9	1	336	30	184	90	2	4
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	130	5	—	80	6	14	20	3	2
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	38	3	—	21	3	4	6	1	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	33	—	—	18	2	7	5	—	1
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	57	—	1	27	3	9	13	4	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	10	—	—	6	1	1	1	—	1
Sonstige Haushalte	5	—	—	3	—	1	1	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	—	—	—	—	—	1	—	—
Insgesamt	930	17	2	491	45	220	137	10	8
Haushalte mit 4 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	450	8	1	278	21	85	46	9	2
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	152	8	—	102	10	11	18	2	1
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	7	1	1	2	—	1	—	1	1
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	12	—	—	5	1	1	4	1	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	46	—	—	29	3	2	10	2	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	5	1	—	1	1	—	2	—	—
Sonstige Haushalte	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	673	18	2	418	36	100	80	15	4
Haushalte mit 5 und mehr Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	Haushalte 281	5	2	181	10	19	52	11	1
Personen	1 580	31	10	1 007	53	106	299	69	5
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	Haushalte 214	29	3	134	3	7	33	5	—
Personen	1 270	183	22	779	18	39	195	34	—
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	Haushalte 2	—	—	1	—	1	—	—	—
Personen	10	—	—	5	—	5	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	Haushalte 2	—	—	—	—	—	1	1	—
Personen	11	—	—	—	—	—	6	5	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	Haushalte 32	—	—	21	2	—	9	—	—
Personen	178	—	—	120	10	—	48	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	Haushalte 2	1	—	1	—	—	—	—	—
Personen	10	5	—	5	—	—	—	—	—
Sonstige Haushalte	Haushalte —	—	—	—	—	—	—	—	—
Personen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	Haushalte 1	—	—	1	—	—	—	—	—
Personen	5	—	—	5	—	—	—	—	—
Insgesamt	Haushalte 534	35	5	339	15	27	95	17	1
Personen	3 064	219	32	1 921	81	150	548	108	5
Ohne Angabe der Personenzahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

noch: Tabelle E 6a/a

**Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach Haushaltstyp und derzeitiger Unterbringung
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Wohnungswünsche

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße Haushaltstyp	Haus- halte ins- gesamt	Von den Haushalten wohnen als							Keine Angabe bzw. keine bestimmte Vorstellung
		Eigentümer einer Normalwohnung		Hauptmieter einer Normalwohnung		Unter- mieter in einer Normal- wohnung	Bewohner von Notwoh- nungen	Bewohner von son- stigen Unter- künften außer- halb von Woh- nungen	
		allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung	allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung				
Bundesgebiet									
Alleinstehende Personen	4 548	19	21	456	312	2 771	803	55	111
Haushalte mit 2 Personen									
Alleinstehende Ehepaare	5 585	77	28	2 002	455	1 821	1 096	33	73
Elternteil nur mit Kind unter 18 Jahren	878	4	1	214	59	390	198	5	7
Elternteil mit Kind oder sonstiger Person	756	7	6	285	81	217	155	9	16
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	347	4	1	106	29	113	79	4	11
Sonstige Haushalte	148	3	—	48	12	40	41	1	3
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	2	—	—	1	—	1	—	—	—
Insgesamt	7 716	95	36	2 636	636	2 582	1 569	52	110
Haushalte mit 3 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	5 698	68	13	2 471	284	1 735	1 040	25	62
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	1 215	30	3	677	100	169	215	11	10
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	301	8	2	173	14	44	54	2	4
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	345	4	1	107	30	101	87	10	5
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	681	6	2	285	73	158	134	11	12
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	91	2	—	31	12	23	21	1	1
Sonstige Haushalte	31	—	—	14	1	3	11	2	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	2	—	—	—	—	1	1	—	—
Insgesamt	8 364	118	21	3 758	514	2 234	1 563	62	94
Haushalte mit 4 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	3 872	43	7	1 994	194	867	703	30	34
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	1 464	49	7	866	81	193	250	8	10
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	31	2	1	16	—	6	4	1	1
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	125	—	1	34	5	38	44	2	1
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	406	4	1	192	31	52	119	5	2
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	23	1	—	11	4	4	3	—	—
Sonstige Haushalte	12	1	—	7	1	1	1	1	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	5 933	100	17	3 120	316	1 161	1 124	47	48
Haushalte mit 5 und mehr Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	2 365	47	6	1 199	125	368	557	48	15
Haushalte mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen ..	13 113	282	32	6 607	685	1 973	3 177	278	79
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	1 781	108	13	1 051	100	131	353	19	6
Haushalte mit sonstigen Personen	10 479	672	83	6 096	578	741	2 154	124	31
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	7	2	—	4	—	1	—	—	—
Haushalte mit sonstigen Personen ..	36	10	—	21	—	5	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	54	—	1	20	5	12	15	1	—
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren ..	298	—	6	111	28	65	83	5	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	292	9	—	151	17	30	79	5	1
Haushalte mit sonstigen Personen ..	1 618	49	—	836	90	159	451	28	5
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	19	2	—	7	—	5	5	—	—
Haushalte mit miteinander verwandter Personen ..	105	10	—	37	—	29	29	—	—
Sonstige Haushalte	8	—	—	5	—	—	2	1	—
Haushalte mit sonstigen Personen ..	47	—	—	29	—	—	11	7	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand ..	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte mit mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand ..	5	—	—	5	—	—	—	—	—
Insgesamt	4 527	168	20	2 438	247	547	1 011	74	22
Haushalte mit mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand ..	25 701	1 023	121	13 742	1 381	2 972	5 905	442	115
Ohne Angabe der Personenzahl	31	—	—	—	—	—	—	—	31

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

Tabelle E 6a/b

**Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach Haushaltstyp und derzeitiger Unterbringung
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Wohnungsbedarf

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße Haushaltstyp	Haus- halte ins- gesamt	Von den Haushalten wohnen als							Keine Angabe bzw. keine bestimmte Vorstel- lung
		Eigentümer einer Normalwohnung		Hauptmieter einer Normalwohnung		Unter- mieter in einer Normal- wohnung	Bewohner von Notwoh- nungen	Bewohner von son- stigen Unter- künften außer- halb von Woh- nungen	
		allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung	allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung				
Baden-Württemberg									
Alleinstehende Personen	310	1	1	23	11	224	37	3	10
Haushalte mit 2 Personen									
Alleinstehende Ehepaare	410	5	3	161	31	137	62	7	4
Elternteil nur mit Kind unter 18 Jahren	60	1	—	14	3	28	12	1	1
Elternteil mit Kind oder sonstiger Person	51	1	—	24	—	14	10	1	1
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	19	—	—	4	1	11	3	—	—
Sonstige Haushalte	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	541	7	3	204	35	190	87	9	6
Haushalte mit 3 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	464	7	1	229	21	141	61	1	3
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	87	5	—	52	2	11	14	2	1
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	22	2	—	11	3	2	4	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	24	—	—	13	1	5	4	—	1
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	35	—	1	17	3	5	6	3	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	6	—	—	5	—	—	—	—	1
Sonstige Haushalte	4	—	—	3	—	1	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	—	—	—	—	—	1	—	—
Insgesamt	643	14	2	330	30	165	90	6	6
Haushalte mit 4 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	305	6	—	176	13	71	31	6	2
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	100	4	—	65	7	9	13	1	1
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	5	—	—	2	—	1	—	1	1
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	8	—	—	3	1	—	3	1	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	28	—	—	20	2	—	6	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	3	—	—	1	1	—	1	—	—
Sonstige Haushalte	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	450	10	—	268	24	81	54	9	4
Haushalte mit 5 und mehr Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	190	5	1	110	9	15	44	6	—
Haushalte Personen	1 076	31	5	613	48	85	257	37	—
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	169	26	3	103	3	6	23	5	—
Haushalte Personen	1 001	162	22	595	18	34	136	34	—
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	2	—	—	1	—	1	—	—	—
Haushalte Personen	10	—	—	5	—	5	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	1	—	—	—	—	—	—	1	—
Haushalte Personen	5	—	—	—	—	—	—	5	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	22	—	—	13	2	—	7	—	—
Haushalte Personen	124	—	—	77	10	—	37	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	2	1	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte Personen	10	5	—	5	—	—	—	—	—
Sonstige Haushalte	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte Personen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte Personen	5	—	—	5	—	—	—	—	—
Insgesamt	387	32	4	229	14	22	74	12	—
Haushalte Personen	2 231	198	27	1 300	76	124	430	76	—
Ohne Angabe der Personenzahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

noch Tabelle E 6a/b

**Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach Haushaltstyp und derzeitiger Unterbringung
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Wohnungsbedarf

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße Haushaltstyp	Haus- halte ins- gesamt	Von den Haushalten wohnen als							Keine Angabe bzw. keine bestimmte Vorstellung
		Eigentümer einer Normalwohnung		Hauptmieter einer Normalwohnung		Unter- mieter in einer Normal- wohnung	Bewohner von Notwoh- nungen	Bewohner von son- stigen Unter- künften außer- halb von Woh- nungen	
		allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung	allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung				
Bundesgebiet									
Alleinstehende Personen	2 483	9	10	202	121	1 583	447	31	80
Haushalte mit 2 Personen									
Alleinstehende Ehepaare	3 375	50	19	1 080	217	1 242	689	25	53
Elternteil nur mit Kind unter 18 Jahren	525	4	—	108	25	241	138	4	5
Elternteil mit Kind oder mit sonstiger Person	457	3	4	149	44	143	96	8	10
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	187	1	1	47	14	71	43	3	7
Sonstige Haushalte	72	1	—	18	6	21	23	1	2
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	—	—	—	—	1	—	—	—
Insgesamt	4 617	59	24	1 402	306	1 719	989	41	77
Haushalte mit 3 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	3 738	48	8	1 434	169	1 301	722	15	41
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	736	23	3	386	52	111	149	9	3
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	184	5	1	102	7	30	36	1	2
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	223	4	1	61	19	65	62	7	4
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	421	4	1	158	42	115	82	10	9
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	52	1	—	18	4	16	11	1	1
Sonstige Haushalte	19	—	—	9	1	3	5	1	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	—	—	—	—	—	1	—	—
Insgesamt	5 374	85	14	2 168	294	1 641	1 068	44	60
Haushalte mit 4 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	2 591	33	4	1 232	125	656	489	25	27
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	941	36	5	524	49	142	169	7	9
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	18	1	—	8	—	5	2	1	1
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	85	—	—	21	2	31	29	1	1
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	248	2	1	117	19	36	69	3	1
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	15	—	—	7	3	3	2	—	—
Sonstige Haushalte	9	1	—	5	—	1	1	1	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	3 907	73	10	1 914	198	874	761	38	39
Haushalte mit 5 und mehr Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	1 593	36	5	732	80	281	413	35	11
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	8 868	222	27	4 071	433	1 508	2 349	199	59
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	1 244	92	12	715	64	90	251	15	5
Haushalte mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	7 346	564	77	4 183	376	522	1 520	98	26
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	5	—	—	4	—	1	—	—	—
Haushalte mit sonstigen Personen	26	—	—	21	—	5	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	39	—	1	14	3	10	10	1	—
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	212	—	6	76	16	53	56	5	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	184	6	—	94	6	22	51	5	—
Haushalte mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	1 005	31	—	519	32	117	278	28	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	14	1	—	5	—	4	4	—	—
Haushalte miteinander verwandter Personen	76	5	—	26	—	24	21	—	—
Sonstige Haushalte	7	—	—	4	—	—	2	1	—
Haushalte	41	—	—	23	—	—	11	7	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte	5	—	—	5	—	—	—	—	—
Insgesamt	3 087	135	18	1 569	153	408	731	57	16
Haushalte mit 5 und mehr Personen	17 579	822	110	8 904	857	2 229	4 235	337	85
Ohne Angabe der Personenzahl	2	—	—	—	—	—	—	—	2

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

Tabelle E 6b/a

**Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach Haushaltstyp und angestrebter Unterbringung
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland).**

Wohnungswünsche

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße Haushaltstyp	Haus- halte ins- gesamt	Von den Haushalten wollen wohnen als							Keine Angabe bzw. keine bestimmte Vorstellung
		Eigentümer einer Normalwohnung		Hauptmieter einer Normalwohnung		Unter- mieter in einer Normal- wohnung	Bewohner von Notwoh- nungen	Bewohner von son- stigen Unter- künften außer- halb von Woh- nungen	
		allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung	allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung				
Baden-Württemberg									
Alleinstehende Personen	533	44	5	400	16	65	—	—	3
Haushalte mit 2 Personen									
Alleinstehende Ehepaare	622	124	17	457	16	4	—	—	4
Elternteil nur mit Kind unter 18 Jahren	85	10	2	69	3	—	—	—	1
Elternteil mit Kind oder mit sonstiger Person	82	9	2	66	5	—	—	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	38	3	—	32	—	1	—	—	—
Sonstige Haushalte	6	1	1	4	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	831	147	22	628	24	5	—	—	5
Haushalte mit 3 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	656	202	15	420	12	3	—	—	4
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	130	41	3	82	4	—	—	—	—
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	38	10	1	25	1	1	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	33	5	1	25	2	—	—	—	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	57	11	3	41	2	—	—	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	10	2	1	7	—	—	—	—	—
Sonstige Haushalte	5	1	1	3	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Insgesamt	930	272	25	604	21	4	—	—	4
Haushalte mit 4 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	450	137	8	295	4	1	—	—	5
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	152	52	5	93	—	—	—	—	2
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	7	4	—	2	1	—	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	12	2	—	10	—	—	—	—	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	46	8	—	37	1	—	—	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	5	1	—	3	1	—	—	—	—
Sonstige Haushalte	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	673	204	13	441	7	1	—	—	7
Haushalte mit 5 und mehr Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	281	73	12	194	2	—	—	—	—
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	1 580	427	65	1 077	11	—	—	—	—
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	214	107	5	98	4	—	—	—	—
Haushalte mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	1 270	645	27	575	23	—	—	—	—
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	2	1	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte mit sonstigen Personen	10	5	—	5	—	—	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	2	—	—	1	1	—	—	—	—
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	11	—	—	6	5	—	—	—	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	32	5	—	25	1	—	—	—	1
Haushalte mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	178	26	—	142	5	—	—	—	5
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	2	1	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte mit miteinander verwandter Personen	10	5	—	5	—	—	—	—	—
Sonstige Haushalte	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte mit	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	1	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte mit	5	5	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	534	188	17	320	8	—	—	—	1
Haushalte mit 5 und mehr Personen	3 064	1 113	92	1 810	44	—	—	—	5
Ohne Angabe der Personenzahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

noch Tabelle E 6b/a

**Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach Haushaltstyp und angestrebter Unterbringung
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Wohnungswünsche

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße Haushaltstyp	Haus- halte ins- gesamt	Von den Haushalten wollen wohnen als							Bewohner von son- stigen Unter- künften außer- halb von Woh- nungen	Keine Angabe bzw. keine bestimmte Vorstel- lung
		Eigentümer einer Normalwohnung		Hauptmieter einer Normalwohnung		Unter- mieter in einer Normal- wohnung	Bewohner von Notwoh- nungen			
		allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung	allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung					
Bundesgebiet										
Alleinstehende Personen	4 548	295	34	3 684	143	337	—	—	55	
Haushalte mit 2 Personen										
Alleinstehende Ehepaare	5 585	745	86	4 613	72	30	—	—	39	
Elternteil nur mit Kind unter 18 Jahren	878	62	10	761	38	5	—	—	2	
Elternteil mit Kind oder mit sonstiger Person	756	71	17	624	31	7	—	—	6	
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	347	20	1	310	9	6	—	—	1	
Sonstige Haushalte	148	21	1	115	10	—	—	—	1	
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	2	1	—	1	—	—	—	—	—	
Insgesamt	7 716	920	115	6 424	160	48	—	—	49	
Haushalte mit 3 Personen										
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	5 698	1 147	125	4 326	61	15	—	—	24	
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	1 215	256	16	920	17	4	—	—	2	
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	301	52	6	235	5	1	—	—	2	
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	345	37	10	281	14	1	—	—	2	
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	681	92	15	534	34	2	—	—	4	
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	91	11	2	74	3	—	—	—	1	
Sonstige Haushalte	31	6	2	21	1	1	—	—	—	
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	2	—	—	1	—	—	—	—	1	
Insgesamt	8 364	1 601	176	6 392	135	24	—	—	36	
Haushalte mit 4 Personen										
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	3 872	952	101	2 751	35	7	—	—	26	
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	1 464	395	52	997	12	1	—	—	7	
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	31	12	—	17	1	—	—	—	1	
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	125	14	1	107	3	—	—	—	—	
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	406	61	10	314	19	1	—	—	1	
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	23	8	—	14	1	—	—	—	—	
Sonstige Haushalte	12	4	—	8	—	—	—	—	—	
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Insgesamt	5 933	1 446	164	4 208	71	9	—	—	35	
Haushalte mit 5 und mehr Personen										
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	Haushalte . Personen ..	2 365 13 113	634 3 609	63 349	1 641 9 006	24 131	1 5	— —	— —	2 13
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	Haushalte . Personen ..	1 781 10 479	636 3 844	39 226	1 068 6 187	24 140	3 19	— —	— —	11 63
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	Haushalte . Personen ..	7 36	4 21	— —	2 10	— —	— —	— —	— —	1 5
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	Haushalte . Personen ..	54 298	10 53	1 5	41 229	2 11	— —	— —	— —	— —
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	Haushalte . Personen ..	292 1 618	65 358	1 6	211 1 169	10 55	— —	— —	— —	5 30
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	Haushalte . Personen ..	19 105	6 31	— —	13 74	— —	— —	— —	— —	— —
Sonstige Haushalte	Haushalte . Personen ..	8 47	1 6	— —	7 41	— —	— —	— —	— —	— —
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	Haushalte . Personen ..	1 5	1 5	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Insgesamt	Haushalte Personen	4 527 25 701	1 357 7 927	104 586	2 983 16 716	60 337	4 24	— —	— —	19 111
Ohne Angabe der Personenzahl		31	5	—	24	—	2	—	—	—

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

Tabelle E 6b/b

**Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach Haushaltstyp und angestrebter Unterbringung
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Wohnungsbedarf

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße Haushaltstyp	Haus- halte ins- gesamt	Von den Haushalten wollen wohnen als							Keine Angabe bzw. keine bestimmte Vorstellung
		Eigentümer einer Normalwohnung		Hauptmieter einer Normalwohnung		Unter- mieter in einer Normal- wohnung	Bewohner von Notwoh- nungen	Bewohner von son- stigen Unter- künften außer- halb von Woh- nungen	
		allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung	allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung				
Baden-Württemberg									
Alleinstehende Personen	310	37	4	198	6	65	—	—	—
Haushalte mit 2 Personen									
Alleinstehende Ehepaare	410	105	16	276	9	4	—	—	—
Elternteil nur mit Kind unter 18 Jahren	60	8	1	48	3	—	—	—	—
Elternteil mit Kind oder mit sonstiger Person	51	8	1	39	3	—	—	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	19	3	—	15	—	1	—	—	—
Sonstige Haushalte	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	541	124	18	379	15	5	—	—	—
Haushalte mit 3 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	464	168	13	271	9	3	—	—	—
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	87	35	3	48	1	—	—	—	—
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	22	9	1	10	1	1	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	24	4	—	18	2	—	—	—	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	35	10	3	21	1	—	—	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	6	2	1	3	—	—	—	—	—
Sonstige Haushalte	4	1	1	2	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Insgesamt	643	229	22	374	14	4	—	—	—
Haushalte mit 4 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	305	124	6	171	3	1	—	—	—
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	100	47	5	48	—	—	—	—	—
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	5	3	—	1	1	—	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	8	2	—	6	—	—	—	—	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	28	8	—	20	—	—	—	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	3	1	—	1	1	—	—	—	—
Sonstige Haushalte	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	450	185	11	248	5	1	—	—	—
Haushalte mit 5 und mehr Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	190	59	12	117	2	—	—	—	—
Haushalte mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	1 076	344	65	656	11	—	—	—	—
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	169	95	5	86	3	—	—	—	—
Haushalte mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	1 001	575	27	382	17	—	—	—	—
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	2	1	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	10	5	—	5	—	—	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	1	—	—	—	1	—	—	—	—
Haushalte mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	5	—	—	—	5	—	—	—	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	22	4	—	17	1	—	—	—	—
Haushalte mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	124	21	—	98	5	—	—	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	2	1	—	1	—	—	—	—	—
Haushalte mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	10	5	—	5	—	—	—	—	—
Sonstige Haushalte	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	1	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	5	5	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	387	161	17	202	7	—	—	—	—
Ohne Angabe der Personenzahl	2 231	955	92	1 146	38	—	—	—	—

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

noch Tabelle E 6b/b Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach Haushaltstyp und angestrebter Unterbringung in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Wohnungsbedarf

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße Haushaltstyp	Haus- halte ins- gesamt	Von den Haushalten wollen wohnen als							
		Eigentümer einer Normalwohnung		Hauptmieter einer Normalwohnung		Unter- mieter in einer Normal- wohnung	Bewohner von Notwoh- nungen	Bewohner von son- stigen Unter- künften außer- halb von Woh- nungen	Keine Angabe bzw. keine bestimmte Vorstellung
		allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung	allein in der Wohnung	mit anderen Haus- halten in der Wohnung				
Bundesgebiet									
Alleinstehende Personen	2 483	228	27	1 824	70	334	—	—	—
Haushalte mit 2 Personen									
Alleinstehende Ehepaare	3 375	579	76	2 653	37	30	—	—	—
Elternteil nur mit Kind unter 18 Jahren	525	53	9	433	25	5	—	—	—
Elternteil mit Kind oder mit sonstiger Person	457	55	13	371	11	7	—	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	187	15	1	161	4	6	—	—	—
Sonstige Haushalte	72	13	—	54	5	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Insgesamt	4 617	715	99	3 673	82	48	—	—	—
Haushalte mit 3 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	3 738	918	112	2 654	39	15	—	—	—
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	736	212	14	497	9	4	—	—	—
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	184	42	5	134	2	1	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	223	31	8	174	9	1	—	—	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	421	71	15	315	18	2	—	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	52	10	2	40	—	—	—	—	—
Sonstige Haushalte	19	2	2	13	1	1	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	1	—	—	1	—	—	—	—	—
Insgesamt	5 374	1 286	158	3 828	78	24	—	—	—
Haushalte mit 4 Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	2 591	786	86	1 689	23	7	—	—	—
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	941	337	46	550	7	1	—	—	—
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	18	9	—	8	1	—	—	—	—
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	85	13	—	71	1	—	—	—	—
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	248	51	10	179	7	1	—	—	—
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	15	7	—	7	1	—	—	—	—
Sonstige Haushalte	9	3	—	6	—	—	—	—	—
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	3 907	1 206	142	2 510	40	9	—	—	—
Haushalte mit 5 und mehr Personen									
Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	Haushalte . Personen ..	1 593 8 868	496 2 825	60 334	1 017 5 601	19 103	1 5	— —	— —
Ehepaare mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	Haushalte . Personen ..	1 244 7 346	538 3 236	37 215	648 3 772	18 104	3 19	— —	— —
Sonstige Ehepaare mit sonstigen Personen	Haushalte . Personen ..	5 26	4 21	— —	1 5	— —	— —	— —	— —
Elternteil nur mit Kindern unter 18 Jahren	Haushalte . Personen ..	39 212	10 53	1 5	26 143	2 11	— —	— —	— —
Elternteil mit Kindern ohne oder mit sonstigen Personen	Haushalte . Personen ..	184 1 005	47 259	1 6	130 707	6 33	— —	— —	— —
Sonstige Haushalte miteinander verwandter Personen	Haushalte . Personen ..	14 76	4 21	— —	10 55	— —	— —	— —	— —
Sonstige Haushalte	Haushalte . Personen ..	7 41	1 6	— —	6 35	— —	— —	— —	— —
Haushalte ohne oder mit nur mangelnden Angaben über Stellung zum Haushaltsvorstand	Haushalte . Personen ..	1 5	1 5	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Insgesamt	Haushalte Personen	3 087 17 579	1 101 6 426	99 560	1 838 10 318	45 251	4 24	— —	— —
Ohne Angabe der Personenzahl		2	—	—	2	—	—	—	—

¹⁾ Nur ganze Haushalte mit Wohnungsbedarf.

Tabelle E 10a und 10b

**Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach ange
in Baden-Württemberg und im Bundes**

 Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind

Zukünftige Miete je Monat DM	Haushalte insgesamt	Von den Haushalten									
		1		2		3		da			
		in Altbau	in Neubau	gleich- gültig	in Altbau	in Neubau	gleich- gültig	in Altbau	in Neubau	gleich- gültig	in Altbau

Wohnungswünsche Baden-Württemberg											
Hauptmieter											
unter 30	48	1	1	1	18	3	5	12	—	2	3
30 bis unter 40	109	1	—	1	18	8	13	31	5	12	11
40 bis unter 50	153	—	2	—	12	5	10	47	16	20	19
50 bis unter 60	255	—	3	1	14	10	7	49	38	29	47
60 bis unter 70	351	—	—	1	9	15	7	46	67	43	55
70 bis unter 80	362	—	2	—	2	5	1	35	68	39	76
80 bis unter 90	360	1	—	—	1	4	2	27	59	34	48
90 bis unter 100	154	—	—	—	—	1	—	7	23	7	23
100 bis unter 120	263	—	—	—	1	2	—	6	30	12	26
120 bis unter 140	133	—	—	—	—	1	1	1	8	4	9
140 bis unter 160	87	—	—	—	—	—	—	2	3	—	2
160 bis unter 180	16	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
180 bis unter 200	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
200 und mehr	32	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
ohne Angabe ²⁾	231	—	—	2	3	7	12	11	22	37	20
Insgesamt	2 553	3	8	7	78	61	58	274	340	239	339

Bundesgebiet											
Hauptmieter											
unter 30	752	47	24	23	292	75	88	108	23	27	26
30 bis unter 40	1 533	36	32	23	315	152	131	410	121	133	88
40 bis unter 50	2 495	12	52	14	240	259	156	579	361	282	247
50 bis unter 60	3 420	5	28	25	143	254	122	572	702	429	425
60 bis unter 70	4 712	4	38	9	75	305	111	481	1 272	535	469
70 bis unter 80	3 814	2	21	3	20	135	43	216	1 053	351	354
80 bis unter 90	2 511	1	12	1	9	62	15	100	569	183	179
90 bis unter 100	1 116	—	1	—	1	21	—	18	183	58	71
100 bis unter 120	1 490	—	8	1	2	33	3	23	229	57	81
120 bis unter 140	711	—	—	—	—	7	1	11	58	18	34
140 bis unter 160	351	—	—	—	—	2	—	6	25	2	10
160 bis unter 180	78	—	—	—	—	—	1	—	3	—	3
180 bis unter 200	63	—	—	—	—	—	—	1	—	—	4
200 und mehr	177	1	—	2	—	—	2	2	2	3	5
ohne Angabe ²⁾	2 013	12	10	25	98	101	106	181	252	244	135
Insgesamt	25 236	120	226	127	1 195	1 406	779	2 706	4 853	2 325	2 131

Wohnungsbedarf Baden-Württemberg											
Hauptmieter											
unter 30	25	—	—	—	12	1	3	7	—	1	1
30 bis unter 40	67	—	—	—	11	5	10	18	3	10	6
40 bis unter 50	99	—	1	—	7	3	5	32	11	17	10
50 bis unter 60	160	—	2	1	11	4	5	28	27	21	29
60 bis unter 70	222	—	—	—	4	7	4	29	40	33	38
70 bis unter 80	211	—	—	—	2	2	1	23	38	22	49
80 bis unter 90	227	—	—	—	—	2	1	20	35	21	29
90 bis unter 100	95	—	—	—	—	1	—	5	13	6	15
100 bis unter 120	170	—	—	—	—	—	—	5	18	6	18
120 bis unter 140	79	—	—	—	—	1	1	—	6	4	8
140 bis unter 160	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
160 bis unter 180	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
180 bis unter 200	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
200 und mehr	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ohne Angabe ²⁾	100	—	—	1	1	5	5	6	10	18	7
Insgesamt	1 535	—	3	2	48	31	35	171	201	159	212

Bundesgebiet											
Hauptmieter											
unter 30	388	21	8	11	153	41	44	63	14	11	13
30 bis unter 40	850	15	17	11	174	89	73	235	62	77	51
40 bis unter 50	1 425	3	24	8	133	142	89	334	219	171	148
50 bis unter 60	2 063	4	13	14	89	145	72	357	408	270	287
60 bis unter 70	2 890	2	17	6	35	173	70	317	766	348	295
70 bis unter 80	2 340	1	8	2	17	81	32	130	674	222	210
80 bis unter 90	1 539	—	5	—	7	37	10	70	332	120	110
90 bis unter 100	662	—	1	—	—	13	—	11	109	46	39
100 bis unter 120	904	—	3	—	—	18	2	20	135	30	52
120 bis unter 140	401	—	—	—	—	5	1	4	32	11	20
140 bis unter 160	183	—	—	—	—	—	—	1	11	1	7
160 bis unter 180	42	—	—	—	—	—	1	—	—	1	2
180 bis unter 200	29	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
200 und mehr	87	1	—	1	—	—	1	1	2	2	4
ohne Angabe ²⁾	910	5	4	10	42	46	42	81	117	116	71
Insgesamt	14 713	52	100	63	650	790	437	1 625	2 881	1 426	1 290

¹⁾ Ganze Haushalte und Haushaltsteile mit auswertbaren Angaben, die eine Normalwohnung als Hauptmieter anstreben. — ²⁾ Nur Wohnräume mit 6 und mehr

Tabelle E 10a und 10b

**strebten Wohnbedingungen und zugestandener Miete
gebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

der Wohnungsstatistik 1956/57

nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

streben ... Räume*) an											ohne Angabe	Zukünftige Miete je Monat DM
4		5			6			7 und mehr				
von												
in Neubau	gleich- gültig	in Altbau	in Neubau	gleich- gültig	in Altbau	in Neubau	gleich- gültig	in Altbau	in Neubau	gleich- gültig		

**Wohnungswünsche
Baden-Württemberg**
Hauptmieter

—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	unter 30
2	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	2	30 bis unter 40
5	14	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	40 bis unter 50
22	17	8	2	2	—	—	2	—	—	—	4	50 bis unter 60
63	30	3	5	2	1	2	—	—	—	—	2	60 bis unter 70
62	45	9	5	6	2	3	1	—	—	—	1	70 bis unter 80
99	48	15	14	7	1	1	2	—	—	—	1	80 bis unter 90
55	26	4	5	2	—	—	1	—	—	—	—	90 bis unter 100
85	49	10	25	10	3	2	1	—	—	—	1	100 bis unter 120
39	21	6	25	8	2	3	2	1	1	—	1	120 bis unter 140
23	5	5	14	5	3	1	—	1	2	1	—	140 bis unter 160
1	—	1	7	1	—	1	2	—	—	—	—	160 bis unter 180
5	—	3	5	2	—	2	1	1	1	1	—	180 bis unter 200
2	4	1	6	3	2	5	3	1	1	2	1	200 und mehr
18	41	5	11	11	2	2	1	1	—	—	25	ohne Angabe ²⁾
481	299	76	124	59	16	22	16	5	5	4	39	Insgesamt

Bundesgebiet
Hauptmieter

1	5	3	—	—	—	—	—	—	—	—	12	unter 30
30	18	14	1	2	—	1	—	—	—	—	25	30 bis unter 40
112	119	28	8	8	—	—	—	—	—	—	18	40 bis unter 50
350	227	55	32	16	2	1	3	—	—	—	29	50 bis unter 60
854	345	65	73	36	3	7	3	—	1	—	26	60 bis unter 70
991	383	72	103	33	8	9	4	1	1	—	11	70 bis unter 80
883	244	51	132	37	6	9	6	2	1	—	9	80 bis unter 90
456	137	26	101	28	2	9	2	—	—	—	2	90 bis unter 100
509	174	47	211	76	6	17	9	1	—	1	2	100 bis unter 120
240	69	25	153	42	5	24	9	4	7	3	1	120 bis unter 140
112	23	12	87	26	5	19	11	3	5	1	2	140 bis unter 160
14	4	4	25	8	1	4	2	—	4	1	1	160 bis unter 180
14	3	4	14	8	2	3	3	1	5	1	—	180 bis unter 200
16	11	8	39	14	9	19	10	4	14	12	4	200 und mehr
222	210	34	51	51	6	14	7	1	3	6	244	ohne Angabe ²⁾
4 804	1 972	448	1 030	385	55	136	69	17	41	25	386	Insgesamt

**Wohnungsbedarf
Baden-Württemberg**
Hauptmieter

—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	unter 30
2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2	30 bis unter 40
4	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40 bis unter 50
13	6	7	1	2	—	—	2	—	—	—	1	50 bis unter 60
41	17	2	2	2	—	2	—	—	—	—	1	60 bis unter 70
32	27	5	1	6	1	1	1	—	—	—	—	70 bis unter 80
63	33	8	8	5	1	—	1	—	—	—	—	80 bis unter 90
33	16	2	3	1	—	—	—	—	—	—	—	90 bis unter 100
53	38	7	16	5	1	2	1	—	—	—	—	100 bis unter 120
17	15	3	16	2	2	2	2	1	1	—	—	120 bis unter 140
14	4	4	7	4	3	1	—	—	2	1	—	140 bis unter 160
1	—	—	5	—	—	—	2	—	—	—	—	160 bis unter 180
3	—	1	1	1	—	1	1	—	1	—	—	180 bis unter 200
1	1	1	4	2	2	3	2	—	1	2	—	200 und mehr
11	18	2	6	5	1	—	—	—	—	—	4	ohne Angabe ²⁾
288	184	44	70	35	11	12	12	1	5	3	8	Insgesamt

Bundesgebiet
Hauptmieter

—	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	4	unter 30
13	12	5	1	1	—	—	—	—	—	—	14	30 bis unter 40
64	60	14	4	6	—	—	—	—	—	—	6	40 bis unter 50
204	140	32	18	7	2	1	3	—	—	—	17	50 bis unter 60
506	228	38	45	21	1	4	2	—	1	—	15	60 bis unter 70
572	249	45	59	21	4	2	3	1	1	—	6	70 bis unter 80
537	187	28	74	26	2	4	2	2	1	—	5	80 bis unter 90
259	84	13	62	18	1	4	—	—	—	—	2	90 bis unter 100
309	117	29	135	37	3	7	6	—	—	—	1	100 bis unter 120
133	41	10	94	24	4	10	5	3	3	1	—	120 bis unter 140
50	16	8	46	16	4	11	6	1	4	1	—	140 bis unter 160
8	1	1	15	5	1	2	2	—	2	1	—	160 bis unter 180
6	1	1	6	5	1	1	1	—	5	—	—	180 bis unter 200
10	5	4	17	8	4	9	6	3	3	6	—	200 und mehr
114	104	20	29	23	3	3	3	—	2	2	73	ohne Angabe ²⁾
2 785	1 227	251	605	218	30	58	39	10	22	11	143	Insgesamt

qm Fläche sowie alle Küchen ohne Rücksicht auf die Größe. — ²⁾ Bzw. keine Vorstellung.

Tabelle E 11a und E 11b

**Die Haushalte mit Wohnungsbedarf¹⁾ nach angestrebten Wohnbedingungen
bzw. des veranschlagten Kaufpreises in Baden-Württemberg**

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind

Baukosten bzw. Kaufpreis 1 000 DM	Haushalte insgesamt	Von den Haushalten									
		1			2			3			da
		zentral- beheizt	ofen- beheizt	gleich- gültig	zentral- beheizt	ofen- beheizt	gleich- gültig	zentral- beheizt	ofen- beheizt	gleich- gültig	

Wohnungswünsche											
Baden-Württemberg											
unter 30	115	—	—	—	2	—	—	20	—	—	55
30 bis unter 40	212	—	—	—	1	—	—	23	—	—	86
40 bis unter 50	146	—	—	—	—	—	—	11	—	—	40
50 bis unter 60	54	—	—	—	—	—	—	1	1	—	17
60 bis unter 70	45	—	—	—	—	—	—	1	1	—	5
70 bis unter 80	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
80 bis unter 90	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
90 bis unter 100	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
100 bis unter 120	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
120 bis unter 140	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
140 bis unter 160	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
160 bis unter 180	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
180 bis unter 200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
200 und mehr	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ohne Angabe ²⁾	251	1	—	2	2	—	—	12	1	3	78
Insgesamt	863	1	—	2	5	—	—	69	3	3	285

Bundesgebiet											
unter 30	1 034	1	—	—	13	4	—	189	14	4	437
30 bis unter 40	1 199	—	1	1	10	2	—	120	18	4	432
40 bis unter 50	739	1	1	1	1	—	—	57	11	2	199
50 bis unter 60	307	—	—	—	—	—	—	11	5	1	57
60 bis unter 70	157	—	—	—	1	—	—	5	5	—	12
70 bis unter 80	63	—	—	1	1	—	—	1	1	—	4
80 bis unter 90	71	—	1	—	—	—	—	3	1	—	3
90 bis unter 100	16	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1
100 bis unter 120	34	—	—	—	2	—	—	1	—	—	3
120 bis unter 140	18	—	—	—	1	—	—	2	1	—	1
140 bis unter 160	7	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—
160 bis unter 180	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
180 bis unter 200	4	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—
200 und mehr	16	—	—	—	—	—	—	2	—	—	2
ohne Angabe ²⁾	2 105	6	—	5	20	5	1	222	25	12	660
Insgesamt	5 774	8	3	8	49	11	1	615	84	23	1 811

Wohnungsbedarf											
Baden-Württemberg											
unter 30	105	—	—	—	2	—	—	18	—	—	51
30 bis unter 40	198	—	—	—	1	—	—	20	—	—	83
40 bis unter 50	143	—	—	—	—	—	—	11	—	—	39
50 bis unter 60	52	—	—	—	—	—	—	1	1	—	17
60 bis unter 70	43	—	—	—	—	—	—	1	1	—	5
70 bis unter 80	15	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
80 bis unter 90	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
90 bis unter 100	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
100 bis unter 120	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
120 bis unter 140	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
140 bis unter 160	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
160 bis unter 180	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
180 bis unter 200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
200 und mehr	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ohne Angabe ²⁾	188	1	—	2	2	—	—	12	—	3	58
Insgesamt	767	1	—	2	5	—	—	64	2	3	256

Bundesgebiet											
unter 30	907	—	—	—	12	4	—	173	10	4	381
30 bis unter 40	1 098	—	1	1	9	1	—	106	17	4	402
40 bis unter 50	682	1	1	—	1	—	—	55	9	2	189
50 bis unter 60	281	—	—	—	—	—	—	11	5	1	49
60 bis unter 70	145	—	—	—	1	—	—	5	4	—	12
70 bis unter 80	58	—	—	1	1	—	—	1	1	—	3
80 bis unter 90	68	—	1	—	—	—	—	3	1	—	2
90 bis unter 100	16	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1
100 bis unter 120	33	—	—	—	2	—	—	1	—	—	3
120 bis unter 140	18	—	—	—	1	—	—	2	1	—	1
140 bis unter 160	7	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—
160 bis unter 180	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
180 bis unter 200	4	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—
200 und mehr	14	—	—	—	—	—	—	2	—	—	2
ohne Angabe ²⁾	1 507	6	—	3	15	3	—	162	15	8	479
Insgesamt	4 835	7	3	5	42	8	—	523	66	19	1 524

¹⁾ Ganze Haushalte und Haushaltsteile mit auswertbaren Angaben, die ein eigenes Haus anstreben. — ²⁾ Nur Wohnräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle

Tabelle E 11 a und E 11 b

**und nach der Höhe der veranschlagten Baukosten (ohne Grundstückspreis)
und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

der Wohnungsstatistik 1956/57
nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

streben . . . Räume ^{*)} an												Baukosten bzw. Kaufpreis 1 000 DM
4		5			6			7 und mehr			ohne Angabe	
von	offen- beheizt	gleich- gültig	zentral- beheizt	offen- beheizt	gleich- gültig	zentral- beheizt	offen- beheizt	gleich- gültig	zentral- beheizt	offen- beheizt		
Wohnungswünsche												
Baden-Württemberg												
2	—	20	2	2	7	2	1	2	—	—	—	unter 30
7	6	59	6	1	13	5	1	—	2	—	2	30 bis unter 40
8	2	35	7	6	15	6	—	9	3	3	1	40 bis unter 50
10	1	10	4	—	1	3	—	3	2	1	—	50 bis unter 60
4	—	10	7	2	1	8	1	2	1	2	—	60 bis unter 70
1	—	4	3	—	1	1	—	—	3	—	—	70 bis unter 80
1	—	4	—	—	2	—	—	1	4	—	—	80 bis unter 90
—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	90 bis unter 100
1	—	1	1	—	—	—	—	—	2	—	—	100 bis unter 120
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	120 bis unter 140
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	140 bis unter 160
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	160 bis unter 180
—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	180 bis unter 200
11	11	44	7	8	9	9	3	2	4	2	42	200 und mehr ohne Angabe ^{*)}
45	20	187	37	19	51	35	6	20	22	8	45	Insgesamt
Bundesgebiet												
43	8	195	39	4	39	14	4	9	5	—	12	unter 30
84	18	260	84	11	81	33	5	13	11	2	9	30 bis unter 40
68	6	128	78	13	53	56	5	26	22	4	7	40 bis unter 50
40	9	40	47	6	9	36	2	13	25	2	4	50 bis unter 60
17	2	19	19	4	3	32	1	8	26	3	—	60 bis unter 70
7	1	6	14	1	2	7	—	2	14	—	1	70 bis unter 80
6	—	7	15	2	3	10	1	1	17	—	1	80 bis unter 90
1	—	1	2	—	1	3	1	1	2	1	1	90 bis unter 100
2	1	3	5	—	—	3	—	—	10	2	2	100 bis unter 120
1	—	1	2	—	1	2	—	—	4	—	2	120 bis unter 140
1	—	—	1	—	—	1	—	1	1	—	—	140 bis unter 160
—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	—	—	160 bis unter 180
—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	180 bis unter 200
3	—	—	3	—	2	3	—	—	1	—	—	200 und mehr ohne Angabe ^{*)}
120	41	331	124	43	87	56	14	21	43	8	261	Insgesamt
393	86	992	434	84	281	256	34	96	183	22	300	
Wohnungsbedarf												
Baden-Württemberg												
2	—	19	1	2	6	1	1	2	—	—	—	unter 30
6	6	53	6	1	12	5	1	—	2	—	2	30 bis unter 40
8	2	34	7	5	15	6	—	9	3	3	1	40 bis unter 50
10	—	10	4	—	1	3	—	2	2	1	—	50 bis unter 60
4	—	9	6	2	1	8	1	2	1	2	—	60 bis unter 70
1	—	4	3	—	1	1	—	—	3	—	—	70 bis unter 80
1	—	4	—	—	1	—	—	1	4	—	—	80 bis unter 90
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	90 bis unter 100
1	—	1	1	—	—	—	—	—	2	—	—	100 bis unter 120
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	120 bis unter 140
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	140 bis unter 160
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	160 bis unter 180
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	180 bis unter 200
8	9	32	3	5	8	8	2	2	4	2	27	200 und mehr ohne Angabe ^{*)}
41	17	166	31	15	47	33	5	19	22	8	30	Insgesamt
Bundesgebiet												
28	7	178	31	4	37	10	4	9	5	—	10	unter 30
74	18	226	77	10	75	33	5	13	11	2	8	30 bis unter 40
61	6	115	67	12	52	50	5	24	21	4	7	40 bis unter 50
38	7	37	38	6	9	35	2	12	25	2	4	50 bis unter 60
15	2	18	17	3	3	30	1	6	25	3	—	60 bis unter 70
5	1	5	14	1	2	7	—	2	14	—	—	70 bis unter 80
6	—	7	14	2	2	9	1	1	16	—	1	80 bis unter 90
1	—	1	2	—	1	3	1	1	2	1	1	90 bis unter 100
2	1	3	5	—	—	3	—	—	10	2	1	100 bis unter 120
1	—	1	2	—	1	2	—	—	4	—	2	120 bis unter 140
1	—	—	1	—	—	1	—	1	1	—	—	140 bis unter 160
—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	—	—	160 bis unter 180
—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	180 bis unter 200
3	—	—	2	—	1	3	—	—	1	—	—	200 und mehr ohne Angabe ^{*)}
81	35	234	81	31	68	43	8	16	31	6	182	Insgesamt
316	77	826	352	69	251	229	28	86	168	20	216	

Küchen ohne Rücksicht auf die Größe. — *) Bzw. keine Vorstellung.

Tabelle C 1

Die Wohnungen nach Gebäudeart und Wohnungsart sowie nach Ausstattungstypen und Besitzverhältnis in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Ausstattungs- typ	Besitz- verhältnis	Wohnungen		Von den Wohnungen insgesamt lagen in							Nicht- wohn- gebäuden	Notwohn- gebäuden	Gebäuden ohne Angabe der Art
		insgesamt	darin Haushalte	insgesamt	normalen Wohngebäuden				Wohnun- gen ohne Küche oder Koch- nische und Kellerwoh- nungen (Notwohn- ungen)				
					davon waren								
					Normalwohnungen in								
				Ein- und Zwei- familien- häusern	Mehr- familien- häusern	Bauern- häusern	Kleinsied- ler- und Neben- erwerbs- stellen und Behelfs- heimen von 30 und mehr qm						
Baden-Württemberg													
A + B	Miet- wohnungen	173	183	143	50	12	29	3	49	5	23	2	
C	"	984	1 074	916	429	231	125	11	120	24	31	13	
D	"	254	277	238	104	72	7	5	50	11	4	1	
E	"	1 572	1 948	1 550	329	1 130	6	14	71	13	4	5	
F + G	"	2 242	2 681	2 199	432	1 706	6	9	46	38	—	5	
H + J	"	436	536	393	117	267	1	—	8	42	—	1	
S	"	4 861	5 567	4 572	1 831	2 029	235	66	411	142	80	67	
Insgesamt	"	10 522	12 266	10 011	3 292	5 447	409	108	755	275	142	94	
A + B	Eigentümer- wohnungen	256	293	245	93	2	132	5	13	1	9	1	
C	"	1 350	1 566	1 326	596	38	623	22	47	7	4	13	
D	"	96	128	96	64	9	18	2	3	—	—	—	
E	"	475	620	466	286	104	39	27	10	6	2	1	
F + G	"	1 104	1 430	1 081	772	255	35	12	7	18	1	4	
H + J	"	395	499	375	274	93	—	—	8	18	—	2	
S	"	4 680	5 500	4 561	2 533	360	1 449	124	95	56	9	54	
Insgesamt	"	8 356	10 036	8 150	4 618	861	2 296	192	183	106	25	75	
A + B	Wohnungen insgesamt	429	476	388	143	14	161	8	62	6	32	3	
C	"	2 334	2 640	2 242	1 025	269	748	33	167	31	35	26	
D	"	350	405	334	168	81	25	7	53	11	4	1	
E	"	2 047	2 568	2 016	615	1 234	45	41	81	19	6	6	
F + G	"	3 346	4 111	3 280	1 204	1 961	41	21	53	56	1	9	
H + J	"	831	1 035	788	391	360	1	—	16	60	—	3	
S	"	9 541	11 067	9 133	4 364	2 389	1 684	190	506	198	89	121	
Insgesamt	"	18 878	22 302	18 161	7 910	6 308	2 705	300	938	381	167	169	
Bundesgebiet													
A + B	Miet- wohnungen	2 868	3 302	2 422	970	490	220	109	633	65	354	27	
C	"	6 238	7 180	5 765	2 537	1 812	361	126	929	91	341	41	
D	"	4 053	4 666	3 691	937	1 949	33	57	715	135	205	22	
E	"	9 706	12 218	9 400	1 969	6 783	24	104	520	111	154	41	
F + G	"	19 204	22 355	18 924	2 814	15 484	20	118	490	177	28	75	
H + J	"	4 949	5 935	4 615	988	3 506	9	4	108	304	14	16	
S	"	32 201	38 682	29 944	8 909	15 932	739	436	3 928	827	1 139	291	
Insgesamt	"	79 219	94 338	74 761	19 124	45 956	1 406	952	7 323	1 710	2 235	513	
A + B	Eigentümer- wohnungen	3 970	4 937	3 789	1 466	55	1 735	300	213	9	186	6	
C	"	7 498	9 369	7 309	3 705	272	2 559	328	445	22	131	36	
D	"	977	1 336	952	583	157	101	41	70	12	11	2	
E	"	2 453	3 324	2 400	1 611	391	132	192	74	17	26	10	
F + G	"	6 456	8 463	6 326	4 464	1 212	326	214	110	76	21	33	
H + J	"	3 215	4 176	3 078	2 267	681	61	28	41	121	2	14	
S	"	22 855	29 137	22 150	12 271	2 059	5 702	1 140	978	229	339	137	
Insgesamt	"	47 424	60 742	45 984	26 367	4 827	10 616	2 243	1 931	486	716	238	
A + B	Wohnungen insgesamt	6 838	8 239	6 191	2 436	545	1 955	409	846	74	540	33	
C	"	13 736	16 549	13 074	6 242	2 084	2 920	454	1 374	113	472	77	
D	"	5 030	6 002	4 643	1 520	2 106	134	98	785	147	216	24	
E	"	12 159	15 542	11 800	3 580	7 174	156	296	594	128	180	51	
F + G	"	25 660	30 818	25 250	7 278	16 696	346	330	600	253	49	108	
H + J	"	8 164	10 111	7 693	3 255	4 187	70	32	149	425	16	30	
S	"	55 056	67 819	52 094	21 180	17 991	6 441	1 576	4 906	1 056	1 478	428	
Insgesamt	"	128 643	155 080	120 745	45 491	50 783	12 022	3 195	9 254	2 196	2 951	751	

Ausstattungstypen

Typ	Merkmale					
	Hei- zungs- art	Versor- gungs- anschlüsse ¹⁾	Lage der Toilette	Art der Toilette	mit oder ohne Bad	Warm- wasser- bereitung
A	Ofen	ohne	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
B	Ofen	nur E	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
C	Ofen	E + W	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
D	Ofen	E + W	außerhalb	WC	ohne	ohne
E	Ofen	E + W ± G	innen	WC	ohne	ohne
F	Ofen	E + W ± G	innen	WC	mit	ohne
G	Ofen	E + W ± G	innen	WC	mit	mit
H	Zentral	E + W ± G	innen	WC	mit	ohne
J	Zentral	E + W ± G	innen	WC	mit	mit
S

¹⁾ E = Elektrizität, W = Wasser, G = Gas, ± = mit oder ohne.

Tabelle C 2

Die Normalwohnungen nach Ausstattungstypen, Raumzahl und Besitzverhältnis in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Ausstattungs- typ	Besitz- verhältnis	Normal- wohnungen insgesamt	Von den Wohnungen haben . . . Räume ¹⁾						
			1	2	3	4	5	6	7 und mehr
Baden-Württemberg									
A + B	Mietwohnungen	98	2	26	41	21	6	2	—
C	"	826	5	174	383	195	50	18	1
D	"	194	2	48	81	49	12	1	1
E	"	1 495	8	101	564	637	148	28	9
F + G	"	2 196	2	98	613	979	349	114	41
H + J	"	425	5	8	56	146	111	49	50
S	"	4 350	23	471	1 516	1 601	542	129	68
Insgesamt	"	9 584	47	926	3 254	3 628	1 218	341	170
A + B	Eigentümer- wohnungen	234	—	7	41	72	77	25	12
C	"	1 298	1	55	248	454	317	143	80
D	"	93	—	3	22	35	21	4	8
E	"	463	—	6	77	180	110	64	28
F + G	"	1 095	—	10	138	402	276	167	102
H + J	"	387	—	—	21	82	76	74	134
S	"	4 572	3	85	804	1 616	1 171	572	321
Insgesamt	"	8 142	4	166	1 351	2 841	2 048	1 049	683
A + B	Normalwohnun- gen insgesamt	332	2	33	82	93	83	27	12
C	"	2 124	6	229	631	649	367	161	81
D	"	287	2	51	103	84	33	5	9
E	"	1 958	8	107	641	817	258	92	35
F + G	"	3 291	2	108	751	1 381	625	281	143
H + J	"	812	5	8	77	228	187	123	184
S	"	8 922	26	556	2 320	3 217	1 713	701	389
Insgesamt	"	17 726	51	1 092	4 605	6 469	3 266	1 390	853
Bundesgebiet									
A + B	Mietwohnungen	1 845	13	403	712	461	147	59	50
C	"	4 933	26	1 381	1 930	1 107	318	103	68
D	"	3 079	13	1 041	1 284	530	147	39	25
E	"	9 019	55	1 160	3 896	2 853	783	202	70
F + G	"	18 680	85	1 898	7 618	6 315	1 915	535	314
H + J	"	4 819	120	250	1 089	1 724	920	397	319
S	"	26 887	249	5 072	10 453	7 432	2 374	784	523
Insgesamt	"	69 262	561	11 205	26 982	20 422	6 604	2 119	1 369
A + B	Eigentümer- wohnungen	3 569	2	102	563	945	923	546	488
C	"	6 913	7	334	1 277	1 945	1 666	1 001	683
D	"	895	1	62	241	284	151	86	70
E	"	2 352	—	64	540	775	541	290	142
F + G	"	6 320	3	109	1 094	2 023	1 460	919	712
H + J	"	3 166	11	37	264	666	719	583	886
S	"	21 510	29	790	3 915	6 140	4 903	2 942	2 791
Insgesamt	"	44 725	53	1 498	7 894	12 778	10 363	6 367	5 772
A + B	Normalwohnun- gen insgesamt	5 414	15	505	1 275	1 406	1 070	605	538
C	"	11 846	33	1 715	3 207	3 052	1 984	1 104	751
D	"	3 974	14	1 103	1 525	814	298	125	95
E	"	11 371	55	1 224	4 436	3 628	1 324	492	212
F + G	"	25 000	88	2 007	8 712	8 338	3 375	1 454	1 026
H + J	"	7 985	131	287	1 353	2 390	1 639	980	1 205
S	"	48 397	278	5 862	14 368	13 572	7 272	3 726	3 314
Insgesamt	"	113 987	614	12 703	34 876	33 200	16 967	8 486	7 141

¹⁾ Nur Wohnräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen ohne Rücksicht auf die Größe.

Ausstattungstypen

Typ	Merkmale					
	Heizungsart	Versorgungsanschlüsse ¹⁾	Lage der Toilette	Art der Toilette	mit oder ohne Bad	Warmwasserbereitung
A	Ofen	ohne nur E	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
B	Ofen	E + W	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
C	Ofen	E + W	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
D	Ofen	E + W	außerhalb	WC	ohne	ohne
E	Ofen	E + W ± G	innen	WC	ohne	ohne
F	Ofen	E + W ± G	innen	WC	mit	ohne
G	Ofen	E + W ± G	innen	WC	mit	mit
H	Zentral	E + W ± G	innen	WC	mit	ohne
J	Zentral	E + W ± G	innen	WC	mit	mit
S						

¹⁾ E = Elektrizität, W = Wasser, G = Gas, ± = mit oder ohne.

Tabelle C 3

Die normalen Mietwohnungen und ihre Mieten nach Ausstattungstypen und Wohnfläche in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Bezeichnung	Ausstattungs- typ	Mietwohnungen										
		ins- gesamt	unter 30	30 bis unter 40	40 bis unter 50	50 bis unter 60	60 bis unter 70	70 bis unter 80	80 bis unter 100	100 bis unter 120	120 und mehr	ohne Angabe
Baden-Württemberg												
Wohnungen mit Mietangaben	A + B	86	21	17	18	7	12	3	4	1	3	—
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		12	2	2	5	1	—	1	1	—	—	—
Durchschnittsmiete ²⁾		27,20	22,57	23,58	26,66	27,85	34,75	26,33	24,75	35,00	53,33	—
Wohnungen mit Mietangaben	C	716	95	174	186	127	54	32	25	10	6	7
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		110	19	24	30	16	13	4	3	—	—	1
Durchschnittsmiete ²⁾		30,62	23,68	26,53	29,31	34,11	34,68	37,53	38,88	52,80	82,66	29,71
Wohnungen mit Mietangaben	D	181	38	36	38	27	18	8	10	2	2	2
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		13	1	3	4	2	—	—	2	1	—	—
Durchschnittsmiete ²⁾		40,28	27,94	33,77	41,15	40,66	46,33	45,00	81,10	56,00	80,00	37,50
Wohnungen mit Mietangaben	E	1 456	57	184	340	349	217	140	102	33	22	12
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		39	—	7	4	10	6	3	3	3	2	1
Durchschnittsmiete ²⁾		54,06	34,12	40,90	47,37	52,95	57,67	59,91	73,13	93,06	111,95	63,33
Wohnungen mit Mietangaben	F + G	2 117	15	89	310	431	425	294	298	125	100	30
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		79	1	6	6	12	17	6	14	7	8	2
Durchschnittsmiete ²⁾		79,11	51,00	48,86	59,16	67,48	77,39	83,78	98,78	104,84	120,91	93,00
Wohnungen mit Mietangaben	H + J	377	4	12	13	30	48	44	89	50	77	10
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		48	—	—	3	2	6	6	7	11	11	2
Durchschnittsmiete ²⁾		118,70	58,25	80,25	76,76	82,26	98,02	108,02	113,69	135,04	158,53	155,50
Wohnungen mit Mietangaben	S	3 959	323	600	816	775	512	325	325	105	115	63
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		391	39	54	70	69	44	41	33	16	22	3
Durchschnittsmiete ²⁾		47,55	29,08	34,28	39,95	45,38	49,18	57,00	67,58	89,89	104,02	54,85
Wohnungen mit Mietangaben	Insgesamt	8 892	553	1 112	1 721	1 746	1 286	846	853	326	325	124
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		692	62	96	122	112	86	61	63	38	43	9
Durchschnittsmiete ²⁾		57,44	29,15	35,64	43,89	52,02	60,97	68,48	83,07	101,35	121,66	71,32
Bundesgebiet												
Wohnungen mit Mietangaben	A + B	1 549	252	400	346	211	142	66	66	22	23	21
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		296	38	54	63	41	39	20	19	5	12	5
Durchschnittsmiete ²⁾		28,07	20,00	24,33	26,63	30,53	33,43	39,59	39,60	46,31	63,00	29,23
Wohnungen mit Mietangaben	C	4 382	724	1 202	986	657	353	195	146	50	38	31
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		551	109	138	110	65	58	23	26	12	5	5
Durchschnittsmiete ²⁾		30,52	21,65	25,66	29,73	34,04	35,98	39,77	50,86	54,92	102,21	32,67
Wohnungen mit Mietangaben	D	2 904	549	793	655	424	206	106	89	26	25	31
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		175	34	39	39	28	13	8	5	3	3	3
Durchschnittsmiete ²⁾		34,67	25,76	29,63	34,64	39,54	42,93	52,13	53,75	51,11	79,20	36,58
Wohnungen mit Mietangaben	E	8 707	447	1 492	2 253	1 851	1 182	612	524	142	84	120
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		312	16	48	62	84	38	24	26	14	11	9
Durchschnittsmiete ²⁾		47,97	31,40	36,87	42,53	47,99	53,05	59,59	70,65	85,38	115,84	49,40
Wohnungen mit Mietangaben	F + G	17 972	235	1 456	3 846	4 430	3 141	1 788	1 645	594	500	337
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		708	13	45	89	125	135	67	94	43	76	21
Durchschnittsmiete ²⁾		65,42	38,08	42,66	51,33	59,67	69,52	76,38	88,45	98,34	120,32	70,85
Wohnungen mit Mietangaben	H + J	4 373	93	199	333	554	672	579	833	463	520	127
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		446	6	15	32	47	53	62	75	56	80	20
Durchschnittsmiete ²⁾		105,16	55,43	60,10	66,66	74,48	86,42	98,77	114,78	134,31	177,56	109,65
Wohnungen mit Mietangaben	S	24 798	2 780	4 956	5 492	4 334	2 714	1 601	1 448	567	460	446
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		2 089	244	340	373	316	219	157	167	82	135	56
Durchschnittsmiete ²⁾		43,92	26,44	31,68	38,37	44,75	50,97	58,65	69,03	82,58	109,76	54,72
Wohnungen mit Mietangaben	Insgesamt	64 685	5 080	10 498	13 911	12 461	8 410	4 947	4 751	1 864	1 650	1 113
Wohnungen ohne Mietangaben ¹⁾		4 577	460	679	768	686	555	361	412	215	322	119
Durchschnittsmiete ²⁾		52,87	26,87	33,35	42,22	50,87	59,90	68,73	82,70	99,06	133,35	63,70

¹⁾ Einschließlich mietfreier Wohnungen. — ²⁾ Je Monat der Wohnungen mit Mietangaben.

Ausstattungstypen

Typ	Merkmale					
	Hei- zungs- art	Versor- gungs- anschlüsse ¹⁾	Lage der Toilette	Art der Toilette	mit oder ohne Bad	Warm- wasser- bereitung
A	Ofen	ohne	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
B	Ofen	nur E	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
C	Ofen	E + W	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
D	Ofen	E + W	außerhalb	WC	ohne	ohne
E	Ofen	E + W ± G	innen	WC	ohne	ohne
F	Ofen	E + W ± G	innen	WC	mit	ohne
G	Ofen	E + W ± G	innen	WC	mit	mit
H	Zentral	E + W ± G	innen	WC	mit	ohne
J	Zentral	E + W ± G	innen	WC	mit	mit
S						

¹⁾ E = Elektrizität, W = Wasser, G = Gas, ± = mit oder ohne.

Tabelle C 4

**Die Normalwohnungen nach Raumzahl, Wohnfläche und Besitzverhältnis
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Raumzahl ¹⁾	Besitz- verhältnis	Normalwohnungen										
		ins- gesamt	unter 30	30 bis unter 40	40 bis unter 50	50 bis unter 60	60 bis unter 70	70 bis unter 80	80 bis unter 100	100 bis unter 120	120 und mehr	ohne Angabe
Baden-Württemberg												
Wohnungen mit												
1 Raum	Mietwohnungen	47	40	5	1	—	—	—	—	—	—	1
2 Räumen	"	926	411	348	129	14	5	4	—	—	2	13
3 Räumen	"	3 254	156	723	1 151	757	287	91	42	6	12	29
4 Räumen	"	3 628	7	127	537	990	878	535	396	71	39	48
5 Räumen	"	1 218	—	4	25	89	189	244	370	176	99	22
6 Räumen	"	341	—	—	—	6	13	31	96	83	103	9
7 und mehr Räumen	"	170	1	1	—	2	—	2	12	28	113	11
Insgesamt	"	9 584	615	1 208	1 843	1 858	1 372	907	916	364	368	133
1 Raum	Eigentümer- wohnungen	4	3	—	—	—	—	1	—	—	—	—
2 Räumen	"	166	67	57	23	4	5	3	1	—	2	4
3 Räumen	"	1 351	53	285	449	323	129	40	32	11	6	23
4 Räumen	"	2 841	4	58	350	780	732	467	291	64	52	43
5 Räumen	"	2 048	—	1	46	200	389	446	610	197	129	30
6 Räumen	"	1 049	—	1	1	14	66	131	363	254	206	13
7 und mehr Räumen	"	683	—	1	1	1	3	20	79	144	414	20
Insgesamt	"	8 142	127	403	870	1 322	1 324	1 108	1 376	670	809	133
1 Raum	Normalwohnun- gen insgesamt	51	43	5	1	—	—	1	—	—	—	1
2 Räumen	"	1 092	478	405	152	18	10	7	1	—	4	17
3 Räumen	"	4 605	209	1 008	1 600	1 080	416	131	74	17	18	52
4 Räumen	"	6 469	11	185	887	1 770	1 610	1 002	687	135	91	91
5 Räumen	"	3 266	—	5	71	289	578	690	980	373	228	52
6 Räumen	"	1 390	—	1	1	20	79	162	459	337	309	22
7 und mehr Räumen	"	853	1	2	1	3	3	22	91	172	527	31
Insgesamt	"	17 726	742	1 611	2 713	3 180	2 696	2 015	2 292	1 034	1 177	266
Bundesgebiet												
1 Raum	Mietwohnungen	561	428	108	12	3	—	—	2	—	—	8
2 Räumen	"	11 205	4 027	4 716	1 828	360	80	29	11	4	7	143
3 Räumen	"	26 982	1 046	5 687	9 811	6 526	2 371	695	325	61	48	412
4 Räumen	"	20 422	32	638	2 884	5 651	5 280	2 996	2 029	390	145	377
5 Räumen	"	6 604	2	24	138	565	1 123	1 316	2 015	834	425	162
6 Räumen	"	2 119	—	—	2	37	100	233	635	537	502	73
7 und mehr Räumen	"	1 369	4	4	3	6	11	39	146	252	844	60
Insgesamt	"	69 262	5 539	11 177	14 678	13 148	8 965	5 308	5 163	2 078	1 971	1 235
1 Raum	Eigentümer- wohnungen	53	40	4	1	—	2	1	—	—	1	4
2 Räumen	"	1 498	517	582	242	59	31	21	12	2	9	23
3 Räumen	"	7 894	259	1 559	2 605	1 963	766	298	207	63	52	124
4 Räumen	"	12 778	15	312	1 777	3 416	3 217	1 914	1 327	315	244	241
5 Räumen	"	10 363	3	16	232	1 061	2 043	2 266	2 900	985	675	182
6 Räumen	"	6 367	1	3	13	110	480	897	2 272	1 358	1 106	127
7 und mehr Räumen	"	5 772	2	2	3	8	39	143	858	1 221	3 308	188
Insgesamt	"	44 725	837	2 478	4 873	6 617	6 578	5 538	7 576	3 944	5 395	889
1 Raum	Normalwohnun- gen insgesamt	614	468	112	13	3	2	1	2	—	1	12
2 Räumen	"	12 703	4 544	5 298	2 070	419	111	50	23	6	16	166
3 Räumen	"	34 876	1 305	7 246	12 416	8 489	3 137	991	532	124	100	536
4 Räumen	"	33 200	47	950	4 661	9 067	8 497	4 910	3 356	705	389	618
5 Räumen	"	16 967	5	40	370	1 626	3 166	3 582	4 915	1 819	1 100	344
6 Räumen	"	8 486	1	3	15	147	580	1 130	2 907	1 895	1 608	200
7 und mehr Räumen	"	7 141	6	6	6	14	50	182	1 004	1 473	4 152	248
Insgesamt	"	113 987	6 376	13 655	19 551	19 765	15 543	10 846	12 739	6 022	7 366	2 124

¹⁾ Nur Wohnräume mit 6 und mehr qm Fläche; sowie alle Küchen ohne Rücksicht auf die Größe.

Tabelle D 1

Die Haushalte nach Haushaltsgröße, sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und nach Wohnverhältnis in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße	Von den Haushalten waren untergebracht								Von den Haushalten waren untergebracht								
	Haus- halte ins- gesamt	in Normalwohnungen				in Not- woh- nun- gen	in Unter- kün- ften außer- halb von Woh- nun- gen	als Unter- mieter in Woh- nungen ohne Angabe der Woh- nungs- art¹)	Haus- halte ins- gesamt	in Normalwohnungen;				in Not- woh- nun- gen	in Unter- kün- ften außer- halb von Woh- nun- gen	als Unter- mieter in Woh- nungen ohne Angabe der Woh- nungs- art¹)	
		als Eigen- tümer	als Haupt- mieter	als Unter- mieter	zusam- men					als Eigen- tümer	als Haupt- mieter	als Unter- mieter	zusam- men				
Baden-Württemberg									Bundesgebiet								
Haushaltsvorstand erwerbstätig																	
Einpersonenhaushalte	2 063	206	391	1 291	1 888	154	6	15	11 779	1 005	2 540	6 770	10 315	1 250	76	138	
Mehrpersonenhaushalte									99 205	32 287	48 402	10 085	90 774	8 010	194	227	
davon mit																	
2 Personen	3 390	1 088	1 655	430	3 173	200	6	11	23 694	5 468	12 222	3 662	21 352	2 216	35	91	
3 Personen	4 278	1 481	2 206	366	4 053	205	8	12	29 218	7 618	15 482	3 592	26 692	2 404	44	78	
4 Personen	3 485	1 426	1 731	181	3 338	133	12	2	23 411	7 670	11 941	1 951	21 562	1 775	39	35	
5 und mehr Personen	3 519	1 950	1 329	69	3 348	152	17	2	22 882	11 531	8 757	880	21 168	1 615	76	23	
Haushalte insgesamt	16 735	6 151	7 312	2 337	15 800	844	49	42	110 984	33 292	50 942	16 855	101 089	9 260	270	365	
darunter: Selbständige																	
Einpersonenhaushalte	289	113	75	64	252	32	2	3	1 644	543	460	427	1 430	203	4	7	
Mehrpersonenhaushalte									24 650	16 430	6 149	846	23 425	1 199	9	17	
davon mit																	
2 Personen	775	502	216	28	746	28	—	1	4 707	2 434	1 635	292	4 361	338	—	8	
3 Personen	987	656	271	29	956	31	—	—	5 551	3 176	1 755	269	5 200	343	4	4	
4 Personen	935	670	237	15	922	13	—	—	5 518	3 595	1 474	181	5 250	262	2	2	
5 und mehr Personen	1 416	1 176	211	11	1 398	17	—	1	8 876	7 225	1 285	104	8 614	256	3	3	
Haushalte insgesamt	4 402	3 117	1 010	147	4 274	121	2	5	26 294	16 973	6 609	1 273	24 855	1 402	13	24	
Haushaltsvorstand nicht erwerbstätig																	
Einpersonenhaushalte	2 034	602	634	611	1 847	174	4	9	15 310	2 853	4 890	5 430	13 173	2 006	29	102	
Mehrpersonenhaushalte									28 517	8 384	13 493	3 412	25 289	3 061	72	95	
davon mit																	
2 Personen	1 811	665	829	169	1 663	141	5	2	15 651	4 165	7 388	2 350	13 903	1 655	25	68	
3 Personen	855	353	422	32	807	45	3	—	6 732	1 999	3 356	646	6 001	685	25	21	
4 Personen	419	161	209	15	385	30	4	—	3 259	1 058	1 539	253	2 850	392	13	4	
5 und mehr Personen	347	166	151	4	321	25	1	—	2 875	1 162	1 210	163	2 535	329	9	2	
Haushalte insgesamt	5 466	1 947	2 245	831	5 023	415	17	11	43 827	11 237	18 383	8 842	38 462	5 067	101	197	
Haushaltsvorstand ohne Angabe der sozialen Stellung																	
Einpersonenhaushalte	22	6	8	7	21	1	—	—	120	21	26	56	103	13	1	3	
Mehrpersonenhaushalte									433	171	165	56	392	38	1	2	
davon mit																	
2 Personen	24	9	11	3	23	1	—	—	146	53	43	30	126	17	1	2	
3 Personen	20	6	12	2	20	—	—	—	92	34	43	11	88	4	—	—	
4 Personen	23	7	16	—	23	—	—	—	98	40	38	11	89	9	—	—	
5 und mehr Personen	20	8	11	—	19	1	—	—	97	44	41	4	89	8	—	—	
Haushalte insgesamt	109	36	58	12	106	3	—	—	553	192	191	112	495	51	2	5	
Insgesamt																	
Einpersonenhaushalte	4 119	814	1 033	1 909	3 756	328	10	24	27 209	3 879	7 456	12 256	23 591	3 269	106	243	
Mehrpersonenhaushalte									128 155	40 842	62 060	13 553	116 455	11 109	267	324	
davon mit																	
2 Personen	5 225	1 762	2 495	602	4 859	342	11	13	39 491	9 686	19 653	6 042	35 381	3 888	61	161	
3 Personen	5 153	1 840	2 640	400	4 880	250	11	12	36 042	9 651	18 881	4 249	32 781	3 093	69	99	
4 Personen	3 927	1 594	1 956	196	3 746	163	16	2	26 768	8 768	13 518	2 215	24 501	2 176	52	39	
5 und mehr Personen	3 886	2 124	1 491	73	3 688	178	18	2	25 854	12 737	10 008	1 047	23 792	1 952	85	25	
Haushalte insgesamt	22 310	8 134	9 615	3 180	20 929	1 262	66	53	155 364	44 721	69 516	25 809	140 046	14 378	373	567	

¹⁾ Interview kam beim Untermieter zustande, beim Wohnungsinhaber dagegen nicht.

Tabelle D 2

Die Belegung der Normalwohnungen mit Haushalten nach Wohnverhältnis, Ausstattungstyp und Raumzahl¹⁾ der Wohnungen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen)

Ausstattungs- typ	Haushalte in den Normalwohnungen							Normal- woh- nungen	Haushalte in den Normalwohnungen						
	Normal- woh- nungen	ins- gesamt ²⁾	darunter wohnten in den Wohnungen als						Normal- woh- nungen	ins- gesamt ²⁾	darunter wohnten in den Wohnungen als				
			Eigentümer der Wohnung		Hauptmieter der Wohnung						Eigentümer der Wohnung		Hauptmieter der Wohnung		
			allein in der Woh- nung	mit anderen Haus- halten in der Woh- nung	allein in der Woh- nung	mit anderen Haus- halten in der Woh- nung	Unter- mieter				allein in der Woh- nung	mit anderen Haus- halten in der Woh- nung	allein in der Woh- nung	mit anderen Haus- halten in der Woh- nung	Unter- mieter
Baden-Württemberg															
Normalwohnungen mit 1 und 2 Räumen															
A + B	36	37	7	—	28	1	522	528	102	2	414	4	—	—	
C	237	239	56	—	179	2	1 756	1 779	339	2	1 395	20	—	—	
D	53	54	3	—	49	1	1 117	1 142	62	1	1 033	21	—	—	
E	115	115	6	—	109	—	1 279	1 306	60	4	1 192	23	—	—	
F + G	110	114	10	—	96	4	2 097	2 131	104	8	1 960	25	—	—	
H + J	13	13	—	—	13	—	419	426	47	1	365	6	—	—	
S	586	592	87	1	492	6	6 167	6 319	798	21	5 232	116	—	—	
Insgesamt	1 150	1 164	169	1	966	14	13 357	13 631	1 512	39	11 591	215	—	—	
Bundesgebiet															
Normalwohnungen mit 3 Räumen															
A + B	82	85	39	2	40	1	1 277	1 372	526	37	658	56	—	—	
C	633	667	229	19	369	16	3 217	3 450	1 187	87	1 800	143	—	—	
D	104	113	18	4	77	5	1 528	1 706	215	26	1 137	150	—	—	
E	641	712	72	5	499	65	4 438	5 029	488	52	3 378	520	—	—	
F + G	751	800	133	5	571	42	8 719	9 308	1 025	69	7 131	494	—	—	
H + J	77	80	21	—	53	3	1 356	1 443	242	22	1 030	62	—	—	
S	2 323	2 470	764	38	1 414	107	14 406	15 851	3 624	290	9 392	1 100	—	—	
Insgesamt	4 611	4 927	1 276	73	3 023	239	34 941	38 159	7 307	583	24 526	2 525	—	—	
Normalwohnungen mit 4 Räumen															
A + B	93	107	60	12	18	3	1 406	1 626	827	118	365	96	—	—	
C	650	740	401	53	168	28	3 062	3 635	1 658	286	866	252	—	—	
D	84	101	24	11	44	5	815	1 075	210	74	369	162	—	—	
E	818	1 034	140	40	485	153	3 632	4 820	576	199	2 003	854	—	—	
F + G	1 384	1 580	358	44	843	139	8 348	9 694	1 728	285	5 400	925	—	—	
H + J	228	264	72	10	128	18	2 396	2 760	576	89	1 497	234	—	—	
S	3 219	3 652	1 439	174	1 383	223	13 610	16 708	5 162	980	5 620	1 848	—	—	
Insgesamt	6 476	7 478	2 494	344	3 069	569	33 269	40 318	10 737	2 041	16 120	4 371	—	—	
Normalwohnungen mit 5 und mehr Räumen															
A + B	122	148	93	21	5	3	2 220	3 137	1 349	608	130	133	—	—	
C	610	776	420	120	43	27	3 847	5 569	2 257	1 094	213	283	—	—	
D	47	68	20	13	9	5	518	918	136	171	75	136	—	—	
E	385	605	135	65	102	83	2 033	3 495	547	426	417	643	—	—	
F + G	1 049	1 555	368	177	330	174	5 862	8 958	1 977	1 114	1 651	1 120	—	—	
H + J	494	658	220	64	167	43	3 837	5 306	1 612	577	1 186	462	—	—	
S	2 805	3 700	1 601	460	513	231	14 353	21 542	7 053	3 581	1 857	1 862	—	—	
Insgesamt	5 512	7 510	2 857	920	1 169	566	32 670	48 925	14 931	7 571	5 529	4 639	—	—	
Normalwohnungen insgesamt															
A + B	333	377	199	35	91	8	5 425	6 663	2 804	765	1 567	289	—	—	
C	2 130	2 422	1 106	192	759	73	11 882	14 433	5 441	1 469	4 274	698	—	—	
D	288	336	65	28	179	16	3 978	4 841	623	272	2 614	469	—	—	
E	1 959	2 466	353	110	1 195	301	11 382	14 650	1 671	681	6 990	2 040	—	—	
F + G	3 294	4 049	869	226	1 840	359	25 026	30 091	4 834	1 486	16 142	2 564	—	—	
H + J	812	1 015	313	74	361	64	8 008	9 935	2 477	689	4 078	764	—	—	
S	8 933	10 414	3 891	673	3 802	567	48 536	60 420	16 637	4 872	22 101	4 926	—	—	
Insgesamt	17 749	21 079	6 796	1 338	8 227	1 388	114 237	141 033	34 487	10 234	57 766	11 750	—	—	

¹⁾ Nur Wohnräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen ohne Rücksicht auf die Größe. — ²⁾ Einschließlich Untermieter.

Ausstattungstypen

Typ	Merkmale					
	Hei- zungs- art	Versor- gungs- anschlüsse ¹⁾	Lage der Toilette	Art der Toilette	mit oder ohne Bad	Warm- wasser- bereitung
A	Ofen	ohne	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
B	Ofen	nur E	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
C	Ofen	E + W	außerhalb	kein WC	ohne	ohne
D	Ofen	E + W	außerhalb	WC	ohne	ohne
E	Ofen	E + W ± G	innen	WC	ohne	ohne
F	Ofen	E + W ± G	innen	WC	mit	ohne
G	Ofen	E + W ± G	innen	WC	mit	mit
H	Zentral	E + W ± G	innen	WC	mit	ohne
J	Zentral	E + W ± G	innen	WC	mit	mit
S						

¹⁾ E = Elektrizität, W = Wasser, G = Gas; ± = mit oder ohne.

Tabelle D 4 **Die Haushalte mit eigener Normalwohnung¹⁾ nach Einkommen, Haushaltsgröße und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**
 Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57
 (Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen).

Haushaltsgröße	Haushalte mit eigener Normalwohnung													ohne Angabe
	insgesamt	davon mit einem monatlichen Gesamtnettoeinkommen von . . . bis unter . . . DM												
		unter 200	200 bis unter 300	300 bis unter 400	400 bis unter 500	500 bis unter 600	600 bis unter 700	700 bis unter 800	800 bis unter 900	900 bis unter 1000	1000 bis unter 1500	1500 und mehr		
Baden-Württemberg														
Haushaltsvorstand selbständig erwerbstätig														
Einpersonenhaushalte	188	49	19	12	4	4	5	2	—	—	7	3	83	
Mehrpersonenhaushalte	3 939	150	261	354	362	301	246	162	148	110	206	147	1 492	
davon mit 2 Personen	718	70	94	88	55	39	27	19	15	8	16	17	270	
3 Personen	927	41	61	103	74	81	65	28	33	12	35	30	364	
4 Personen	907	25	50	81	92	65	60	34	37	23	37	31	372	
5 und mehr Personen	1 387	14	56	82	141	116	94	81	63	67	118	69	486	
Haushalte insgesamt	4 127	199	280	366	366	305	251	164	148	110	213	150	1 575	
Haushaltsvorstand abhängig erwerbstätig ²⁾														
Einpersonenhaushalte	409	69	95	94	51	22	11	8	—	—	1	—	58	
Mehrpersonenhaushalte	8 927	27	310	1 322	1 438	1 362	1 082	778	494	363	533	76	1 142	
davon mit 2 Personen	2 025	19	145	444	354	326	219	112	62	45	39	11	249	
3 Personen	2 760	4	104	450	478	461	361	259	137	80	81	6	339	
4 Personen	2 250	4	41	305	358	345	283	204	135	111	159	18	287	
5 und mehr Personen	1 892	—	20	123	248	230	219	203	160	127	254	41	267	
Haushalte insgesamt	9 336	96	405	1 416	1 489	1 384	1 093	786	494	363	534	76	1 200	
Haushaltsvorstand nicht erwerbstätig														
Einpersonenhaushalte	1 236	676	203	92	35	14	6	5	2	—	4	—	199	
Mehrpersonenhaushalte	2 956	276	414	426	374	256	209	137	88	62	79	17	618	
davon mit 2 Personen	1 494	235	316	279	199	106	54	19	12	10	12	1	251	
3 Personen	775	33	72	104	107	84	74	48	34	12	16	8	183	
4 Personen	370	4	20	25	44	44	51	39	20	15	14	4	90	
5 und mehr Personen	317	4	6	18	24	22	30	31	22	25	37	4	94	
Haushalte insgesamt	4 192	952	617	518	409	270	215	142	90	62	83	17	817	
Haushaltsvorstand ohne Angabe der sozialen Stellung														
Einpersonenhaushalte	14	4	1	2	1	1	—	—	—	—	—	—	5	
Mehrpersonenhaushalte	80	3	1	13	10	11	7	2	3	5	1	1	23	
davon mit 2 Personen	20	2	—	3	2	1	1	—	2	1	—	—	8	
3 Personen	18	1	1	3	2	3	—	1	1	—	—	—	6	
4 Personen	23	—	—	4	5	5	3	1	—	2	—	—	3	
5 und mehr Personen	19	—	—	3	1	2	3	—	—	2	1	1	6	
Haushalte insgesamt	94	7	2	15	11	12	7	2	3	5	1	1	28	
Insgesamt														
Einpersonenhaushalte	1 847	798	318	200	91	41	22	15	2	—	12	3	345	
Mehrpersonenhaushalte	15 902	458	986	2 115	2 184	1 930	1 544	1 079	733	540	819	241	3 275	
davon mit 2 Personen	4 257	326	555	814	610	472	301	150	91	64	67	29	778	
3 Personen	4 480	79	238	660	661	629	500	336	205	104	132	44	892	
4 Personen	3 550	33	111	415	499	459	397	278	192	151	210	53	752	
5 und mehr Personen	3 615	18	82	226	414	370	346	315	245	221	410	115	853	
Haushalte insgesamt	17 749	1 254	1 304	2 315	2 275	1 971	1 566	1 094	735	540	831	244	3 620	
Bundesgebiet														
Haushaltsvorstand selbständig erwerbstätig														
Einpersonenhaushalte	1 003	158	114	74	38	41	26	28	10	2	28	17	467	
Mehrpersonenhaushalte	22 579	642	1 404	1 965	2 078	1 855	1 334	984	769	608	1 433	865	8 642	
davon mit 2 Personen	4 069	269	438	425	333	246	146	105	88	47	157	115	1 700	
3 Personen	4 931	163	333	471	451	373	289	165	159	113	257	162	1 995	
4 Personen	5 068	114	287	429	492	453	334	248	189	139	260	182	1 961	
5 und mehr Personen	8 511	96	346	640	802	783	565	466	353	309	759	406	2 986	
Haushalte insgesamt	23 582	800	1 518	2 039	2 116	1 896	1 360	1 012	779	610	1 461	882	9 109	
Haushaltsvorstand abhängig erwerbstätig ²⁾														
Einpersonenhaushalte	2 542	326	458	576	404	184	117	51	18	20	34	3	351	
Mehrpersonenhaushalte	58 110	293	1 991	8 981	10 450	8 936	6 754	4 753	3 067	2 045	3 489	504	6 847	
davon mit 2 Personen	13 621	180	922	3 249	2 769	2 069	1 255	706	353	217	295	47	1 559	
3 Personen	18 169	69	600	3 213	3 564	3 063	2 247	1 549	808	442	559	67	1 988	
4 Personen	14 542	32	343	1 785	2 642	2 272	1 886	1 319	943	624	967	96	1 633	
5 und mehr Personen	11 778	12	126	734	1 475	1 532	1 366	1 179	963	762	1 668	294	1 667	
Haushalte insgesamt	60 652	619	2 449	9 557	10 854	9 120	6 871	4 804	3 085	2 065	3 523	507	7 198	
Haushaltsvorstand nicht erwerbstätig														
Einpersonenhaushalte	7 743	4 078	1 397	605	222	118	43	39	13	11	13	3	1 201	
Mehrpersonenhaushalte	21 877	2 278	3 403	3 365	2 755	1 996	1 419	966	648	424	656	101	3 866	
davon mit 2 Personen	11 552	1 965	2 682	2 243	1 439	780	353	179	105	55	77	11	1 663	
3 Personen	5 355	255	500	749	793	661	497	326	192	111	130	25	1 116	
4 Personen	2 598	42	152	233	330	300	334	236	149	110	148	17	547	
5 und mehr Personen	2 372	16	69	140	193	255	235	225	202	148	301	48	540	
Haushalte insgesamt	29 620	6 356	4 800	3 970	2 977	2 114	1 462	1 005	661	435	669	104	5 067	
Haushaltsvorstand ohne Angabe der sozialen Stellung														
Einpersonenhaushalte	47	17	7	3	2	3	1	—	—	—	1	—	13	
Mehrpersonenhaushalte	336	12	13	54	53	33	18	9	12	11	14	2	105	
davon mit 2 Personen	96	10	5	24	10	3	2	2	3	1	1	—	35	
3 Personen	77	2	3	9	16	11	4	2	4	2	—	—	24	
4 Personen	78	—	3	12	14	12	5	4	1	4	6	—	17	
5 und mehr Personen	85	—	2	9	13	7	7	1	4	4	7	2	29	
Haushalte insgesamt	383	29	20	57	55	36	19	9	12	11	15	2	118	
Insgesamt														
Einpersonenhaushalte	11 335	4 579	1 976	1 258	666	346	187	118	41	33	76	23	2 032	
Mehrpersonenhaushalte	102 902	3 225	6 811	14 365	15 336	12 820	9 525	6 712	4 496	3 088	5 592	1 472	19 460	
davon mit 2 Personen	29 338	2 424	4 047	5 941	4 551	3 098	1 756	992	549	320	530	173	4 957	
3 Personen	28 532	489	1 436	4 442	4 824	4 108	3 037	2 042	1 163	668	946	254	5 123	
4 Personen	22 286	188	785	2 459	3 478	3 037	2 559	1 807	1 262	877	1 381	295	4 158	
5 und mehr Personen	22 746	124	543	1 523	2 483	2 577	2 173	1 871	1 522	1 223	2 735	750	5 222	
Haushalte insgesamt	114 237	7 804	8 787	15 623	16 002	13 166	9 712	6 830	4 537	3 121	5 668	1 495	21 492	

¹⁾ Nur Hauptmieter und Eigentümer. — ²⁾ Einschl. mithelfende Familienangehörige und Lehrlinge.

Tabelle D 5 Die Haushalte ohne eigene Normalwohnung¹⁾ nach Einkommen, Haushaltsgröße und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)

Ergebnisse der 1. vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße	Haushalte ohne eigene Normalwohnung												ohne Angabe
	insgesamt	unter 200	davon mit einem monatlichen Gesamtnettoeinkommen von					bis unter ... DM					
			200 bis 300	300 bis 400	400 bis 500	500 bis 600	600 bis 700	700 bis 800	800 bis 900	900 bis 1000	1000 bis 1500	1500 und mehr	
Baden-Württemberg													
Haushaltsvorstand selbständig erwerbstätig													
Einpersonenhaushalte	101	20	16	10	7	3	1	—	2	1	1	1	39
Mehrpersonenhaushalte	174	7	14	19	18	10	5	7	7	1	8	4	74
davon mit 2 Personen	57	3	8	6	5	2	2	1	1	1	2	1	25
3 Personen	60	3	5	8	8	3	2	3	3	—	4	—	21
4 Personen	28	1	1	3	3	2	1	1	1	—	1	2	12
5 und mehr Personen	29	—	—	2	2	3	—	2	2	—	1	1	16
Haushalte insgesamt	275	27	30	29	25	13	6	7	9	2	9	5	113
Haushaltsvorstand abhängig erwerbstätig ²⁾													
Einpersonenhaushalte	1 365	153	344	429	163	52	28	13	4	5	4	—	170
Mehrpersonenhaushalte	1 632	16	109	356	309	272	208	90	39	32	32	2	167
davon mit 2 Personen	590	14	66	111	101	98	76	36	11	8	4	—	65
3 Personen	531	2	28	148	101	90	75	28	13	4	4	1	37
4 Personen	300	—	12	74	61	51	35	15	5	9	6	—	32
5 und mehr Personen	211	—	3	23	46	33	22	11	10	11	18	1	33
Haushalte insgesamt	2 997	169	453	785	472	324	236	103	43	37	36	2	337
Haushaltsvorstand nicht erwerbstätig													
Einpersonenhaushalte	798	451	103	30	10	8	2	4	2	—	—	1	187
Mehrpersonenhaushalte	476	117	105	72	47	22	24	10	5	5	6	1	62
davon mit 2 Personen	317	106	85	51	25	7	5	3	—	1	2	—	32
3 Personen	80	7	11	12	9	9	9	3	2	—	1	—	17
4 Personen	49	4	5	5	12	3	9	2	—	3	—	—	6
5 und mehr Personen	30	—	4	4	1	3	1	2	3	1	3	1	7
Haushalte insgesamt	1 274	568	208	102	57	30	26	14	7	5	6	2	249
Haushaltsvorstand ohne Angabe der sozialen Stellung													
Einpersonenhaushalte	8	—	1	2	1	—	—	—	—	—	—	—	4
Mehrpersonenhaushalte	7	—	3	—	—	—	2	—	—	—	—	—	2
davon mit 2 Personen	4	—	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
3 Personen	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
4 Personen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5 und mehr Personen	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
Haushalte insgesamt	15	—	4	2	1	—	2	—	—	—	—	—	6
Insgesamt													
Einpersonenhaushalte	2 272	624	464	471	181	63	31	17	8	6	5	2	400
Mehrpersonenhaushalte	2 289	140	231	447	374	304	239	107	51	38	46	7	305
davon mit 2 Personen	988	123	161	168	131	107	84	40	12	10	8	1	123
3 Personen	673	12	45	168	118	102	86	34	18	4	9	1	76
4 Personen	377	5	18	82	76	56	45	18	6	12	7	2	50
5 und mehr Personen	271	—	7	29	49	39	24	15	15	12	22	3	56
Haushalte insgesamt	4 561	764	695	918	555	367	270	124	59	44	51	9	705
Bundesgebiet													
Haushaltsvorstand selbständig erwerbstätig													
Einpersonenhaushalte	641	85	66	62	42	27	18	6	8	6	17	6	298
Mehrpersonenhaushalte	2 071	75	162	228	190	159	108	80	56	44	92	27	850
davon mit 2 Personen	638	36	71	84	43	37	25	23	16	8	11	4	280
3 Personen	620	29	45	70	72	54	37	21	16	14	24	6	241
4 Personen	447	13	31	38	46	31	28	20	10	10	29	8	183
5 und mehr Personen	366	6	15	36	29	37	18	16	14	12	28	9	146
Haushalte insgesamt	2 712	160	228	290	232	186	126	86	64	50	109	33	1 148
Haushaltsvorstand abhängig erwerbstätig ²⁾													
Einpersonenhaushalte	7 593	889	1 785	2 257	937	385	178	75	36	16	36	3	996
Mehrpersonenhaushalte	16 445	259	1 205	4 100	3 565	2 483	1 590	739	443	230	299	37	1 495
davon mit 2 Personen	5 366	169	561	1 347	1 032	799	506	221	102	40	36	5	548
3 Personen	5 498	64	376	1 543	1 239	876	537	220	125	35	47	1	435
4 Personen	3 353	19	201	848	811	468	317	153	99	63	64	6	304
5 und mehr Personen	2 228	7	67	362	483	340	230	145	117	92	152	25	208
Haushalte insgesamt	24 038	1 148	2 990	6 357	4 502	2 868	1 768	814	479	246	335	40	2 491
Haushaltsvorstand nicht erwerbstätig													
Einpersonenhaushalte	7 567	4 843	982	306	103	63	19	14	7	4	4	4	1 218
Mehrpersonenhaushalte	6 640	1 398	1 500	1 072	642	467	258	151	95	63	76	10	908
davon mit 2 Personen	4 098	1 208	1 136	682	324	167	62	34	12	11	8	2	452
3 Personen	1 377	141	218	247	190	157	92	39	27	6	9	1	250
4 Personen	662	40	102	78	80	81	68	41	24	22	18	—	108
5 und mehr Personen	503	9	44	65	48	62	36	37	32	24	41	7	98
Haushalte insgesamt	14 207	6 241	2 482	1 378	745	530	277	165	102	67	80	14	2 126
Haushaltsvorstand ohne Angabe der sozialen Stellung													
Einpersonenhaushalte	73	15	5	4	4	—	—	1	—	—	1	—	43
Mehrpersonenhaushalte	97	8	10	15	12	9	5	—	—	2	2	—	34
davon mit 2 Personen	50	5	8	6	5	4	3	—	—	1	1	—	17
3 Personen	15	2	1	2	2	3	—	—	—	1	—	—	4
4 Personen	20	—	1	5	3	2	—	—	—	—	1	—	8
5 und mehr Personen	12	1	—	2	2	—	2	—	—	—	—	—	5
Haushalte insgesamt	170	23	15	19	16	9	5	1	—	2	3	—	77
Insgesamt													
Einpersonenhaushalte	15 874	5 832	2 838	2 629	1 086	475	215	96	51	26	58	13	2 555
Mehrpersonenhaushalte	25 253	1 740	2 877	5 415	4 409	3 118	1 961	970	594	339	469	74	3 287
davon mit 2 Personen	10 152	1 418	1 776	2 119	1 404	1 007	596	278	130	60	56	11	1 297
3 Personen	7 510	227	640	1 862	1 503	1 090	666	280	168	56	80	8	930
4 Personen	4 482	72	335	969	940	582	413	214	133	95	112	14	603
5 und mehr Personen	3 109	23	126	465	562	439	286	198	163	128	221	41	457
Haushalte insgesamt	41 127	7 572	5 715	8 044	5 495	3 593	2 176	1 066	645	365	527	87	5 842

¹⁾ Das sind sämtliche Haushalte in Notwohnungen, Untermieter in Normalwohnungen sowie in Wohnungen ohne Angabe der Art und wohnungslos Eingewiesene.

²⁾ Einschl. mithelfende Familienangehörige und Lehrlinge.

Tabelle D 6

**Die Haushalte nach Haushaltsgröße, Haushaltstyp und Wohnverhältnis
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)**

Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

(Um ungefähre Totalzahlen zu erhalten, sind nachstehende Grundzahlen mit 100 zu vervielfachen.)

Haushaltsgröße Haushaltstyp	Haushalte insgesamt	Von den Haushalten waren untergebracht						
		in Normalwohnungen				in Notwoh- nungen	in Unter- künften außerhalb von Woh- nungen	als Unter- mieter in Woh- nungen ohne Angabe der Wohnungs- art ¹⁾
		als Eigen- tümer	als Haupt- mieter	als Unter- mieter	zusammen			
Baden-Württemberg								
Alleinstehende Personen	4 119	814	1 033	1 909	3 756	329	10	24
Haushalte mit 2 Personen	5 225	1 762	2 495	602	4 859	342	11	13
darunter: alleinlebende Ehepaare	3 768	1 233	1 853	425	3 511	240	8	9
Haushalte mit 3 Personen	5 153	1 840	2 640	400	4 880	250	11	12
darunter: Ehepaare mit Kind unter 18 Jahren	2 695	650	1 569	325	2 544	140	3	8
Haushalte mit 4 Personen	3 927	1 594	1 956	196	3 746	163	16	2
darunter: Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	1 953	536	1 148	165	1 849	94	9	1
Haushalte mit 5 und mehr Personen	3 886	2 124	1 491	73	3 688	178	18	2
darunter: Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	1 225	418	655	48	1 121	91	12	1
Insgesamt	22 310	8 134	9 615	3 180	20 929	1 262	66	53
Bundesgebiet								
Alleinstehende Personen	27 209	3 879	7 456	12 256	23 591	3 269	106	243
Haushalte mit 2 Personen	39 491	9 686	19 653	6 042	35 381	3 888	61	161
darunter: alleinlebende Ehepaare	28 969	7 121	14 803	4 175	26 099	2 732	38	100
Haushalte mit 3 Personen	36 042	9 651	18 881	4 249	32 781	3 093	69	89
darunter: Ehepaare mit Kind unter 18 Jahren	19 289	3 618	10 666	3 178	17 462	1 739	30	58
Haushalte mit 4 Personen	26 768	8 768	13 518	2 215	24 501	2 176	52	39
darunter: Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	13 341	2 915	7 483	1 661	12 059	1 224	32	26
Haushalte mit 5 und mehr Personen	25 854	12 737	10 008	1 047	23 792	1 952	85	25
darunter: Ehepaare nur mit Kindern unter 18 Jahren	7 684	2 071	4 006	650	6 727	891	51	15
Insgesamt	155 364	44 721	69 516	25 809	140 046	14 378	373	567

¹⁾ Interview kam beim Untermieter zustande, beim Wohnungsinhaber dagegen nicht.

**Gesetz über eine Statistik
der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs
(Wohnungsstatistik 1956/57).**

Vom 17. Mai 1956.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57) durchgeführt.

(2) Die Wohnungsstatistik 1956/57 besteht aus einer allgemeinen Erhebung, einer repräsentativen Erhebung und einer repräsentativen Zusatzerhebung.

(3) Die allgemeine Erhebung und die repräsentative Erhebung werden im September 1956, die repräsentative Zusatzerhebung wird erstmalig in den Monaten März bis Mai 1957 durchgeführt. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates repräsentative Zusatzerhebungen für die Jahre 1958, 1960 und 1962 anzuordnen.

§ 2

Bei der allgemeinen Erhebung sind die folgenden Tatbestände zu erfassen:

1. hinsichtlich der Wohnungen
 - a) die Art der Wohnungen,
 - b) die Größe der Wohnungen nach ihrer Raumzahl und die Wohnungsmiete;
2. hinsichtlich der Wohnparteien
 - a) die Haushaltsmitglieder nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Stellung zum Haushaltsvorstand und Zugehörigkeit zu einer Geschädigtengruppe sowie Arbeitsort und Wohnsitz,
 - b) die gegenwärtige Unterbringung nach Wohnform und Mietverhältnis;
3. hinsichtlich der Anstalten
 - a) die Anstaltsinsassen und das Personal nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Zugehörigkeit zu einer Geschädigtengruppe.

§ 3

Bei der repräsentativen Erhebung sind über die Feststellungen nach § 2 hinaus die folgenden Tatbestände zu erfassen:

1. für eine Auswahl von 10 vom Hundert der Wohnungen
 - a) die Belegung der Wohnungen mit Wohnparteien und Personen;
2. für die in den gemäß Nummer 1 ausgewählten Wohnungen lebenden Wohnparteien
 - a) die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes,
 - b) die vorwiegende Einkommensquelle der Haushaltung,
 - c) die Zahl der von der Haushaltung bewohnten Räume.

§ 4

Bei der repräsentativen Zusatzerhebung sind über die Feststellungen nach §§ 2 und 3 hinaus die folgenden Tatbestände zu erfassen:

1. für eine Auswahl von 10 vom Hundert der bei der repräsentativen Erhebung erfaßten Wohnungen
 - a) die Ausstattung der Wohnungen,
 - b) die Wohnfläche nach qm;
2. für die in den gemäß Nummer 1 ausgewählten Wohnungen lebenden Wohnparteien
 - a) die Einkommen,
 - b) die Wohnwünsche nach Größe, Lage und Ausstattung der Wohnungen und nach der Wohnform,
 - c) die Finanzierungsmöglichkeiten und die Mietzahlungsbereitschaft,
 - d) die Untermiete.

§ 5

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) sind die Haushaltsvorstände, Wohnungsinhaber und Grundstückseigentümer oder -verwalter oder deren Vertreter. Die Auskünfte nach § 4 Nr. 2 Buchstabe a sind freiwillig.

(2) Die zu erfassenden Tatbestände werden für die allgemeine Erhebung und die repräsentative Erhebung mittels Erhebungsvordrucke, für die repräsentative Zusatzerhebung im Wege der mündlichen Befragung erhoben.

§ 6

Die repräsentative Zusatzerhebung für das Jahr 1957 wird durch das Statistische Bundesamt aufbereitet.

§ 7

Zur Durchführung der Erhebungen werden ehrenamtliche Zähler bestellt.

§ 8

(1) Die Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang Gelegenheit zur Ausübung der Zählertätigkeit unter Fortzahlung der Bezüge zu geben.

(2) Lebenswichtige öffentliche Betriebe dürfen durch die Verpflichtung nach Absatz 1 in ihrer Tätigkeit nicht unterbrochen werden.

§ 9

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 17. Mai 1956.

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
von Hassel

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Wohnungsbau
Dr. Preusker

Reg.-Bez.:

Kreis:

Gemeinde:

Gemeindeteil:

Gebäudeliste

für das Grundstück Straße/Platz Nr.:

Alle mit der Durchführung der Zählung beauftragten Personen haben gegenüber jedermann Verschwiegenheit über die ihnen bei der Zählung bekanntgewordenen Tatbestände zu bewahren. Die Gebäudeliste wird nur statistisch ausgewertet und weder der Polizei noch dem Finanz- oder Wohnungsamt — auch nicht vorübergehend — zur Einsicht überlassen.

Zählbezirk
Nr.:

Gebäudeliste-Nr.:

Für welche Grundstücksarten muß eine Gebäudeliste ausgefüllt werden?

1. Für Grundstücke, auf welchen sich ständig benutzte Wohngelegenheiten befinden, gleichgültig, ob diese in Wohngebäuden oder Nichtwohngebäuden (wie z. B. Geschäfts-, Büro-, Hotelgebäuden) liegen oder ob sie sich in Behelfsheimen, Baracken, Wohnlauben, Nissenhütten, Bunkern, Wohnwagen, außer Dienst gestellten Schiffen, Waggons, sonstigen Fahrzeugen oder Gebäuderesten (Ruinenkeller) befinden.
2. Für Grundstücke, auf welchen zur Zeit Wohnungen gebaut werden, soweit mindestens eine Wohnung bereits bewohnt wird.
3. Für Grundstücke mit bereits fertigen Neubauten mit Wohnungen, auch wenn die bezugsfertigen Gebäude noch nicht bezogen sind.
4. Für leerstehende Gebäude mit Wohnraum.

Für von ausländischen Streitkräften voll in Anspruch genommene Grundstücke braucht keine Gebäudeliste ausgefüllt zu werden, es sei denn, sie sind privatrechtlich vom Grundstückseigentümer vermietet.

Wer muß die Gebäudeliste ausfüllen?

Der Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer. Er kann einen Vertreter, z. B. den Verwalter oder Hausmeister damit beauftragen.

Eintragungen bitte eindeutig und gut leserlich mit Tinte, Kugelschreiber oder Tintenstift machen und die vorgedruckten Abkürzungen verwenden. Liste vollständig und gewissenhaft ausfüllen, auf der letzten Seite unterschreiben und zu dem vom Zähler angegebenen Zeitpunkt zur Abholung bereithalten.

A. Angaben über den Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer

1. Eigentümer: Anschrift:
 (Vor- und Zuname, ggf. Firma, Behörde, Erbengemeinschaft) (Wohnort, Straße, Haus Nr.) (Telefon Nr.)

2. Mit der Ausfüllung der Gebäudeliste beauftragter Vertreter (falls der Eigentümer die Liste nicht selbst ausfüllt):

..... Anschrift:
 (Vor- und Zuname, ggf. Firma, Behörde) (Wohnort, Straße, Haus Nr.) (Telefon Nr.)

B. Gebäudeverzeichnis

Was gilt als ein Gebäude? Grundsätzlich jedes Bauwerk, in welchem mindestens eine Person ständig wohnt, aber auch fertiggestellte und noch nicht bezogene Gebäude mit Wohnungen und Gebäude mit vorübergehend unbewohntem Wohnraum. Geschäfts-, Büro-, Verwaltungsgebäude u. dergl., in welchen sich kein Wohnraum befindet, werden nicht erfaßt. Dagegen gelten ständig bewohnte Behelfsheime, Baracken, Wohnlauben, Nissenhütten, Bunker, Wohnwagen, außer Dienst gestellte Schiffe, Waggons und sonstige Fahrzeuge sowie Gebäudereste (Ruinenkeller) als Gebäude. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern zählt jedes einzelne, von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennungswand geschiedene Bauwerk als selbständiges Gebäude.

Für jedes auf dem Grundstück befindliche Gebäude mit Wohnraum ist eine eigene Zeile auszufüllen.

Nichtwohngebäude sind ständig bewohnte Behelfsheime unter 30 qm, Steinbaracken, Holzbaracken, Bretterbuden, Wohnlauben, Nissenhütten, Bunker, Wohnwagen, außer Dienst gestellte Schiffe, Waggons und sonstige Fahrzeuge sowie Gebäudereste (Ruinenkeller). **Massive Nichtwohngebäude** sind in massiver Bauweise errichtete Gebäude, die überwiegend zu anderen als Wohnzwecken verwendet werden, z. B. Schulen, Hotels, Krankenhäuser, Anstaltsgebäude, Geschäfts- und Bürogebäude u. ä. Nur behelfsmäßig errichtete Nichtwohngebäude sind als Notwohngebäude einzutragen. Behelfsheime sind nur behelfsmäßig errichtete Gebäude mit beschränkter Benutzungsdauer, selbst wenn sie durch Ummauerung oder ähnliche Maßnahmen winterfest gemacht wurden. Kleinsiedlerstellen sind Einfamilienhäuser mit angemessenem Wirtschaftsraum und angemessener Landzulage, die nach Größe, Bodenbeschaffenheit und Einrichtung dazu bestimmt und geeignet sind, dem Siedler durch Selbstversorgung und aus vorwiegend gartenbaumäßiger Nutzung des Landes und Kleintierhaltung eine Ergänzung seines sonstigen Einkommens zu bieten. Nebenerwerbsstellen sind kleinbäuerliche Anwesen, die nach Größe, Lage und Beschaffenheit dazu geeignet sind, dem Nebenerwerbsstellensiedler durch weitgehende Selbstversorgung seiner Familie aus dem Ertrag seines Bodens und der Tierhaltung, sowie gegebenenfalls durch Einkünfte aus einer bescheidenen Marktleistung eine wesentliche Ergänzung seines Einkommens zu bieten. Bauernhäuser sind Gebäude, die in landwirtschaftl. Betrieben zum ständigen Wohnen des Bauern (Leiters des landwirtschaftlichen Betriebes) bestimmt sind, gleichgültig, ob in diesen Gebäuden noch weiterer Wohnraum (z. B. Altenteilerwohnung, Landarbeiterwohnung) oder landwirtschaftlicher Nutzraum vorhanden ist oder nicht. Ein- u. Zweifamilienhäuser sind alle sonst. Wohngebäude mit 1 od. 2 Wohnungen, Mehrfamilienhäuser alle sonst. mit 3 und mehr Wohnungen, z. B. Etagenmiete Häuser.

Bei Gebäuden, die durch Kriegsschäd. teilweise unbenutzbar geworden waren und wiederhergestellt wurden, gilt das Jahr der ursprünglichen Errichtung, bei total zerstörten und wieder aufgebauten Gebäuden das Jahr des Wiederaufbaues. Bei allen übrigen Gebäuden ist im Zweifel das Datum maßgebend, an dem das Gebäude erstmals bezogen wurde.

Lfd. Nr. des Gebäudes	Straßenlage des zum ständigen Wohnen benutzten Gebäudes, z. B. freistehendes Haus Vorder-, Hinter-, Seiten-Gebäude	Gebäudeart (Bitte eine der nachstehend. Arten od. die zutreff. Ziffer eintragen) Notwohngebäude = 1 Massives Nichtwohngeb. = 2 Behelfsheim v. 30 u. m. qm = 3 Kleinsiedlerstelle = 4 Nebenerwerbsstelle = 5 Bauernhaus = 6 Ein- u. Zweifamilienhaus = 7 Mehrfamilienhaus = 8	Baujahr des Gebäudes (Es genügt, die zutreffende Ziffer einzutragen) Vor dem 1. 7. 1918 = 1 Vom 1. 7. 1918 bis 20. 6. 1948. . = 2 Vom 21. 6. 1948 bis 31. 12. 1955 = 3 Nach dem 31. 12. 1955 bezogen = 4	Für nach 1939 errichtete oder wiederaufgebaute Gebäude: Steht das Gebäude auf einem Grund, auf dem durch Kriegseinwirkung zerstörte Gebäude gestanden haben? Bitte Ja oder Nein eintragen. Für bis Ende 1939 errichtete Gebäude bitte einen Strich eintragen	Diese Spalte bitte nicht ausfüllen
1	2	3	4	5	6
1					
2					
3					
4					
5					

Sind mehr als 5 zum ständigen Wohnen benutzte Gebäude auf dem Grundstück vorhanden, bitte weitere Gebäudelisten vom Zähler anfordern.

C. Wohnungsverzeichnis (zugleich Anstaltsverzeichnis)

Was gilt als eine Wohnung? Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushaltes bestimmt ist und folgende Merkmale aufweist: a) eine bauplanmäßig vorgesehene Küche oder Kochnische, b) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen. Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig eine oder mehrere Haushaltungen untergebracht sind, auch wenn für jede dieser Haushaltungen eine eigene Kochgelegenheit eingerichtet wurde. Wenn aus einer größeren Wohnung durch Um- oder Ausbaumaßnahmen mehrere selbständige Wohnungen errichtet wurden, gilt jede neue Einheit als Wohnung. Bei Mehrfamilien- bzw. Etagenmiete Häusern ist jede abgeschlossene Etagenwohnung einschließlich der dazugehörigen gegebenenfalls auch außerhalb des Abchlusses liegenden Einzelräume (z. B. Mansarde, separates Zimmer) als Ganzes eine Wohnung im Sinne dieser Statistik. Liegen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerksweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so gelten im Sinne der Zählung die Räume als Wohnung, die unter normalen (Vorkriegs-) Verhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einer Haushaltung bewohnt bzw. gemietet werden. Einfamilien- und Bauernhäuser gelten in der Regel als eine Wohnung, zu der in Bauernhäusern auch Einzelwohnräume in dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z. B. Knechtstube im Stallgebäude, Altenteilerzimmer in einem Anbau) zu zählen sind. Eine zweite (oder weitere) Wohnung liegt nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Stockwerk oder – beim Bauernhaus – in einem abgetrennten Gebäude zusammenliegen, eine vollausgebaute Küche umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung einer eigenen Haushaltung vorgesehen sind. Bei allen übrigen Gebäuden (Nichtwohngebäuden, Behelfsheimen, Baracken, Wohnlauben, Wohnwagen usw.) werden häufig die oben gegebenen Wohnungsmerkmale (vollausgebaute Küche und eigener Wohnungsabschluß) nicht zutreffen. Trotzdem sind auch solche primitiven Unterkünfte einzutragen, die nicht als Wohnungen im Sinne der vorstehenden Erläuterung anzusprechen sind.

Was gilt als eine Anstalt? Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime sowie Massenunterkünfte (wie Flüchtlings- und Arbeiterlager) und alle öffentlichen oder privaten Einrichtungen, die der gemeinsamen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung bestimmter Personenkreise zur Erfüllung religiöser, sozialer, gesundheitlicher, erzieherischer oder ähnlicher Zwecke dienen (wie Klöster, Altersheime, Waisenhäuser, Krankenhäuser, Erholungsheime, Internate, Kasernen der Polizei und Bundeswehr, Erziehungsanstalten, Strafanstalten u. ä.).

Für jede auf dem Grundstück befindliche bewohnte oder leerstehende Wohnung und Notwohnung ist eine eigene Zeile auszufüllen. Es ist mit dem im Gebäudeverzeichnis unter lfd. Nr. 1 eingetragenen Gebäude zu beginnen. Sind alle zu dem ersten Gebäude gehörenden Wohnungen eingetragen, ist der Querstrich unter der letzten Wohnungszeile nach links zu verlängern und auf der folgenden Zeile mit der ersten Wohnung des zweiten Gebäudes zu beginnen usw. Die in Spalte 2 vorgegedruckten lfd. Nrn. dürfen nicht abgeändert werden. Wird eine Wohnung von mehreren Haushaltungen bewohnt, sind in die erste Zeile der Spalte 8 der Name des Wohnungsinhabers, in die folgenden Zeilen die Namen der übrigen (Untermieter-) Haushaltungen einzutragen. Befindet sich auf dem Grundstück eine Anstalt, dann sind die zu dieser Anstalt gehörenden Wohnungen (nicht Notwohnungen oder Einzelräume) ebenfalls einzeln mit den Namen der darin wohnenden Haushaltungen einzutragen. Außerdem ist in Spalte 10 hinter der ersten Anstaltswohnung auf dem Grundstück die Zweckbestimmung und der Name der Anstalt einzutragen, z. B. Fremdenheim Heimat, Altersheim Frieden, Hedwigkrankenhaus, Flüchtlingslager Altdorf usw. Befindet sich in der Anstalt keine Wohnung, dann ist trotzdem eine Zeile zu verwenden. Anstelle der Angaben für eine Wohnung ist „Anstalt ohne Wohnungen“ einzutragen, in der Spalte 10 die Zweckbestimmung und der Name. Durch Angehörige der stationierten ausländischen Streitkräfte privatrechtlich vom Hauseigentümer gemietete Wohnungen sind ebenfalls zu erfassen. Dagegen sind die von ausländischen Streitkräften voll in Anspruch genommenen Wohnungen (ehemals „beschlagnommt“) nicht einzutragen.

Für Notwohngebäude (für diese ist im Abschnitt B, Spalte 3 die Ziff. 1 eingetragen) bitte ein „N“ unter die lfd. Nr. schreiben.

K = Keller bitte nur dann eintragen, wenn d. Fußboden der Wohnung mehr als 1 m unter der Erdoberfläche liegt; bei an Abhängen gebauten Gebäuden ist dabei von der Talseite des Gebäudes auszugehen.

Eigentümerwohnungen sind vom Eigentümer in seinem Gebäude bewohnte Wohnungen sowie solche, die im Eigentumsrecht erworben und als solche in das Grundbuch eingetragen wurden. Dienst- oder Werkwohnungen sind W., die sich im Eigentum des Arbeitgebers des Wohnungsinhabers befinden und in der Regel den Arbeitnehmern zum Wohnen überlassen werden. Hierzu gehören jedoch nicht W. von Wohnungsbauges., welche von einzelnen Unternehmen gegr. wurden, um für Betriebsangehörige Wohnungen zu bauen. Stiftungswohnungen sind W. im Eigentum von Stiftungen, welche an bevorgerechtigte Bevölkerungsgruppen – i. d. Regel verbilligt – abgegeben werden.

Ist eine Wohnung an mehrere Hauptmietparteien vermietet, so ist in die erste Zeile die am längsten in der Wohnung wohnende Haushaltung einzutragen, die übrigen in die folgenden Zeilen.

Lfd. Nr. des Gebäudes (Aus Abschn. B Sp. 1)	Lfd. Nr. der Wohnung (W)	Lage der Wohnung *)		Art der Wohnung (bzw. Notw.)		Für ab 1950 bezugsfertig gewordene Wohnungen: Wurde eine Richtsitzmiete bzw. – bei eigengenutzten Wohn. – ein Mietw. entspr. den Best. des öff. gef. sozialen Wohnungsbaues festgesetzt? Bitte Ja oder Nein eintragen. Für bis 1950 bezugsfertig gewordene Wohnungen bitte einen Strich eintragen	Lfd. Nr. der Haushaltung (H)	Name der Haushaltung In die 1. Zeile jeder Wohnung (Hauptmieter) eintragen, in die folgenden Zeilen die übrigen Wohnparteien (Untermieter) in der Wohnung; bei leerstehenden Wohnungen „leerstehend“	Vom Zähler auszufüllen Zahl der Pers.	Für Anstalten auf dem Grundstück Zweckbestimmung und Name hinter der 1. Wohnung d. Anstalt eintragen, hinter die übrigen Wohnungen der Anstalt die Worte „siehe oben“
		im Gebäude: Keller = K, Erdgesch. = E, 1. Stock = 1, 2. Stock = 2, usw., Dachgesch. = D, Ganzes Haus = 6	innerhalb des Stockwerks, z. B.: links = l, mitte = m, rechts = r	Eigentümerwohnung ... = 1, Dienst- od. Werkwohn. = 3, Stiftungswohnung ... = 4, Mietw. mit im Grundb. eingetrag. Dauerwohnrecht = 5, Sonstige Mietwohnung ... = 6	(Bei Wohn. in Anstalten bitte ein A hinter die Ziffer setzen)					
BEISPIEL	1	E	-	6		nein	1	Müller		
							2	Hoffmann		
							3	Schröder		
							4			
							5			
	1						1			
							2			
							3			
							4			
							5			
	2						1			
							2			
							3			
							4			
							5			
	3						1			
							2			
							3			
							4			
							5			

Für Notwohngebäude (für diese ist im Abschnitt 8 Spalte 3 die Ziff. 1 eingetragen) bitte ein „N“ unter die lfd. Nr. schreiben.

K = Keller bitte nur dann eintragen, wenn d. Fußboden der Wohnung mehr als 1 m unter der Erdoberfläche liegt; bei an Abhängen gebauten Gebäuden ist dabei von der Talseite des Gebäudes auszugehen.

Eigentümerwohnungen sind vom Eigentümer in seinem Gebäude bewohnte Wohnungen sowie solche, die im Eigentum erworben und als solche in das Grundbuch eingetragen wurden. Dienst- oder Werkwohnungen sind W., die sich im Eigentum des Arbeitgebers des Wohnungsinhabers befinden und in der Regel den Arbeitnehmern zum Wohnen überlassen werden. Hierzu gehören jedoch nicht W. von Wohnungsbauges., welche von einzelnen Unternehmen gegr. wurden, um für Betriebsangehörige Wohnungen zu bauen. Stiftswohnungen sind W. im Eigentum von Stiftungen, welche an bevorrechtigte Bevölkerungsgruppen – i. d. Regel verbilligt – abgegeben werden.

Ist eine Wohnung an mehrere Hauptmietparteien vermietet, so ist in die erste Zeile d. o. am längsten in der Wohnung wohnende Haushaltung einzutragen, die übrigen in die folgenden Zeilen.

Lfd. Nr. des Gebäudes (Aus Abschn. 8 Sp. 1)	Lfd. Nr. der Wohnung (W)	Lage der Wohnung *)		Art der Wohnung (bzw. Mietw.) Eigentümerwohnung . . . = 1 Dienst- od. Werkshwng. = 3 Stiftswohnung = 4 Mietw. mit im Grundb. eingetrag. Dauerwohnrecht. = 5 Sonstige Mietwohnung . . = 6 (bei Wohng. in Anstalten bitte ein A hinter die Ziffer setzen)	Für ab 1950 bezugsfert. gewordene Wohnungen: Wurde eine Richtsatzmiete bzw. – bei eigen-entz. Wohng. – ein Mietwert entspr. den Best. des öff. gef. sozialen Wohnungsbaues festgesetzt? Bitte Ja oder Nein eintragen Für bis 1950 bezugsfert. gewordene Wohnungen bitte einen Strich eintragen	Lfd. Nr. der Haushaltung. (H)	Name der Haushaltung In die 1. Zeile jeder Wohnung bitte den Wohnungsinhaber (Hauptmieter) eintragen, in die folgenden Zeilen die übrigen Wohnparteien (Untermieter) in der Wohnung; bei leerstehenden Wohnungen „leerstehend“	Vom Zähler auszufüllen Zahl der Pers.	Für Anstalten auf dem Grundstück Zweckbestimmung und Name hinter der 1. Wohnung d. Anstalt eintragen, hinter die übrigen Wohnungen der Anstalt die Worte „siehe oben“
		im Gebäude: Keller = K Erdgesch. = E 1. Stock = 1 2. Stock = 2 usw. = 0 Dachgesch. = D Ganzes Haus = 6	innerhalb des Stockwerks, z. B.: links = l mitte = m rechts = r						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
4						1			
						2			
						3			
						4			
						5			
5						1			
						2			
						3			
						4			
						5			
6						1			
						2			
						3			
						4			
						5			
7						1			
						2			
						3			
						4			
						5			
8						1			
						2			
						3			
						4			
						5			
9						1			
						2			
						3			
						4			
						5			
10						1			
						2			
						3			
						4			
						5			

*) Bitte eine der angegebenen Möglichkeiten oder die zutreffende Ziffer bzw. Abkürzung eintragen.

Für **Notwohngebäude** (für diese ist im Abschnitt B, Spalte 3 die Ziff. 1 eingetragen) bitte ein „N“ unter die Lfd. Nr. schreiben.

K = Keller bitte nur dann eintragen, wenn d. Fußboden der Wohnung mehr als 1 m unter der Erdoberfläche liegt; bei an Abhängen gebauten Gebäuden ist dabei von der Tabseite des Gebäudes auszugehen.

Eigentümerwohnungen sind vom Eigentümer in seinem Gebäude bewohnte Wohnungen sowie solche, die im Eigentumsrecht erworben und als solche in das Grundbuch eingetragen wurden. **Dienst- oder Werkwohnungen** sind W., die sich im **Eigentum des Arbeitgebers** des Wohnungsnhabers befinden und in der Regel den Arbeitnehmern zum Wohnen überlassen werden. Hierzu gehören jedoch nicht W. von Wohnungsbauges., welche von einzelnen Unternehmen gegr. wurden, um für Betriebsangehörige Wohnungen zu bauen. **Stiftswohnungen** sind W. im Eigentum von Stiftungen, welche an bevorrechtigte Bevölkerungsgruppen - i. d. Regel verbilligt - abgegeben werden.

Ist eine Wohnung an mehrere Hauptmietparteien vermietet, so ist in die erste Zeile die am längsten in der Wohnung wohnende Haushaltung einzutragen, die übrigen in die folgenden Zeilen.

Lfd. Nr. des Gebäudes (Aus Abschn. B Sp. 1)	Lfd. Nr. der Wohnung (W)	Lage der Wohnung ¹⁾		Art der Wohnung (bzw. Notw.) ²⁾	Für ab 1950 bezugsfert. gewordene Wohnungen: Wurde eine Richtsatzmiete bzw. - bei eigengenutzten Wohng. - ein Mietwert entspr. den Best. des öff. gef. sozialen Wohnungsbaus festgesetzt? Für bis 1950 bezugsfert. gewordene Wohnungen bitte einen Strich eintragen	Lfd. Nr. der Haushaltg. (H)	Name der Haushaltung In die 1. Zeile jeder Wohnung bitte den Wohnungsinhaber (Hauptmieter) eintragen, in die folgenden Zeilen die übrigen Wohnparteien (Untermieter) in der Wohnung; bei leerstehenden Wohnungen „leerstehend“	Vom Zähler auszufüllen Zahl der Pers.	Für Anstalten auf dem Grundstück Zweckbestimmung und Name hinter der 1. Wohnung d. Anstalt eintragen, hinter die übrigen Wohnungen der Anstalt die Worte „siehe oben“
		im Gebäude: Keller = K 1. Stock = 1 2. Stock = 2 usw. Dachgesch. = D Ganzes Haus = G	innerhalb des Stockwerks, z. B.: links = l mitte = m rechts = r						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
11						1			
						2			
						3			
						4			
						5			
12						1			
						2			
						3			
						4			
						5			
13						1			
						2			
						3			
						4			
						5			
14						1			
						2			
						3			
						4			
						5			
15						1			
						2			
						3			
						4			
						5			
16						1			
						2			
						3			
						4			
						5			

Sind mehr als 16 Wohnungen auf dem Grundstück vorhanden, bitte weitere Gebäudelisten vom Zähler anfordern.

Wohnungen in Normalgebäuden			Wohng. in Notwohngebäuden ¹⁾			Anstalten		
Wohnungen	Einpers.-Haush.	Mehrpers.-Haush.	Wohnungen	Einpers.-Haush.	Mehrpers.-Haush.	Anstalten	Einpers.-Haush. ²⁾	Mehrpers.-Haush. ²⁾
4	5	6	7	8	9	10	11	12

¹⁾ Diese Gebäude haben in Spalte 1 ein „N“ unter der Lfd. Nr. ²⁾ Aus Abschnitt D der Anstaltslisten
³⁾ Bitte eine der angegebenen Möglichkeiten oder die zutreffende Ziffer bzw. Abkürzung eintragen.

Für das Grundstück wurden Gebäudelisten _____ ausgefüllt.

Ich versichere, daß meine Angaben in dieser Liste vollständig und der Wahrheit gemäß gemacht wurden.

(Datum) (Unterschrift des Eigentümers oder seines Vertreters)

Alle mit der Durchführung der Zählung beauftragten Personen haben gegenüber jedermann Verschwiegenheit über die Ihnen bei der Zählung bekanntgewordenen Tatbestände zu bewahren. Die Haushaltsangabe wird nur statistisch ausgewertet und weder der Polizei noch dem Finanz- oder Wohnamt — auch nicht vorübergehend — zur Einsicht überlassen.

Eintragen Sie bitte eindeutig und gut lesbar mit Tinte, Kugelschreiber oder Timstift machen die vorgedruckten Abkürzungen verwenden und — bei vorgedruckten Antworten — die zutreffende unterstreichen. Liste nach dem Stand vom 23. September; 24 Uhr, vollständig ausfüllen, auf der Rückseite unterschreiben und ab 26. September mittags zur Abholung bereithalten. Für die in der Nacht vom 23. zum 26. September Geborenen und Gestorbenen ist zu beachten, daß nur die vor Mitternacht Geborenen und die nach Mitternacht Gestorbenen einzutragen sind.

1. Name: _____ Vorname: _____

②. a) Ist der Haushaltsvorstand zur Zeit _____
(Das Zutreffende bitte unterstreichen)

a) erwerbstätig (auch Lehrling)
oder b) arbeitslos
oder c) nicht berufstätig (auch Student, Fachschüler u. dergl.)?

b) Falls erwerbstätig: Als was?
(Das Zutreffende bitte unterstreichen)

a) Selbständiger (auch mithelfender Familienangehöriger)
oder b) Beamter
oder c) Angestellter (auch Lehrling)
oder d) Arbeiter (auch Lehrling oder Heimarbeiter)

3. Hat die Haushaltung infolge Kriegseinwirkung oder Vertreibung ihre Wohnung verloren? Ja — Nein

4. Falls die Haushaltung noch evakuiert ist: Aus welcher Gemeinde wurde sie evakuiert? _____
In welcher Gemeinde will sie künftig wohnen? _____

5. Stammt das Gesamteinkommen der Haushaltung im letzten Monat Überwiegend aus
(Das Zutreffende bitte unterstreichen)

a) Erwerbstätigkeit
oder b) Renten, Pensionen, Versorgungsleistungen,
Unterhaltsleistungen, Unterstützungen
oder c) Vermietung, Verpachtung, Kapitalbesitz u. dergl?

Bitte sämtl. Personen der Haushaltung einzeln eintragen, jedoch nicht nur zu Besuch anwesende Personen.	Eltern u. Schwiegereltern des HV als Vater, Mutter usw. eintragen, die Frau des HV als Ehefrau, nicht als Mutter.	Ausländer und Staatenlose = 1 Inhaber des Bundesvertriebenenausweises A = 2 Inhaber des Bundesvertriebenenausweises B = 3 Antragsteller auf Bundesvertriebenenausweis A oder B = 4 Inhaber des Bundesvertriebenenausweises C = 5 übrige Deutsche mit Wohnsitz am 1.9.1952 = 6 In d. Angehörigen des deutschen Volkes, die im Ausland in der sowjetischen Besatzungszone oder Ost-Berlin im Bundesgebiet, West-Berlin oder Saargebiet = 8	Ze Zeile 4: Personen, über deren Antrag bereits entschieden wurde, gelten nicht mehr als Antragsteller. Ze Zeile 5: Nur Inhaber – nicht Antragsteller. Ze Zeile 6: Als Outgebiete des Deutschen Reiches gelten die z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden Gebiete des Deutschen Reiches östwärts der Oder-Neiße-Linie. Für Kinder: unter 17 Jahren ist bei eheleichen die für die Vater, bei unehelichen die für die Mutter zutreff. Zif. einzutragen.
---	---	--	--

Die mit einem Kreis — z. B. ②. — versehenen Fragen brauchen nur auf besondere Aufforderung des Zählers beantwortet zu werden.

Straße u. Haus Nr.:

Zählerbezirk Nr.:		
Gebüdeliste Nr.:		
Haush.-Liste Nr.:		

Kästchen bitte nicht ausfüllen

		Soc. Stell.
	4	
G.		Bay. Gr.

5	6
7	

		H. Gr.
8	9	

[illegible]

Gehören mehr als 10 Personen zur Haushaltung, bitte eine zweite Haushaltungsliste vom Zähler verlangen.

Kästchen bitte nicht ausfüllen

R. d. H.	M. V.
10	

Wohnverhältnisse der Haushaltung

7. Die Haushaltung wohnt in der Wohnung als:
(Das Zutreffende bitte unterstreichen)

Diese Frage braucht von Haushaltungen, die bis zur Zuweisung einer Wohnung oder anderen Unterkunft in Hotels, Heimen, Lagern oder sonstigen Anstalten leben, nicht beantwortet zu werden.

- a) Hauptmieter
oder b) Untermieter
oder c) Eigentümer der Wohnung
oder d) Eigentümer des Gebäudes

→ Nur auszufüllen von Untermieter und Wohnungsinhabern, die ihre Wohnung nicht allein bewohnen, sondern sie mit anderen Haushaltungen (Untermieter) teilen. ←

⑧. a) Von der Haushaltung selbst bewohnte Räume
(ohne die von der Haushaltung evtl. an Untermieter weitervermieteten Räume)

Ordnen Sie bitte die von Ihnen selbst bewohnten Räume in die richtigen Spalten ein

Küchen (ohne Zimmer, in denen auch gekocht wird)		Zimmer, Wohn- und Schlafkammern (mit solchen, in denen auch gekocht wird)	
Voll ausgebaute Küchen	Voll ausgebaute Küchen	mit 6 und mehr qm	unter 6 qm groß
Beisp.: —	1	2	—

b) Falls keine Küche oder Kochnische eingetragen ist:

Benutzen Sie die Küche bzw. Kochnische des Wohnungsinhabers mit? Ja — Nein

Angaben über die gesamte Wohnung

→ Nur auszufüllen von Wohnungsinhabern (Hauptmieter, Wohnungseigentümer, Gebäudeeigentümer) also nicht von Untermieter ←

9. Falls die Wohnung im Keller- oder Dachgeschoß liegt:
Ist sie zum dauernden Wohngebrauch baulich eingerichtet? Ja — Nein

10. Die Wohnung ist belegt mit _____ Haushaltungen (auch Einzeluntermieter) und insgesamt _____ Personen
Namen der übrigen in der Wohnung wohnenden Haushaltungsvorstände)

11. a) Räume der ganzen Wohnung
(einschl. der vom Wohnungsinhaber evtl. an Untermieter abgegebenen Räume)

Ordnen Sie bitte die Räume Ihrer Wohnung in die richtigen Spalten ein

Küchen (ohne Zimmer, in denen auch gekocht wird)		Zimmer, Wohn- und Schlafkammern (mit solchen, in denen auch gekocht wird)	
Voll ausgebaute Küchen	Voll ausgebaute Küchen	mit 6 und mehr qm	unter 6 qm groß
Beisp.: —	1	4	2

b) Wieviel der eingetragenen Wohnräume und Küchen werden gewerblich oder landw. benutzt (z. B. als Praxiszimmer, Wartezimmer, Verkaufsraum, Schneiderwerkstatt, zum Aufbewahren von Vorräten)? _____ (Zahl)

12. a) Höhe der Miete für die gesamte Wohnung im August 1936
(ohne Beträge für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Möbelbenutzung): _____ DM

b) Außer diesem Mietbetrag sind monatlich gesondert zu zahlen für Wasserverbrauch, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenbeleuchtung, Kaminreinigung: _____ DM

13. Ist in der angegebenen Miete auch ein Betrag für Gewerberäume (Werkstatt, Laden u. ä.) enthalten? Ja — Nein

Hauptmieter haben das Nutzungsrecht an einer Wohnung durch Mietvertrag erworben. Wird eine Wohnung von mehreren Haushaltungen bewohnt, die jede für sich einen Mietvertrag mit dem Hauseigentümer abgeschlossen haben, dann gilt für diese Statistik diejenige Haushaltung als Hauptmieter, die am längsten in der Wohnung wohnt; alle übrigen gelten als Untermieter. Im Zweifelsfalle entscheidet der Zähler.

Untermieter sind alle zweiten und weiteren Haushaltungen (auch Einzeluntermieter und Schlafgänger) in der Wohnung eines Wohnungsinhabers.

Wohnungseigentümer müssen die Wohnung im Eigentumsrecht erworben haben. Dieses muß im Grundbuch eingetragen sein.

Eigentümer des Gebäudes ist zu unterstreichen, wenn einem Haushaltsmitglied das Eigentum an dem Gebäude, in welchem die Haushaltung wohnt, ganz oder teilweise (Erbengemeinschaft) rechtlich zusteht. Mieter von Teilen einer Eigentümerwohnung gelten als Untermieter.

Bitte nur solche Küchen oder Kochnischen (zu einem Wohnraum gehörende Nische) eintragen, die bereits im Bauplan vorgesehen waren oder durch Um- bzw. Ausbau entstanden sind. Notküchen, wie z. B. behelfsmäßig zum Kochen eingerichtete Nebenräume, nicht eintragen, ebenso nicht behelfsmäßige Kochdecken in Wohnzimmern. Im Zweifelsfalle ist der Mietvertrag maßgebend. Wird von Ihnen die Küche oder Kochnische des Wohnungsinhabers nur mitbenutzt, dann tragen Sie diese bitte nicht hier, sondern unter Frage 8b ein. Als Zimmer, Wohn- und Schlafkammern sind nur Räume einzutragen, die eine Lichtzufuhr (Fenster) aufweisen und durch Wände vom Fußboden bis zur Decke abgeschlossen sind. Nebenräume (Bad, Korridor, Speisekammer) und baulich vorgesehene Werkstätten, Läden, Vorratsräume und dergl. nicht eintragen, auch dann nicht, wenn sie z. Z. aus Wohnraum zum Wohnen benutzt werden. Zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken benutzte Wohnräume jedoch eintragen.

Was gilt als eine Wohnung? Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushaltes bestimmt ist und folgende Merkmale aufweist:

- a) eine bauplanmäßig vorgesehene Küche oder Kochnische
b) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen.

Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig eine oder mehrere Haushaltungen untergebracht sind, auch wenn für jede dieser Haushaltungen eine eigene Kochgelegenheit eingerichtet wurde.

Wenn aus einer größeren Wohnung durch Um- oder Ausbaumaßnahmen mehrere selbständige Wohnungen errichtet wurden, gilt jede neue Einheit als Wohnung.

Bei Mehrfamilien- bzw. Etagenmiete ist jede abgeschlossene Etagenwohnung einschl. der dazugehörigen gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräume (z. B. Mansarde, separates Zimmer) als Ganzes eine Wohnung im Sinne dieser Statistik.

Liegen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerksweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so gelten im Sinne der Zählung die Räume als Wohnung, die unter normalen (Vorkriegs-) Verhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einer Haushaltung bewohnt bzw. gemietet werden.

Einfamilien- und Bauernhäuser gelten in der Regel als eine Wohnung; zu der in Bauernhäusern auch Einzelwohnräume in dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z. B. Knechtstube im Stallgebäude, Altenteilzimmer in einem Anbau) zu zählen sind. Eine zweite (oder weitere) Wohnung liegt nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Stockwerk oder — beim Bauernhaus — in einem abgetrennten Gebäude zusammenliegen, eine vollausgebaute Küche umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung einer eigenen Haushaltung vorgesehen sind.

Bei allen übrigen Gebäuden (Nichtwohngebäuden, Behelfsheimen, Baracken, Wohnlauben, Wohnwagen usw.) werden häufig die oben gegebenen Wohnungsmerkmale (vollausgebaute Küche und eigener Wohnungsabschluß) nicht zutreffen. Trotzdem sind die Fragen auch für solche primitiven Unterkünfte zu beantworten, die nicht als Wohnungen im Sinne der vorstehenden Erläuterung anzusprechen sind.

Bitte nur solche Küchen oder Kochnischen (zu einem Wohnraum gehörende Nische) eintragen, die bereits im Bauplan vorgesehen waren oder durch Um- bzw. Ausbau entstanden sind. Notküchen, wie z. B. behelfsmäßig zum Kochen eingerichtete Nebenräume nicht eintragen, ebenso nicht behelfsmäßige Kochdecken in Wohnzimmern. Im Zweifelsfalle ist der Mietvertrag maßgebend.

Als Zimmer, Wohn- und Schlafkammern sind nur Räume einzutragen, die eine Lichtzufuhr (Fenster) aufweisen und durch Wände vom Fußboden bis zur Decke abgeschlossen sind. Nebenräume (Bad, Korridor, Speisekammer) und baulich vorgesehene Werkstätten, Läden, Vorratsräume u. dergl. nicht eintragen, auch dann nicht, wenn sie z. Z. aus Wohnraum zum Wohnen benutzt werden. Zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken benutzte Wohnräume jedoch eintragen.

Wegen eines Baukostenzuschusses verbilligte Miete in voller Höhe angeben. Werden mit der Miete zeitlich begrenzt Beträge für Eigenluserwerb oder Ansammlung eines Baukostenzuschusses abgeführt, dann bitte Miete ohne diese Beträge angeben. Außer der Miete gesondert zu zahlende Beträge für die vorgedruckten Leistungen sind, soweit Vierteljahres- oder Jahresbeträge, auf Monatsbeträge umzurechnen. Bei Eigentümerwohnungen bitte Striche eintragen.

Ich versichere, daß die Angaben in dieser Haushaltsliste vollständig und der Wahrheit gemäß gemacht wurden.

(Datum) (Unterschrift des Haushaltungsvorstandes oder seines Vertreters)

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

D. Verzeichnis der wohnungslos Eingewiesenen

Wer gilt als wohnungslos eingewiesen? Alle Familien und Einzelpersonen, die aus Wohnungsmangel bis zur Erlangung einer Wohnung oder einer anderen Unterkunft in Einzelzimmern oder Gemeinschaftsräumen der Anstalt (nicht in Anstaltswohnungen) untergebracht sind, z. B. Flüchtlinge, Evakuierte und Obdachlose ohne festen Wohnsitz. Dauergäste in Hotels, Pensionen usw., die keine eigene Wohnung oder andere Unterkunft suchen, sind nicht hier, sondern im Abschnitt C einzutragen.

Alle hier einzutragenden Familien und alleinstehenden Personen haben — jede für sich — eine Haushaltsliste auszufüllen.
Für jede Familie oder alleinstehende Person ist eine eigene Zeile auszufüllen.

Lfd. Nr.	Name der Haushaltung (Familie oder alleinstehende Person)	Vom Zähler auszuf. Zahl der Pers.	Lfd. Nr.	Name der Haushaltung (Familie oder alleinstehende Person)	Vom Zähler auszuf. Zahl der Pers.	Lfd. Nr.	Name der Haushaltung (Familie oder alleinstehende Person)	Vom Zähler auszuf. Zahl der Pers.
1	2	3	1	2	3	1	2	3
1			31			61		
2			32			62		
3			33			63		
4			34			64		
5			35			65		
6			36			66		
7			37			67		
8			38			68		
9			39			69		
10			40			70		
11			41			71		
12			42			72		
13			43			73		
14			44			74		
15			45			75		
16			46			76		
17			47			77		
18			48			78		
19			49			79		
20			50			80		
21			51			81		
22			52			82		
23			53			83		
24			54			84		
25			55			85		
26			56			86		
27			57			87		
28			58			88		
29			59			89		
30			60			90		

Sind mehr als 90 wohnungslos eingewiesene Haushaltungen in der Anstalt vorhanden, bitte weitere Anstaltslisten vom Zähler anfordern.

Vom Zähler auszufüllen:

Einpersonen-Haushaltungen	Mehrpersonen-Haushaltungen
11	12

Für die Anstalt wurden
Insgesamt

_____ Anstaltslisten
ausgefüllt.

Ich versichere, daß die Angaben in dieser Liste vollständig und der Wahrheit gemäß gemacht wurden

_____ (Datum) _____ (Unterschrift des Eigentümers, Pächters, Leiters, Vorstandes od. Verwalters)

C. Grundstücksverzeichnis

Grundstücke, die in Spalte 3 mit „S“ gekennzeichnet sind, brauchen vom Zähler nicht aufgesucht zu werden. Es handelt sich um Sonderzählbezirke, für welche ein anderer Zähler zuständig ist. Mit „R“ gekennzeichnete Grundstücke sind von ausländischen Streitkräften in Anspruch genommen, (ehemals „beschlagnahmt“). Der Zähler muß sie aufsuchen und feststellen, ob sie voll in Anspruch genommen sind. Ist dies der Fall, sind sie nicht zu erfassen. Sind jedoch Wohnungen bzw. Wohnungsteile inzwischen für die deutsche Bevölkerung freigegeben, sind solche Grundstücke zu erfassen und das „R“ in Spalte 3 durchzustreichen. Grundstücke, für welche nach den Erläuterungen auf der Gebäudeliste keine Gebäudeliste auszufüllen ist, streicht er durch. Stellt er in seinem Zählbezirk zusätzliche Grundstücke fest, für welche eine Gebäudeliste ausgefüllt werden muß, trägt er sie am Schluß des Grundstücksverzeichnisses nach, kennzeichnet sie in Spalte 3 mit „Z“ und führt auf diesen die Zählung ebenfalls durch.

Lfd. Nr. des Grund- stücks 1)	Von der Gemeinde auszufüllen		Vom Zähler nach Abschluß der Zählung auszufüllen								
	Straße und Hausnummer des Grundstücks	Bemer- kungen S R Z	Wohnungen in Normalgebäuden			Wohnungen in Notwohngebäuden			Anstalten auf dem Grundstück		
			Woh- nungen	Ein- person- haushal- tungen 2)	Mehr- person- haushal- tungen 2)	Woh- nungen	Ein- person- haushal- tungen 2)	Mehr- person- haushal- tungen 2)	An- stalten 3)	Ein- person- haushal- tungen 4)	Mehr- person- haushal- tungen 4)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1											
2											
3											
4											
5											
6											
7											
8											
9											
10											
11											
12											
13											
14											
15											
16											
17											
18											
19											
20											
21											
22											
23											
24											
25											
26											
27											
28											
29											
30											
31											
32											
33											
34											
35											
Insgesamt:											

1) Zugleich Nr. der Gebäudeliste

2) - Zahl der ausgefüllten Haushaltslisten (ohne die mit b hinter der Nummer)

3) - Zahl der ausgefüllten Anstaltslisten (ohne die mit einem b, c usw. hinter der Nummer)

4) - Zahl der für wohnungslos Eingewiesene ausgefüllten Haushaltslisten (ohne die mit b hinter der Nummer)

Ich versichere, daß die Zählung im ganzen Zählbezirk ordnungsgemäß vorgenommen worden ist. Die Zählpapiere liegen vollständig vor und sind geprüft worden.

(Ort)

(Datum)

(Anschrift des Zählers)

(Unterschrift des Zählers)

1. Haushaltungen in Wohnungen (auch Anstaltswohnungen)

Wohnungen untereinander eintragen, mit der linken Spalte beginnen.

[illegible]

2. Wohnungslos Eingewiesene in Anstalten

[illegible]

aus Spalte 1 des Abschnittes D der Anstaltsliste
 Nr. der Anstaltsliste
 Nr. der Gebäudeliste } aus Anstaltsliste, Vorderseite, rechts oben

Drucksache Nr. 12

Gemeinde:

--	--	--	--	--	--

Gem. Gr. Kl.:

--

Zählbezirk Nr.:

--	--

Gebäudeliste Nr.:

--

Haush.-Liste Nr.:

--	--

(W)

(H)

Erhebungsblatt

Nr.:

--	--	--	--

(Anshr.-Liste) (H)

für die

Wohnungsstatistik 1956/57

(Angeordnet durch Bundesgesetz vom 17. 5. 1956)

..... Einlagebl.

18	4	5	6	7	8	9	Sp. 8
						a	2+3
1a)	XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX						3

A. Zusammensetzung der Haushaltung

1. a) Leben mehrere Haushaltungen in der Wohnung?

nein (1) —————→ 2 / ja (2 od. mehr), und zwar noch _____ weitere Haushaltungen

b) Wird mit einer anderen Haushaltung gemeinsam gewirtschaftet? (gemeinsames Kochen, gemeinsame Finanzierung des Lebensunterhaltes)

nein —————→ 2 / ja, und zwar mit Haush. Nr.:

--	--	--	--

Beide Haushaltungen sind eingetragen:

in diesem Erhebungsblatt

in dem anderen Erhebungsblatt —————→ weitere Ausfüllung dieses Erhebungsblattes entfällt

2. a) Wer wohnt jetzt in der Wohnung (im Wohnungsteil)?

Gleiche Haushaltung wie in der Anschriftenliste

Nachfolgehaushaltung

Haushaltung, die aus Haush. Nr.

--	--	--	--

hervorgegangen ist

Bisher untervermietete Räume wurden von der Haush. Nr.

--	--	--	--

übernommen

Bisher untervermietete Räume stehen leer

b) Wurden seit 25. 9. 1956 Räume der Wohnung zusätzlich untervermietet?

nein

ja, und zwar: an neu zugezogene Haushaltung

an Haushaltung, die aus Haush. Nr.

--	--	--	--

hervorgegangen ist

keine nur zu Besuch anwesenden Personen; MV in die erste Zeile):

4. Seit 25. 9. 1956 aus der Haushaltung
ausgeschieden (Tod, Wegzug):

Landwirt ... = SL	Mithelfender	Angestellter = AN
Gewerbe-	Familienan-	Arbeiter ... = AR
treibender = SG	gehöriger = M	Heimarbeiter = H
Freiberuflich	Lehrling ... = L	Nicht erwerbs-
tätig = SF	Beamter ... = B	tätig = O

10	14	15	22	11
5	6	9	11	12

5. Jetzige Art der Wohnungsnutzung:

- Hauptmieter der Wohnung (1)
 Untermieter in der Wohnung (2) → 12
 Eigentümer nur der Wohnung (3)
 Eigentümer des ganzen Gebäudes (4)
 Wohnungslos in Anstalt, Lager,
 Bunker, Hotel usw. eingewiesen (9) → 15

*** 6. Gebäudeart:**

- Normales Wohngebäude und zwar:
 Ein- und Zweifamilienhs. (7) / Mehrfamilienhaus (8) /
 Bauernhaus (6) / Kleinsiedlerstelle (4) /
 Nebenerwerbsstelle (5)
 Nichtwohngebäude (2) (Bürohaus, Geschäftshaus,
 Anstaltsgebäude usw.)
 Notwohngebäude (1) und zwar:
 Behelfsheim / Steinbaracke / Holzbaracke /
 Bretterbude / Wohnlaube / Nissenhütte / Bunker /
 Wohnwagen / außer Dienst gestelltes Schiff /
 Waggon / sonstiges Fahrzeug /
 Gebäuderest (Ruinenkeller)

oder: _____

7. Seit wann in der jetzigen Unterkunft? → 9 für Hauptmieter ohne Untermieter
 → 15 für Eigentümer ohne Untermieter
 8. Beabsichtigen Sie, dem gegenwärtigen Untermieter bei gegebener Möglichkeit zu kündigen
 um die Räume für Ihre eigene Haushaltung zu benutzen? ja / nein Eigentümer → 15

Hauptmieter

B. Angaben über die Miete

- 9. Baualter der Wohnung:** Wohnung erstmals bezugsfertig: vor dem 1. 4. 24 (1)
 vom 1. 4. 24 bis 20. 6. 48 (2)
 nach d. 20. 6. 48 (3 u. 4) → 11

10. Miete auf Grund preisrechtlicher Möglichkeiten durch den Vermieter heraufgesetzt?

- a) ab Herbst 1952: ja, und zwar um monatlich _____ DM / nein / unbekannt
 b) ab Herbst 1955: ja, und zwar um monatlich _____ DM / nein / unbekannt

11. Miete für die ganze Wohnung: monatlich: _____ DM

- a) Darin enthalten für:
 Möblierung (bei möblierten Wohnungen): monatlich: _____ DM
 den Betrieb der Zentralheizung: monatlich: _____ DM
 den Betrieb der Warmwasserversorgung: monatlich: _____ DM
 Garage, Zuschläge für Gewerberäume,
 Grundgebühr für Zentralwaschanlagen
 oder maschinell ausgerüstete Waschküche: monatlich: _____ DM zusammen: (—) _____ DM
 b) Neben dem obengenannten Mietbetrag noch gesondert an den Vermieter oder
 an die Versorgungsbetriebe direkt zu zahlende Beträge für (evtl. mehrere): **Reine Miete: _____ DM**
 Wasserverbrauch / Kanalisation / Straßenreinigung / Müllabfuhr /
 Treppenbeleuchtung / Kaminreinigung / Betrieb des Personenaufzugs /
 Nutzungsgebühr für Kühlschrank oder Einbauküche, und zwar insgesamt monatlich: (+) _____ DM
 c) Miete ist wegen eines abwohnbaren Finanzierungsbeitrages des Mieters, z. B.
 Mietvorauszahlung, abwohnbarer Baukostenzuschuß ermäßigt um monatlich: (+) _____ DM

Reine Miete und Nebenleistungen zusammen: _____ DM

- d) Gründe für eine evtl. besonders hohe, eine ermäßigte oder
 erlassene Miete: (z. B. ermäßigt wegen Kriegsschadens, erlas-
 sen weil Pförtnerwohnung) _____

- e) Durch die Mietzahlung wird gleichzeitig das spätere Eigentum an der Wohnung erworben: nein / ja

12. Bewohnte Räume: a) Anzahl mit insgesamt qm

b) leer / teilmöbliert / möbliert

13. In Anspruch genommene Neben- oder Dienstleistungen des Vermieters (evtl. mehrere):
Reinmachen / Heizen / Wäschewaschen / Einkaufen / Strom / Gas / Heizmaterial für Kohlenöfen /
Betrieb der Zentralheizung / Betrieb der Warmwasserversorgung / Bettwäsche / Küchenbenutzung /
Badbenutzung / Morgengetränk / Frühstück / Mittagessen / Abendessen. — Sonstige notieren:

14. An den Wohnungsinhaber zu zahlende Miete: monatlich DM

a) Außerdem für Neben- oder Dienstleistungen: monatlich: DM

b) Gründe für eine evtl. besonders hohe, eine ermäßigte oder erlassene Miete (z. B. weil Miete wegen eines abwohnbaren
Finanzierungsbeitrages — Mietvorauszahlung, abwohnbarer Baukostenzuschuß — ermäßigt um monatlich DM,
oder besonders hoch wegen guter Möblierung oder erlassen, weil bei Verwandten):

C. Angaben über den eventuellen Wohnungsbedarf

15. Wohnungswechsel beabsichtigt?

Kein Unterkunftswechsel angestrebt,

weil Haushaltung mit Unterkunft zufrieden —→ 59 für Hauptmieter und Eigentümer bzw. 73 für übrige

wenn Ausstattung der Unterkunft verbessert wird durch

—→ 59 bzw. 73

Unterkunftswechsel wird angestrebt

von der Haushaltung in ihrer derzeitigen Zusammensetzung

von der Haushaltung zusammen mit Personen, die in die Haushaltung aufgenommen werden sollen

von Teilen der Haushaltung in ihrer derzeitigen Zusammensetzung

von Teilen der Haushaltung zusammen mit Personen, die in die neue Haushaltung aufgenommen werden sollen

Auflösung der eigenen Hauswirtschaft angestrebt, weil

—→ 59 bzw. 73

16. In der jetzigen Unterkunft wollen wohnen bleiben: Personen

Achtung! Werden zwei Wohnungen oder andere Unterkünfte angestrebt, weil sich die Haushaltung teilen will, dann ist für die zweite angestrebte Wohnung (Unterkunft) ein besonderes Einlageblatt mit den Fragen 17 bis 19 und – falls eine Wohnung angestrebt – je nach der angestrebten Wohnung 20–29, 30–40, 41–58 auszufüllen!

17. In die angestrebte Wohnung (Unterkunft) sollen folgende Personen einziehen:

- a) _____
(Vorname, Geburtsjahr, Stellung zum HV)
- b) _____
- c) _____
- d) _____
- e) _____
- f) _____

***18. Gründe für den angestrebten Wohnungswechsel (evtl. mehrere):**

Streben nach selbständiger Wohnung (z. B. Untermieterhaushaltungen oder junge Ehepaare bei den Eltern)

Streben nach selbständiger Haushaltsführung (z. B. erwachsene Tochter will eigenen Haushalt)

Beabsichtigte Eheschließung

Zusammenführung der Haushaltung (Ehepartner müssen noch getrennt leben)

Jetzige Wohnung zu klein

Jetzige Wohnung zu groß

Jetzige Wohnung im Verhältnis zum Einkommen zu teuer

Jetzige Wohnungsausstattung genügt nicht den Ansprüchen (Gründe einzeln notieren, z. B. Bad fehlt, schlecht heizbare Öfen):

Jetzige Wohnung zum dauernden Wohngebrauch ungeeignet (Gründe vermerken, z. B. Kellerwohnung, nicht heizbar, Schwamm):

Streben nach eigenem Haus oder Eigentumswohnung

Jetzige Wohnung liegt ungünstig zur Arbeitsstätte

Arbeitsort: _____ Entfernung: _____ km

Für einen Weg werden benötigt insgesamt: _____ Stunden, _____ Minuten, und zwar überwiegend (evtl. mehrere):

zu Fuß / Fahrrad / Moped / Motorrad / eigener Kraftwagen / Straßenbahn / Autobus / U-Bahn / Eisenbahn / Schiff

Fahrtgeld der Haushaltung im Monat insgesamt _____ DM

Haushaltung wurde im Kriege evakuiert und möchte zurückkehren nach: (Gemeinde und Kreis) _____

Sonstige Gründe (z. B. Kapitalanlage, Altersversorgung, Freude am eigenen Besitz, Freude an Garten und Tierhaltung, ungünstige Lage zur Schule, gesundheitliche Gründe, keine entsprechende Beschäftigung im gegenwärtigen Wohnort,

Wunsch nach Ortsveränderung, Streitigkeiten mit Vermieter usw.): _____

19. Angestrebte Art der Wohnungsnutzung:

Mietwohnung → 20 / Wohnheim → 20 / Eigentumswohnung → 30 / Eigenes Haus → 41

Untermiete → 59 bzw. 73 / Anstaltsunterbringung → 59 bzw. 73

***39. Bereits unternommene weitere Schritte (evtl. mehrere):**

Kaufanwartschaftsvertrag abgeschlossen / Verbindung mit Wohnungsbaugesellschaft, -Makler aufgenommen /
Erwerb eines Genossenschaftsanteils

Sonstige Schritte: _____

Keine Schritte unternommen

40. Veranschlagte laufende Gesamtlasten (d. h. also für Verzinsung und Tilgung von Kaufdarlehen u. ä., für Grundsteuern, Versicherung, Wasserverbrauch, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Kaminreinigung, Gartenpflege und laufende Instandhaltung):

monatlich zusammen _____ DM, höchstens _____ DM / Noch keine Vorstellung

→ 59 für Hauptmieter und Eigentümer, 73 für übrige

Angestrebtes eigenes Haus

41. Angestrebte Art des Hauses: Siedlerstelle (zur gartenbaumäßigen Nutzung und Kleintierhaltung)

freistehendes Wohnhaus
Wohnhaus als Reihenhaus
Noch keine Vorstellung

42. a) Angestrebt wird: Einfamilienhaus ohne zweite Wohnung

Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung
Einfamilienhaus mit zweiter gleichwertiger Wohnung
Mehrfamilienhaus mit _____ Wohnungen

b) Darin Wohnungen für eigenen Bedarf oder für Angehörige: _____ Wohnungen

43. Angestrebte Lage des Hauses:

a) am derzeitigen Wohnort / in einer anderen Gemeinde: (Gem. u. Kreis) _____
b) im Stadtkern / am Stadtrand / auf dem Lande

44. Angestrebte Größe u. Ausstattung der von der Haushaltung selbst zu bewohnenden Wohnung:

a) Angestrebte Räume (einzeln eintragen):

Z. B. große Wohnküche, kleine Arbeitsküche, aus-
gebaute Kochnische, besonderes Wohnzimmer, Eltern-
Schlafzimmer, Kinderzimmer, Arbeitszimmer, Mäd-
chenkammer, Mansarde, Badezimmer od. Duschraum,
Abstellkammer, Bodenraum, Keller, Waschküche

b) Angestrebte Heizungsart:

Zimmeröfen / Mehrraumofen / Etagen- / Zentral- /
Fernheizung

c) Angestrebte Feuerungsart:

Kohle / Gas / Öl / gleichgültig

d) Angestrebte sanitäre Ausstattung

(evtl. mehrere):

Warmwasserversorgung / Bad / WC getrennt vom Bad /
WC im Bad

e) Angestrebte sonstige Ausstattung

z. B. Balkon, Garage, Ziergarten, Nutzgarten (einzeln an-
geben):

45. Untervermietung einzelner Räume der Wohnung: nicht geplant / geplant, und zwar _____ Räume
46. Wann wird das Haus benötigt? (Monat, Jahr): _____
47. Haus soll: gekauft werden / neu gebaut werden
Falls Haus gekauft werden soll: Soll es ein Kaufeigenheim sein? ja / nein
48. Bauplatz (auch Ruinengrundstück) bzw. Kaufobjekt ist: bereits vorhanden / in Aussicht genommen /
keins von beiden
49. Veranschlagte Baukosten (ohne Grundstückskosten) bzw. veranschl. Kaufpreis: _____ DM
50. Falls Baukosten oder Kaufpreis höher: Höchstmögliche Baukosten bzw. Kaufpreis: _____ DM
51. Inanspruchnahme öffentlicher Mittel des sozialen Wohnungsbaus: beabsichtigt / nicht beabsichtigt
- *52. Bereits bestehende Sparverträge (evtl. mehrere): Bausparvertrag mit Bausparkasse nach Vollfinanzierungstarif /
Bausparvertrag mit Bausparkasse nach Teilfinanzierungstarif / Wohnbauparvertrag mit Kreditinstitut /
Kapitalansammlungsvertrag mit Wohnungsunternehmen / keine Sparverträge
Höhe des Sparbetrages: insgesamt _____ DM
53. In Aussicht stehende erststellige Hypotheken (auch sogenannte 1b-Hypotheken): _____ DM
- *54. In Aussicht stehende besondere Baudarlehen:
a) Aufbaudarlehen nach dem LAG bzw. Wohnraumbeschaffungs-
darlehen nach dem KfzEG _____ DM
b) Betriebs- (Arbeitgeber-) darlehen und -zuschüsse _____ DM
c) _____ DM
d) _____ DM
e) Noch keine Vorstellung
- *55. In Aussicht stehendes Eigenkapital:
a) Kapitalisierung einer Rente: _____ DM
b) Kapitalisierung von 131er Bezügen: _____ DM
c) Veräußerung eigener Vermögenswerte: _____ DM
d) Ersparnisse: _____ DM
e) Noch keine Vorstellung
- *56. Bereits unternommene weitere Schritte (z. B. Verbindung mit einem Makler, einer Wohnungsbaugesellschaft usw.): _____

Keine Schritte unternommen
57. Bei Bauausführung ist vorgesehen: Selbsthilfe / Gemeinschaftshilfe / keins von beiden
58. Veranschlagte laufende Gesamtlasten (d. h. also für Verzinsung und Tilgung von Hypotheken und Baudarlehen, für Grundsteuern, Versicherung, Wasserverbrauch, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Kaminreinigung, Gartenpflege und laufende Instandhaltung):
monatlich zusammen _____ DM, höchstens _____ DM / Noch keine Vorstellung

Untermieter und wohnungslos Eingewiesene —→ 73

64. Anschlüsse an öffentliche Netze (evtl. mehrere)
Wasser / Gas / Strom / kein Anschluß

*65. Für Mietwohnungen: Vom Vermieter gestellte
Geräte (evtl. mehrere):

Kohlenherd / Gasherd / kombinierter Herd /
Elektroherd / Zimmeröfen / Kühlschrank /
Warmwasserbereiter / Waschmaschine /
Einbauschränke in der Küche /
Einbauschränke in sonstigen Räumen /

Sonstige: _____

66. Heizungsart (evtl. mehrere):

a) Zimmeröfen / Mehrraumofen / Etagenheizung /
Zentralheizung / Fernheizung

b) geheizt mit: Kohle / Gas / Öl / Strom

67. Warmwasserversorgung:

a) nicht vorhanden / betriebsfähig vorhanden /
vorhanden, aber nicht betriebsfähig

b) Warmwasser durch:
Zuführung von außerhalb der Wohnung /
Boiler oder Durchlauferhitzer in der Wohnung

68. Zusätzliche Angaben über die Toilette
(Klosett):

a) liegt: innerhalb des Wohnungsabschlusses
außerhalb des Abschlusses allein für die Wohnung
außerhalb des Abschlusses mit anderen Woh-
nungen gemeinsam

b) liegt: im Badezimmer / nicht im Badezimmer

c) hat: Wasserspülung / keine Wasserspülung

d) hat: Waschgelegenh. mit fließ. Wasser evtl. neben der
Toilette
keine Waschgelegenheit

69. Ausstattung des Badezimmers bzw. Dusch-
raumes:

a) Liegewanne / Sitzwanne / Brausewanne / keine Wanne

b) Badeofen / Warmwasserspeicher / Durchlauferhitzer /
Zentrale Warmwasserversorgung /
keine Warmwassereinrichtung

c) Warmwasserbereitung durch: Kohle / Gas / Strom
Zur Zeit: betriebsfähig / nicht betriebsfähig

d) Heizung durch: Kohle / Gas / Strom / Zentralheizung /
nicht heizbar

70. Falls kein besonderes Badezimmer bzw. Duschraum zur
Wohnung gehört, andere Bademöglichkeit im
Hause:

Gemeinsames Badezimmer oder Duschraum /

Sonstige (evtl. auch behelfsmäßig benutzte): _____

Keine Bademöglichkeit im Hause

71. Personenaufzug im Hause:

nicht vorhanden / betriebsfähig vorhanden /
vorhanden, aber nicht betriebsfähig

72. Sonstige Angaben:

a) Zur Wohnung gehört:
eigener Nutzgarten
eigener Ziergarten
kein eigener Garten

b) Mit Wohnung ist verbunden die Mitbenutzung:
einer Grün- oder Freifläche (Kinderspielplatz)
eines Nutzgartens (Gartenanteils)
eines Ziergartens (Gartenanteils)
nichts dergleichen

c) Wohnung liegt:
in engbebaute Ortsteil
in aufgelockerter Siedlung (zwischen Gärten)
abseits einer Ortschaft

E. Angaben über die Einkommensverhältnisse der Haushaltung

73. Wirtschaftliche Grundlage der Haushaltung → 3 (Spalten 7 bis 9), dann → 74

Personen, die für 1955 eine Einkommensteuererklärung abgegeben haben (Selbständige)

74. Einkünfte (bzw. Verluste) laut Steuererklärung für 1955:

(Personen, die eine Einkommensteuererklärung abgegeben haben, untereinander eintragen. Einkünfte aus land- oder forstwirtschaftlichem Betrieb nicht eintragen. Personen, die nur Einkommen aus land- oder forstwirtschaftlichem Betrieb versteuert haben, nicht eintragen.)

Vorname des Einkommensteuerpflichtigen	Stellung zum Haushaltsvorstand	Einkünfte laut Steuererklärung 1955 in DM			Abgesetzte Einkommensbeträge ²⁾ DM
		aus nicht selbständiger Arbeit	sonstige Einkünfte ¹⁾	Gesamt-betrag ¹⁾	
1	2	3	4	5	6

¹⁾ Vor Abzug der Sonderausgaben. Bei Verlusten Minuszeichen (—) vor den Betrag setzen.

²⁾ Bereits vor Ermittlung des in Sp. 5 eingetragenen Gesamtbetrages zum Zwecke der Steuervergünstigung abgezogene Beträge wie z. B. Werbungskosten

75. Falls Einkommen nicht genannt wird:

Art der Erwerbstätigkeit bzw. Art, Größe (Zahl der Arbeiter) und Umsatz (monatlich/jährlich) des Betriebes:

Inhaber land- oder forstwirtschaftlicher Betriebe

76. Höhe des Einheitswertes (Bodenwertklasse): _____ DM je ha / unbekannt

77. Landwirtschaftlich benutzte Fläche: Insgesamt: _____ ha oder: _____
(anderes Flächenmaß)

davon als: a) Hackfruchtfläche (Zucker-, Futter-, Kohlrüben, Kartoffeln, Futterkohl, Gemüse) ... _____

b) Getreidefläche (Roggen, Weizen, Spelz, Gerste, Hafer, Menggetreide, Körnermais) _____

c) Futterfläche (Wiesen, Weiden, Klee, Klee gras, Luzerne, Ackerwiesen, Seradella, Esparsette, Grünmais, Wicken, Süßlupinen) ... _____

d) Waldfläche _____

e) Rebfläche _____

f) Sonstige landwirtschaftlich benutzte Fläche _____

78. Von der Fläche sind gepachtet: _____ ha oder: _____ zu einem Jahrespachtzins
(anderes Flächenmaß)

von _____ DM bzw. gegen folgende Naturalien: _____

79. Ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte

im Stundenlohn: _____, im Monatslohn: _____, zusammen: _____ Personen.

81. Falls Mieteinnahmen aus Vermietung von Zimmern (M in Sp. 3 der Frage 80):

- a) Zahl der vermieteten Zimmer: _____
b) leer / teilmöbliert / möbliert
c) mit Neben- oder Dienstleistungen / ohne Neben- oder Dienstleistungen

82. Gesetzliche oder freiwillige Unterhaltszahlungen von Haushaltungsmitgliedern an andere
Haushaltungen im vergangenen Monat: insgesamt _____ DM

83. (Nicht für Haushaltungen mit land- oder forstwirtschaftlichem Betrieb) Naturaleinkommen der Haushaltung
(z. B. aus Gemüsegarten, Deputate, mietfreie Wohnung, Altenheimbezüge), deren Wert in den obengenannten
Einkommensbeträgen nicht enthalten ist: nicht vorhanden / vorhanden, und zwar (einzeln auflisten):

F. Angaben des Interviewers:

Wer hat das Interview gewährt? (HV oder Vorname und Stellung zum HV):

Datum der Befragung: _____

Dauer: Von _____ bis _____ Uhr, insgesamt _____ Stunden, _____ Minuten.

Sonstige Erläuterungen: _____

[illegible]

(Unterschrift des Interviewers)